Beiträge zu Wirtschaftswachstum und Wirtschaftsstruktur im 16. und 19. Jahrhundert

Herausgegeben von

Wolfram Fischer

VERLAG VON DUNCKER & HUMBLOT
BERLIN 1971

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Schriften des Vereins für Socialpolitik

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Neue Folge Band 63

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

SCHRIFTEN
DES VEREINS FÜR SOCIALPOLITIK
Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Neue Folge Band 63

Beiträge zu Wirtschaftswachstum und Wirtschaftsstruktur im 16. und 19. Jahrhundert

VERLAG VON DUNCKER & HUMBLOT
BERLIN 1971

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Beiträge zu Wirtschaftswachstum und Wirtschaftsstruktur im 16. und 19. Jahrhundert

Herausgegeben von

Wolfram Fischer

VERLAG VON DUNCKER & HUMBLOT
BERLIN 1971

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Alle Rechte vorbehalten

© 1971 Duncker & Humblot, Berlin 41
Gedruckt 1971 bei Berliner Buchdruckerei Union GmbH., Berlin 61
Printed in Germany

ISBN 3 428 02595 4

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Vorwort

Der wirtschaftshistorische Ausschuß der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, den Prof. Dr. Dr. Friedrich Lütge, München, nach dem Zweiten Weltkrieg mitbegründete und viele Jahre lang leitete, stellte seine Aktivität mehr und mehr ein, nachdem 1961 die eigenständige, einen größeren Mitgliederkreis erfassende „Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte" gegründet und Friedrich Lütge zu ihrem ersten Vorsitzenden gewählt worden war. Damit gab die Wirtschaftsgeschichte ihre Repräsentanz innerhalb der Berufsorganisation der deutschsprachigen Wirtschaftswissenschaftler auf, und ein Diskussionsforum ging verloren, um wirtschaftswissenschaftliche Probleme und Methoden auf dem Gebiet der Geschichte zu erproben. Im Frühjahr 1967 drängte mich daher der Vorstand der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, den Versuch der Gründung eines neuen Ausschusses zu unternehmen. Eine Umfrage bei den nationalökonomisch orientierten Wirtschaftshistorikern in der Bundesrepublik, Österreich und der Schweiz ergab, daß das Interesse an der Wiederbelebung eines solchen Ausschusses groß genug sein würde, um den Versuch aussichtsreich erscheinen zu lassen. Am 27. September 1968 konstituierte sich der neue Ausschuß und hielt seine erste Arbeitstagung im Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Freien Universität Berlin ab. Ihr folgten weitere Tagungen am gleichen Ort im Juni 1969 und im April 1970.

Es erschien zweckmäßig, die Mitglieder zunächst nicht auf ein gemeinsames Thema zu verpflichten, sondern innerhalb eines weiten Rahmenprogramms diejenigen Teilnehmer zu Worte kommen zu lassen, die eigene Forschungsansätze aufzuweisen hatten und zu diskutieren wünschten. Zeitlich ergaben sich dabei zwei Schwerpunkte, das 16. und das 19. Jahrhundert. Thematisch lassen sich alle Arbeiten als Beiträge zur Frage nach Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftswachstum fassen. Die meisten der auf den drei ersten Sitzungen diskutierten Referate werden hiermit zusammen vorgelegt. Einige Arbeiten konnten leider nicht aufgenommen werden, da sie schon an anderer Stelle veröffentlicht worden sind.

Nachdem die zweijährige Aufbauphase gezeigt hat, daß der neue Ausschuß lebensfähig ist und daß sich, besonders unter der jüngeren Generation der Wirtschaftshistoriker, gemeinsame Interessenschwerpunkte herausbilden, konnte der neue Vorsitzende des Ausschusses, Prof. Dr. Ha-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

rald Winkel, Aachen, die Sitzung des Jahres 1971 erstmals unter einem gemeinsamen Thema (Wirtschaftshistorische Probleme der Weimarer Republik) vorbereiten. Damit schließt sich der wirtschaftshistorische Ausschuß der Übung der anderen Ausschüsse der Gesellschaft an.

Ich danke den Autoren der folgenden Aufsätze für ihre Kooperation und Ass. Prof. Dr. Czada, Berlin, für seine redaktionelle Mitarbeit bei der Herausgabe dieses Bandes.

All Souls College, Oxford, im März 1971

Wolfram Fischer

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Inhalt

Die Wandlungen der Preis- und Lohnstruktur während des 16. Jahrhunderts in Deutschland
Von Dr. *Diedrich Saalfeld*, Göttingen 9

Fleischpreise und Fleischversorgung in Oberdeutschland im 16. Jahrhundert
Von Priv.-Doz. Dr. *Fritz Blaich*, Marburg 29

Kapitalbildungsmöglichkeiten der bäuerlichen Bevölkerung in Deutschland am Anfang des 19. Jahrhunderts
Von Priv.-Doz. Dr. Dr. *Friedrich-Wilhelm Henning*, Köln 57

Höhe und Verwendung der im Rahmen der Grundlastenablösung bei Standes- und Grundherren angefallenen Ablösungskapitalien
Von Prof. Dr. *Harald Winkel*, Aachen 83

Die Wirtschaftsstruktur mitteleuropäischer Gebiete an der Wende zum 19. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung des gewerblichen Bereiches
Von Priv.-Doz. Dr. Dr. *Friedrich-Wilhelm Henning*, Köln 101

Das preußische Handwerk in der Zeit der Frühindustrialisierung
Von Dr. *Karl Heinrich Kaufhold*, Göttingen 169

Frühindustrielles Gewerbe in der Rechtsform der AG
Von Dr. *Paul C. Martin*, Hamburg 195

Die Betriebsform im Eisenhüttenwesen zur Zeit der frühen Industrialisierung in Ungarn
Von Prof. Dr. *Ákoš Paulinyi*, Marburg 215

Industrial Development and Foreign Trade in the Nordic Countries 1870 bis 1914
Von Prof. Dr. *Lennart Jörberg*, Lund 239

Die Entwicklung der regionalen Einkommensdifferenzen im Wachstumsprozeß der deutschen Wirtschaft vor 1913
Von Prof. Dr. *Helmut Hesse*, Göttingen 261

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Wandlungen der Preis- und Lohnstruktur während des 16. Jahrhunderts in Deutschland

Von *Diedrich Saalfeld*, Göttingen

Zum engeren und wichtigen Aufgabenbereich der preishistorischen Forschung gehört die Untersuchung

1. der Preisentwicklung,
2. des Preisgefälles und
3. der Preisstruktur.

Die Preisgeschichte befaßt sich demnach 1. mit dem zeitlichen und 2. mit dem räumlichen Vergleich bestimmter Preise und Löhne oder des gesamten Preisniveaus. Schließlich sind 3. die Relationen zwischen den einzelnen Preisen oder bestimmten Preisgruppen für die Deutung ökonomischer Zusammenhänge von besonderer Wichtigkeit[1]. Aus dem Bereich des dritten Aufgabenkreises sollen in dieser Studie besonders die Auswirkungen der Preisstrukturveränderungen auf die Lebenshaltungskosten städtischer Lohnarbeiter untersucht werden. Vom Material her haben sich dafür einige interessante Aspekte ergeben.

Die Tendenzen der Strukturwandlungen lassen sich bereits aus der langfristigen Preisentwicklung ableiten. Um diese anschaulich darzustellen, sind in Abbildung 1 die Preise für die einzelnen auf den städtischen Märkten gehandelten Waren zu 25jährigen Durchschnitten zusammengefaßt und auf den Mittelwert der Jahre 1501 bis 1525 bezogen worden[2].

Erfaßt wurden Waren aus acht Städten. Die auf die Basisperiode bezogenen Preise aus diesen Orten wurden zu einer Indexreihe für Deutschland zusammengefaßt. Aufgenommen wurden davon in das Schaubild nur die Waren, für die Preisreihen aus mindestens vier Städten vorlagen. Einige Ausnahmen wurden allerdings gemacht, zumal die Anschaulichkeit der graphischen Darstellung dadurch nicht litt. So lagen für Wein und Nägel lediglich drei und für Reis und Ochsen sogar nur zwei Preisreihen vor. Für alle anderen in der Anlage 1 nicht aufgeführten Waren sind nur einzelne Zeitreihen, sporadische Angaben oder überhaupt keine Preise veröffentlicht worden. Die Abbildung vermittelt damit gleichzeitig einen Überblick über die Quellenlage.

---

[1] Vgl. *W. Abel*, Preis-, Lohn- und Agrargeschichte. (Sonderband 3 der Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie „Wege und Forschungen der Agrargeschichte" — Festschrift zum 65. Geburtstag von Günther Franz). Ffm. 1967, S. 74 f.

[2] Quellennachweise und Erläuterungen zu Abb. 1. s. Anlage 1.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

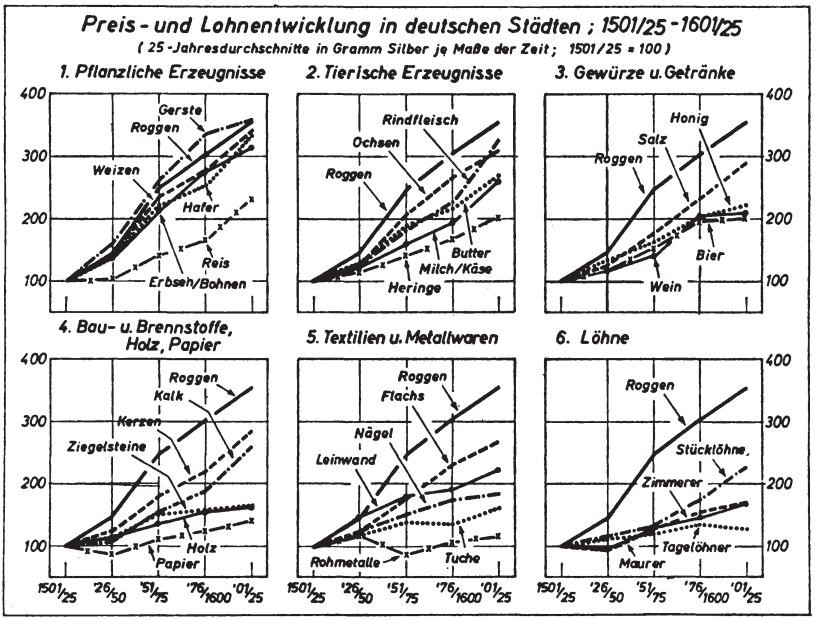


Abb. 1

Die aus der preishistorischen Forschung bekannten Entwicklungen gehen auch klar aus der graphischen Darstellung hervor[3]. Danach erfuhren die Getreidepreise vom ersten Quartal des 16. bis zum ersten Quartal des 17. Jahrhunderts den größten Preisaufschwung; er betrug im Mittel der erfaßten Städte das 3,3- bis 3,6fache des Basiswertes. Bei den übrigen Nahrungsgütern blieb der Steigerungsfaktor mit 2,5 bis 3,2 hinter dem Getreide zurück; am niedrigsten wurde er in dieser Gruppe für den Heringspreis mit 2,0 ermittelt.

Aus dem 16. Jahrhundert sind mit Ausnahme des Herings Fischpreise noch recht lückenhaft überliefert. Es ist daher fraglich, ob der Hering als preisgünstiger Eiweißlieferant unter den Fischen als typisches Beispiel für die übrigen Fischereierzeugnisse angesehen werden kann. Während zum Beispiel in München von 1551/60 bis 1591/1600 der Preis für Rindfleisch um 60 v. H. zunahm, stieg er für Lachs um 69 v. H., für Heringe um 39 v. H. und für Karpfen lediglich um 21 v. H. an. In der

[3] Besonders verwiesen sei auf *W. Abel*, Agrarkrisen und Agrarkonjunktur. Eine Geschichte der Land- und Ernährungswirtschaft Mitteleuropas seit dem hohen Mittelalter. 2. Aufl., 1966, sowie *F. P. Braudel* und *F. Spooner*, Prices in Europe from 1450 to 1750. (The Cambridge Economic History of Europe, vol. IV, 1967, S. 374—486).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tendenz wiesen die Heringe und Karpfen in Augsburg und Würzburg die gleiche Preisentwicklung auf[4].

Von allen anderen erfaßten Waren erreichten nur noch die Preise für Salz, Flachs, Kalk und Kerzen einen Indexwert von 250 und etwas darüber. Bei diesen vier handelt es sich um Güter, die aus Agrarerzeugnissen oder anderer Urproduktion gewonnen wurden und nur einen geringen Grad der gewerblichen Verarbeitung oder technischen Aufbereitung besaßen. Damit ist schon angedeutet, daß sich bei diesen — wie auch bei den vorher genannten Agrarerzeugnissen — die unterschiedlichen, aber doch hohen Preissteigerungen auf ihre geringe Angebots- und Nachfrageelastizität zurückführen lassen.

Die Gewerbeerzeugnisse hatten im Vergleich zu den Agrarprodukten einen weit geringeren Preiszuwachs zu verzeichnen; deren Indices überschritten im behandelten Zeitraum selten den Wert von 200. Wenn bei diesen Waren meistens auch nur Preisüberlieferungen aus vier bis fünf der herangezogenen acht Städte vorhanden und diese selbst wiederum lückenhafter waren als bei den Nahrungsgütern, so kann doch eine Feststellung getroffen und verallgemeinert werden: In dem wichtigsten Gewerbezweig des 15. bis 18. Jahrhunderts, dem Textilgewerbe, stiegen die Rohstoffe in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts stärker im Preise an als die verarbeiteten Produkte (Leinwand, Barchent, Laken, Zwillich und Drillich). Dies wird auch die Lohnentwicklung der Textilarbeiter gehemmt haben. Im Metallgewerbe dagegen erfuhren die Fertigwaren während des gesamten Zeitraumes einen erheblich stärkeren Preisauftrieb als die Rohmetalle. Die Veröffentlichungen sind in diesem Fall aber so mangelhaft, daß generelle Aussagen nicht möglich sind.

Die Löhne blieben im 16. Jahrhundert über lange Zeit konstant und bei den wenigen Lohnerhöhungen war die Zuwachsquote erheblich geringer als bei den Warenpreisen. Bei den wenigen überlieferten Lohnreihen scheint sich nach Schaubild 1 auch die These[5] zu bestätigen, daß die ungelernten Arbeiter in Zeiten starker Bevölkerungszunahme in der Lohnentwicklung hinter den gelernten Fachkräften zurückstehen mußten. Eine Überprüfung des Quellenmaterials konnte diese Vermutung allerdings nicht bestätigen. Bei *van der Wee*[6], der wohl die beste Preis- und Lohnstudie sowie Materialveröffentlichung für eine einzelne Stadt — und zwar der bedeutenden Handelsmetropole Antwerpen —

---

[4] *M. J. Elsas*, Umriß einer Geschichte der Preise und Löhne in Deutschland, Bd. I, 1936, S. 566 ff.

[5] Vgl. *W. Krelle*, Art. „Lohn: (I) Theorie", (Handwörterb. d. Sozialwiss., 7. 1961, S. 1—16).

[6] *H. van der Wee*, The Growth of the Antwerp Market and the European Economy (fourteenth—sixteenth centuries). I. Statistics, 1963, S. 333—475.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

geliefert hat, verlaufen die Löhne im 16. Jahrhundert weitgehend gleichförmig. Dasselbe geht für die Lohnarbeiter aus Abbildung 2 hervor[7]:

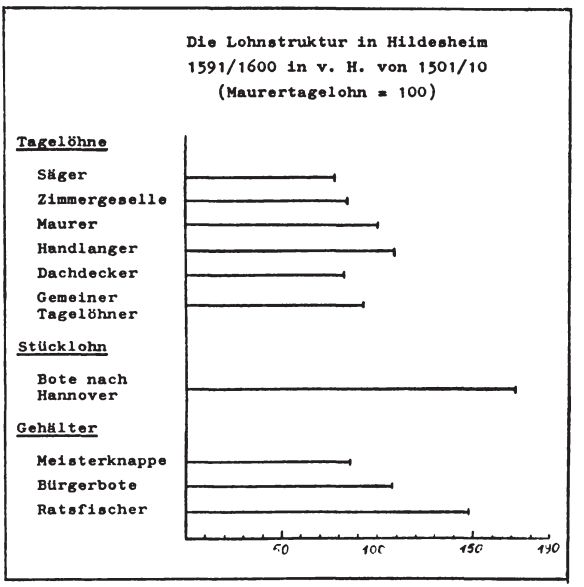


Abb. 2

Von den zehn Lohnempfängern haben fünf (Säger, Zimmerer, Dachdecker, Gemeiner Tagelöhner und Meisterknappe = Müllergeselle) vom Beginn bis zum Ausgang des 16. Jahrhunderts in etwa die gleiche Steigerung der Barlöhne erhalten, wobei der ungelernte (gemeine) Tagelöhner sogar noch den größten Zuwachs erhielt. Die übrigen beiden Gehälter und der Botenlohn sind hiermit nicht vergleichbar, weil sich mit großer Wahrscheinlichkeit im Laufe des Jahrhunderts Änderungen in der Zusammensetzung von Barlohn, den Nebeneinnahmen und Deputaten ergeben haben[8]. Ohlmer hat aber nur die Barlöhne ausgewiesen. Ebenso sind Wandlungen in den Aufgabenbereichen zu vermuten. Unter den sechs Gruppen von Tagelöhnern heben sich die Maurer und Handlanger von den übrigen ab, zu deren Gunsten sich die Bargeldentlohnung verschoben hat. Während die Maurergesellen 1501/10 im Durchschnitt 22 v. H. weniger verdienten als die Zimmergesellen, wurden sie 1591/1600 um 13 v. H. besser bezahlt als diese. In anderen Städten lassen

[7] *A. Ohlmer*, Die Preisrevolution des 16. Jahrhunderts in Hildesheim. Rechts- u. staatswiss. Diss., Würzburg (1921), Tabellenanhang II, S. 269 ff.

[8] *F. Bothe*, Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Reichsstadt Frankfurt. Leipzig 1906, S. 10 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sich diese starken Verschiebungen nicht nachweisen. Wenn sie in Hildesheim nicht auf einer unzureichenden Quellenüberlieferung beruhen[9], so müßte hier im 16. Jahrhundert eine besondere Konjunktur im steinverarbeitenden Baugewerbe entstanden sein.

Zum Abschluß der Ausführungen über die stark divergierenden Preis- und Lohnbewegungen sind zwei für die wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Forschung besonders günstige Fakten der preishistorischen Quellenlage hervorzuheben.

1. Für das wichtigste Konsumgut der vorindustriellen Zeit, das Brotgetreide[10], sind die Preise in großer Fülle überliefert und auch schon in großer Zahl publiziert worden, so daß man mit großer Sicherheit überprüfen kann, ob die Preisüberlieferungen einen Sonderfall darstellen oder der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung entsprechen[11]. Dem Getreidepreis kommt damit aber nicht nur für den Preisvergleich eine besondere Bedeutung zu, sondern er kann als der Grundpreis aller vorindustriellen Wirtschaft angesprochen werden. Bei dem geringen Einkommen der großen Masse der vorindustriellen — auch der bäuerlichen — Bevölkerung bestimmte der Getreidepreis durch den lebensnotwendigen hohen Getreideverbrauch vorweg die Ausgabenstruktur der Haushalte und damit schon weitgehend die Konsummöglichkeiten.

2. Auf der anderen Seite bieten sich die Tagelöhne der Bauhandwerker als Grundlage für die Berechnung der Einkommen der unselbständigen Lohnarbeiter an. Die gelernten Bauarbeiter — vor allem die Maurer- und Zimmergesellen — waren neben wenigen anderen Arbeitern weitgehend Empfänger von Barlöhnen, aus „denen sie den gesamten Lebensunterhalt für sich und gegebenenfalls für ihre Familie" bestreiten mußten, wie schon *E. Maschke*[12] für das Mittelalter festgestellt hat.

Diese beiden Grunddaten wurden von den Klassikern der Wirtschaftsgeschichte miteinander verglichen, um die Höhe des Real- oder

---

[9] *Ohlmer,* (S. 270, s. Anm. 7) hat in den Tabellen nur zehnjährige Durchschnitte aufgeführt und in Tabelle 89 Maurer, Steindecker und Stoßer zusammengefaßt. Es läßt sich nicht nachprüfen, ob in den Lohnreihen vielleicht unterschiedlich bezahlte Arbeitsleistungen enthalten sind.

[10] In Mitteleuropa ist es der Roggen, in den westlichen und südlichen Ländern der Weizen. Im alemannischen Siedlungsraum kam der Dinkel hinzu. *Elsas* (s. Anm. 4) hat auch Preisreihen für Dinkel (Fesen) aus Augsburg, für Spelz aus Speyer und für Kern aus München (bis 1678) überliefert.

[11] Die Dichte der Getreidepreisüberlieferungen läßt schließlich auch eine Überprüfung der Angaben über die Münz- und Währungsverhältnisse zu. Vgl. *D. Saalfeld,* Die Produktion und Intensität der Landwirtschaft in Deutschland und angrenzenden Gebieten um 1800. (Z. f. Agrargesch. u. Agrarsoz., 15. 1967, S. 165 f.).

[12] *E. Maschke,* Die Unterschichten der mittelalterlichen Städte Deutschlands. (Gesellschaftliche Unterschichten in den südwestdeutschen Städten = Veröff. d. Komm. f. geschichtl. Landeskunde in Baden-Württemberg, B 41, 1967, S. 32).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Kornlohnes zu berechnen. *Brown* und *Hopkins*[13] sind einen Schritt weitergegangen und haben den Bauarbeiterlöhnen ein ganzes Bündel von Warenpreisen gegenübergestellt. Dessen Zusammensetzung entsprach allerdings in etwa den Konsumgewohnheiten der Bevölkerung um 1900[14]. Um die Kaufkraftentwicklung im 16. Jahrhundert darzustellen, wurde hier *Scholliers*[15] gefolgt und die Prämisse gemacht, daß die Lohnempfänger von ihrem Geldlohn zunächst den lebensnotwendigen Bedarf für sich und ihre Familie decken mußten, allem voran den Nahrungsbedarf. Dieser wurde über die Kalorienrechnung in Ansatz gebracht[16].

Die für die Berechnung in Abb. 3 unterstellten Konsummengen, die als Mindestbedarf für eine fünfköpfige Arbeiterfamilie angesehen werden können, gehen aus Anlage 3 hervor. Sie wurden zunächst für den gesamten Zeitraum unverändert beibehalten und mit den jeweiligen Jahrespreisen bewertet.

Für die Auswahl mußte weitgehend auf die Quellenlage Rücksicht genommen werden. Dabei hatte Augsburg von den deutschen Städten noch die beste Überlieferung aus dem 16. Jahrhundert aufzuweisen[17]. Dieses gilt ganz besonders für die Löhne der Bauhandwerker. Es konnten die Löhne sowohl der Maurer- als auch der Zimmergesellen herangezogen werden. Da sie weder in der Höhe noch in der Entwicklung nennenswerte Unterschiede aufwiesen, wurden für die nachfolgenden Darlegungen nur die Tagelöhne der Maurer berücksichtigt. In den Warenkorb der Familie konnten nur wenige Güter des täglichen Bedarfs aufgenommen werden. So mußte der Roggen als Repräsentant für alle Getreideprodukte (Brot, Nährmittel, Bier u. a.), das Butterschmalz für die tierischen Fette und dieses zusammen mit den Erbsen für andere Nahrungsmittel, die preiselastischer auf Nachfrageänderungen reagierten als das Brotgetreide, dienen. Schließlich war das Fleisch von den tierischen Eiweißträgern das verbreitetste Konsumgut der Zeit. Die unterstellten Kon-

---

[13] *Phelps Brown*, E. H. a. *S. Hopkins*, Seven Centuries of the Prices of Consumables Compared with Builder's Wage-Rates (Economica, 36. XXIII, 92, 1956, S. 296 ff.).

[14] *F. P. Braudel* u. *F. Spooner*, (s. Anm. 3), S. 427 ff. *D. Saalfeld*, Die Bedeutung des Getreides für die Haushaltsausgaben städtischer Verbraucher in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. (Schriftenreihe f. ländl. Sozialfragen, 44, „Landwirtschaft und Gesellschaft in Geschichte und Gegenwart" = Festschrift Wilhelm Abel, 1964, S. 37 f.).

[15] *E. Scholliers*, Loonarbeid en honger. De levensstandaard in de XVe en XVIe eeuw te Antwerpen. 1960.

[16] S. Anlagen 3 u. 4. Mit ähnlicher Fragestellung wurde die Kaufkraftentwicklung von Leipziger Bauarbeiterlöhnen für die Zeit von 1780 bis 1850 dargestellt (vgl. *D. Saalfeld*, Handwerkereinkommen in Deutschland vom ausgehenden 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. Ein Beitrag zur Bewertung von Handwerkerlöhnen in der Übergangsperiode zum industriellen Zeitalter; in: Handwerksgeschichte in neuer Sicht = Göttinger Handwerkswirtsch. Studien, 16. 1970, S. 65—115).

[17] Vgl. *F. P. Braudel* u. *F. Spooner* (s. Anm. 3, S. 482, Fig. 32), die für die Darstellung der Reallöhne und Lebenshaltungskosten aus Deutschland auch Augsburg herangezogen haben.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

summengen[18] entsprechen ungefähr dem Pro-Kopf-Verbrauch der deutschen Bevölkerung um 1800. Dabei muß betont werden, daß dieser Ansatz für den Nahrungsbedarf tatsächlich nur die notwendigsten Bedürfnisse befriedigen konnte. Bei besseren Einkommensverhältnissen — z. B. bei eigenem Gartenbesitz mit Gemüse- und Leguminosenanbau und eigener Viehhaltung — wird sich der Verbrauch mehr zu den tierischen Produkten und beim Rückgang der Einkommen zu dem je Nährwerteinheit billigeren Brotgetreide verschoben haben.

Für die Gewerbeerzeugnisse sind aus Augsburg nur wenige Preisreihen überliefert worden. Der unterstellte Leinwandverbrauch ist stellvertretend für den persönlichen Bedarf der einzelnen Familienmitglieder an Textilien und anderen Waren, die während des 16. Jahrhunderts relativ gering im Preise gestiegen sind, gesetzt und daher auch recht hoch angegeben worden. Das Holz soll die Wohnungs- und Heizungskosten und die Kerzen sollen andere Haushaltsbedürfnisse abgedeckt haben. Aus Augsburg sind allerdings nur Preise für recht grobe Leinwand — „zwilch in säcken"[19] — vorhanden.

Ein Preisvergleich mit anderen Städten ergab, daß sich der grobe Sackzwilch zu Leinwandsorten für Kleidungszwecke im Preis etwa wie 1 : 2 verhielt. So bertrugen in München die Ellenpreise für Sackzwilch im 16. Jahrhundert durchschnittlich 24,1 und für „Federrid Leinwand" 49,0 denare[20]; in Frankfurt am Main kostete das „Sackleinen" zwischen 1501 und 1572 im Mittel 10,4, das „Hausmachertuch (Inkus)" 21,0 und der Ulmer Barchent, der auch als „Bürgermeisterbarchent" bezeichnet wurde, 32,4 Pfennige je Elle[21]. Der Augsburger Zwilch wurde daher mit dem doppelten Marktpreis in Ansatz gebracht, womit der Preis der üblichen Leinwandsorten für die häusliche Wäsche- und Kleidungsherstellung richtig erfaßt sein dürfte. Brennholzpreise liegen aus Augsburg erst ab 1522 vor, die im darauffolgenden Jahrzehnt 62,6 denare je Reif betrugen. In der gleichen Zeit kostete 1 Schock 14schuhiger Bretter 181 Pfennige. Für die Zeit von 1501 bis 1521 wurde daher der Brennholzpreis gleich einem Drittel des Wertes von einem Schock Bretter in Rechnung gestellt.

Nach den soeben erläuterten Ansätzen erreichten die Leinwand und das Holz entsprechend der unterschiedlichen Preisentwicklung einen Wertanteil von jeweils 9—5 v. H. und die Kerzen von 1—2 v. H. der als Mindestaufwand anzusprechenden Haushaltsausgaben[22].

Die mit den jeweiligen Jahrespreisen bewerteten Konsummengen wurden dem vermutlichen Jahresverdienst des ganz für Bargeld arbeitenden Maurergesellen gegenübergestellt. Dabei wurde davon ausgegangen, daß der Maurer insgesamt 260 Tage im Jahr beschäftigt war, und zwar 190 im Sommer und 70 Tage im Winter. Nach *Scholliers*[23] arbeiteten die Bauhandwerker in Antwerpen im 15./16. Jahrhundert den Sommer über 189 und im Winter 75 Tage. Dieselbe Zahl von 264 Arbeits-

---

[18] *D. Saalfeld,* Die Bedeutung des Getreides ... (Anm. 14), S. 28.
[19] *M. J. Elsas,* (Anm. 4), I, S. 413 f.
[20] *M. J. Elsas,* I, S. 333 f.
[21] *M. J. Elsas,* II A, S. 215 f. u. 221.
[22] Vgl. Tabelle 1, S. 18.
[23] *E. Scholliers,* (s. Anm. 15), S. 83.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tagen ist für 1844 aus Frankreich überliefert[24]. Während also bei der Ermittlung der Kaufkraft als variable Wertgrößen die jährlichen Durchschnittspreise und -löhne eingingen, wurden die als Mindestbedarf angesetzten Mengen für den gesamten Zeitraum zunächst unverändert beibehalten. Errechnet wurde die Kaufkraft der Geldlöhne gegenüber den lebensnotwendigen Bedürfnissen, indem der Wert des jährlichen Haushaltsbedarfs einer fünfköpfigen Maurerfamilie durch den Jahreslohn des Maurergesellen dividiert wurde.

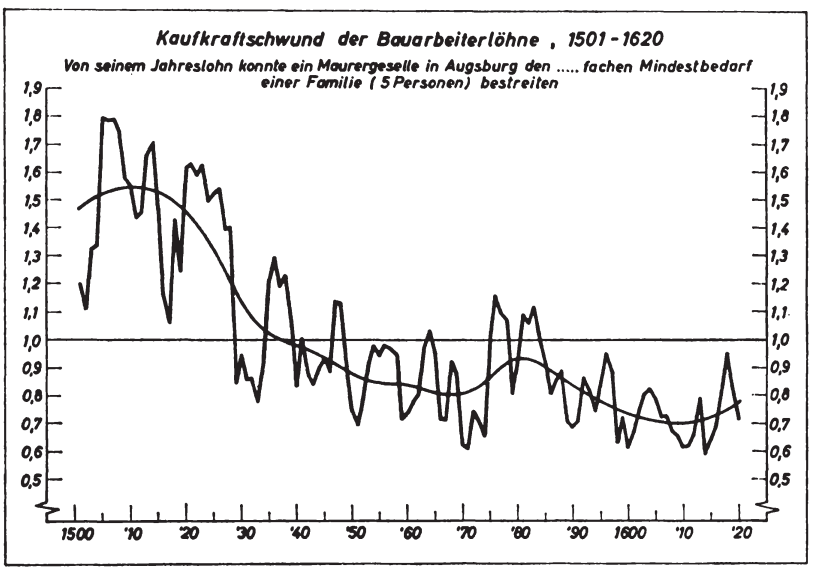


Abb. 3

Als besonders auffälliges Ergebnis ist hervorzuheben:

1. Bei langfristiger Betrachtung besaßen die Bauarbeiterlöhne in den ersten drei Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts mit einem Indexwert von 1,5—1,4 eine hohe Kaufkraft. In den dreißiger Jahren ist ein steiler Abfall der Kaufkraft zu verzeichnen und im dritten Quartal des 16. Jahrhunderts pendelten die Indices um den Wert 0,85. Nach einer spürbaren Aufbesserung zwischen 1575 und 1585 mit einem Index von 1,0 sank die Kaufkraft der Geldlöhne in den Jahrzehnten vor und nach der Jahrhundertwende allmählich auf Indexwerte von 0,8 bis 0,7 ab. In den drei Jahrzehnten vor dem Dreißigjährigen Kriege konnte nach diesen Be-

[24] *K. von Tyska*, Löhne und Lebenshaltungskosten in Westeuropa im 19. Jahrhundert. 1914, S. 6.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

rechnungen ein Augsburger Geselle im Bauhandwerk von seinem Lohn die notwendigen Lebenshaltungskosten einer fünfköpfigen Familie nur zu drei Vierteln decken[25].

2. Die großen Schwingungen von Jahr zu Jahr in der Entwicklung der Reallöhne sind vor allem auf die stark schwankenden Roggenerträge und -preise zurückzuführen; denn der Roggen ist in dem Haushaltsbudget anfangs mit 41 v. H. und am Ende des 16. Jahrhunderts mit 52 v. H. des Marktwertes vertreten[26]. Entsprechend dem Erntezyklus der vorindustriellen Zeit[27] kehrt in der jährlichen Reallohnkurve alle 7 bis 12 Jahre ein Maximum (erstmals 1505) oder Minimum (erstmals 1502) wieder. Das absolute Maximum erreicht sie 1505 mit einem Index von 1,76 und das absolute Minimum während des Untersuchungszeitraumes im Jahre 1614 mit 0,59, welches auf gleich tiefem Niveau wie der Index im Mißerntejahr von 1571 (0,60) liegt. Es sei besonders darauf hingewiesen, daß eine Reihe aufeinanderfolgender „wohlfeiler" Jahre die Reallöhne in den ersten drei Jahrzehnten, in den fünfziger Jahren und zwischen 1575 und 1585 spürbar verbesserte, während in der übrigen Zeit der Quotient aus dem Jahreslohn und den Lebenshaltungskosten durch eine Reihe von Teuerungsjahren in der Tendenz abfiel.

3. Durch die unterschiedliche Preissteigerung ergab sich in der wertmäßigen Zusammensetzung des Familienbedarfs eine Verschiebung zu den Nahrungsgütern, insbesondere zu dem unelastisch nachgefragten Brotgetreide. Während die Lebensmittel 1501/10 insgesamt 77 v. H. des Haushaltsbudgets beanspruchten, waren es 1591/1600 sogar 86 v. H. Der

---

[25] Einen ähnlich starken und gleichläufigen Fall der Reallöhne haben *E. H. P. Brown* und *S. Hopkins* (s. Anm. 13) für das südliche England und nach den gleichen Berechnungsmethoden *F. P. Braudel* und *F. Spooner* (s. Anm. 3) für Wien und Valencia dargestellt. *F. M. Ress* (Zur Entwicklung der Lebensmittelpreise, der Löhne und des Realeinkommens von 1554 bis zum Jahre 1660; in: Schmollers Jb., 82, 1962, S. 191 ff.) dagegen stellt für die Arbeiter eines südostbayerischen Eisenhüttenwerkes „als vielleicht wichtigste Erkenntnis" seiner Studie fest, daß der „Lebensstandard der in Lohn und Brot stehenden Arbeiter bis zum Beginn des 17. Jahrhunderts keineswegs so rapide abgesunken" sei, wie bisher allgemein angenommen worden sei. Es ist dabei zu bemerken, daß die Brotpreise je Laib — wie auch die Löhne — in dem Hüttenwerk, das seinen Arbeitern Lebensmittel und andere Güter keineswegs zu sozialen Preisen verkauft habe (S. 190), in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts konstant geblieben waren, während das Brotgetreide im Preis etwa auf das 2 1/2fache gestiegen war. Wenn es sich bei der Festsetzung des Brotpreises nicht um eine soziale Maßnahme handelte, ist vielleicht zu überprüfen, ob die Gewichte der Brote nicht auch reziprokproportional zu den Brotpreisen variiert — bei steigenden Getreidepreisen also vermindert — wurden, wie es die städtischen Bäcker entsprechend den Brottaxen taten.

[26] Vgl. unten Tab. 1, S. 18.

[27] *H.-H. Wächter*, Ostpreußische Domänenvorwerke im 16. und 17. Jahrhundert (Beihefte z. Jb. d. Alb.-Univ. Königsberg/Pr., XIX); 1958, S. 125 ff., *W. G. Hoskins*, Harvest Fluctuations and English Economic History, 1480 bis 1619 (Agric. Hist. Rev., XII. 1964, S. 28—46).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wertanteil der Gewerbeerzeugnisse ging ständig zurück, und zwar von 20 v. H. in dem ersten auf 12 v. H. in dem letzten Jahrzehnt des 16. Jahrhunderts, wie aus Tabelle 1 hervorgeht.

Tabelle 1

Zusammensetzung des lebensnotwendigen Haushaltsbedarfs im 16. Jahrhundert (in v. H. des Marktwertes in Augsburg)

Zeit	Roggen 1	Erbsen 2	Butter 3	Rindfleisch 4	Sa. 1—4
1501/10	40,8	7,0	17,8	11,1	76,7
1551/60	43,1	6,1	17,7	13,4	80,3
1591/1600	52,3	5,9	15,0	12,5	85,7
16. Jh.	47,0	6,9	16,4	11,4	81,7
Zeit	Salz 5	Leinwand 6	Holz 7	Kerzen 8	Sa. 6—8
1501/10	3,1	9,3	9,6	1,3	20,2
1551/60	2,3	7,5	8,1	1,8	17,4
1591/1600	2,1	5,4	5,8	1,0	12,2
16. Jh.	2,3	7,6	7,2	1,2	16,0

Quelle: M. J. ELSAS (s. Anm. 4).

Wenn man den Kaufkraftschwund der Geldlöhne im 16. Jahrhundert nach klassischem Maßstab des Kornlohnes mißt, so konnte ein Maurergeselle in Augsburg für seinen Sommertagelohn

1501/10 17,2,
1551/60 9,3 und
1591/1600 7,5 kg Roggen kaufen.

Schmoller hielt diesen Maßstab sogar 1914 noch für relevant und hat nach den Ergebnissen der von ihm sehr stark geförderten Sozialforschungen[28] anhand der Kornlöhne eine Skala über die Kaufkraft der Arbeiterwochenlöhne aufgestellt, die „früher wie heute die tatsächlichen Abstufungen in der Lebenslage im ganzen richtig" kennzeichnete[29]. Ergänzt man *Schmollers* Übersicht, indem die zu der Zeit übliche Sechstagewoche zugrunde gelegt wird, so ergeben sich folgende Abstufungen in der Bewertung des Kornlohnes hinsichtlich der Bedürfnisse einer Familie:

[28] *C. Brinkmann,* Art. „Schmoller, Gustav" (Handwörterb. d. Sozialwiss., 9. 1956, S. 135 ff.).
[29] *G. Schmoller,* Die Tatsachen der Lohnbewegung in Geschichte und Gegenwart (Schmollers Jb., 38, 1914, S. 529).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 2

Bewertung des Kornlohnes (nach Schmoller)

Lohn in kg Roggen je Woche	Tag	Kennzeichnung
15 — 24	2,5 — 4	Hungerlohn
50 — 60	8 — 10	dürftig
90 — 120	15 — 20	ausreichend

Danach erhielten die gelernten Bauarbeiter[30] zu Anfang des 16. Jahrhunderts einen für eine fünfköpfige Familie voll ausreichenden Barlohn; am Ende des Jahrhunderts war er nach *Schmollers* Skala dürftig, unter Zugrundelegung des in der Anlage 3 zusammengestellten Mindestbedarfs ganz unzureichend. Durch den Vergleich der Kaufkraft von Bauarbeiterlöhnen gegenüber dem Getreide und anderen Gütern des täglichen Bedarfs in anderen Städten wird diese Aussage erhärtet (vgl. Anlage 2). Diese Ergebnisse kann man unter Vernachlässigung der Bedenken gegen Generalisierungen[31] verallgemeinern und gelangt für Deutschland zu

Tabelle 3

Ein Geselle im Bauhandwerk konnte für den Lohn eines Sommertages kaufen

Ware	Anfang des 16. Jahrhd.	Ende des 16. Jahrhd.	Ende des 16. Jahrhd. Kalorien	Ende des 16. Jahrhd. Roggen = 100
kg Roggen	18	9	22 500	100,0
kg Erbsen	10	6	19 800	88,0
kg Butter	1,6	1,0	7 500	33,3
kg Fleisch	5	2,5	5 500	24,4
kg Heringe	2,5	2,0	3 400	15,1
kg Karpfen	2,5	1,2	840	3,7
Liter Bier	7	4	1 800	8,0
m Leinwand	2	1,5		
m Tuche	0,25	0,2		
Paar Schuhe	0,4	0,3		
Quellen und Erläuterungen s. Anhang 2				

[30] Die Zimmergesellen, Sägerknechte und andere Gesellen im Bauhandwerk erhielten den gleichen Lohn, wenn sich auch geringfügige Unterschiede und Verschiebungen im 16. Jahrhundert nachweisen lassen.

[31] *B. H. Slicher van Bath,* Theorie en praktij in de economische en sociale geschiedenis (A. A. G.-Bijdragen, 14. 1967, S. 139 ff.).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

folgenden Kenndaten über die Kaufkraft eines Bauarbeiter-Tagelohnes gegenüber den Nahrungsmitteln, deren Nährwert und einigen Gewerbeerzeugnissen zu Beginn und am Ausgang des 16. Jahrhunderts (Tabelle 3).

Aus dieser Übersicht wird wiederum deutlich, daß die Kaufkraft der Geldlöhne besonders stark gegenüber den einkommensunelastisch nachgefragten Agrarprodukten abfiel. Diese waren dennoch die je Nährwerteinheit preisgünstigsten Lebensmittel, wie sich aus der Kalorienrechnung ergibt. Mit abnehmendem Realeinkommen mußte sich die Nachfrage immer mehr vom Fisch zum Fleisch, vom Fleisch zum Fett und von den tierischen Erzeugnissen zu den Cerealien verschieben. Diese Konsumwandlungen lassen sich im 16. Jahrhundert auch tatsächlich nachweisen[32]. Die Zusammensetzung des Mindestbedarfs für einen Arbeiterhaushalt, wie sie für die Berechnung der Kaufkraft der Geldlöhne in Abb. 3 zugrunde gelegt wurde[33], kann den Verhältnissen in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts entsprochen haben. Für die zweite Hälfte ist sie unrealistisch. Aus diesem Grunde wurden die Werte — insbesondere die Konsummengen — die in die Berechnungen zu Abb. 3 als Konstante eingingen, variiert (vgl. Anlagen 3—5). Die Ergebnisse wurden in Abb. 4 wiedergegeben.

Zur Erläuterung sind einige Bemerkungen vorauszuschicken: Eine durchschnittliche Familiengröße von fünf Personen, mit der auch Kötzschke[34] rechnete, dürfte für das 16. Jahrhundert zu hoch gegriffen sein. Das gilt vor allem für die städtischen Familien. So waren es nach E. Keyser[35] zu Beginn des hier behandelten Zeitraumes in den Städten „nirgends mehr als 4—5 Personen". Es lag daher nahe, die gleichen Berechnungen sowohl für eine fünf- als auch für eine vierköpfige Familie durchzuführen, wobei sich infolge der unterschiedlichen Alterszusammensetzung in den beiden Beispielsfamilien Verschiebungen in dem Kalorienbedarf pro Person ergaben (vgl. Anlage 4).

Da das Jahreseinkommen des Familienvorstandes nur zu fassen ist, wenn man den im Durchschnitt des Jahres gezahlten Tageslohn mit der Zahl der jährlichen Arbeitstage multipliziert (vgl. S. 15), wurde ebenfalls mit einer

---

[32] *W. Abel,* Agrarkrisen und Agrarkonjunktur. Eine Geschichte der Land- und Ernährungswirtschaft Mitteleuropas seit dem hohen Mittelalter, 2. Aufl. 1966, S. 137 ff. Ders., Zur Entwicklung des Sozialprodukts in Deutschland im 16. Jahrhundert (Jb. f. Nat. u. Stat., 173, 1961, S. 475 ff.). Ders., Wandlungen des Fleischverbrauchs und der Fleischversorgung in Deutschland seit dem ausgehenden Mittelalter (Ber. ü. Landw., N. F. 22, 1938, S. 411—452).

[33] Vgl. Abb. 3, S. 16 und Anlage 3.

[34] *R. Kötzschke,* Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters (Hdb. d. Wirtschaftsgesch., 1924, S. 575). *F. Koerner,* Die Bevölkerungsverteilung in Thüringen am Ausgang des 16. Jahrhunderts (Wiss. Veröff. d. Inst. f. Länderkunde, NF. 15/16, Leipzig 1958, S. 303 ff.); *H. Mauersberg,* Beiträge zur Bevölkerungs- und Sozialgeschichte Niedersachsens (Studien z. Volkskörperforschung Niedersachsens, 1. 1938, S. 114 ff.); *K. Blaschke,* Bevölkerungsgeschichte von Sachsen bis zur industriellen Revolution, Weimar 1967, S. 42 ff.).

[35] *E. Keyser,* Die Bevölkerung der deutschen Städte (Städtewesen und Bürgertum als geschichtliche Kräfte — Festschrift für *Fritz Rörig*); Lübeck 1953, S. 28.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

variablen jährlichen Beschäftigung gerechnet. Eine spürbare Erhöhung der Arbeitstage wäre allerdings unrealistisch gewesen; denn 270 Arbeitstage bedeuteten zumindest im Bauhandwerk Vollbeschäftigung[36]. Daher wurde in die untenstehende Abbildung nur die Verminderung der Arbeitstage um 20 v. H. für die ersten drei Jahrzehnte des 16. Jahrhunderts aufgenommen (Variation II b). Es ist nämlich durchaus anzunehmen, daß in der Beschäftigungslage zwischen dem Beginn des Jahrhunderts und der nachreformatorischen Zeit, in

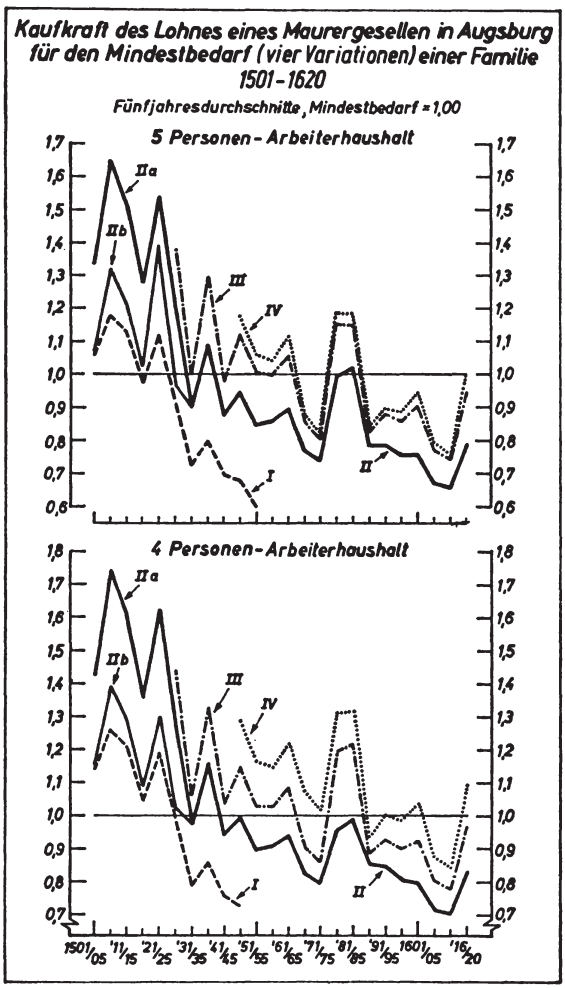


Abb. 4

[36] *H. van der Wee*, Löhne und wirtschaftliches Wachstum. Eine historische Analyse (Kölner Vorträge zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 6. 1969, S. 25).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der viele kirchliche Feiertage entfielen[37], ein Unterschied bestand. Schließlich hätte in der Zeit nach 1525 eine so geringe Beschäftigungsrate von nur 4 Arbeitstagen je Woche im Durchschnitt des Jahres zu einer anderen Themenstellung führen müssen. Diese Frage, wovon die im Tagelohn Beschäftigten mit ihren Familien bei längerer Unterbeschäftigung gelebt haben könnten, kann hier nur angedeutet werden.

Weil die benötigten Gewerbeprodukte im 16. Jahrhundert durchschnittlich nur einen Wertanteil von weniger als 20 v. H. des Familienbedarfs beanspruchten, wurden hier keine Änderungen vorgenommen.

Um es noch einmal hervorzuheben: Tatsächlich faßbar waren für die Berechnungen nur die gezahlten Tagelöhne und die Preise für die wichtigsten Güter des täglichen Bedarfs. Variiert wurde vor allem der Nahrungsverbrauch (s. Anl. 5). Die Variation IIa der Abb. 4 entspricht den Ansätzen zu Abb. 3. I enthält einen höheren Fleischverbrauch (80 kg je Person). In III und IV wurden das Fleisch und die Butter zunehmend durch Roggen ersetzt.

Hieraus ergibt sich, daß in den ersten beiden Dritteln des 16. Jahrhunderts und von 1576 bis 1584 ein Augsburger Maurergeselle von seinem Lohn eine mittelgroße Familie ernähren konnte, wenn er voll beschäftigt war und sich der Konsum in dieser Zeit fortschreitend von den

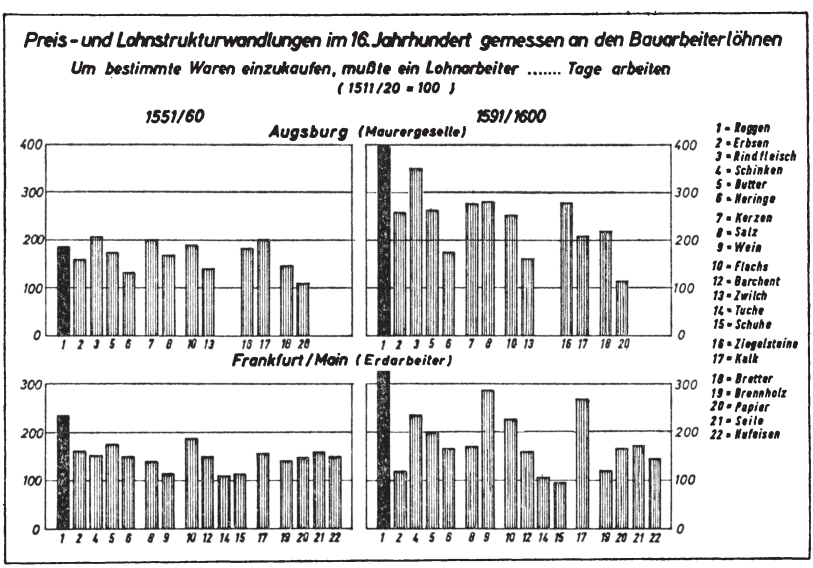


Abb. 5

[37] *St. Beissel*, Geldwerth und Arbeitslohn im Mittelalter (Stimmen aus Maria Laach, VII. Erg.bd., 27. H., 1885, S. 157 ff.).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

höherwertigen Lebensmitteln zum preiswerteren Brot verschob. In dem Jahrzehnt 1566/75 und von 1585 bis zum Dreißigjährigen Kriege waren diese Familien auf den Zuerwerb der Frau oder sogar der Kinder angewiesen. Die Verarmung breiter Bevölkerungsschichten[38] und ein Anwachsen der Bettelei[39] waren die Folge dieser säkularen gegenläufigen Bewegung zwischen den Preisen und den Löhnen. Der Frage, welche Schichten vom Reallohnfall des 16. Jahrhunderts besonders betroffen wurden und welche Ausmaße die Verarmung in dieser Zeit annahm, kann hier nicht näher nachgegangen werden.

Zum Abschluß der Ausführungen über die Preisstrukturverschiebungen und dem starken Kaufkraftschwund der Geldlöhne gegenüber den Waren des täglichen Bedarfs sollen anhand einer weiteren graphischen Darstellung[40] die Gründe für die aufgezeigte Entwicklung erörtert werden.

In der Abbildung 5 wurde (aus optischen Gründen) der reziproke Kaufkraftwert der Geldlöhne herangezogen und auf die Mittelwerte der Jahre 1511 bis 1520 bezogen. Dadurch wurde erreicht, daß die Waren, zu deren Gunsten sich die Preise am stärksten verschoben hatten, auch die höchsten Relativwerte erreichten. Zwar wies die Kaufkraftentwicklung der Maurerlöhne in Augsburg einen stärkeren Rückgang auf, als die Tagelöhner in Frankfurt am Main hinnehmen mußten, auch divergierten die Preise in Frankfurt stärker als in Augsburg; dennoch läßt sich in beiden Städten die gleiche Preisstrukturverschiebung beobachten, wie sie in der Tendenz bereits in Abbildung 1 dargestellt worden ist.

Im einzelnen soll auf die Wandlungen im Preisgefüge, wie sie sich aus der Abbildung 5 ergeben, nicht eingegangen werden. Dazu kann auf die

[38] *R. Kötzschke,* Deutsche Wirtschaftsgeschichte bis zum 17. Jahrhundert (Grundriß d. Geschichtswiss., II. 1, 1908, S. 131); *W. Sombart,* Der moderne Kapitalismus, I. 2, S. 788 ff.; *W. Abel,* Agrarkrisen ... (s. Anm. 3), S. 129 ff.; *F. Lütge,* Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (Enzykl. d. Rechts- u. Staatswiss., 3. Aufl., 1966, S. 310). Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß in den Kleiderordnungen die Handwerksgesellen erst im Laufe des 16. Jahrhunderts bei den untersten Schichten aufgeführt sind, während sie vorher offenbar allgemein den Handwerkern zugerechnet wurden, die dem Mittelstand angehörten (vgl. *L. C. Eisenbart,* Kleiderordnungen der deutschen Städte zwischen 1350 und 1700, in: Gött. Bausteine zur Geschichtswiss., 32. 1962, S. 58 ff.).

[39] *I. Bog,* Wachstumsprobleme der oberdeutschen Wirtschaft, 1540—1618 (Wirtsch. u. soziale Probleme der gewerbl. Entwicklung im 15.—16. Jahrhundert = Forschgn. z. Sozial- u. Wirtschaftsgesch., 10. 1968, S. 48 ff.); *W. Rüger,* Mittelalterliches Almosenwesen. Die Almosenordnungen der Reichsstadt Nürnberg (Nürnberger Beiträge zu den Wirtsch.- u. Sozialwiss., 31. 1932, S. 12 ff.).

[40] Quellen zu Abb. 5: *M. J. Elsas* (s. Anm. 4), I, S. 594 ff. und II A, S. 463 ff. Die Waren werden zu Gruppen zusammengestellt, um auch die Preisdivergenz in einigen Wirtschaftssektoren zu veranschaulichen. Nahrungsgüter 1—6, andere Haushaltswaren 7—9, Textilien und Schuhe 10—15, Baumaterialien 16—17, andere Gewerbeerzeugnisse 18—22.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Erörterungen zu Abb. 1 (S. 10 ff.) verwiesen werden. Der starke Preisaufschwung für Fleisch bedarf allerdings einer Erklärung. Er stand in Augsburg im 16. Jahrhundert nur wenig hinter dem Anstieg der Getreidepreise zurück. Die Preiselastizität der Nachfrage ist für Vieh und Fleisch jedoch höher als für Getreide, so daß sich eine stärkere Preisverschiebung zum Getreide hätte ergeben müssen, als für Augsburg nachgewiesen ist[41]. Eine Erklärung dürfte diese Diskrepanz darin finden, daß es sich um Nachfragesteigerungen in verschiedenen Verbraucher- und Einkommensebenen handelte. Die Ochsen wurden vor allem in den städtischen Haushaltungen der mittleren und höheren Bürgerschichten verbraucht. Diese hatten in ihrer zahlenmäßigen Zunahme mit der gesamten Bevölkerungsentwicklung des 16. Jahrhunderts Schritt gehalten[42]. Die Preiselastizität der Nachfrage war in den einkommensstarken Schichten der städtischen Bevölkerung für Fleisch wiederum relativ unelastisch. Es mußten immer mehr Ochsenherden von den außerdeutschen Weidegebieten auf die deutschen Märkte gebracht werden[43]. Durch die steigenden Transportkosten und schichtenspezifische Nachfrageentwicklung wurde das Fleisch überproportional verteuert.

Diese Wandlungen lassen sich nicht monokausalistisch mit der Vermehrung der Edelmetalle und damit des Geldes erklären. Wenn man den Preis als eine Resultante aus Angebot und Nachfrage begreifen will, so sind die Gründe auch vornehmlich auf der Marktseite zu suchen.

Das Angebot an Agrarerzeugnissen war in der vorindustriellen Zeit bei den geringen technischen, vor allem bei den wenigen ertragssteigernden Betriebsmitteln und wegen der Bodenregalien sowie des Flurzwanges weit unelastischer als im Gewerbe. Die starke Bevölkerungsvermehrung um rund 0,5 v. H. jährlich im artihmetischen Mittel[44] mußte

---

[41] Dies scheint eine eigenartige Entwicklung des 16. Jahrhunderts zu sein. Sie läßt sich für Rindfleisch neben Augsburg ebenso auffällig in Würzburg nachweisen, nicht in Straßburg und ebensowenig für Schinken in Frankfurt. Die Ochsenpreise stiegen zumindest in Nordwesteuropa ähnlich stark an wie die Getreidepreise. Quellen s. Anlage 1, dann *H. Wiese,* Der Rinderhandel im nordwesteuropäischen Küstengebiet vom 15. Jahrhundert bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts (Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte, XIV = Rinderhandel und Rinderhaltung im nordwesteuropäischen Küstengebiet vom 15. bis zum 19. Jahrhundert, 1966, S. 100 ff.).

[42] *K.-H. Blaschke,* Bevölkerungsgeschichte von Sachsen bis zur industriellen Revolution. Weimar 1967, S. 174 ff.

[43] *W. Abel,* Geschichte der deutschen Landwirtschaft vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert. (Deutsche Agrargeschichte, II. 2. Aufl., 1967, S. 171 ff.).
F. Lütge, Strukturwandlungen im ostdeutschen und osteuropäischen Fernhandel des 14. bis 16. Jahrhunderts. (Sitzungsber. d. Bayer. Akad. d. Wiss., Phil.-Hist. Kl., Jg. 1964, H. 1, 1964, S. 44 ff.).

[44] *F. Körner,* Die Bevölkerungszahl und -dichte in Mitteleuropa zum Beginn der Neuzeit (Forschgn. u. Fortschr., 33, 1959, S. 325 ff.). *W. Abel,* Agrarkrisen (s. Anm. 32), S. 97 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

daher zu einer Verschiebung der Preisrelationen zugunsten der auf Nachfrageänderungen recht unelastisch reagierenden Agrarprodukte führen. Hinzu kam, daß ein quantitativ kaum faßbarer Teil der angewachsenen Bevölkerung keine ausreichenden Arbeitsbedingungen fand, weder in der Stadt noch auf dem Lande[45]. Als ungelernte Tagelöhner, Kätner, Häuslinge oder Gärtner[46] wurden sie vielfach nur zu unregelmäßig anfallenden Arbeiten herangezogen; im Hausgewerbe — vor allem im Spinnen und Weben — erschloß sich für sie und ihre Familienangehörigen eine weitere Einkommensquelle[47]. Um überhaupt satt zu werden, mußten sie ihre Bedürfnisse auf die je Kalorieneinheit preisgünstigsten Nahrungsgüter — und das war neben den Körnerleguminosen mit Abstand das Brot — und die billigeren Gebrauchsgegenstände (wie grobes Leinen u. a.)[48] beschränken. Diese unausbleiblichen Konsumverschiebungen mußten die schon durch die unterschiedlichen Angebotselastizitäten hervorgerufenen Preisdivergenzen verstärken. Abschließend sei hervorgehoben, daß im 16. Jahrhundert nicht so sehr die „Preisrevolution", der allgemeine Preisauftrieb also, sondern die Preis- und Lohnverschiebungen die sozialökonomische Lage der Bevölkerung erheblich verändert und zu einer Verarmung breiter Bevölkerungskreise geführt haben. Besondes betroffen wurden davon die Lohnarbeiter und die auf Lohnhandwerk angewiesenen Schichten.

---

[45] *I. Bog,* a. a. O., (s. Anm. 39), S. 48 ff.; *W. Sombart,* Der moderne Kapitalismus, I. 2, 1928, S. 788 ff.

[46] *W. A. Boelcke,* Wandlungen der dörflichen Sozialstruktur während Mittelalter und Neuzeit. (Wege u. Forschungen der Agrargeschichte. Festschr. z. 65. Geburtstag von *Günther Franz* = Sb. 3. d. Zts. f. Agrargesch. u. Agrarsoz., 1967, S. 90 ff.). *K.-H. Blaschke,* Bevölkerungsgeschichte von Sachsen bis zur industriellen Revolution. Weimar 1967, S. 182 ff.

[47] *H. Aubin,* Das westfälische Leinengewerbe im Rahmen der deutschen und europäischen Leinwanderzeugung bis zum Anbruch des Industriezeitalters. (Vortragsr. d. Ges. f. westfäl. Wirtschaftsgesch. e. V., 11. 1964, S. 14 ff.).

[48] *I. Bog* (s. Anm. 39), S. 76 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Anlage 1

Quellennachweis und Anmerkungen zu Abbildung 1

In der Abb. 1 wurden Preise und Löhne aus folgenden Städten zusammengefaßt:

1. Hamburg
2. Hildesheim
3. Göttingen
4. Augsburg
5. München
6. Würzburg
7. Frankfurt/M.
8. Straßburg

Sie wurden (für 1, 4, 5, 6 und 7) dem preis- und lohngeschichtlichen Archiv des Instituts für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Göttingen (Elsas-Archiv) entnommen. Vgl. *M. J. Elsas,* Umriß einer Geschichte der Preise und Löhne in Deutschland, I u. II A, Leiden 1936 u. 1940. Weiter wurden herangezogen: *A. Ohlmer,* Die Preisrevolution des 16. Jahrhunderts in Hildesheim, Diss. Würzburg 1921 (für 2). *H. Kullak-Ublick,* Die Wechsellagen und Entwicklung der Landwirtschaft im südlichen Niedersachsen vom 15. bis zum 18. Jahrhundert; Diss. Göttingen 1953 (für 3). *A Hanauer,* Études économiques sur l'Alsace ancienne et moderne, I u. II, Paris 1876 (für 8).

Aus diesen Städten lagen folgende Preisreihen vor (Numerierung der Städte s. oben):

Roggen (1—8); Weizen (Kern, Dinkel aus 2—8); Gerste (1—5, 8); Hafer (1—8); Erbsen/Bohnen (1, 3, 4, 8); Reis (5, 8); Ochsen (2, 3); Rindfleisch (4, 6, 7, 8); Milch/Käse (1, 4, 7, 8); Butter (Schmalz aus 1, 2, 4—8); Heringe (1, 5—8); Honig (4, 5, 7, 8); Bier (1, 2, 5, 7, 8); Wein (2, 5, 8); Holz (1, 3, 6—8); Kerzen (2, 3, 6—8); Kalk (1, 4—8); Ziegelsteine (2, 4—8); Papier (2—4, 8); Flachs (1, 4, 5, 7); Leinwand (1, 2, 5, 8); Tuche, Laken (2, 4, 6—8); Rohmetalle (1, 2, 6, 8); Nägel (1, 2, 6).

Tagelöhne: Maurer (1, 2, 4, 8); Zimmergesellen (1, 2, 4, 8); Stücklöhne: Leinwandweber (1), Botenlohn (2), Holzhacker (3), Drescher (8); ungelernte Tagelöhner (2—5, 8).

Anlage 2

Für den Lohn eines Sommertages konnte ein Bauhandwerker kaufen:

Ware	1501/20			1575/1600		
	Augsburg	Frankfurt/M.	Hildesheim	Augsburg	Frankfurt/M.	Hildesheim
kg Roggen	17,1	18,4	17,6	8,2	8,0	10,5
kg Erbsen	10,7	9,5	—	6,1	6,2	—
kg Butter	1,6	1,6	(3,9)	1,0	(2,4)	1,0
kg Rindfleisch	5,0	—	—	2,7	—	—
kg Schinken	—	5,1	—	—	2,4	—
kg Karpfen	2,7	—	—	1,2	—	—
Stück Heringe	13,3	13,8	—	14,0	10,1	—
(ca. kg)	(2,7	2,8)		(2,8	2,0)	
1 Bier	—	5,0	8,7	—	4,6	3,9
m Leinwand	1,2	2,4	1,6	1,1	1,7	1,5
m Tuche	—	0,24	0,28	—	0,12	0,32
Paar Schuhe	—	0,20	0,56	—	0,22	0,33

Quellen: M. J. *Elsas,* a. a. O. (s. Anm. 4), I, S. 541 ff., II A, S. 463 ff.; A. *Ohlmer,* a. a. O. (s. Anm. 7), Tabellenanhang.

Anmerkungen: Augsburg und Hildesheim: Maurergesellen, Frankfurt am Main: Opperknechte (Grabenarbeiter).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Anlage 3

Ansatz für den Haushaltsbedarf einer Arbeiterfamilie im 16. Jahrhundert

1. Fünf-Personen-Haushalt				2. Vier-Personen-Haushalt		
Produkt	Konsum je Person u. Jahr	Kalorien je Tag	Jahresbedarf der Familie	Konsum je Person u. Jahr	Kalorien je Tag	Jahresbedarf der Familie
Brotgetreide	250 kg	1 680	1 250 kg	265 kg	1 780	1 060 kg
Erbsen	27 kg	240	135 kg	30 kg	265	120 kg
Butter	10 kg	205	50 kg	15 kg	310	60 kg
Fleisch	20 kg	115	100 kg	25 kg	145	100 kg
Kalorien je Tag und Person[a)]		2 240			2 500	
Salz	8 kg		40 kg	8 kg		32 kg
Leinwand	2 m		10 m	2,5 m		10 m
Brennholz[b)]			10 Fuder			10 Fuder
Kerzen	1 kg		5 kg			5 kg

a) Ansatz für den Kalorienbedarf s. Anlage 4.
b) Nach den Kämmerei-Registern der Stadt Göttingen (KR 1749/50, 1761/2 u. 1802/03) erhielten der 1. Stadtschreiber 10 Fuder Holz (und zwar 4 Klafter Holz und 2 Schock Wellen), der zweite 8 Fuhren (3 Klafter und 2 Schock) und der Bauvoigt 4 Fuder Holz (1 Klafter und 2 Schock). Die vier Fuder reichten für den Haushalt keineswegs, was ihm vom Senat bescheinigt wurde. Wenn in dem Ansatz für Brennholz auch noch andere Wohnungsbedürfnisse abgedeckt werden sollen, sind 10 Fuder als Mindestbedarf anzusprechen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Anlage 4

Kalorienbedarf je Person und Tag

	Ansatz für einen Arbeiterhaushalt von ... Personen	
	5	4
Mann	3 600	3 600
Frau	2 400	2 400
Kind (2 J.)	1 200	
Kind (5 J.)	2 400	2 400
Kind (10 J.)	1 600	1 600
Sa.	11 200	10 000
Mittel je Person	2 240	2 500

Nach E. SCHOLLIERS, Loonarbeid en honger. De levensstandaard in de XVe en XVIe eeuw te Antwerpen, Antwerpen 1960. Vgl. A. HANAU, Entwicklungstendenzen der Ernährung in marktwirtschaftlicher Sicht (Entwicklungstendenzen der Ernährung, München 1962, S. 33—58); darin wird der lebensnotwendige Bedarf je Person und Tag für die Welt mit 2400 und für Westeuropa mit 2600 Kalorien angegeben (S. 36, Übersicht 1).

Anlage 5

Variation des Nahrungskonsums in kg je Person

Variation:	I	II	III	IV
1. Fünfköpfige Familie (Mindestbedarf: 2 240 kcal./Person)				
Getreide	200	250	280	300
Erbsen	17	27	25	17
Butter	15	10	5	3
Fleisch	80	20	5	3
2. Vierköpfige Familie (Mindestbedarf: 2 500 kcal./Person)				
Getreide	210	265	295	320
Erbsen	20	30	30	20
Butter	18	15	10	5
Fleisch	100	25	10	5

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Fleischpreise und Fleischversorgung in Oberdeutschland im 16. Jahrhundert

Von *Fritz Blaich*, Marburg/L.

1. Einführung

Die Reihen der Fleischpreise im 16. Jh., die für einige oberdeutsche Städte geschlossen vorliegen[1], fügen sich lückenlos in die Preis- und Lohnbewegung ein, die Mitteleuropa im Jahrhundert der „Preisrevolution" erlebt[2]. Im säkularen Trend steigen die Fleischpreise an, jedoch längst nicht so stark wie die Preise des Brotgetreides, da Fleisch eben doch nicht so einkommensunelastisch nachgefragt wird wie das Brot[3]. In den Kommentaren und Erläuterungen zu diesen Preisreihen findet sich — meist etwas versteckt — stets der Hinweis, daß es sich bei diesen Fleischpreisen um Taxen handelt[4], also um Preise, die von der Obrigkeit festgesetzt worden sind und die sich nicht auf den Märkten beim Gegenübertreten der kaufkräftigen Nachfrage und des mengenmäßigen Angebots gebildet haben[5]. Welche Marktsituation hatte die Obrigkeit veranlaßt, auf den Fleischmärkten Preistaxen einzuführen? Die Geschichte der obrigkeitlichen Preispolitik im Mittelalter und zu Beginn der Neuzeit nennt zwei Anlässe für eine derartige Preispolitik, die in erster Linie die Lebensmittelmärkte betraf[6]:

---

[1] Vgl. die Preisreihen für München, Augsburg, Würzburg, Frankfurt u. Speyer bei *M. J. Elsas*, Umriß einer Geschichte der Preise und Löhne in Deutschland 1, 1936 u. 2 A, 1940. Dazu kritisch: *F. Lerner*, Neue Beiträge zur Geschichte der Preise und Löhne in Deutschland, Holland u. Italien, VSWG 39, 1952, S. 251 f. Für die elsässischen Reichsstädte siehe *A. Hanauer*, Etudes Economiques sur l'Alsace Ancienne et Moderne. 2. 1878, S. 178 ff. Brauchbare Reihen der Fleischpreise finden sich ferner in lokalen Untersuchungen, z. B. bei *C. L. Sachs*, Metzgergewerbe u. Fleischversorgung der Reichsstadt Nürnberg bis zum Ende des 30jähr. Krieges, MVGN 24, 1922, S. 252 u. *F. Elser*, Die obrigkeitl. Fleischpreispolitik in München. Diss. Frankfurt 1928, S. 17 f.

[2] *W. Abel*, Agrarkrisen und Agrarkonjunkturen. 1966, S. 113.

[3] Die moderne Volkswirtschaftslehre erklärt diesen Sachverhalt mit Hilfe der Kreuzpreiselastizität der Nachfrage. *W. Abel*, Gesch. d. deutschen Landwirtschaft. 1967, S. 177.

[4] Vgl. z. B. *F. Elser*, a. a. O., S. 23.

[5] Gegen die Preisangaben, die sich auf Einkäufe städt. u. kirchl. Institutionen beziehen, macht *Durniok* geltend, hierbei handele es sich meist „um gebundene Vorzugs- u. Gefälligkeitspreise", deren Höhe die Marktlage nicht wiedergeben könne. *P. Durniok*, Ökonomische Erkenntnisse aus den preisgeschichtl. Arbeiten über das 16. Jh. Diss. Köln 1958, S. 24.

[6] Vgl. *E. Kelter*, Gesch. d. obrigkeitl. Preisregelung. 1935.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

1. Die Obrigkeit wünschte, die Bevölkerung preiswert mit Fleisch zu versorgen. Der Preis, der sich im Marktprozeß ergab, erschien ihr zu hoch. Also setzte sie einen Höchstpreis für die einzelnen Fleischsorten fest, der nicht überschritten werden durfte.

2. Die Obrigkeit beabsichtigte, das Metzgergewerbe in seiner bisherigen wirtschaftlichen und sozialen Struktur zu erhalten. Da der Marktpreis jedoch nach ihrer Ansicht zur Verdrängung einiger Betriebe vom Markt geführt hätte, legte sie einen Mindestpreis für die einzelnen Fleischsorten fest, um die Rentabilität der Grenzbetriebe zu sichern.

Theoretisch denkbar wäre noch ein drittes Motiv für eine obrigkeitliche Preisregelung:

3. Da der Fleischmarkt in Teilmärkte zerfiel, auf denen die Bildung eines Wettbewerbspreises durch verschiedene Differenzierungsmomente erschwert wurde, erließ die Obrigkeit einen Richtpreis als Taxe, nach dem sich die Preisbildung auf den einzelnen Teilmärkten ausrichten konnte[7].

Die Kenntnis des Systems der Fleischtaxen im 16. Jh. ist nun deshalb wichtig, weil von der Art dieser behördlichen Preise die Qualität und die Quantität der Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch abhingen. Während die Fleischtaxen auf Schwankungen des mengenmäßigen Angebots und der kaufkräftigen Nachfrage nicht reagierten, waren die Kostengüter der Metzger, z. B. die Schlachtochsen, ständig diesen Schwankungen unterworfen[8]. Allzuleicht konnte es daher beim Bestehen einer Maximaltaxe vorkommen, daß die Erlöse die Kosten nicht mehr deckten und daß infolgedessen die angebotene Menge stark schrumpfte. Was aber nützte dem Verbraucher eine noch so sozial kalkulierte Preistaxe, zu der keine Ware auf den Markt gelangte? Der obrigkeitliche Mindestpreis zum Schutze der Produzenten bedeutete hingegen, wenn er sich zu weit vom Wettbewerbspreis entfernte, eine Übervorteilung der Konsumenten, die ihren Fleischverbrauch oder den Konsum anderer Lebensmittel einschränken mußten. Angesichts dieser Gefahren lag der Versuch nahe, die Preisregelung auch auf die Kostengüter auszudehnen und außerdem die Verteilung der Rohstoffe und der Endprodukte selbst zu übernehmen[9]. Abgesehen von der Frage, ob die Obrigkeit die Märkte der Kostengüter, z. B. der Schlachtochsen, ohne weiteres unter ihre Kontrolle bringen konnte, stellte sich hier das Problem der allmählichen Transformation der Wirtschaftsordnung von der

[7] Siehe z. B. *H. v. Stackelberg,* Grundlagen der Theoretischen Volkswirtschaftslehre. 1951, S. 229/230.

[8] Kennzeichnend für diesen Sachverhalt ist die Unterscheidung, die *Hanauer* in den Überschriften seiner Preisreihen vornimmt: „*Taxe* de la viande" u. „*Prix* des bêtes". *A. Hanauer,* a. a. O., S. 178 f. u. 183 f.

[9] Vgl. *E. Carell,* Allgem. Volkswirtschaftslehre. 1966[12], S. 222.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Marktwirtschaft in die Zentralverwaltungswirtschaft. Die Frage dieses Übergangs erweckt nicht allein theoretisches Interesse, behaupten doch ernsthafte Historiker, die städtische Wirtschaftspolitik des Spätmittelalters und der frühen Neuzeit habe „eine Kommandowirtschaft, eine obrigkeitlich dirigierte Planwirtschaft" aufgebaut, „in der planmäßig die Freiheit des wirtschaftenden Menschen immer mehr eingeschränkt wurde[10]."

In der folgenden Untersuchung soll nun festgestellt werden, ob und in welcher Weise das System der Preistaxen auf einem wichtigen Markt — dem Fleischmarkt — in einem geographisch abgegrenzten Gebiet — dem oberdeutschen Wirtschaftsraum — die Versorgung einer wachsenden Bevölkerung im Zeichen ständig steigender Preise mit einem lebenswichtigen Gut sicherstellen konnte. Im Ablauf der Untersuchung folgen zunächst einige Bemerkungen über die Nachfragesituation auf den Fleischmärkten, darauf soll deren Angebotsseite skizziert werden. Beide Bereiche liefern Hinweise auf die Marktstruktur, auf deren Hintergrund dann das Zustandekommen und die Funktionen der Fleischtaxen betrachtet werden sollen.

2. Einige Bemerkungen zur Nachfragesituation auf den oberdeutschen Fleischmärkten

Spätmittelalterliche Quellen berichten von einem außergewöhnlich hohen Fleischverbrauch in Deutschland[11]. Das „goldene Zeitalter der Handwerker[12]", das durch sinkende Agrarpreise, steigende Preise der Gewerbeerzeugnisse und stark ansteigende Löhne gekennzeichnet war, erlaubte es auch der breiten Masse der Bevölkerung, den Bedarf an Nahrungsmitteln vorzugsweise mit Fleisch zu decken. *Abel* schätzt für das 15. Jh. den durchschnittlichen Verbrauch an Fleisch pro Kopf der Bevölkerung — ohne Geflügel — im Jahr auf 100 kg[13]. Trotz gewisser Vorbehalte — veränderte Einkommensstruktur, andere Ernährungsgewohnheiten, reichhaltigeres Angebot an Nahrungsmitteln — sei hier eine Vergleichszahl angeführt: In der Bundesrepublik Deutschland belief sich im Wirtschaftsjahr 1965/66 der Verbrauch an Fleisch, Schlacht-

---

[10] *H. Lentze,* Nürnbergs Gewerbeverfassung im Mittelalter, Jb. f. fränk. Landesforschung 24, 1964, S. 253. Ders., Nürnbergs Gewerbeverfassung des Spätmittelalters im Rahmen der deutschen Entwicklung, Beiträge zur Wirtschaftsgesch. Nürnbergs 2, 1967, S. 607.

[11] Siehe hierzu *G. Schmoller,* Die histor. Entwicklung des Fleischkonsums, sowie der Vieh- u. Fleischpreise in Deutschland. I., Z. f. d. ges. Staatswiss. 27, 1871, S. 284 f. u. *R. Martin,* Der Fleischverbrauch im Mittelalter u. in der Gegenwart, Preuß. Jbb. 82, 1895, S. 308 f.

[12] *W. Abel,* Agrarkrisen, S. 59.

[13] Ders., Gesch. d. deutschen Landwirtschaft, S. 122.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

fette ausgenommen, aber einschließlich Geflügel, auf 66,5 kg je Einwohner[14]. Gilt indessen der Sachverhalt eines außergewöhnlich hohen Fleischkonsums ohne Einschränkungen auch für das 16. Jh.? Noch zu Beginn dieses Jahrhunderts hielt die Vorliebe für Fleischmahlzeiten unvermindert an. 1523 z. B. erhielt jeder Arbeiter, der im Dominikanerkloster zu Straßburg beschäftigt wurde, täglich mittags und abends je 600—700 g Fleisch als Verpflegung[15]. 1524 fürchtete die Tiroler Landesregierung, Störungen in der Fleischzufuhr könnten die Knappen des Schwazer Reviers zu „auflauff und zerrittung im perckwerch" anstiften, da Fleisch „ir höchste Narung" sei[16]. Nachrichten dieser Art weichen jedoch spätestens bis zur Jahrhundertmitte Klagen über die hohen Lebensmittelpreise, die besonders die ärmere Bevölkerung zwängen, den Verbrauch allgemein, gerade aber auch den Fleischkonsum, einzuschränken[17]. Vergegenwärtigt man sich die Preis- und Lohnbewegung des 16. Jhs., so erscheinen diese Klagen nicht übertrieben. Die Getreidepreise verliefen steil aufwärts, die Preise der Viehprodukte folgten ihnen in einem gewissen Abstand, die Preise der Gewerbeerzeugnisse stiegen nur langsam, und das Wachstum der Löhne blieb sogar noch hinter der Erhöhung gewerblicher Preise zurück[18]. Die sinkende Kaufkraft breiter Konsumentenschichten, die sich als Ergebnis dieses Vorgangs einstellte, löste damit zwangsläufig eine Drosselung des Fleischverbrauchs aus, da das Brot, das zwar absolut auch erheblich teurer wurde, dennoch pro Nährwerteinheit billiger blieb als das Fleisch[19]. Aus dem Rückgang des Fleischkonsums pro Kopf der Bevölkerung im Verlauf des 16. Jhs. darf indessen nicht auf ein Schrumpfen der Gesamtnachfrage nach Fleisch geschlossen werden. Zweifellos erhöhte sich trotz der steigenden Preise der mengenmäßige Bedarf an Fleisch beträchtlich, da in diesem Zeitraum die Bevölkerung stark zunahm. Repräsentative regionale und lokale Untersuchungen lassen den Schluß zu, daß die Zahl der auf dem Gebiet des Deutschen Reiches, mit Ausnahme der Niederlande, lebenden Menschen von etwa 12 Millionen um 1500 auf etwa 16—20 Millionen um 1600 anwuchs[20].

---

[14] Stat. Jb. f. die BRD 1967, S. 504.
[15] *A. Hanauer,* a. a. O., S. 165/66.
[16] *H. Wopfner,* Die Lage Tirols zu Ausgang des Mittelalters, 1908, S. 27, Anm. 3.
[17] Vgl. *W. Abel,* Wandlungen des Fleischverbrauchs u. der Fleischversorgung in Deutschland seit dem ausgehenden Mittelalter, Berichte über Landwirtschaft N. F. 22, 1938, S. 427 f.
[18] *W. Abel,* Agrarkrisen, S. 113 f.
[19] Ebenda, S. 119.
[20] Vgl. z. B. *F. Körner,* Die Bevölkerungsverteilung in Thüringen am Ausgang des 16. Jhs. 1958 u. *G. Mackenroth,* Bevölkerungslehre. 1953, S. 116. *Mackenroth* schätzt die Bevölkerung Deutschlands um 1600 auf 20 Millionen, eine Zahl, die *Lütge* und *Bog* übernehmen. *Abel* nimmt für das Jahr 1620 eine Bevölkerung von ca. 16 Millionen an. *W. Abel,* Gesch. d. dt. Landw., S. 251.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Außer der starken Zunahme der Bevölkerung ist das Bestehen von Konsumzentren für die Nachfrageseite der Fleischmärkte Oberdeutschlands kennzeichnend. Schwerpunkte der Versorgung bildeten die bedeutenden Reichsstädte, allen voran die Großstädte dieses Zeitalters: Frankfurt, Nürnberg, Augsburg, Ulm und Straßburg[21]. Bestimmte Gewerbelandschaften, in denen große Teile der Bevölkerung lebten, erwiesen sich ebenfalls als Zentren des Verbrauchs von Lebensmitteln, z. B. das „Schwäbische Gewerbezentrum[22]" mit seiner bedeutenden Textilindustrie und die Abbaugebiete im Tiroler Metallbergbau. Überdies traten im territorial zersplitterten Südwesten des Reiches zahlreiche landesherrliche Großhaushaltungen als Nachfrager am Markt auf, in denen die gesamte Dienerschaft „bis herab zum letzten Stallknecht" verpflegt werden mußte[23].

3. Herkunft und Umfang des Angebots an Schlachtvieh in Oberdeutschland

a) Das Angebot an Rindern

Die Fleischsorten, die Tag für Tag in den Schirnen und auf den Fleischbänken der oberdeutschen Städte in großen Mengen feilgeboten wurden, waren das Rindfleisch, das Schweinefleisch und das Schaffleisch. Zwar wurde im 16. Jh. auch viel Geflügel verzehrt, doch traten hier nicht allein die Bauern, sondern auch die meisten Bürger als Selbstversorger auf[24]. Keine große Bedeutung für die Fleischversorgung erlangte das Wild, obwohl einzelne oberdeutsche Landschaften wildreich waren[25]. Der Ertrag der Jagd floß nämlich meist einer herrschaftlichen Haushaltung zu, deren Eigentümer über den Wildbann verfügte[26]. Selbst in einer wohlhabenden Handels- und Industriestadt wie Nürnberg bildete Wild-

---

Franz enthält sich einer Schätzung der Gesamtbevölkerung Deutschlands vor Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges. *G. Franz,* Der Dreißigjährige Krieg und das deutsche Volk. 1961[3].

[21] Im 15. Jh. lauten die geschätzten Einwohnerzahlen für Nürnberg 22 000, Straßburg 20 700, Ulm 20 000, Augsburg 18 300, Frankfurt/M. 10 000. Raum u. Bevölkerung in der Weltgesch. Bev. Ploetz, Bd. 3. Bearb. v. *E. W. Buchholz,* S. 52.

[22] *H. Kramm,* Landschaftlicher Aufbau u. Verschiebungen des deutschen Großhandels am Beginn der Neuzeit, . . ., VSWG 29, 1936, S. 5.

[23] *F. Lütge,* Strukturwandlungen im ostdeutschen u. osteuropäischen Fernhandel des 14. bis 16. Jhs. Bayr. Akad. d. Wissenschaften, Philosophisch-historische Klasse, Sitzungsber. 1964, H. 1, S. 32. Vgl. ferner *F. Zoepfl,* Die Hofhaltung der Frundsberg zu Beginn des 16. Jhs. 1923.

[24] Vgl. *F. Grüttner,* Gesch. d. Fleischversorgung in Deutschland. 1938, S. 26 u. *L. Klaiber,* Beiträge zur Wirtschaftspolitik oberschwäb. Reichsstädte im ausgehenden Mittelalter, 1927, S. 67.

[25] Vgl. *G. Franz,* Der deutsche Bauernkrieg, 1956[4], S. 25 f.

[26] Vgl. *A. Hanauer,* a. a. O., S. 199 u. *F. Zoepfl,* a. a. O., S. 25/26.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

braten im 16. Jh. eine Seltenheit, da sich der Markgraf von Ansbach den „großen Wildbann" in den städtischen Reichswäldern ausdrücklich vorbehalten hatte[27]. Die Versuche der oberdeutschen Bauern, sich an der Ausübung des Jagdrechtes zu beteiligen, scheiterten mit den Bauernkriegen von 1525[28].

Indessen konnte die oberdeutsche Landwirtschaft auch nur geringe Mengen an Rindfleisch liefern. Seit dem 15. Jh. führte die zunehmende Bevölkerung zu einer Verdichtung der Besiedelung. Die zahlreichen Wüstungen, die während der großen Pestzüge in der zweiten Hälfte des 14. Jhs. entstanden waren, wurden nach und nach wieder für den Ackerbau herangezogen[29]. Bereits um 1550 stand eine lebhaft wachsende Bevölkerung einer kaum mehr vermehrbaren Bodenfläche gegenüber[30].

Angesichts dieser Bodenknappheit mußte eine Entscheidung zwischen dem Anbau von Getreide oder der Viehzucht getroffen werden. Infolge seiner geringen Produktivität erforderte der Getreidebau im 16. Jh. eine verhältnismäßig große Anbaufläche. 1574 beschwerte sich z. B. die württembergische Stadt Tübingen bei der Regierung in Stuttgart, die Versorgung ihrer Bürger mit Brot sei gefährdet, da die Ämter Sulz, Rosenfeld und Balingen kein Getreide angeliefert hätten[31]. Für die Versorgung Tübingens, das damals etwa 3 000 Einwohner zählte, waren also die Zulieferungen — trotz außerordentlich hoher Kosten des Getreidetransports[32] — aus drei Ämtern lebenswichtig, die etwa 40 km südwestlich der Stadt lagen[33]. Die Viehzucht hingegen konnte nur als Weidewirtschaft betrieben werden, da ein systematischer Anbau von Futterpflanzen, der eine Stallfütterung in großem Ausmaß erlaubt hätte, noch unbekannt war[34]. Besondere Schwierigkeiten ergaben sich daraus für die Viehhaltung im Winter. Mit dürftigen Futtervorräten — neben dem spärlichen Heu wurde den Tieren minderwertiges Futter wie Laub und Stroh vorgesetzt — gelang es, einen bescheidenen Viehbestand bis zum

---

[27] *F. Schnelbögl,* Die wirtschaftl. Bedeutung ihres Landgebietes für die Reichsstadt Nürnberg. In: Beiträge zur Wirtschaftsgeschichte Nürnbergs, 1967, S. 271.

[28] Siehe hierzu *G. Franz,* Bauernkrieg, passim.

[29] Vgl. *W. Abel,* Agrarpolitik, 1958², S. 328 f.

[30] *I. Bog,* Wachstumsprobleme der oberdeutschen Wirtschaft, Jbb. f. Nat. u. Stat. 179, 1966, S. 495.

[31] *K. Weidner,* Die Anfänge einer staatl. Wirtschaftspolitik in Württemberg, 1931, S. 10.

[32] Noch zu Beginn des 19. Jhs. — bei wesentlich besseren Straßenverhältnissen — schätzte *J. H. v. Thünen,* daß die Kosten des Landtransportes bei 375 km (= 50 Meilen) den Preis einer Ladung Roggen erreichten. *J. H. v. Thünen,* Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft u. Nationalökonomie, 1966⁴, S. 17/18.

[33] *K. Weidner,* a. a. O., S. 10/11.

[34] Vgl. *W. Abel,* Gesch. d. deutsch. Landw., S. 166 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Frühjahr regelrecht durchzuhungern[35]. Die Entscheidung in der Konkurrenz um die knappe Bodenfläche zugunsten des Getreideanbaus besiegelte schließlich die Entwicklung der Preise landwirtschaftlicher Produkte. Während im Verlauf des 16. Jhs. die Getreidepreise um das Vierfache stiegen, hatten sich bis 1584 die Preise für Schlachtochsen gerade erst verdoppelt[36]. Die hohen Getreidepreise aber bewirkten, daß der Ertrag des arbeitsintensiven Getreideanbaus vergleichsweise höher war als der Gewinn aus der Viehzucht, obwohl dort wesentlich weniger Arbeitskräfte benötigt wurden[37].

Noch von zwei anderen Seiten drohte der Aufzucht des Rindviehs Gefahr. Mehrfach im Verlauf des 16. Jhs. beklagte z. B. die württembergische Regierung den Mangel an Rindfleisch im Herzogtum, der darauf zurückzuführen sei, daß immer mehr Bauern das Pferd dem Ochsen als Zugtier vorzögen[38]. Diese „ausgeprägte Liebe des Bauern für das Pferd[39]" beruhte indessen auf nüchternen Kosten- und Ertragserwägungen. Die Zugkraft des Pferdes ist wesentlich höher als die des Ochsen, das Pferd ist schneller, standfester und verfügt obendrein über eine größere Arbeitsausdauer[40]. Abgesehen von den Vorteilen des Pferdes als Zug- und Arbeitstier in der Landwirtschaft lohnte sich die Pferdezucht aber auch aus anderen Gründen. Für den gerade im 16. Jh. aufblühenden Fernhandel war das Pferd unentbehrlich, denn es zog die Postkutsche und den Planwagen, und es treidelte den Schleppkahn; nicht übersehen werden sollte schließlich auch seine militärische Bedeutung[41].

Ähnlich wie die Pferdezucht schränkte auch die im 16. Jh. in Deutschland bedeutende Wollproduktion die Haltung von Rindvieh ein, da nun viele Weideflächen für das „Wollschaf" benötigt wurden[42]. Für die Aufzucht von Rindern sprachen hingegen die Milchleistung und — im 16. Jh. sogar der ausschlaggebende Grund — die „Düngerleistung"[43]. Die einzige Möglichkeit, dem Boden die Nährstoffe wieder zuzuführen, die ihm durch das Wachstum der Pflanzen entzogen worden waren, bestand für die meisten Bauern in der Düngung mit tierischem Dünger[44]. Die Not-

[35] Vgl. *K. Ilg*, Die Walser u. die Bedeutung ihrer Wirtschaft in den Alpen, VSWG 39, 1952, S. 71, u. *A. Marty*, Die Viehwirtschaft der Urschweiz u. Luzerns, insbesondere der Welschlandhandel 1500—1798. Diss. Zürich 1951, S. 80.

[36] *P. Durniok*, a. a. O., S. 65.

[37] Vgl. *W. Abel*, Agrarpolitik, S. 328 f.

[38] *A. Reyscher*, Vollständige, historische und kritisch bearbeitete Sammlung der württembergischen Gesetze, 12. Bd. 1841, S. 108, 263 u. 334.

[39] *F. Lütge*, Strukturwandlungen, S. 53.

[40] *L. White* Jr., Medieval Technology and Social Change, 1963, S. 62.

[41] *F. Lütge*, Strukturwandlungen, S. 54.

[42] Vgl. z. B. die Klagen über die Ausbreitung der Schafzucht in der 5. Wbg. Landesordnung v. 2. 1. 1552.

[43] *A. Reyscher*, a. a. O., S. 235. *W. Abel*, Agrarpolitik, S. 328.

[44] *F. K. Riemann*, Ackerbau u. Viehhaltung im vorindustriellen Deutschland, 1953, S. 2 u. S. 46/47.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wendigkeit, die Nährstoffe des Ackerbodens zu ersetzen, forderte mithin die Haltung von Rindvieh, wobei es dem Bauern kaum gelang, der folgenden Gesetzmäßigkeit zu entfliehen: Die Ernte fiel gering aus, weil die Zufuhr an Düngemitteln unzureichend gewesen war. Der Mangel an Dünger aber war auf die geringen Ernten zurückzuführen, die es nicht erlaubten, mehr Vieh im Winter durchzufüttern[45]. Immerhin war die Anzahl der Rinder, die allein wegen der Düngerleistung gehalten werden mußten, recht beträchtlich. In einem landwirtschaftlichen Großbetrieb Oberdeutschlands, der dem Biberacher Spital unterstand, gliederte sich der Viehbestand 1551 in 117 Stück Rindvieh, 27 Pferde und 100 Wollschafe. Nach dem Urbar von 1524 umfaßte die selbstbewirtschaftete Grünlandfläche des Spitals 65 ha, was mehr als dem Vierfachen der Ackerfläche entsprach. Dabei handelte es sich ausschließlich um Wiesen, welche der Heugewinnung für die Winterfütterung dienten. Als Schlachtvieh wurden Rinder hingegen kaum verkauft, als Objekte des Viehhandels weisen die Bücher des Spitals vorwiegend Schweine aus. Also wurden die Rinder wegen ihrer Milch- und Düngerleistung gehalten; ihre Schlachtung deckte allenfalls den Eigenbedarf des Spitals an Rindfleisch[46].

Mithin war aus den Getreidebauzonen Oberdeutschlands nur ein bescheidener Beitrag zur Fleischversorgung der Bevölkerung zu erwarten. Begünstigt wurde die Viehzucht dagegen in den Gebieten, in denen die Höhenlage, eine Hanglage oder schlechter Boden den Getreideanbau hinderten[47]. Aufgrund natürlicher Standortvorteile entwickelte sich die Viehhaltung im oberdeutschen Wirtschaftsraum vor allem im Alpengebiet[48]. Doch gerade die Viehzucht der „Schweighöfe" und der Höfe der „Walser" in den Weidezonen der Alpen diente vorwiegend der Erzeugung von Butter und Käse[49]. Immerhin trug der Auftrieb an Schlachttieren aus den Alpen wesentlich zur Versorgung der im Voralpenland liegenden kleineren Städte wie Kempten und Rosenheim bei[50]. Die alpenländische Viehzucht war jedoch kaum in der Lage, den Fleischbedarf für ein Konsumzentrum, wie es das Schwazer Bergbaugebiet dar-

---

[45] *B. H. Slicher van Bath,* The Agrarian History of Western Europe 500 — 1850, 1966, S. 10 f.

[46] *C. Heimpel,* Die Entwicklung der Einnahmen u. Ausgaben des Heiliggeistspitals zu Biberach an der Riß im Zeitalter der Preisrevolution von 1500 bis 1630, 1966, S. 48.

[47] *W. Abel,* Rinderhaltung in Grünlandgebieten im Mittelalter. Ein Beitrag zur Rassenbildung des Rindes im Hausstand. Z. f. Tierzüchtung u. Züchtungsbiologie 76, 1961, S. 92.

[48] Ebenda, S. 91/92 u. *H. Rubner,* Die Landwirtschaft der Münchener Ebene u. ihre Notlage im 14. Jh., VSWG 51, 1964, S. 438.

[49] *K. Ilg,* a. a. O., S. 71 u. *H. Rubner,* a. a. O., S. 438.

[50] *A. Mitterwieser,* Der Rosenheimer Viehhandel im Spätmittelalter, in: 600 Jahre Rosenheim, 1928, S. 14 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

stellte, zu befriedigen[51]. Die bedeutende Viehzucht der Innerschweiz hingegen lieferte Mast- und Zuchtvieh hauptsächlich nach Italien, die Ausfuhr nach Deutschland fiel neben dem „Welschlandhandel" kaum ins Gewicht, wenngleich sie für die Versorgung grenznaher Städte, namentlich Konstanz, wichtig war[52].

Das Rindfleisch, das auf den Märkten Oberdeutschlands angeboten wurde, stammte also nur zu einem geringen Teil aus dem Lande selbst. Die Aufzuchtgebiete für „Fleischrinder" lagen vielmehr im Norden, Osten und Südosten Mitteleuropas jenseits der Getreideanbauzone. Die Weidegebiete, die fast ausschließlich der Fleischproduktion dienten, erstreckten sich dabei von Jütland, den dänischen Inseln und Schonen über Polen, Böhmen und Mähren bis nach Ungarn und erfaßte Teile Rußlands und des heutigen Rumäniens[53]. In diesen Randgebieten Mitteleuropas wurden die Mastochsen gezüchtet, die später in riesigen Herden in die Verbrauchszentren Deutschlands zogen, wobei die nördliche Weidezone vorwiegend die nordwestdeutschen Städte belieferte, während der ost- und südosteuropäische Raum Süd- und Mitteldeutschland mit Schlachtochsen versorgte[54].

b) Das Angebot an Schweinen

In den Zollbüchern des 16. Jhs., die von den Ochsenzügen aus dem Südosten nach Oberdeutschland berichten, werden ab und zu auch Schweineherden erwähnt, die auf den „Ochsenstraßen" nach Westen ziehen[55]. Bei diesen Importen handelte es sich jedoch nur um die Ergänzung des heimischen Angebots, da — im Gegensatz zum Rindfleisch — der größte Teil des in Oberdeutschland konsumierten Schweinefleischs im Lande erzeugt wurde. Selbst in den großen Städten mästeten viele Bürger und Einwohner Schweine, schlachteten sie selbst oder ließen sie von einem Lohnmetzger schlachten und deckten damit ihren Hausbedarf

---

[51] *H. Wopfner*, a. a. O., S. 27/28.

[52] *A. Marty*, a. a. O., S. 46.

[53] Die Literatur, die diesen Ochsentrieb erwähnt, ist zu umfangreich, als daß sie hier zitiert werden könnte. Stattdessen sei auf einige neuere Untersuchungen verwiesen, die sich vorwiegend oder ausschließlich mit dem Ochsenhandel befassen:
1. *F. Lütge*, Strukturwandlungen, a. a. O., u. die dort angegebene osteurop. Literatur.
2. *H. Wiese* u. *J. Bölts*, Rinderhandel u. Rinderhaltung im nordwesteurop. Küstengebiet v. 15. bis 16. Jh., 1966.
3. Verschiedene Beiträge in: *I. Bog* (Hrsg.), Der Außenhandel Ostmitteleuropas 1450—1650. Die ostmitteleuropäischen Volkswirtschaften und ihre Beziehungen zu Mitteleuropa, 1971.

[54] *H. Wiese* u. *J. Bölts*, a. a. O., S. 20.

[55] Vgl. z. B. *F. X. Zacher*, Gesch. d. Stadt Plattling, 1948, S. 22.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

an Salz- und Rauchfleisch und an Speck[56]. Auch auf dem Lande war die Schweinezucht beträchtlich, nur wurde sie hier weniger als Mästung mit Abfällen in Ställen und in Koben, sondern mehr in Form der „Eichelmast" durchgeführt. Die Schweineherden wurden dabei einfach in die Wälder getrieben, wo sie sich von Eicheln und Bucheckern ernährten, oder nach der Ernte auf die Stoppelfelder zur „Stoppelmast[57]". Bei einigen Gewerben, insbesondere bei den Müllern, Bäckern und „Pfragnern", bildete die Schweinezucht einen willkommenen Nebenerwerb, da sich die reichlich verfügbaren Abfälle als Futtermittel verwerten ließen[58]. Zeitweilig wurde die Schweinezucht in den engen, dicht bebauten Städten so intensiv betrieben, daß der Magistrat seinen Untertanen aus gesundheitspolizeilichen Gründen Beschränkungen auferlegen mußte. In Würzburg wurde den Bürgern und Einwohnern untersagt, die Schweine einfach auf der Straße herumlaufen zu lassen[59]. In Schlettstadt wurde den Bäckern die Mästung von höchstens 12 Schweinen zur gleichen Zeit erlaubt[60], in Nürnberg durften Bäcker und Müller höchstens 10, alle anderen Bewohner der Stadt höchstens 3 Schweine halten[61], in Isny gestand der Rat dem Bäcker nur zwei Schweine, dem Bürger, der weder der Bäcker- noch der Metzgerzunft angehörte, nur ein Schwein zu[62]. Diese Begrenzung der Aufzucht von Schweinen setzte natürlich die Möglichkeit der Selbstversorgung mit Schweinefleisch herab und verschaffte dem Angebot auf den Märkten neue Gewinnchancen, wo aber nun zusehends die Bäcker und Müller als Verkäufer neben die Metzger traten[63].

c) Das Angebot an Schafen

Das Angebot an Schaffleisch auf den Märkten wurde im 16. Jh. dadurch eingeschränkt, daß die verfügbare Weidefläche meist dem Wollschaf überlassen wurde. Für die Wirtschaftsstruktur der Kurpfalz, der Markgrafschaft Baden, der Herzogtümer Württemberg und Bayern waren die Produktion und die Ausfuhr, teilweise auch die Verarbeitung von Wolle

---

[56] *C. L. Sachs,* a. a. O., S. 41 u. *O. Gerlach, M. Graminger,* Art. „Fleischergewerbe", HdStW 4, 1927⁴, S. 215 f.
[57] Vgl. *F. Grüttner,* a. a. O., S. 25, *C. Heimpel,* a. a. O., S. 48 u. *L. Klaiber,* a. a. O., S. 66.
[58] *C. L. Sachs,* a. a. O., S. 41.
[59] Würzburger Polizeisätze. Gebote u. Ordnungen des Mittelalters, 1125 bis 1495, Hrsg. *H. Hoffmann,* 1955, S. 182, Nr. 364.
[60] *M. Mayer,* Die Lebensmittelpolitik der Reichsstadt Schlettstadt bis zum Beginn der Französ. Herrschaft. Diss. Freiburg 1907, S. 109.
[61] *C. L. Sachs,* a. a. O., S. 43.
[62] *K. O. Müller,* Oberschwäb. Stadtrechte I, 1914, S. 275, § 422.
[63] *O. Gerlach, M. Graminger,* a. a. O., S. 215.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

von ausschlaggebender Bedeutung[64]. Fast alle oberdeutschen Reichsstädte zählten die Wollverarbeitung zu ihren wichtigsten Wirtschaftszweigen[65]. Die Lieferung der Rohwolle bildete indessen nicht den einzigen Vorzug des Schafes. Auch die „Düngerleistung" des Wollschafes schätzte der Landwirt, zumal ihm der Hürdenschlag erlaubte, die Düngung gleichmäßig auf die Bodenfläche zu verteilen[66]. Obwohl genaue Angaben über die Entwicklung der Preise für Wollschafe und für „Fleischschafe" fast völlig fehlen[67], liegt der Schluß nahe, daß die mannigfachen Vorzüge des Wollschafes das Angebot an Schaffleisch verhältnismäßig knapp und damit dessen Preise relativ hoch hielten. Aus Sachsen stammende Preisangaben aus dem 16. Jh. bestätigen diese Vermutung: Hammel wurden teurer gehandelt als Wollschafe[68]. Genau wie bei den Schlachtochsen, so blieb auch die Versorgung des Marktes mit Schaffleisch Aufgabe einzelner Gebiete, die von Natur aus für die Schafzucht geeignet waren. Den wichtigen Absatzmarkt in der Großstadt Nürnberg belieferte so z. B. das Schafzuchtgebiet des Ries[69].

Doch waren Oberdeutschlands Schafzüchter nicht in der Lage, den Bedarf dieses Gebietes an Schaffleisch zu befriedigen. Erhalten gebliebene Zollregister beweisen, daß die Schafherden denselben Weg nahmen wie die Schlachtochsen. Zum Beispiel passierten im August 1569 die Zollstation von Pregarten, nördlich von Linz/Donau, ein Händler aus Passau mit 550 Schafen, ein Händler aus Schwaz mit 500 Schafen und ein Händler aus Regensburg mit ebenfalls 500 Schafen[70]. Im Jahre 1577 war wiederum der August der Monat des Schafdurchtriebs, ein Händler aus Linz und

---

[64] Vgl. für Baden: *E. Gothein,* Die badischen Markgrafschaften im 16. Jh., 1910; für Bayern: *B. Kreuter,* Beiträge zur Geschichte der Wollengewerbe in Bayern im Zeitalter des Merkantilsystems, Oberbayr. Archiv 50, 1897, für Württemberg: *K. Weidner,* a. a. O., u. für die Kurpfalz: *L. Ziehner,* Zur Geschichte des kurpfälzischen Wollgewerbes im 17. und im 18. Jh., 1931.

[65] Vgl. z. B. *A. Kunze,* Zur Geschichte des Nürnberger Textil- u. Färbergewerbes vom Spätmittelalter bis zum Beginn der Neuzeit, in: Beiträge zur Wirtschaftsgesch. Nürnbergs II, 1967. *F. Bauer,* Das Wollgewerbe von Eßlingen bis zum Ende des 17. Jhs., 1914. *K. Hettler,* Ulms Wollhandel u. Wollgewerbe, hauptsächlich im 16. u. 17. Jh., Diss. Würzburg 1923. *F. Furger,* Zum Verlagssystem als Organisationsform des Frühkapitalismus im Textilgewerbe. Beiheft zur VSWG, 1927. *A. Westermann,* Zur Gesch. d. Memminger Weberzunft u. ihrer Erzeugnisse im 15. u. 16. Jh., VSWG 12, 1914 u. *G. Schmoller,* Die Straßburger Tucher- und Weberzunft, 1879.

[66] *F. K. Riemann,* a. a. O., S. 46.

[67] *W. Jacobeit,* Schafhaltung u. Schäfer in Zentraleuropa bis zum Beginn des 20. Jhs, 1961, S. 24/25.

[68] *G. Schmoller,* Histor. Entwicklung der Fleischpreise, a. a. O., S. 333 f.

[69] *R. Endres,* Die Nürnberg—Nördlinger Wirtschaftsbeziehungen im Mittelalter bis zur Schlacht von Nördlingen, 1963, S. 187.

[70] Oberösterr. Landesarchiv Linz/Donau. Stadtarchiv Freistadt, Schachtel 326: Filialmaut in Pregarten 1528—1772. Reitungen der Maut Pregarten 1569, fol. 164 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ein Händler aus Passau vermauteten gemeinsam 800 Schafe, ein Händler aus Landshut verzollte 500 Schafe und ein Händler aus Passau 300 Schafe[71].

4. Die Struktur der Vieh- und Fleischmärkte Oberdeutschlands

a) Die Viehmärkte

Auf drei Wegen gelangte im 16. Jh. das Schlachtvieh vom Produzenten, dem Viehzüchter, in die Hände des Weiterverarbeiters, des Metzgers. Vielfach kauften die Metzger das Schlachtvieh für ihren Bedarf unmittelbar beim Erzeuger. Auch das Schlachtvieh aus den Weidezonen Ostmitteleuropas wurde zum Teil auf diesem Wege beschafft[72]. Nur waren es hier besonders kapitalkräftige und auch wagemutige Metzger, die entweder in die Produktionsgebiete reisten oder die zumindest die wichtigen Umschlagsmärkte für das ostmitteleuropäische Schlachtvieh in Buttstädt nördlich von Weimar, in Zerbst, Halle, Ohrdruf, Reppen, Frankfurt a. d. Oder, Breslau, Brieg, Posen, Auspiz und Strasnitz in Mähren, sowie in Wien und in Bruck an der Leitha besuchten[73].

Den zweiten und für Oberdeutschland wichtigsten Weg der Belieferung mit Schlachtvieh stellt der Viehmarkt dar, wobei viele Viehhändler, die Herden von einigen hundert Tieren vom Osten nach dem Westen trieben, ebenfalls dem Metzgerstande angehörten, nun aber Schlachtvieh über ihren eigenen Bedarf hinaus einkauften[74]. Neben großen Umschlagplätzen für importierte Rinder, namentlich Nürnberg, Augsburg und Ulm[75], überzog ein Netz von mittleren und kleinen Viehmärkten die oberdeutschen Territorien. Diese Marktorte, die immer noch über den lokalen Bereich hinausreichten, dienten dem Absatz und dem Umsatz des Viehs, das in der Umgebung gezüchtet wurde, bildeten zugleich aber Umschlagplätze, oft auch nur Durchgangsstationen für das aus dem Osten eingeführte Schlachtvieh[76]. Über die Lage wenigstens einiger dieser Märkte geben die Zollisten Aufschluß, in denen die Heimatorte und Firmensitze der Viehhändler festgehalten wurden. In den Aufzeichnungen der Zollstelle von Pregarten, die an der von Wien nach Passau führen-

[71] Ebenda, Reitungen 1577, fol. 45 f.

[72] Zu den Einkaufsreisen Frankfurter Metzger nach Polen, Rußland u. Ungarn siehe *F. Lerner*, Geschichte des Frankfurter Metzger-Handwerks, 1959, S. 175.

[73] Vgl. *J. Schultze*, Rindereinfuhr in den deutschen Territorien, insbesondere in Hessen im 16. und im 17. Jh., Jbb. f. Nat. u. Stat. 102, 1914, S. 616 u. *C. L. Sachs*, a. a. O., S. 84.

[74] In Eßlingen z. B. haben die Metzger stets einen ausgedehnten Viehhandel betrieben. *B. Kirchgässner*, Wirtschaft u. Bevölkerung der Reichsstadt Eßlingen im Spätmittelalter. Nach den Steuerbüchern 1360—1460, 1964, S. 119.

[75] *R. Klier*, Der schlesische u. polnische Transithandel durch Böhmen nach Nürnberg in den Jahren 1540 bis 1576, MVGN 53, 1965, S. 210 ff. u. S. 219.

[76] Vgl. *F. Lütge*, Strukturwandlungen, S. 50.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

den Ochsenstraße nördlich der Donau lag, finden sich neben Nürnberg, Ulm und Augsburg in den Jahren 1569 und 1577 noch folgende Heimatorte von Händlern, die mit Herden von mehr als 50 Ochsen oder mehr als 300 Schafen die Zollstätte passierten: München, Regensburg, Passau, Ingolstadt, Straubing, Plattling, Vilshofen, Pfarrkirchen, Schärding, Braunau, Schwaz, Memmingen, Schwäbisch Hall, Ehingen, Munderkingen[77]. Zu den Viehmärkten mit regionaler Bedeutung zählten ferner Regen und Cham als Umschlagplätze für das Vieh des Bayerischen Waldes[78], Rosenheim und Aibling als Handelsplätze für das alpenländische Vieh[79], Sennheim im Elsaß als Marktort für das in den Vogesentälern gezüchtete oder aus Burgund eingeführte Schlachtvieh[80], schließlich auch noch Bamberg, das als Umschlagsplatz für Schweine galt[81].

Alle diese Märkte hätten ihre Aufgabe, das Schlachtvieh vom Erzeuger an den Metzger zu leiten, nur mangelhaft erfüllen können, wenn sie obrigkeitlichen Marktregulierungen unterworfen worden wären. In Nürnberg z. B. war der Handel auf dem Viehmarkt bis zum Dreißigjährigen Krieg völlig frei[82]. Weder war der Zutritt zu diesem Markt beschränkt oder gar gesperrt, noch nahm der Stadtrat in irgendeiner Form Einfluß auf die Preisbildung, auch dann nicht, wenn Interessen der Nürnberger Bürger auf dem Spiel standen, wie das folgende Beispiel zeigt: Als am 31. 8. 1571 wie gewohnt in Nürnberg der Ochsenmarkt abgehalten wurde, feilschte ein Pilsener Viehhändler mit den reichsstädtischen Metzgern um den Preis einiger Ochsen. Während die Metzger noch hofften, den Preis weiter drücken zu können, trat ein Viehhändler aus Neustadt am Kocher hinzu, erklärte sich mit dem Verkaufspreis einverstanden und schloß mit seinem böhmischen Kollegen einen Kaufvertrag ab. Vergebens versuchten die Nürnberger Metzger daraufhin, bei ihrem Magistrat ein Vorkaufsrecht auf die Ochsen des Pilsener Händlers geltend zu machen[83]. Auch kleinere Städte, deren Wirtschaftsverfassung weniger freiheitlich ausgestaltet war als die Nürnbergs und deren Wirtschaftspolitik mehr von den Zünften beeinflußt wurde, gewährleisteten die Vertragsfreiheit auf dem Viehmarkt. In Eßlingen z. B. war der Viehhandel für Gäste zulässig, soweit nur die Stadt die geforderten Abgaben erhielt[84]. In Heidelberg versicherte der Kurfürst 1512 jedem Besucher der Viehmärkte

---

[77] Oberösterr. Landesarchiv Linz/Donau, Stadtarchiv Freistadt, Schachtel 326, a. a. O.
[78] *C. L. Sachs*, a. a. O., S. 84.
[79] *A. Mitterwieser*, a. a. O., S. 12 ff.
[80] *E. Gothein*, Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwaldes u. der angrenzenden Landschaften, 1892, S. 504 u. Elsässische Stadtrechte 1.: Schlettstadter Stadtrecht. Bearb. v. *J. Geny*, 1902, T. 2, S. 776.
[81] *C. L. Sachs*, a. a. O., S. 84.
[82] Ebenda, S. 111.
[83] *R. Klier*, a. a. O., S. 223/224.
[84] *B. Kirchgässner*, a. a. O., S. 119.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

„iren leiben, kaufmanschaft, hab und gut unsere furstliche trostung, schirm und sicherheit, darzu unser frei strack sicher ongeverlich geleidt[85]". Das „Feilschen" aber, das für diese Viehmärkte kennzeichnend ist, beweist, daß sich hier Marktpreise bildeten, die zumindest auf den bedeutenden Märkten, wo eine hinreichend große Zahl von Anbietern und Nachfragern zusammentraf, durchaus Wettbewerbspreise darstellten.

Der dritte Weg der Beschaffung von Schlachtvieh war der „Vorkauf" oder „Fürkauf", eine Bezeichnung, die nicht allein auf spekulative Aufkäufe von Schlachtvieh angewandt wurde, sondern auf alle Handelsgeschäfte, die außerhalb des Marktortes, ja sogar außerhalb des Marktplatzes, etwa am Stadttor, zustande kamen[86]. Daß diese Spielart des Viehhandels weit verbreitet war, erfahren wir aus unzähligen Klagen über Lücken in der Versorgung mit Fleisch, die dem Fürkauf zur Last gelegt wurden[87]. Nun war „der Fürkauf" schlechthin bereits zu Beginn des Jahrhunderts vom Reichstag als monopolistische Verhaltensweise gebrandmarkt und in der antimonopolistischen Gesetzgebung des Reiches verboten worden. Den Kollegien des Reichstags hatte indessen bei der Verabschiedung des Gesetzes unter „Fürkauf" die spezielle Form des spekulativen Aufkaufs eines Gutes vorgeschwebt, der, etwa im Gewürz- oder im Metallhandel angewandt, tatsächlich eine Monopolstellung begründen konnte[88]. Im Viehhandel lagen die Verhältnisse aber doch etwas anders. Der Bauer, der Vieh auf seinem Hof verkaufte, und der Händler, der auf dem Marsch Tiere aus seiner Herde veräußerte, besaßen durchaus die Möglichkeit, ihr Vieh im nächstgelegenen Marktort anzubieten. Wenn sie dennoch mit dem „Fürkäufer" oder „Feiltreiber[89]" abschlossen, so geschah das in der Regel deshalb, weil der „illegale Händler" einen höheren Preis oder günstigere Geschäftsbedingungen anbot als der Landmetzger oder die Metzgerzunft in der Stadt. Der Unmut der zünftigen Metzger über die „Fürkäufer" bedarf daher keiner weiteren Erläuterung. Aber auch die Träger der städtischen und der territorialen Wirtschaftspolitik versuchten, diese Form des Zwischenhandels auszuschalten[90]. Wie für alle Lebensmittel erstrebten sie auch für das Fleisch

[85] Oberrheinische Stadtrechte 2. Abtlg., Heft 9, 1922, S. 114.

[86] Vgl. *H. Crebert,* Künstl. Preissteigerung durch Für- u. Aufkauf. Ein Beitrag zur Gesch. des Handelsrechts, 1916, S. 183 ff. u. S. 225 ff., ferner *G. Schmoller,* Zur Gesch. der nationalökonom. Ansichten in Deutschland während der Reformationsperiode, 1861, S. 85.

[87] Vgl. z. B. *E. Gothein,* a. a. O., S. 500—502 u. *A. Hanauer,* a. a. O., S. 175.

[88] *F. Blaich,* Die Reichsmonopolgesetzgebung im Zeitalter Karls V. Ihre ordnungspolitische Problematik, 1967, S. 35/36.

[89] Der „Fürkaufer" oder „Feiltreiber", der zumeist Zwischenhändler ist, kommt nur zu einem Teil aus dem Metzgerstand. Viele berufsfremde Elemente, Bauern, Wirte u. Kaufleute, drängen sich zu diesem Beruf. *F. Elsner,* a. a. O., S. 54.

[90] Vgl. *H. Crebert,* a. a. O.,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die Bildung eines „Punktmarktes[91]", eines räumlich eng umgrenzten, zeitlich genau festgelegten Tausches von Waren und Geld, bei dem das gesamte Angebot und die gesamte Nachfrage einander gegenüberstanden und der — im Gegensatz zu den Handelsgeschäften vor den Toren der Stadt — leicht überwacht werden konnte.

Da die Fleischversorgung Ostdeutschlands nur durch die Einfuhr der ostmitteleuropäischen Rinder sichergestellt wurde, liegt die Frage nahe, ob nicht die Höhe des Betriebskapitals, das für die Durchführung dieser Importe notwendig war, den Zugang zum Viehhandel sperrte und somit den Importeuren zu erheblichen wirtschaftlichen Machtstellungen auf den Viehmärkten verhalf. Nicht allein die Höhe des Kapitals, das für den Viehhandel erforderlich war, war beträchtlich, es verging in der Regel auch erhebliche Zeit, bis der Kapitaleinsatz im Verkaufserlös wieder zurückerstattet wurde. Die Mastochsen wurden am Einkaufsort meist bar bezahlt[92] und gelangten dann in einem langwierigen, an zahlreichen Mautstellen vorbeiführenden Marsch in die oberdeutschen Verbrauchszentren. Die Transportkosten erreichten dabei im Vergleich zum Einkaufspreis eine beachtliche Höhe. 1495 z. B. kostete ein Ochse beim Einkauf in Wien durchschnittlich 7,3 fl., die Kosten des Transports von Wien nach Nürnberg beliefen sich auf 1 fl.[93]. Dabei handelte es sich lediglich um Ausgaben für die Treiber, für Mauten und für die Benutzung von Weiden, denn Transportmittel wurden nicht benötigt[94]. Traf dann nach vielen Tagen die Herde am Bestimmungsort ein, so war noch lange nicht auf einen Ersatz des vorgelegten Kapitals zu hoffen. Die Ochsen waren auf dem Transport so abgemagert, daß sie zunächst gemästet werden mußten[95]. Zu diesem Zweck kauften oder pachteten die Händler und Metzger Weideflächen[96], die oftmals weit vom städtischen Verbrauchszentrum entfernt lagen[97]. Kosten verursachte auch die andere Möglichkeit der Mästung, die „Viehverstellung", bei der die Ochsen gegen Ent-

---

[91] „Auf Punktmärkten herrscht volle Markttransparenz in dem Sinne, daß jeder Anbieter und jeder Nachfrager über das Gesamtangebot und die Gesamtnachfrage zum herrschenden Preis orientiert ist". *W. Krelle,* Preistheorie, 1961, S. 23.

[92] Vgl. *F. Elser,* a. a. O., S. 42.

[93] *R. Klier,* a. a. O., S. 219, Anm. Nr. 115. Die Angabe stammt aus der Ochsenrechnung v. 1495.

[94] Vgl. *H. Wiese,* Die Fleischversorgung der nordwesteurop. Großstädte vom XV. bis XIX. Jh. unter besonderer Berücksichtigung des internationalen Rinderhandels, Jbb. f. Nat. u. Stat. 179, 1966, S. 126.

[95] Vgl. *F. Elser,* a. a. O., S. 50.

[96] Ein Beispiel: 1526 erlaubt Herzog Wilhelm von Bayern den Metzgern der Stadt Augsburg gegen einen Zins v. jährl. 90 fl. in der „Morunger Au" 500 Ochsen zu halten. *P. v. Stetten,* Gesch. der Heil. Röm. Reiches freyen Stadt Augsburg . . ., 1743, S. 303.

[97] Dieser Sachverhalt galt besonders für Nürnberg. *C. L. Sachs,* a. a. O., S. 89.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gelt auf dem Hofe eines Bauern gemästet wurden[98]. Zweifellos besaß ein einfacher Metzger nicht das erforderliche Kapital, um sich am internationalen Viehhandel zu beteiligen. Dennoch ging dieser Handel nicht in die Hände der großen Handelsgesellschaften und der mächtigen Einzelkaufleute des 16. Jhs. über. Die Umsätze der 16 Ochsenhandelsfirmen, die die Nürnberger Ochsenamtsrechnungen als Anbieter für das Jahr 1570 notierten, schwankten zwischen 869 fl. und 23 677 fl.[99]. Auch der Umfang der Herden oberdeutscher Viehhändler, der in den Zollisten festgehalten wurde, beweist, daß sich Betriebe unterschiedlicher Größe im internationalen Ochsenhandel behaupten konnten. An der Zollstelle Pregarten bewegte sich die Kopfzahl der Ochsenherden oberdeutscher Händler 1569 zwischen 30 und 450 Stück, 1577 zwischen 30 und 400 Stück[100]. Die Konzentration des Angebots am Ochsenmarkt durch wenige kapitalkräftige Unternehmer wurde einmal durch die Bildung von Gesellschaften und Einkaufsgenossenschaften verhindert[101]. Zum anderen unterstützte die städtische Wirtschaftspolitik kleinere Betriebe, indem sie entweder wie das Nürnberger „Ochsenamt", „eine Art kombinierte Kredit-, Vorrats- und Einfuhrstelle[102]", Kredite für Vieheinkäufe vergab[103], oder indem sie wie in Freiburg bei der Beschaffung von Weideplätzen behilflich war[104].

b) Die Fleischmärkte

Während also auf den bedeutenden oberdeutschen Viehmärkten die anbietenden Händler wie auch die nachfragenden Händler und Metzger sowohl im Parallel- wie auch im Austauschprozeß miteinander konkurrierten[105], erschwerte die Struktur der städtischen Fleischmärkte eine Wettbewerbspreisbildung. Der Metzger mußte in der Regel einer Zunft angehören, wenn er seine Ware auf dem Markt anbieten wollte. Die Zunft aber besaß Mittel, um den Zugang zur Angebotsseite des Marktes nach ihren Zielsetzungen zu lenken. Eine Erhöhung des Eintrittsgeldes in die Zunft oder der Nachweis eines bestimmten Betriebskapitals bildete für manchen jungen Meister eine unüberwindliche Schranke[106].

[98] *G. Adler,* Die Fleischteuerungspolitik der deutschen Städte beim Ausgang des Mittelalters, 1893, S. 112.
[99] *R. Klier,* a. a. O., S. 501.
[100] Oberösterr. Landesarchiv Linz, Stadtarchiv Freistadt, a. a. O.
[101] Vgl. *E. Gothein,* a. a. O., S. 501 u. *A. Werner,* Der ungarische Ochsenhandel u. das Augsburger Metzgergewerbe, Der Sammler, Belletristische Beilage zur Augsburger Abendzeitung, Nr. 74, 1911, S. 3.
[102] *W. Abel,* Gesch. d. deutsch. Landw., S. 171.
[103] *C. L. Sachs,* a. a. O., S. 123 f.
[104] Vgl. *E. Gothein,* a. a. O., S. 499 (Freiburg) u. *M. Mayer,* a. a. O., S. 106 (Schlettstadt).
[105] Zum Wettbewerb der Metzger u. Viehhändler oberdeutscher Städte siehe *F. Elser,* a. a. O., S. 52—54.
[106] Vgl. *K. F. Wernet,* Wettbewerbs- u. Absatzverhältnisse des Handwerks in histor. Sicht, Bd. 1, 1967, S. 193 u. *G. Adler, O. Gerlach,* Art. „Fleischergewerbe".

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Überdies war die Zahl der Fleischbänke auf den städtischen Märkten begrenzt[107], die Zahl der Anbieter war mithin nicht nur überschaubar, sie war auch lokal konzentriert und bot deshalb gemeinsam mit der Zunftorganisation einen Anreiz für Absprachen über die Preisforderungen und die Angebotsmengen. Verschiedene Maßnahmen der städtischen Wirtschaftspolitik trugen unbeabsichtigt dazu bei, die Ausschaltung des Wettbewerbs zu fördern. Um das Aufkommen von Großbetrieben zu verhindern und um jedem Metzger gleiche Verkaufschancen einzuräumen, gingen die Städte dazu über, jedem Meister nur eine Fleischbank zuzubilligen und obendrein die Bänke, deren unterschiedliche Lage den Absatz beeinflußten, entweder alljährlich zu verlosen, wie in Nürnberg und in Augsburg[108], oder, wie in Bruchsal, eine Ordnung zu erlassen, nach der kein Metzger „sin metzbanck lenger oder anders haben" solle, „dann das recht meß ist[109]". Als man aber in Nürnberg einigen Metzgermeistern erlaubte, nicht verloste oder wenigstens nicht bezogene Bänke zu mieten, besaßen reichere Metzger schon bald zwei oder drei Bänke und versperrten damit anderen Meistern den Zugang zum Markt[110]. Das Aufkommen des Großbetriebs läßt sich auch in Freiburg und in Augsburg nachweisen[111]. Diese Entwicklung führte nun zu neuen Interventionen der städtischen Wirtschaftspolitik, die das Gleichheitsprinzip der Zünfte verteidigte. Um die ärmeren Meister zu unterstützen, verordnete der Rat in Augsburg 1512, kein Metzger solle in der Woche mehr als drei Ochsen schlachten[112]. Dieser Erlaß beschränkte den Wettbewerb auf dem Fleischmarkt ebenso wie die Bestimmung des Nürnberger Rates, jeder Metzger müsse sich vor der alljährlichen Verlosung der Bänke entscheiden, welche Fleischsorte er anbieten wolle[113]. Diese Differenzierung des Metzgerstandes untersagte es also dem Schweinemetzger, Schaffleisch anzubieten, selbst wenn er eine besonders günstige Bezugsquelle entdeckt hatte und eine vorzügliche Qualität zu einem niederen Preis liefern konnte[114]. Wettbewerbsmindernd wirkte ferner die in einigen Städten ergangene Verordnung, Müller und Bäcker dürften die von ihnen gezüchteten Schweine erst dann am Markt feilbieten, wenn sie diese Tiere zuvor der Metzgerzunft zum Kauf angeboten hätten[115].

Alle diese Beispiele erklären die starke Tendenz zur Bildung von Kollektivmonopolen auf der Angebotsseite der Fleischmärkte, wobei die

HdStW 34, S. 343.

[107] *K. F. Wernet*, a. a. O., S. 193 u. *C. L. Sachs*, a. a. O., S. 31.

[108] *C. L. Sachs*, a. a. O., S 2/3 u *P. v. Stetten*, a. a. O., S. 499.

[109] Oberrheinische Stadtrechte 1, 7. 1906, S. 886.

[110] *C. L. Sachs*, a. a. O., S. 2.

[111] *E. Gothein*, a. a. O., S. 501 (Freiburg) u. *A. Werner*, a. a. O., S. 3 (Augsburg).

[112] *A. Werner*, a. a. O., S. 3.

[113] *C. L. Sachs*, a. a. O., S. 39.

[114] Über die genaue Abgrenzung gewerbl. Tätigkeit unter den Zünften vgl. *F. Blaich*, a. a. O., S. 133—135.

[115] *C. L. Sachs*, a. a. O., S. 9 u. S. 44 u. *A. Hanauer*, a. a. O., S. 177.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

geringe Preiselastizität der Nachfrage nach Fleisch dem Anbieter erlaubte, seinen „Machtpreis" weit von dem Preis zu entfernen, der sich bei Wettbewerb gebildet hätte[116]. München mußte bis zum ersten Drittel des 16. Jhs. eine solche Monopolstellung der Metzgerzunft dulden[117]. Berüchtigt waren zu Beginn des Jahrhunderts die Metzger zu Kolmar, die kaum genießbares Fleisch zu überhöhten Preisen verkauften. Dieser Verhaltensweise stand die Einwohnerschaft wehrlos gegenüber, denn ein Abkommen der zünftigen Metzger erlaubte Schlachtungen nur dann, wenn alle Zunftgenossen ihre Vorräte verkauft hatten[118]. Selbst in Nürnberg mußte der Rat Bürger und Einwohner öfter gegen monopolistische Bestrebungen der Metzger in Schutz nehmen[119]. Zweifellos hätte die Marktmacht städtischer Metzgerzünfte „zu einem wahren Raubzuge der Metzger gegen die Konsumenten[120]" geführt, wenn die Träger der städtischen und der territorialen Wirtschaftspolitik nicht über zwei wirksame Abwehrwaffen verfügt hätten. Neben der Zulassung von Außenseitern auf den Märkten, mochte es sich nun um „Landmetzger" oder um „Frei- und Winkelmetzger" handeln[121], bildete die Festsetzung von Fleischtaxen die wichtigste Maßnahme gegen willkürliche Preisforderungen der Metzger.

5. Die Eingriffe der Obrigkeit in die Bildung der Preise auf den Fleischmärkten

a) Zielsetzungen der obrigkeitlichen Preispolitik

Aus heutiger Sicht mag es erstaunen, daß zu Beginn der Neuzeit Reichsstädte und Territorialstaaten bei der Bekämpfung monopolistischer Verhaltensweisen der Metzgerzünfte ein prozeßpolitisches Instrument, nämlich den unmittelbaren Eingriff in die Preisbildung am Markt, bevorzugten, während ein ordnungspolitisches Mittel, die Veränderung der Marktform durch die Zulassung von Außenseitern, nur Hilfsfunktionen ausübte. Allzuleicht könnte man in der Vorliebe der städtischen und der territorialen Wirtschaftspolitik für die behördlich gesetzten Preise Ansätze zu einer obrigkeitlichen Lenkung des Wirtschaftsprozesses erblikken. Indessen gab es gewichtige Gründe für den Vorrang behördlicher Preissetzung bei der Dämpfung übermäßiger Marktmacht. Zunächst war die Konkurrenz der Landmetzger als wirtschaftspolitisches Mittel nur beschränkt einsatzfähig. In vielen Städten war der Landmetzger an be-

---

116 Vgl. *E. Carell*, a. a. O., S. 188.
117 *F. Elser*, a. a. O., S. 11.
118 *A. Hanauer*, a. a. O., S. 166 ff.
119 *C. L. Sachs*, a. a. O., S. 50.
120 *O. Gerlach, M. Graminger*, a. a. O., S. 216.
121 *K. F. Wernet*, a. a. O., S. 224/225.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

stimmten Markttagen ohnehin bereits zu den Fleischbänken und Schirnen zugelassen. Eine große Stadt wie Nürnberg war unmittelbar vor den im 16. Jh. nicht gerade seltenen kirchlichen Feiertagen auf das Angebot auswärtiger Metzger angewiesen[122]. Damit aber blieb dem Magistrat der Metzgerzunft gegenüber nur noch die Drohung, die Privilegien der Landmetzger zu erweitern[123]. Überdies wurde auf dem Lande meist nur das entbehrliche heimische Vieh geschlachtet und nicht das aus dem Osten importierte, qualitätsmäßig bessere „Fleischrind". Damit war das Angebot der Landmetzger nicht nur in seiner Menge begrenzt, sondern es blieb außerdem in seiner Qualität hinter der Ware der städtischen Metzgerzunft zurück[124]. Nicht zu übersehen war freilich auch die Möglichkeit eines Übereinkommens zwischen den auswärtigen Fleischern und den zünftigen Metzgern zur Ausschaltung oder Minderung des gegenseitigen Wettbewerbs. Auch die Förderung der „Frei- und Winkelmetzger", die außerhalb der Zunft standen, war als Mittel der Ordnungspolitik nicht frei von unerwünschten Nebenwirkungen. Erhielten diese Metzger dieselben Rechte wie die zünftigen Meister, so wurde der Zusammenhalt der Zunftorganisation gefährdet. Die Zunft hatte aber nicht allein marktordnende Funktionen, die mißbräuchlich auch zu Kartellabsprachen führen konnten, vielmehr nahm sie darüber hinaus politische, militärische, rechtsetzende und rechtsprechende, vor allem aber auch soziale Aufgaben wahr, von der Berufsausbildung bis zur Krankenversicherung[125].

Doch nicht allein diese Überlegungen gaben dem System der Preistaxen den Vorzug vor der Veränderung der realisierten Marktformen. Ausschlaggebend war die wohlfahrtspolitische Zielsetzung, welche die Maßnahmen städtischer Wirtschaftspolitik dieses Zeitalters prägte[126]. Der Stadtrat betrachtete es als seine Pflicht, die Bürger und Einwohner seiner Stadt zu einem „gerechten Preis" ausreichend mit Lebensmitteln zu versorgen[127], und zwar ganz unabhängig von der Konstellation der Anbieter und der Nachfrager auf den Märkten. Dieses wohlfahrtspolitische Ziel erklärt auch die Form der Preistaxen, die im 16. Jh. für die Fleischmärkte erlassen wurden. Diese Fleischtaxen stellten keine Fest-, sondern Höchstpreise dar, mochte es sich nun um städtische oder territoriale Preistaxen handeln[128]. Nur im Gebiet des Rappenmünzbundes scheint die ge-

---

[122] *C. L. Sachs,* a. a. O., S. 50.
[123] Ebenda, S. 56.
[124] Ebenda.
[125] *W. Wernet,* Kurzgefaßte Geschichte des Handwerks in Deutschland, 1959³, S. 62—66.
[126] Vgl. *F. Elser,* a. a. O., S. 90 u. 102.
[127] Siehe hierzu *F. Lütge,* Deutsche Sozial- u. Wirtschaftsgeschichte, 1966³, S. 172—174.
[128] Vgl. *G. Adler,* a. a. O., S. 98, *F. Elser,* a. a. O., S. 13 u. 90. *O. Gerlach, M. Graminger,* a. a. O., S. 215 f., *C. L. Sachs,* a. a. O., S. 56 ff., *A. Reyscher,*

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

meinsame Fleischtaxe von vornherein als Richtpreis geplant worden zu sein, da sie kaum Differenzierungen nach den einzelnen Fleischsorten vornahm[129]. Die „Maximaltaxe" durfte zum Wohle der Konsumenten jederzeit unterboten werden, sie durfte aber nicht überschritten werden. Freilich klaffte schon bald ein Unterschied zwischen der rechtlichen Ausgestaltung der Fleischtaxen und ihren tatsächlichen Funktionen. Bevor diese Entwicklung erörtert werden soll, wird zunächst die Errechnung und die Festsetzung der Preistaxen sowie ihre Anpassung an die Veränderungen der Marktlage behandelt.

b) Maßstäbe für die Bestimmung der Fleischtaxen

Die meisten Fleischtaxen, die im 16. Jh. auf oberdeutschen Märkten festgesetzt wurden, entstanden aufgrund einer „Schätzung", die zu bestimmten Zeitpunkten vorgenommen wurde. In kleineren Städten wurde die Festsetzung der Fleischpreise der Gewerbepolizei übertragen, die ohnehin an jedem Markttag vor Beginn des Marktes das Angebot auf seine einwandfreie Beschaffenheit überprüfen mußte[130]. In den größeren Städten begutachtete eine Kommission, die meist paritätisch aus Mitgliedern des Rates und aus Angehörigen der Metzgerzunft zusammengesetzt war, das auf den Bänken und auf den Schirnen ausgelegte Fleisch und setzte je nach der Qualität für die einzelnen Fleischsorten einen Preis fest[131]. Dieser Preis wurde auf einem Preistäfelchen am Verkaufsstand ausgezeichnet, um den Verbrauchern die Marktübersicht zu erleichtern[132]. Als Maßstab für eine besondere Qualität galt ein hoher Fettgehalt des Fleisches. Folglich unterschied man bei der Preisfestsetzung „mageres" und „gemästetes" Fleisch[133], manchmal überprüfte man nur den Fettgehalt und setzte danach die Höhe der Taxe fest[134].

Das Bestreben der Träger städtischer Wirtschaftspolitik, nicht allein die Bürger und Einwohner zu einem gerechten Preis mit Fleisch zu versorgen, sondern auch dem Metzgerstand einen angemessenen Verdienst zufließen zu lassen[135], bewog manchen Magistrat, die Taxe nach den

---

a. a. O., S. 136 (Wbg. Taxordnung v. 1540), S. 136, *F. Lerner,* Fleischergewerbe, S. 174.

[129] *E. Gothein,* a. a. O., S. 502.

[130] Vgl. Oberrheinische Stadtrechte 2, 2, 1908, S. 208 (Überlingen).

[131] Vgl. *F. Lerner,* Fleischergewerbe, S. 174 u. *M. Mayer,* a. a. O., S. 122. Eine „Mitbestimmung" bei der Festsetzung der Fleischpreise wurde den Metzgern in jedem Fall eingeräumt. Vgl. Oberrheinische Stadtrechte 1, 7, S. 885 (Bruchsal) u. *L. Klaiber,* a. a. O., S. 82 (Isny).

[132] Vgl. *F. Lerner,* a. a. O., S. 174, *C. L. Sachs,* a. a. O., S. 9.

[133] *E. Gothein,* a. a. O., S. 502.

[134] *M. Mayer,* a. a. O., S. 122.

[135] *O. Gerlach, M. Graminger,* a. a. O., S. 215 u. *A. Rothe,* Das deutsche Fleischergewerbe, 1902, S. 26 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Kosten des Metzgergewerbes zu kalkulieren. Bei der Ermittlung dieser Kosten scheuten die Stadträte weder Mühe noch Aufwand. In München verlangte der Stadtrat von seinen Metzgern zunächst beglaubigte Belege über die Einkaufs- und Transportkosten ihres Schlachtviehs, über Zölle und Gebühren. Als ihm diese „Politten", welche die Ortsbehörden den Metzgern auf Verlangen ausstellten, nicht mehr genügten, zögerte er nicht, Beauftragte mit der Prüfung der Marktlage an Ort und Stelle zu betrauen. 1598 reiste z. B. ein Ratsmitglied mit einer Gruppe von Metzgern nach Wien, um dort Erkundigungen über die Preise ungarischer Schlachtochsen und über die Transportkosten einzuziehen[136]. Daneben führte der Stadtrat Probeschlachtungen durch, um festzustellen, welche Mengen an Fleisch und an Nebenprodukten dabei gewonnen werden konnten und welcher Erlös sich aus dem Verkauf bei einer bestimmten Höhe der Fleischtaxe ergeben würde[137]. Der Wert der Nebenprodukte war gerade beim Rind beträchtlich. Nach einer Probeschlachtung aus dem Jahre 1551 bezifferte sich der Erlös aus dem Verkauf der Haut, des Unschlitts und der Innereien auf ein Viertel des Gesamterlöses[138]. Mitunter fand die „Ochsenprobe" geheim statt, wenn nämlich der Stadtrat die Ergebnisse seiner Schlachtung der Metzgerzunft nicht vorschnell bekanntgeben wollte[139]. Nach Maßgabe der „Ochsenprobe" und aufgrund der Informationen von den Viehmärkten wurde dann die Fleischtaxe als „Kostenpreis", um eine als angemessen betrachtete Verdienstspanne des Metzgers erhöht, festgesetzt.

Noch größere Umsicht bei der Ermittlung der Höhe der Fleischtaxe zeichnete den Rat der Stadt Nürnberg aus. Auch hier standen am Anfang der Taxkalkulation Nachrichten über die Marktlage in Polen, Böhmen und Ungarn, über die Kosten des Zutriebs und die Wegfütterung, über Zollsätze und Gebühren[140]. Hinzu trat aber eine laufende Beobachtung der obrigkeitlichen Preispolitik in anderen Städten, verbunden mit einem Erfahrungsaustausch, der sich vor allem auf die Reichsstädte Augsburg, Ulm, Donauwörth, Dinkelsbühl, Weißenburg sowie auf die Residenzstädte Bamberg und Würzburg erstreckte. Selbst mit Straßburg und Köln korrespondierte der Rat gelegentlich über Fragen der Preispolitik auf den Fleischmärkten[141]. Im Gegensatz zu München wurden in Nürnberg die Probeschlachtungen stets geheim durchgeführt, und zwar durch auswärtige Metzger und unter ständiger Kontrolle eines Ratsdelegierten. Für den Fall, daß die Probe nicht in seinem Sinne ausfiel, wollte es der Rat vermeiden, dem Metzgerhandwerk Beweismittel für

136 *F. Elser,* a. a. O., S. 88.
137 Ebenda, S. 89.
138 *F. Haenert,* Preispolitik im Handwerk vom 16. bis 18. Jh. unter besonderer Berücksichtigung der Münchener Verhältnisse. Diss. München 1956, S. 96.
139 *F. Elser,* a. a. O., S. 89.
140 *C. L. Sachs,* a. a. O., S. 60—61.
141 Ebenda.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

verstärkte Preisforderungen zuzuspielen[142]. Informationen über das mengenmäßige Angebot an Fleisch, und zwar nicht allein über das vorhandene, sondern auch über das mit Sicherheit zu erwartende, sowie die Ergebnisse der Probeschlachtungen bildeten mithin auch in Nürnberg die Grundlage für die Taxierung der Fleischsorten.

Die genaue Ermittlung der Kosten des Metzgerhandwerks und die genaue Beobachtung der Marktlage, die diesen Fleischtaxen zugrunde lag, begründete die Wertschätzung, der sich diese Preise in den benachbarten Territorien erfreuten. In den Jahren 1528 und 1529 ordneten die bayrischen Herzöge Wilhelm und Ludwig für ihr ganzes Herzogtum eine einheitliche Fleischtaxe an, die in ihrer Höhe mit den Fleischpreisen der Stadt München übereinstimmen sollte. Auch in den folgenden Jahren befahl die Landesregierung den Bezirksbehörden, den „Fleischsatz" der Residenzstadt zu übernehmen[143]. In der Schweiz richteten sich die Urkantone nach den behördlichen Fleischpreisen der Stadt Luzern, welche die „vorzüglich arbeitende und sehr gut orientierte Luzerner Fleischtaxationsbehörde[144]" errechnet hatte, während für die kleineren elsässischen Reichsstädte, z. B. für Schlettstadt, die Fleischtaxe der Stadt Straßburg einen willkommenen Anhaltspunkt darstellte[145].

c) Die Anpassung der Fleischtaxen an Veränderungen des Angebots und der Nachfrage

Die Faktoren, die bei der Berechnung der Fleischtaxe berücksichtigt wurden, deuteten darauf hin, daß hier nicht Preise unabhängig von der Marktlage festgesetzt wurden. Die amtlichen Fleischtaxen blieben auch nicht über längere Zeit hinweg starr. Bis zum Ende des 15. Jhs. wurden z. B. die Preise in München zweimal im Jahr, für das Sommerhalbjahr und für das Winterhalbjahr, festgesetzt, danach ging man dazu über, je nach Bedarf Beratungen über die Höhe der Fleischpreise einzuberufen[146]. Auch in den Territorien blieb die Fleischtaxe verhältnismäßig flexibel. Der Fürstbischof von Würzburg bestimmte z. B. 1584, daß die Festsetzung des Fleischpreises alle Vierteljahre zu erneuern und öffentlich zu verkünden sei[147].

Wenn die Fleischtaxe auch nach den Marktgegebenheiten berechnet worden war, so bedeutete das jedoch nicht, daß sie jederzeit Schwankungen des Angebots und der Nachfrage widerspiegelte, die im 16. Jh. mit großer Heftigkeit eintraten. Auf der Nachfrageseite konnte der Stoß-

142 Ebenda, S. 62.
143 *F. Elser,* a. a. O., S. 95/96.
144 *A. Marty,* a. a. O., S. 74.
145 Elsässische Stadtrechte, a. a. O., S. 770 (1520).
146 *F. Elser,* a. a. O., S. 86.
147 *F. Grüttner,* a. a. O., S. 42.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

bedarf bei Festlichkeiten der fürstlichen Haushaltungen[148] und vor allem bei der Versorgung der Heere[149] im Kriegsfall die Marktlage überraschend ändern. Noch stärkeren Schwankungen unterlag freilich die Angebotsseite. Eine Viehseuche konnte schnell Fleischmangel hervorrufen[150]. Hinzu kam die Schrumpfung des inländischen Viehstapels durch Kriege, etwa durch die Bauernkriege von 1525, aber auch infolge wirtschaftsendogener Veränderungen, zumal durch die „Depekoration[151]" zugunsten des Getreideanbaus und die Ausbreitung der Zucht des Wollschafes. Besonders empfindlich auf wirtschaftsendogene Einflüsse reagierte allerdings das Angebot an Schlachtvieh aus den östlichen Randländern Mitteleuropas, von dem die Versorgung Oberdeutschlands weitgehend abhing. Ungünstige Witterung konnte bereits erhebliche kurzfristige Zutriebsstörungen auslösen. Die Verheerungen der Türkenkriege und die anschließenden politischen und religiösen Wirren in Ungarn und in den Österreichischen Erblanden[152] ließen zwischen 1549 und 1550 die Viehausfuhr aus diesen Gebieten fast völlig versiegen[153]. Verminderte Einfuhren an Schlachtvieh führten zu einem raschen Ansteigen der Viehpreise[154]. Wäre nun auch auf den Fleischmärkten die Preisbildung frei gewesen, so hätten sich notwendig auch die Fleischpreise erhöhen müssen, und zwar so weit, daß sie den Viehhändlern einen Anreiz geboten hätten, neue Einkaufsquellen für Schlachtvieh zu erschließen und daß sie die Bauern veranlaßt hätten, die Ausbreitung der Getreidekultur einzustellen und die Viehzucht zu intensivieren. Eine Freigabe der Preise auf den Fleischmärkten widersprach indessen den Zielsetzungen städtischer und territorialer Wohlfahrtspolitik, zumal einige Zeit vergangen wäre, bis aufgrund hoher Preise das Angebot so stark vermehrt worden wäre, daß die Fleischpreise wieder gesunken wären. Zwar gibt es Beispiele einer Erhöhung der Preistaxe, die in der Absicht vollzogen wurde, den Anbietern einen Gewinnanreiz zu schaffen und damit die angebotene Menge zu erhöhen. Als z. B. 1537 in Konstanz das Angebot an Schaffleisch zurückging, befahl der Rat den amtlichen Schätzern, die Preis-

---

[148] Beispiele bei *F. Lütge,* Strukturwandlungen, S. 47.

[149] Für die Ernährung des Heeres des Herzogs Alba bei seinem Durchzug in Nürnberg war 1547 eine Herde von 2600 Ochsen notwendig. *C. L. Sachs,* a. a. O., S. 79.

[150] Zu diesen Seuchen siehe *W. Dieckerhoff,* Geschichte der Rinderpest u. ihrer Literatur, 1890, S. 32 f.

[151] *W. Roscher,* Nationalökonomik des Ackerbaues u. der verwandten Urproduktionen, 1912[14], S. 783.

[152] *R. Riedl,* Der Wiener Schlachtviehhandel in seiner geschichtl. Entwicklung, Schmollers Jb. 17, 1893, S. 197.

[153] *H. Wiese,* a. a. O., S. 135/136: „Ungenügende Fleischversorgung von 1550 bis zum Dreißigjährigen Krieg".

[154] Vgl. *C. L. Sachs,* a. a. O., S. 56 u. S. 64 f. u. *G. Schmoller,* Zur Gesch. der nationalökon. Ansichten, S. 85.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

taxen zu erhöhen, damit mehr Fleisch angeboten würde[155]. Zweifellos handelte es sich dabei aber nur um eine geringe Preiserhöhung, denn ganz allgemein wurde ein bestimmtes Niveau der Fleischtaxen — natürlich im Rahmen gewisser Korrekturen[156] — verteidigt[157]. Den Fleischmangel, der bei erheblichen Störungen des Zutriebs angesichts der bestehenden Fleischtaxen als Folge eintrat, versuchte man, durch Konsumbeschränkungen und durch Ausfuhrverbote zu lindern[158]. Geringe Angebotsmengen bildeten indessen nicht das einzige Ergebnis starrer Preisregulierungen. Gefährdet wurde durch die gebundenen Preise auch die Rentabilität der Betriebe der Metzger. Die Kostenpreise der Metzger, vor allem die Viehpreise, spiegelten das Verhältnis von mengenmäßigem Angebot und kaufkräftiger Nachfrage wider, während die Erlöspreise, die Fleischtaxen, heftige Schwankungen des Angebots nicht registrierten[159]. Andererseits durften die Metzger ihr Angebot nicht nach den Veränderungen der Marktgegebenheiten einschränken. In den meisten Städten waren sie nämlich verpflichtet, in regelmäßigen Abständen zu schlachten, „damit die Einwohnerschaft nicht Mangel an Fleisch leide[160]". In Schlettstadt erhielt 1527 sogar jeder Metzger eine regelrechte Planauflage, wann und welche Stückzahl an Vieh er zu schlachten hatte, „daß die Gemeind diser stat nit mangel an rindfleisch hab"[161]. Die Folge dieser Bestimmung war, daß die meisten Betriebe in Zeiten geringen Zutriebs an Schlachtvieh schnell in die Verlustzone gerieten und auf Subventionen des Stadtrates angewiesen waren, wollten sie ihren Betrieb weiter aufrechterhalten. München hatte daher jahrelang einen subventionierten Fleischpreis, ehe sich der Rat doch entschloß, die Fleischtaxe zu erhöhen[162]. In Augsburg subventionierte der Rat nicht die Fleischpreise, sondern zahlte den Metzgern Zuschüsse beim Vieheinkauf[163]. Das Ochsenamt der Stadt Nürnberg gewährte vor allem ärmeren Metzgern Kredite zum Einkauf von Schlachtvieh, bisweilen kaufte die Stadt auch

---

155 *O. Feger* u. *P. Rüster*, Das Konstanzer Wirtschafts- u. Gewerberecht zur Zeit der Reformation, Konstanzer Stadtrechtsquellen 11, 1961, Nr. 428, S. 149.

156 Vgl. *E. Gothein*, a. a. O., S. 503 u. 504.

157 Siehe z. B. *H. Mauersberg*, Wirtschafts- u. Sozialgeschichte zentraleuropäischer Städte in neuerer Zeit, 1960, S. 547 (Basel): „Das Fleisch hatte nach den Taxordnungen von 1528 und 1596 diese Steigerung nicht mitgemacht, obgleich es auch im Durchschnitt um mehr als 10 % in diesen ca. 70 Jahren teurer geworden war".

158 Siehe hierzu den folgenden Abschnitt!

159 Vgl. *F. Lerner*, Fleischergewerbe, S. 156 u. 168.

160 „... damit gemaine burgerschafft nach notdurfft mit flaisch ider zeit versehen werden möge". *B. Schmidt*, Frankfurter Zunfturkunden bis zum Jahre 1612, Bd. 1, 1914, S. 366. Die Pflicht zum Schlachten wird in München schon 1365 verfügt. *F. Elser*, a. a. O., S. 14/15. Vgl. auch Straßburger Zunft- u. Polizeiverordnungen des 14. und 15. Jhs. Hrsg. *J. Bruckner*, 1889, S. 354/55 (1483).

161 Elsässische Stadtrechte, a. a. O., S. 774.

162 *F. Elser*, a. a. O., S. 35 u. S. 92.

163 *A. Werner*, a. a. O., S. 3.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

selbst große Viehherden[164]. In Schlettstadt wurde die Fleischtaxe unverändert beibehalten, aber die Qualität des Fleisches, die zu diesem Preis angeboten wurde, wurde jeweils um einige Stufen reduziert[165]. Da der Fleischpreis einen „politischen Preis[166]" darstellte, dessen Erhöhung die Massen der städtischen Bevölkerung leicht erregte, erhoffte man sich von einer Qualitätsverminderung offenbar geringeres Aufsehen, eine Methode, die im 16. Jh. auch auf dem Brotmarkt eingeführt war, wo man steigende Getreidepreise durch eine Verminderung des Gewichtes bei unveränderter Brottaxe auffing[167].

Unter diesen Umständen wurde es immer schwieriger, die Einhaltung der Fleischtaxe zu erzwingen. Bei extremer Knappheit des Schlachtviehs betrachteten die Metzger den obrigkeitlichen Höchstpreis für Fleisch als Mindestpreis, den sie auf keinen Fall unterboten, den sie aber oftmals durch eine Verminderung der Qualität oder durch die Forderung eines Aufgeldes umgingen[168].

6. Maßnahmen zur Unterstützung der obrigkeitlichen Preisregulierungen

Die für die Wirtschaftspolitik verantwortlichen Instanzen erkannten in den Städten wie in den Territorien, daß angesichts eines in der zweiten Hälfte des 16. Jhs. periodisch stark schrumpfenden Angebots an Schlachtvieh die Wirksamkeit ihrer Fleischtaxe nur durch zusätzliche Marktregulierungen gewährleistet werden konnte. Folgerichtig versuchten sie, das Angebot an Fleisch zu vermehren und gleichzeitig die Nachfrage zu drosseln.

Eine Erhöhung des Angebots an Fleisch erhofften sich die Städte durch die Zulassung der „Dorfmetzger" zu den städtischen Schirnen und durch die Einrichtung von Fleischbänken für die „Freimeister[169]". Die Förderung dieser Außenseiter stellte ursprünglich, zumal in Nürnberg, ein Mittel der Wettbewerbspolitik gegen übertriebene Preisforderungen der einheimischen Metzger dar[170]. 1531 aber zwang erstmals die geringe Zufuhr an Schlachtvieh die Stadt, fremden Viehtreibern, -händlern und Metzgern das Schlachten in der Stadt zu erlauben[171]. Um 1572, in einer Zeit großen Fleischmangels, entstand auf dem Nürnberger Markt die Freibank, für die auswärtige Metzger und Viehhändler, aber auch Nürnberger Bürger, die nicht dem Metzgerstand angehörten, die Verkaufs-

164 *C. L. Sachs*, a. a. O., S. 123 f.
165 *M. Mayer*, a. a. O., S. 123.
166 *H. Meinhold*, Art. „Preis III, Preispolitik", HdSW 8, S. 499.
167 Vgl. hierzu ein Beispiel aus Bamberg bei *F. Blaich*, a. a. O., S. 94.
168 *F. Elser*, a. a. O., S. 90 u. *C. L. Sachs*, a. a. O., S. 52, 58 u. 67 f.
169 *K. F. Wernet*, a. a. O., S. 224.
170 *C. L. Sachs*, a. a. O., S. 7 u. *O. Gerlach, M. Graminger*, a. a. O., S. 215.
171 Ebenda, S. 51.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

konzession erhielten[172]. Der Rat der Stadt Frankfurt übernahm die Einrichtung der „Freimeister" ebenfalls in der „Teuerungsperiode zu Beginn der siebziger Jahre", als die zünftigen Meister den Fleischbedarf der seit 1567 beträchtlich angewachsenen Bevölkerung kaum noch befriedigen konnten[173]. Auch kleinere Städte, wie etwa Ravensburg, ließen fremde Metzger zum städtischen Markt zu, weil sie sich dadurch eine Erhöhung des Angebots versprachen[174]. Hinter den Städten standen die Territorialstaaten dabei nicht zurück. Die württembergische Regierung errichtete 1554 wegen des Fleischmangels Freibänke in Stuttgart und Tübingen[175].

Städte wie Territorien verboten außerdem wiederholt den „Fürkauf" und die Ausfuhr des Schlachtviehs[176]. Aber der Viehkauf außerhalb der Marktorte ließ sich ebensowenig unterbinden wie die „Depekoration". Mehrere württembergische Landesordnungen des 16. Jhs. versuchten, die Bauern des Landes zur verstärkten Rinderhaltung und zur Aufgabe der Pferdezucht zu bewegen, mit dem Argument, der Ochse sei nicht allein als Arbeitstier zu gebrauchen, er werfe danach noch als Schlachtvieh hohen Gewinn ab[177]. Unfreiwillig betonte der Gesetzgeber in seiner Verordnung freilich die Vorzüge des Pferdes als Zug- und Arbeitstier. Seine Forderung, „die Weidroß abzuschaffen", sollte nämlich nicht für die Bauern gelten, die der Obrigkeit Fuhr- und Frondienste zu leisten hätten[178]. Auch die im Gesetz enthaltene Aufforderung, die Zucht der Wollschafe zugunsten der Rinderhaltung einzuschränken[179], scheiterte an der Bedeutung der Wollproduktion und -verarbeitung.

Dem Ziel, die Nachfrage nach Fleisch zu drosseln, dienten die Abstinenztage, die auch evangelische Reichsstädte einführten. Die schwäbischen Reichsstädte beschlossen 1543 auf einem Städtetag, den sie eigens wegen der Fleischteuerung nach Ulm einberufen hatte, daß alle Städte „allen ihren wirten unnd gastgebern bey sonderer peen verbieden sollten, hinfüro an kainem Markttag, so in irer statt gehallten, ainicherlay flaisch mer zu speisen oder iren gästen fürzusetzen", . . .„besonder allain keß,

---

[172] Ebenda, S. 7/8.
[173] *F. Lerner,* Fleischergewerbe, S. 169.
[174] *K. O. Müller,* a. a. O,. II, S. 83, § 73.
[175] *A. Reyscher,* a. a. O., 1. Fleisch- u. Metzgerordnung v. 6. 4. 1554, S. 259.
[176] Vgl. z. B. die Beschlüsse der schwäb. Reichsstädte auf ihrem Städtetag zu Ulm 1543. STA Ulm, „Reichsstadt", Abschied ettlicher schwäbischer Reichs-Stätt, den übermässigen Uffschlag und Fleisch-Kauff betreffend. 8. April 1543. Ferner: *E. Gothein,* a. a. O., S. 500 f. u. *A. Hanauer,* a. a. O., S. 175. Schon 1506 verbot Kaiser Maximilian I. wegen Fleischmangels die Ausfuhr von Schlachtvieh aus Tirol in best. Jahreszeiten. *H. Wopfner,* a. a. O., S. 28, Anm. 1.
[177] *A. Reyscher,* a. a. O., S. 108 u. S. 263, 334.
[178] 1. Fleisch- u. Metzger-Ordnung v. 6. 4. 1554. *A. Reyscher,* a. a. O., S. 263. Auch den Fuhrleuten werden Pferde zugestanden, sie sollen aber mit ihren „Furrosen" „die gemeinen Weiden meiden, darmit denselbigen dester mehr verschont werden möge". 2. Fleisch- u. Metzgerordnung v. 17. 3. 1567, Ebenda, S. 334.
[179] 5. Landesordnung v. 2. 1. 1552, Ebenda, S. 235.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

brot, obs und dergleichen..."[180]. Ähnliche Beschlüsse über die Einführung „fleischloser Tage" faßten die bayrischen Kreisstände 1533[181], der Rappenmünzbund 1555[182], die elsässischen Städte 1560[183] und 1573 der bayrische, fränkische und schwäbische Reichskreis in einer Übereinkunft[184], während man in Württemberg versuchte, den Fleischverbrauch bei Hochzeiten und ähnlichen Festlichkeiten einzuschränken[185]. Die ärmere Bevölkerung bedurfte freilich dieser Fasttage kaum, sie mußte ihren Fleischkonsum in dem Maße einschränken, in dem der amtliche Fleischsatz heimlich oder offiziell außer Kraft gesetzt wurde[186].

7. Abschließende Zusammenfassung: Ergebnisse der Untersuchung

Das erste Ergebnis der Untersuchung berührt den Zusammenhang zwischen der Einführung obrigkeitlicher Preise und der Wirtschaftsverfassung. Die Fleischtaxen des 16. Jhs. wurden nach sorgfältigen, in Anbetracht der damaligen Verkehrs- und Nachrichtenmittel oft mustergültigen Beobachtungen der Marktlage festgesetzt und, abgesehen von heftigen Schwankungen des Angebots und der Nachfrage, in gewissen Abständen an Änderungen der Marktdaten angepaßt. Ihnen fehlte daher jede Ähnlichkeit mit den Verrechnungspreisen, die eine moderne Zentralverwaltungswirtschaft benutzt, um die Verwirklichung der güterwirtschaftlichen zentralen Planung des Wirtschaftsprozesses mit Hilfe der Geldrechnung zu erleichtern[187]. Deshalb ist es abwegig, die Preis- und Marktregulierungen der spätmittelalterlichen und der frühneuzeitlichen Stadt als Symptome einer „Plan- und Kommandowirtschaft" zu werten.

Das zweite Ergebnis bildet eine Beurteilung der Wirksamkeit des Systems der Fleischtaxen. In den Zeiten, in denen die Zufuhr von Schlachtvieh aus dem Osten für das fleischarme Oberdeutschland gesichert war, erfüllte der amtliche Fleischpreis als „notwendiges Korrelat des Zunftwesens"[188] den Zweck, die Bevölkerung preiswert und ausreichend mit Fleisch zu versorgen und dem Metzgerstand die Rentabilität seiner Betriebe zu gewährleisten. Selbst Berichte über Taxüberschreitungen[189] können nicht darüber hinwegtäuschen, daß in diesen Zeiten die Fleisch-

---

[180] STA Ulm, „Reichsstadt", Abschied der schwäb. Reichsstädte v. 8. April 1543.
[181] *G. Adler,* Fleisch-Teuerungspolitik, S. 103.
[182] *E. Gothein,* a. a. O., S. 516.
[183] *A. Hanauer,* a. a. O., S. 173/174.
[184] *A. Werner,* a. a. O., S. 3.
[185] *A. Reyscher,* a. a. O., S. 218.
[186] *H. Wiese,* a. a. O., S. 131.
[187] Vgl. *K. P. Hensel,* Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft, 1959², S. 189 f.
[188] *H. Meinhold,* a. a. O., S. 501.
[189] Siehe z. B. für Nürnberg *C. L. Sachs,* a. a. O., S. 52.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

taxe zumindest als „Richtpreis" wirkte, der einen „Machtpreis" der Metzgerzünfte verhinderte und der Preisbildung auf den Teilmärkten der einzelnen Fleischsorten eine Orientierungshilfe bot[190]. Wurde der Zutrieb aus dem Osten Mitteleuropas gestört, wie es nach 1550 zunehmend geschah, so mußte das Festhalten an einer nicht mehr marktkonformen Fleischtaxe den Fleischmangel sogar noch verschärfen, entzog es doch den Metzgern und Viehhändlern jeden Anreiz, neue Bezugsquellen zu erschließen. Lückenlos fügen sich in dieses Bild die zeitgenössischen Berichte über den Fleischverbrauch der Bevölkerung ein. Die Nachrichten aus der ersten Hälfte des 16. Jhs. über einen hohen Konsumstand auch der ärmeren Bevölkerung verdrängten in der zweiten Hälfte ständige Klagen über den Fleischmangel[191].

Dieser Sachverhalt führt — als weiteres Ergebnis — zu einer Folgerung für die Geschichtsforschung: Bis etwa 1550 lassen sich die überlieferten Fleischtaxen durchaus als Maßstab für die Entwicklung der Preise und das Ausmaß der Versorgung der Bevölkerung verwenden[192]. Für die folgende Periode des Fleischmangels spiegeln die amtlichen Fleischpreise weder die wahre Knappheit der einzelnen Fleischsorten wider, noch erlauben sie Rückschlüsse auf den Umfang und die Art der Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch.

---

190 Vgl. *H. v. Stackelberg*, a. a. O., S. 229/230.

191 *W. Abel*, Wandlungen des Fleischverbrauchs, S. 428 ff.

192 Vgl. *Durnioks* Urteil über die Brauchbarkeit der Preistaxen für preisgeschichtl. Forschungen: „Trotzdem vermitteln sie eine mit Vorsicht brauchbare Übersicht, da sie doch einigermaßen marktkonform festgesetzt wurden". *P. Durniok*, a. a. O., S. 25.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Kapitalbildungsmöglichkeiten der bäuerlichen Bevölkerung in Deutschland am Anfang des 19. Jahrhunderts

Von *Friedrich-Wilhelm Henning*, Köln

Einführung

Eines der wichtigsten Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland im 19. Jahrhundert, nämlich die Kapitalversorgung, ist bisher in der wirtschaftshistorischen Literatur nur selten erörtert worden[1]. Übersichtliche Darstellungen der Kapitalbildung und -verwendung fehlen völlig, wenn man von den globalen Angaben bei Hoffmann für die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts absieht[2]. Auch die Kapitalmärkte zwischen den oder innerhalb der Wirtschaftsbereiche sind bislang noch nicht erforscht worden, so daß sich allenfalls an Hand einiger Indizien ein angenähertes Bild von den Richtungen und vom Umfang der Kapitalströme zeichnen läßt. Auch im folgenden soll nur ein Teilbereich eines Wirtschaftssektors untersucht werden. Wie wenig umfangreich und genau wir über die Kapitalbildungsmöglichkeiten in der Landwirtschaft und speziell in den bäuerlichen Betrieben unterrichtet sind, zeigt die Bemerkung von Gleitze, daß „durch die vorausgegangene Kapitalansammlung bei der Landwirtschaft und insbesondere der Landwirtschaft Ostdeutschlands" der industrielle Aufschwung in Deutschland zwischen 1850 und 1870 erst ermöglicht wurde. Als Beweis für diese These führt Gleitze lediglich die verbesserten Gewinnchancen auf Grund der in dieser Zeit zu beobachtenden Entwicklung von Produktion, Kosten und Erlöspreisen an[3]. Es fehlt bei ihm jedoch der Nachweis, daß eine Auf-

[1] Skizzenhaft die Kapitalknappheit bzw. den Kapitalüberfluß herausstellend: *Borchardt, K.*: Zur Frage des Kapitalmangels in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Jahrb. f. Nat. ök. u. Stat., Bd. 173, Stuttgart 1961, S. 401 bis 421. Diese bei der abschließenden Bearbeitung des Manuskriptes im Winter 1968/69 gemachte Feststellung muß nach der Veröffentlichung des Aufsatzes von *Winkel, H.*: Kapitalquellen und Kapitalverwendung am Vorabend des industriellen Aufschwungs in Deutschland, in: Schmollers Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Berlin 1970, S. 275 ff., eingeschränkt werden.

[2] *Hoffmann, W. G.*: Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin—Heidelberg—New York 1965; für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts liegen nur Zusammenstellungen für Teilbereiche vor. z. B. *Brockhage, B.*: Zur Entwicklung des preußisch-deutschen Kapitalexportes, Leipzig 1910.

[3] *Gleitze, B.*: Die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands im Industriezeitalter, in: Das östliche Deutschland, Ein Handbuch aus dem Göttinger Arbeitskreis, Würzburg 1959, S. 703.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

stockung des Produktionsfaktors Kapital im gewerblichen Bereich direkt — im Wege der Fremdfinanzierung, d. h. durch Ausleihungen, oder durch Eigenfinanzierung, vor allem durch die Ausgabe von Aktien — oder indirekt — d. h. in erster Linie durch Kreditinstitute im weitesten Sinne als Kapitalsammelstellen — aus den Gewinnen der Landwirtschaft oder aus Kreditaufnahmen landwirtschaftlicher Besitzer vorgenommen worden ist. Die bisherigen Ergebnisse der betriebs- und firmengeschichtlichen Forschungen lassen einen solchen Kapitalstrom nicht in bemerkenswertem Umfang erkennen, und zwar weder für die Zeit vor der Jahrhundertmitte noch für den eigentlichen take-off.

Auch der Anteil der gewerblichen Produkte, der für die landwirtschaftlichen Nettoinvestitionen von durchschnittlich 258 Mill. Mark nach der Jahrhundertmitte verwendet wurde[4], kann nicht als der entscheidende Nachfrageimpuls, der die Ausdehnung der gewerblichen Wirtschaft in dieser Zeit bewirkt haben könnte, angesehen werden.

Obgleich man das hier zu erörternde Problem von beiden Seiten, nämlich sowohl von den bäuerlichen Höfen als auch von den möglichen Verwendern bäuerlicher Kapitalien aus untersuchen müßte, werden sich die folgenden Ausführungen im wesentlichen auf die Frage nach den Möglichkeiten der Bauern zur Bildung von Kapital beschränken.

Hierzu liegt bisher lediglich eine Untersuchung über die Verhältnisse bei den Bauern in einem württembergischen Dorf vor[5], die man wohl trotz einer entsprechenden Bemerkung des Autors nicht als „für ganz Württemberg generell gültig" ansehen kann. Die Abweichungen zwischen einzelnen Bauerngruppen — unterschieden nach Besitzrecht und damit nach Umfang der Belastung, nach Boden- und Ertragsverhältnissen, Betriebsgrößen und anderen Kriterien — sind so erheblich gewesen, daß eine große Spannweite oder auch Varianz im Agrareinkommen und damit ebenfalls in den Kapitalbildungsmöglichkeiten anzunehmen ist. Einzeluntersuchungen, die sich auf wenige Höfe oder Dörfer beschränken, können nur die große Entwicklungslinie, die sich aus den alle oder fast alle Bauernhöfe betreffenden Veränderungen im Produktions-, Absatz- und Verwendungsbereich ergeben, bestätigen oder Ausnahmesituationen nachweisen.

Selbst wenn man von den bäuerlichen Einkommenschancen die Möglichkeiten der Kapitalbildung ableiten kann, bleibt immer noch offen, was die Bauern in der Mehrzahl mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln gemacht haben. Die hier und da in der Literatur zu finden-

[4] *Hoffmann, W. G.*, a. a. O,. S. 259, für das Jahrzehnt von 1851 bis 1860 in laufenden Preisen.

[5] *Schremmer, E.*: Agrareinkommen und Kapitalbildung im 19. Jahrhundert in Südwestdeutschland, in: Jahrb. f. Nat. ök. u. Stat., Bd. 176, Stuttgart 1964, S. 239.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

den Hinweise auf den luxuriösen Lebensstil einiger reicher Bauern des ausgehenden 18. und des beginnenden 19. Jahrhunderts[6] zeigen, daß der Verbrauch mindestens teilweise dem Sparen und Investieren vorgezogen wurde. Die Frage, ob überhaupt Investitionen außerhalb der Landwirtschaft für die Bauern in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in stärkerem Maße, als dies geschehen ist, möglich waren, muß nach den Überlegungen Borchardts wohl verneint werden[7].

Das Fehlen von bäuerlichen Beteiligungen an der zur Jahrhundertmitte stärker wachsenden gewerblichen Wirtschaft und die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu beobachtende Ausweitung der landwirtschaftlichen Produktion auch im bäuerlichen Bereich[8] deuten darauf hin, daß das in den Bauernfamilien gesparte Kapital in erster Linie der Landwirtschaft zugute kam, ja daß die Landwirtschaft ihre Investitionen zur Ausweitung der Produktion über den Preis zu Lasten der anderen Wirtschaftsbereiche und Bevölkerungsgruppen, kaum aber durch Kapitalzufluß — wenn man von Gutswirtschaften absieht — aus nichtlandwirtschaftlichen Quellen vornahm. Die Verdoppelung der landwirtschaftlichen Produktion in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts war im tierischen Produktionsbereich durch eine Erhöhung der Viehbestände um etwa die Hälfte bei gleichzeitiger Gewichtsverbesserung je Tier gekennzeichnet, so daß man insgesamt eine Vermehrung des tierischen Kapitalstockes um mehr als 50 v. H. annehmen kann. Auch bei der pflanzlichen Produktion war es in erster Linie eine Ausdehnung des Produktionsfaktors Kapital, der zu einer Erhöhung der Erzeugung geführt hatte. Verbesserungen an individuell genutzten Flächen und die Überleitung der bisherigen gemeinen Hutungen in eine individuelle Nutzung (Gemeinheitsteilungen) wirkten dabei ebenso mit wie die Einführung besserer Anbaumethoden, verbunden mit der Anschaffung neuer Geräte.

Neben die Investitionen in der eigenen Wirtschaft traten im 19. Jahrhundert aber auch die Ablösungsverpflichtungen aus den Agrarreformen.

Im folgenden sollen zunächst die Kapitalbildungsmöglichkeiten erörtert werden und dann soll versucht werden, die wichtigsten tatsächlichen Verwendungszwecke herauszuarbeiten.

---

[6] z. B. *Abel, W.:* Geschichte der deutschen Landwirtschaft vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert, 2. Aufl., Stuttgart 1967, S. 333.

[7] *Borchardt, K.*, a. a. O., S. 404 ff.

[8] *Henning, F.-W.:* Stadien und Typen der Entwicklung der Landwirtschaft in den heutigen Industrieländern, in: Die Landwirtschaft in der volks- und weltwirtschaftlichen Entwicklung, Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues, Bd. 5, München—Basel—Wien 1968, S. 53 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Entwicklung der Kapitalbildungsmöglichkeiten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts

a) Die Entwicklung der bäuerlichen Erträge

Die naturalen Erträge

Die naturalen Erträge der deutschen Landwirtschaft stiegen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts erheblich an. Die jährlich bebaute Ackerfläche und d. h. die wichtigste Produktionsgrundlage wurde verdoppelt. Dabei lag die Zunahme der Fläche in Ostdeutschland höher als in Westdeutschland. Der Zuwachs kam aus drei Quellen:

1. Die jährliche Bebauung des bisherigen Bracheanteiles wurde nach der Aufhebung der Hutеberechtigungen möglich. Wenn auch hier und da in einzelnen Dörfern bereits vorher Teile der Brache besömmert wurden[9], so erbrachte die Beseitigung der Brache im Durchschnitt für ganz Deutschland bei dem Überwiegen der Dreifelderwirtschaft[10] doch einen Anstieg der bebauten Ackerfläche von etwa 20 bis 25 v. H.

2. Der Übergang von der gemeinschaftlichen zur individuellen und von der Weide- zur Ackernutzung bei den bisherigen gemeinen Weideflächen (Allmende, Palwen usw.) vermehrte die Ackerfläche um weitere etwa 20 v. H.[11].

3. Die Einbeziehung bisherigen Ödlandes in die landwirtschaftliche Nutzfläche führte zu einer weiteren Ausdehnung des Ackerlandes um etwa 30 v. H. Die Abgrenzung dieser Flächen von den bisherigen Allmendeflächen war allerdings nur selten eindeutig, da in den meisten Gemarkungen alles, was nicht individuell genutzt wurde, von der gemeinen Herde beweidet wurde. Es mag daher sein, daß weniger Ödland und mehr gemeine Weiden in Acker umgewandelt wurden, als hier zugrunde gelegt wurde.

In welchem Maße die Bauernhöfe an dieser Zunahme der Ackerflächen beteiligt waren, läßt sich nicht genau angeben. Die Ödlandflächen standen meistens im Eigentum der bisherigen herrschaftlichen Berechtigten. Der Zuwachs der bäuerlichen Flächen aus diesem Reservoir war also recht gering, da die Bauern solche Flächen käuflich erwerben mußten. An den gemeinen Weiden waren meistens auch herrschaftliche Berechtigungen vorhanden gewesen, die im Wege der Teilung der Gemeinheiten abgegolten wurden. In Ostdeutschland führte die Ablösung des dominium directum und anderer herrschaftlicher Berechtigungen durch

---

[9] z. B. für das Herzogtum Braunschweig; *Saalfeld, D.*: Bauernwirtschaft und Gutsbetrieb in der vorindustriellen Zeit, Stuttgart 1960, S. 88.

[10] *Abel, W.*, a. a. O., S. 217, Bild 33.

[11] *Henning, F.-W.*, a. a. O., S. 54 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die Abgabe von Land zu einem Ausgleich des Flächenzuwachses aus den Gemeinheiten. Trotzdem waren die Bauern hierbei die Verlierenden, denn eigentlich mußten die bisherigen Weidenutzungen auch als ein Teil ihrer Landnutzung angesehen werden. Hier war also dann nur ein Zuwachs der Ackerfläche und eine gleichzeitige Verminderung der landwirtschaftlichen Nutzfläche für die Bauernwirtschaften zu verzeichnen[12].

Anders lagen die Verhältnisse dort, wo wie meistens in Westdeutschland die Herrschaft weder ein Weiderecht — und damit einen Anspruch auf einen Teil der aufzulösenden Gemeinheiten — noch einen größeren Eigenbetrieb, der aufgestockt werden konnte, noch eine stark verdichtete Rechtsstellung gegenüber dem einzelnen Hintersassen besaß. Hier waren die Ablösungen daher nur selten durch die Hingabe von Boden zu leisten, wenn auch einige Beispiele bekannt sind, daß die bisherigen Berechtigten ihre Ablösungsbeträge durch Aufkauf von Bauernländereien anlegten[13], im Ergebnis also den gleichen Weg einschlugen, wie ein nicht geringer Teil der ostdeutschen Berechtigten.

Jedoch sind die Auswirkungen dieser Maßnahmen nicht bereits durchweg in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu spüren gewesen. Wenn auch die Separations- und Gemeinheitsteilungsgesetzgebung zum überwiegenden Teil in dieser Zeit zu finden ist, so wurden nicht wenige Verfahren erst zur Jahrhundertmitte[14] oder in manchen Fällen sogar erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts[15] durchgeführt. Die Zunahme der landwirtschaftlichen Produktion ist daher für Deutschland in den beiden Jahrzehnten um die Jahrhundertmitte markanter gewesen als in den ersten vier Jahrzehnten des Jahrhunderts[16]. Bis in die vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts wird daher eine Steigerung der Produktion auf den bäuerlichen Höfen mehr durch eine Verbesserung der Anbaumethoden als durch eine Ausdehnung der jährlich als Acker genutzten Flächen bewirkt worden sein. Die Aufkäufe von bäuerlichen Höfen oder Flächen, die durch die finanzielle Belastung infolge der Agrarkrisis in

[12] Bei der Erörterung der in der agrargeschichtlichen Literatur heftig umstrittenen Frage nach der Höhe der bäuerlichen Landverluste durch die Agrarreformen wird u. a. dieser Gesichtspunkt zu wenig berücksichtigt. Vgl. hierzu auch *Saalfeld, D.:* Zur Frage des bäuerlichen Landverlustes im Zusammenhang mit den preußischen Agrarreformen, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, Frankfurt 1963, Heft 2, S. 163 ff.

[13] *Winkel, H.:* Die Ablösungskapitalien aus der Bauernbefreiung in West- und Süddeutschland, Höhe und Verwendung bei Standes- und Grundherren, Stuttgart 1968, passim, bes. S. 152.

[14] *Golkowsky, R.:* Die Gemeinheitsteilungen im nordwestdeutschen Raum vor dem Erlaß der ersten Gemeinheitsteilungsordnungen, Hildesheim 1966, S. 94, mit einer Übersicht der vor und der nach 1832 in Hannover durchgeführten Teilungen.

[15] z. B. für Anhalt: *Frommelt, J.:* Latdorf, Ein Beitrag zur Geschichte des Großbauerntums im Kreise Bernburg, Dresden 1940, S. 114.

[16] *Henning, F.-W.*, a. a. O., S. 45, Abbildung 2.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der dritten Dekade des Jahrhunderts, ferner durch die umfangreichen Ablösungsverpflichtungen oder aus anderen Gründen hervorgerufen wurden, verminderten zwar die Zahl der bäuerlichen Hofstellen und damit auch die Gesamtfläche, die in bäuerlicher Nutzung stand, beeinträchtigten aber nicht die Produktionskapazität der verbleibenden Höfe je Flächeneinheit.

Da auch die Zahl der von den Bauern gehaltenen Tiere ausgedehnt wurde[17], verbesserten sich die naturalen Erträge aus der tierischen Produktion ebenfalls, so daß man insgesamt für den bäuerlichen Bereich einen Anstieg der naturalen Erträge in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts feststellen kann.

Nicht geklärt werden kann jedoch die im Zusammenhang mit dem Bevölkerungswachstum in dieser Zeit stehende Frage, ob auch die Pro-Kopf-Erträge damit gestiegen sind. Dazu wäre eine genaue Zusammenstellung der Betriebsgrößen am Anfang und am Ende des Untersuchungszeitraumes erforderlich, für die es aber in der agrargeschichtlichen Literatur an einer genügend großen Zahl von Einzelangaben fehlt. Geht man davon aus, daß der Bevölkerungsanstieg in Deutschland von 1800 bis 1850 etwa 40 v. H. betragen hat und daß die bäuerliche Bevölkerung zahlenmäßig in gleicher Weise zugenommen hat, dann lag der Zuwachs der Entwicklung der naturalen Erträge um etwa 15 bis 20 v. H. höher, so daß auch je Bauernfamilie ein größerer naturaler Ertrag zur Verfügung stand.

Die monetären Erträge

Ob gleichzeitig auch eine Verbesserung der monetären Erträge bei den Bauernfamilien zu verzeichnen war, hängt (1) von der Entwicklung der bäuerlichen Marktquote und (2) von den Agrarpreisen ab.

Hinsichtlich des Umfanges der Marktquote müssen zwei Gruppen von Bauernhöfen unterschieden werden. (a) Die klein- und unterbäuerlichen Stätten hatten per Saldo nur eine sehr geringe oder überhaupt keine Marktquote, da wertmäßig fast ebensoviele Nahrungsmittel zugekauft werden mußten — vor allem Getreide — wie verkauft wurden[18]. Für diese Familien wurde eine nichtlandwirtschaftliche Tätigkeit (Spinnen, Weben u. a. m.) erforderlich, damit die für den Erwerb gewerblicher Produkte für Familie und Hof notwendigen Mittel erlangt werden konnten. Darüber hinaus brauchte man Geld für die monetären Abgaben. Pflanzliche Produkte konnten häufig nur aus dem Garten für den Markt abgezweigt werden. Der Verkauf von tierischen Produkten war zur Mitte des 19. Jahrhunderts für diese Familien immer weniger möglich, da die

[17] *Henning, F.-W.*, a. a. O., S. 56, Abbildung 3.
[18] *Henning, F.-W.*: Dienste und Abgaben der Bauern im 18. Jahrhundert, Stuttgart 1969, S. 142, Tab. 29.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Gemeinheitsteilungen ihnen die Grundlage für eine gemessen an der individuellen Nutzfläche überproportionalen Viehhaltung entzogen. Selbst unter Einschränkung der Versorgung für die Familie des Stätteninhabers war in der Regel nach den Gemeinheitsteilungen eine tierische Produktion für den Markt bei den klein- und unterbäuerlichen Schichten nicht mehr möglich[19].

(b) Die mittel- und großbäuerlichen Betriebe benötigten den größten Teil der Ernte für die Bauernfamilie und für die Saat des nächsten Jahres, so daß die Marktquote nur selten über 30 bis 40 v. H. lag. Mit zunehmender Ertragssteigerung je Flächeneinheit und je Arbeitskraft erhöhte sich dieser Anteil bis zur Jahrhundertmitte. Außerlandwirtschaftliche Einkommensquellen waren in der Regel für diese Familien nicht mehr erforderlich, wenn sie auch durch Heimarbeit in einigen Gebieten ihre Einkommenslage verbesserten[20].

Die tierische Produktion war in dieser Hofgruppe meistens so ausgedehnt, daß neben einer guten Versorgung der auf dem Hof lebenden Menschen noch eine Marktquote vorhanden war, sofern nicht durch die große Entfernung zu einem Marktplatz eine Produktion für den Verkauf erschwert wurde[21]. Die Marktquote konnte bis zu 50 v. H. der tierischen Produktion umfassen, in Ausnahmefällen, d. h. bei günstigen Produktionsbedingungen (Klima, Boden) auch noch mehr[22].

Die Grenze zwischen den beiden genannten Hofgruppen (a. den klein- und unterbäuerlichen und b. den mittel- und großbäuerlichen Höfen) lag an der Wende zum 19. Jahrhundert je nach Boden- und Ertragsverhältnissen zwischen 4 und 8 Hektar individueller Nutzfläche und sank bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts durch die Verstärkung des Anteiles der Kartoffeln an der menschlichen Ernährung auf 2 bis 3 Hektar[23]. Damit ist auch die Schwelle für das Vorhandensein einer nennenswerten

---

[19] *Golkowsky, R.*, a. a. O., S. 83.

[20] *Henning, F.-W.:* Bauernwirtschaft und Bauerneinkommen in Ostpreußen im 18. Jahrhundert, Würzburg 1969, S. 231, für die zweite Hälfte des 18. und das beginnende 19. Jahrhundert. Zur Mitte des 19. Jahrhunderts nahmen in Ostpreußen die Einnahmen der Bauern aus der Textilherstellung mehr und mehr ab. Hierfür waren zwei Gründe wirksam: 1. Der fehlende Übergang zu besseren Produktionsmethoden und 2. die 1824 verfügte Einfuhrsperre Rußlands für Polen.

[21] *Henning, F.-W.:* Bauernwirtschaft und Bauerneinkommen in Ostpreußen, S. 59.

[22] *Bölts, J.:* Die Rindviehhaltung im oldenburgisch-ostfriesischen Raum vom Ausgang des 16. Jahrhunderts bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts, in: Wiese, H. und Bölts, J.: Rinderhandel und Rinderhaltung im nordwesteuropäischen Küstengebiet vom 15. bis zum 19. Jahrhundert, Stuttgart 1966, passim, insbes. S. 224 f.

[23] *Henning, F.-W.:* Die Betriebsgrößenstruktur der mitteleuropäischen Landwirtschaft im 18. Jahrhundert und ihr Einfluß auf die ländlichen Einkommensverhältnisse, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, Frankfurt 1969, S. 190, Abbildung 2.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Marktquote bestimmt. Da zur Jahrhundertmitte noch etwa 55 v. H. der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig waren oder als nichtarbeitende Familienangehörige zur landwirtschaftlichen Bevölkerung gehörten[24], mag sich die Marktquote im Durchschnitt aller landwirtschaftlichen Produzenten auf etwa 40 v. H. des Rohertrages oder 50 v. H. des sachaufwandfreien Rohertrages belaufen haben. Selbst bei größeren Bauernhöfen werden aber nur selten, nämlich dann, wenn gute Ertragsbedingungen vorherrschten, 60 v. H. und mehr des naturalen Rohertrages als Marktquote verkauft worden sein. Vor den Produktionsausweitungen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wird ein Bauernhof nur ausnahmsweise mehr als 30 v. H. seiner naturalen Erträge auf den Markt gebracht haben[25].

In allen Fällen hatte sich damit die Marktquote des einzelnen Bauernhofes bei gleichbleibender individueller Nutzfläche erhöht. Bei den Höfen zwischen 2 und 8 Hektar waren eine ganze Reihe durch die Produktionsausweitung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts überhaupt erst in die Lage versetzt worden, eine Marktquote zu erwirtschaften.

Die Preise, die die Bauern in dieser Zeit für ihre Produkte erzielen konnten, waren recht unterschiedlich. In großen Zügen entwickelten sich die Agrarpreise in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts etwa folgendermaßen[26]:

1. Im langen Trend stiegen die Preise für Agrarprodukte vom dritten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts bis zur Wende zum 19. Jahrhundert auf mehr als das Doppelte, d. h. von 8 auf etwa 20 Mark je Doppelzentner Weizen (eine Mark = 5,56 g Ag.).

2. In den ersten beiden Jahrzehnten des neuen Jahrhunderts wurde der weitere Preisanstieg bis 1817 auf etwa 27 Mark je dz Weizen nur durch die Preisminderungen am Anfang des Jahrhunderts und während der Kontinentalsperre unterbrochen. Dieser Zeitraum war aber für die Kapitalbildung der Bauern noch nicht von großer Bedeutung, da die Belastung der meisten Bauern noch sehr umfangreich gewesen ist[27] und die Kriegsereignisse die Bauernhöfe sehr in Mitleidenschaft gezogen haben (Vernichtung von lebendem und totem Inventar, teilweise auch der Gebäude).

3. Die guten Ernten der Jahre 1819, 1820 und 1821 führten zu einem Preisrückgang, der erst im Jahre 1825 bei etwa einem Drittel und weniger der Preise von 1817 endete, d. h. bei etwa 8 bis 9 Mark.

---

[24] *Henning, F.-W.:* Stadien und Typen, a. a. O., S. 42, Abbildung 1.

[25] *Müller, H.-H.:* Die Entwicklungstendenzen des Ackerbaues in Brandenburg vor den Reformen des 19. Jahrhunderts, Diss. Berlin 1962, S. 265 ff.

[26] *Abel, W.:* Agrarkrisen und Agrarkonjunktur, Eine Geschichte der Land- und Ernährungswirtschaft Mitteleuropas seit dem hohen Mittelalter, 2. Aufl. Hamburg—Berlin 1966, S. 205 ff.

[27] *Henning, F.-W.:* Dienste und Abgaben, passim.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

4. Bis 1858 war dann ein erneuter Preisanstieg zu beobachten, der nur für wenige Jahre in der Zwischenzeit unterbrochen wurde. Nach der Jahrhundertmitte lagen die Preise bei etwa 20 bis 25 Mark je dz Weizen.

Diese Entwicklung der Weizenpreise mag angenähert auch für die anderen wichtigsten marktgängigen Produkte gelten, wenn auch die Struktur der landwirtschaftlichen Produktpreise keineswegs gleich geblieben ist. Insbesondere hat sich das Verhältnis der Preise für tierische und für pflanzliche Produkte verändert.

Da die Produktionsausweitungen zur Jahrhundertmitte immer stärker wurden, kumulierten sie ab 1825 mit den steigenden Agrarpreisen und führten zu einer erheblichen Erhöhung der monetären Erträge. Jedoch darf dieser Anstieg nicht isoliert gesehen werden, da z. T. nur die Einkommensschmälerungen durch den vorhergegangenen Preiseinbruch ausgeglichen wurden. In welchem Maße die Bauern durch die zunehmenden Einnahmen ab 1825 zur Kapitalbildung in die Lage versetzt wurden, hing im wesentlichen davon ab, was sie an Aufwendungen für den Betrieb und für die Abgaben zu erbringen hatten.

b) Die Entwicklung der bäuerlichen Aufwendungen

Die Sachaufwendungen

Der Sachaufwand der bäuerlichen Höfe bestand noch in der ganzen ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zum größten Teil aus dem Saatgetreide. Da die Mengen je besäter Flächeneinheit sich nicht wesentlich änderten, nahmen die Saatmengen etwa in dem Maße zu, wie die jährlich durch Getreide genutzte Fläche ausgedehnt wurde. Zugleich wurden aber die Erträge je Flächeneinheit und damit je ausgesäter Saatmengeneinheit erhöht. Statt bisher 20 bis 35 v. H. wurden zur Jahrhundertmitte nur noch 15 bis 25 v. H. der jeweiligen Ernte für die Saat der nächsten Vegetationsperiode benötigt.

In welchem Maße die Ausgaben für gewerbliche Leistungen anstiegen, läßt sich nur schwer erkennen. Inventarverzeichnisse, die anläßlich Erbauseinandersetzungen aufgestellt wurden, zeigen, daß auch zur Jahrhundertmitte die Geräteausstattung der Bauernhöfe noch nicht so groß war, daß die gewerblichen Leistungen — und dazu sind auch die nach der Jahrhundertmitte stärker einsetzenden Käufe von Handelsdüngemitteln zu rechnen[28] — schneller gestiegen wären als die naturalen Erträge, insbesondere haben sie die betriebseigenen Aufwendungen noch nicht überschritten. Zum überwiegenden Teil blieben die sachlichen Aufwendun-

[28] *Henning, F.-W.*: Stadien und Typen, S. 61 f.; Hoffmann, W. G., a. a. O., S. 316, Tab. 59.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gen damit innerbetriebliche naturale Vorgänge und damit unabhängig vom Agrarpreis.

Der Anteil des Sachaufwandes, der aus der gewerblichen Produktion über den Markt erworben werden mußte, führte vor allem in der Zeit von 1817 bis 1835 zu einer übermäßigen Beanspruchung der monetären Mittel der Bauernfamilien. Die gewerblichen Produktpreise hielten sich nach 1817 zunächst auf etwa gleichem Niveau, fielen also nicht parallel zu den Agrarpreisen, und begannen erst etwa 1825 — also zum selben Zeitpunkt, in dem die Agrarpreise ihren Tiefpunkt erreicht hatten — zu sinken. Etwa 1835 erst erreichten sie das Niveau der Agrarpreise, wenn man das Niveau von 1817 als Ausgangsbasis für beide Preisreihen nimmt. Nach 1835 entwickelte sich dann das Verhältnis der Agrarpreise zu den Preisen für gewerbliche Güter günstiger für die Bauern[29]. Da es sich bei den Agrarpreisen von 1817 um ein überhöhtes Niveau gehandelt hat, war die Relation bereits einige Jahre vor 1835 als für die Landwirtschaft normal anzusehen.

Bestanden die gewerblichen Leistungen überwiegend aus Dienstleistungen, dann war die Einengung der bäuerlichen Liquidität sogar noch stärker als bei dem Erwerb gewerblicher Waren. Die Löhne stagnierten zunächst bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts und stiegen danach leicht an[30]. Sie lagen daher lange Zeit über dem Agrarpreisniveau und die Bauern mußten daher in der Zeit von 1820 bis 1850 eine größere Menge von Agrarprodukten aufbringen, um die gleiche Menge gewerblicher Dienstleistungen zu erhalten als dies zuvor erforderlich war.

Im Ergebnis schränkte also die Relation zwischen agraren und gewerblichen Produktpreisen die finanzielle Beweglichkeit der Bauern im dritten und vierten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts ein.

Die Lohnaufwendungen

Obgleich sich die gewerblichen Dienstleistungen für die Bauern auf Grund der allgemeinen Lohnentwicklung auf hohem Niveau hielten oder sogar noch erhöhten, war die Entwicklung der landwirtschaftlichen Löhne günstiger. Der größte Teil des bäuerlichen Arbeitsbedarfes wurde aus dem Kreise der Familienangehörigen gedeckt und hier konnte man mit einer Unterbezahlung hohen Lohnkosten ausweichen. Aber auch dort, wo familienfremde Arbeitskräfte herangezogen wurden, handelte es sich in erster Linie um Gesindearbeitskräfte[31], deren Entlohnung zum

---

[29] *Abel, W.:* Agrarkrisen, S. 215 und S. 245.
[30] *Abel, W.:* Agrarkrisen, S. 215 und S. 245.
[31] *Kollmann, P.:* Geschichte und Statistik des Gesindewesens in Deutschland, in: Jahrb. f. Nat. ök. u. Stat., Bd. 10, Jena 1868, S. 292 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

größeren Teil natural durch Verpflegung, Wohnung und manchmal auch Kleidung erfolgte. Auch die Tagelöhner wurden, sofern sie nicht nur an wenigen Tagen in Zeiten mit Arbeitsspitzen eingesetzt wurden, als Deputatarbeiter zum überwiegenden Teil natural, d. h. in immer gleichen Äquivalenten landwirtschaftlicher Produkte, entlohnt.

Darüber hinaus kann man einen Teil der Zunahme der Beschäftigtenzahl auf eine Vergrößerung der bäuerlichen Familien zurückführen. Da bis zur Jahrhundertmitte die Einkommensquellen im gewerblichen Bereich nur dürftig flossen[32], bestand nur wenig Anreiz, den väterlichen Hof zu verlassen, so daß auch solche Familienangehörige weiterhin auf dem Bauernhofe arbeiteten, die eigentlich nicht mehr benötigt wurden. Dadurch wurde ein Teil der gestiegenen Arbeitsproduktivität wieder aufgehoben, da es sich hierbei in Wirklichkeit um verdeckte Arbeitslosigkeit gehandelt hat.

Trotzdem wurde das bäuerliche Einkommen durch die Lohnentwicklung und durch die verstärkte Beschäftigung von familieneigenen Arbeitskräften über den Bedarf hinaus nicht völlig um die Vorteile aus der erhöhten Arbeitsproduktivität gebracht. Der Arbeitskräftebesatz je Flächeneinheit vermehrte sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts um etwa 20 v. H., jedenfalls wenn man die gesamte Landwirtschaft Deutschlands in die Betrachtung einbezieht[33]. Dabei kann davon ausgegangen werden, daß die reinen Lohnarbeitsbetriebe, d. h. die größeren Bauernhöfe und die Güter, einen geringeren Anstieg gehabt haben, als die hauptsächlich auf familieneigene Arbeitskräfte gestützten kleineren Bauernhöfe; Lohnarbeiter konnte man eher entlassen oder ihre Einstellung unterlassen als von den Bauern Familienangehörige vom Hof gewiesen werden konnten.

Wenn man davon ausgeht, daß der Arbeitskräftebesatz auf den Bauernhöfen überdurchschnittlich, d. h. um mehr als 20 v. H. zugenommen hat, wird sich dieser Anstieg noch unter dem Anstieg der Produktion je Flächeneinheit gehalten haben, so daß auch hier eine verbesserte Arbeitsproduktivität zu vermuten ist. Allerdings stieg die Bevölkerung auf dem Lande verhältnismäßig kontinuierlich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts an, während sich die Zuwachsraten der landwirtschaftlichen Produktion erst zur Mitte des 19. Jahrhunderts stärker erhöhten, so daß der Preisabfall insbesondere in der dritten Dekade nicht durch eine Ausdehnung der produzierten Mengen ausgeglichen werden konnte. Sieht man von solchen kurzfristigen Einengungen der bäuerlichen Ein-

[32] *Abel, W.*: Zur Ortsbestimmung des Handwerks vor dem Hintergrund seiner Geschichte, in: Das Handwerk in der modernen Wirtschaft und Gesellschaft, hg. vom Deutschen Handwerksinstitut e. V. München, Bad Wörishofen 1966, S. 48 ff.

[33] *Henning, F.-W.*: Stadien und Typen, S. 45, Abbildung 2.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

kommen ab, dann kann man für die gesamte erste Hälfte des Jahrhunderts davon ausgehen, daß die verbesserte Arbeitsproduktivität zum Teil auch die bäuerlichen Einkommen vermehrt hat.

Der Lastenaufwand

Über die Belastung der Bauern und damit über das Ausmaß der Einschränkung der bäuerlichen Einkommen durch Dienste und Abgaben am Anfang des 19. Jahrhunderts vermitteln die bisherigen Veröffentlichungen ein übersichtliches Bild[34]. Für die Entwicklung der bäuerlichen Lasten im 19. Jahrhundert, besonders in der ersten Hälfte des Jahrhunderts gibt es bislang nur wenige Einzeluntersuchungen. Vor allem das Problem der zusätzlichen Belastung durch die Kumulation von Zinsen und Amortisation im Rahmen der Ablösungsregelungen ist lediglich für wenige Bauern oder Bauerngruppen erörtert worden. Der Übergang von den Feudallasten zu einer auf die öffentlich-rechtlichen Leistungen reduzierten Wertübertragung war durch eine vorübergehende zusätzliche Belastung der bäuerlichen Erträge gekennzeichnet, sofern nicht durch Landabgaben sogar eine dauernde Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Lage der Bauern eingeleitet wurde[35]. Für Ostpreußen liegen inzwischen zwei Untersuchungen vor, die sowohl den Einfluß der Ablösungsleistungen auf den Haushalt der Berechtigten als auch auf die wirtschaftliche Lage der Bauern in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen stellen[36]. Für alle ostpreußischen Bauern im landesherrlichen Grundherrschaftsbereich — und dazu gehörten etwa 80 v. H. der bäuerlichen Höfe in beiden Departements[37] — erhöhten sich die Leistungen durch die Eigentumsverleihungen um fast 40 v. H., wenn man die Kontribution außer Ansatz läßt, da es sich hierbei um eine öffentlich-rechtliche Abgabe handelte, die als Steuer auch nach dem Abschluß der Ablösungszahlungen verblieb, wenn auch inzwischen in einer anderen Form (als Grundsteuer). Zum Vergleich sei erwähnt, daß die Allodifikation des

---

[34] *Henning, F.-W.*: Dienste und Abgaben der Bauern im 18. Jahrhundert, Stuttgart 1969, passim.

[35] Während die Bauern die Lösung aus den Bindungen der feudalen Gesellschaft mit hohen Ablösungsleistungen in Form von Land oder von Geld entgelten mußten, waren die entsprechenden „Befreiungsvorgänge" im Rahmen der Allodifikationen des adligen Grundbesitzes — vor allem im 18. Jahrhundert — nur mit geringen Einbußen der bisherigen Abhängigen, nämlich des Adels — im Verhältnis zum Territorialherren — verbunden gewesen. Auf dieses Mißverhältnis der Regelungen dieser beiden vergleichbaren Ablösungsvorgänge ist bisher in der wirtschaftsgeschichtlichen Literatur noch nicht hingewiesen worden. Offensichtlich ist es übersehen worden.

[36] *Gropp, V.*: Der Einfluß der Agrarreformen des beginnenden 19. Jahrhunderts in Ostpreußen auf Höhe und Verwendung der preußischen Staatseinkünfte, Berlin 1967; *Brase, K.*: Der Einfluß der Bauernbefreiung auf die Belastung der Scharwerksbauern in Ostpreußen, Diss. Göttingen 1969.

[37] *Henning, F.-W.*: Dienste und Abgaben, S. 42, Tab. 13.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

adligen Grundbesitzes im Jahres 1732 in Ostpreußen im Ergebnis ohne zusätzliche Leistung der „Befreiten" erfolgt war[38].

Berücksichtigt man die gesamte Belastung der Bauern, also einschließlich der Kontributionen, dann erhöhten sich die Leistungen der Bauern um etwa 20 v. H. Da die Belastung der Bauern vor der Bauernbefreiung bis an den Rand des Möglichen ausgedehnt war, und zwar vor allem auch im Vergleich zu den sog. besseren Besitzrechten und zum Adel[39], und da die Folgen der napoleonischen Kriege die Bauern für einige Jahre in eine bedrängte wirtschaftliche Lage gebracht hatten, kann man vermuten, daß nur ein extrem hoher Agrarpreis die Bauern in die Lage versetzen konnte, diese Ablösungszahlungen ohne wirtschaftliche Not vornehmen zu können. Tatsächlich konnten die Bauern in den ersten Jahren nach dem Beginn der Regulierungen die erforderlichen Mittel relativ vollständig aufbringen. Erst der nach 1818 absinkende Preis für Agrarprodukte führte zu einem starken Zahlungsverzug der Bauern. In den Jahren 1823 bis 1825 blieben etwa 27 v. H. der bäuerlichen Verpflichtungen offen. Erst nachdem der Tiefpunkt überwunden war und ab etwa 1830 wieder höhere Preise für die verkauften bäuerlichen Produkte erzielt werden konnten, liefen die Zahlungen regelmäßiger ein. Inzwischen waren aber alle eigenen und ebenso die für die Bauern zugänglichen fremden Reserven (Kreditmöglichkeiten) aufgezehrt. „Die Einsassen haben in diesen Jahren ... ihre früheren Ersparungen und ihren Credit benutzt. Beides ist jetzt erschöpft", heißt es dementsprechend in einem Schreiben der ostpreußischen Zentralverwaltung an den Berliner Finanzminister aus dem Jahre 1826[40]. Aber auch noch nach 1830 bis zur Jahrhundertmitte hin mußten immer wieder zahlreiche Ermäßigungen gewährt werden, die auf wirtschaftliche Schwierigkeiten der Bauern hindeuten[41].

Die ostpreußischen Verhältnisse können als typisch für solche Regulierungsverfahren angesehen werden, die in den ersten zehn Jahren nach den napoleonischen Kriegen eingeleitet wurden. Wenn auch die von Gropp und Brase a. a. O. untersuchten Ablösungsverfahren sich aus-

---

[38] *Brünneck, W. v.*: Zur Geschichte des Grundeigentums in Ost- und Westpreußen, Bd. 2, Die Lehngüter, 2. Abteilung, Berlin 1896, S. 92.

[39] Die großen Unterschiede in der Belastung der einzelnen Besitzgruppen werden deutlich aus Abbildung 13 bei *Henning, F.-W.*, a. a. O., S. 31.

[40] Zitiert nach *Gropp, V.*, a. a. O., S. 158. Bezeichnend ist bei diesem Schreiben, daß es im Herbst, also kurz nach der Ernte abgefaßt worden ist. Obgleich die bäuerlichen Zahlungstermine wie auch schon im 18. Jahrhundert gleich nach der Ernte lagen, konnten die Bauern keine Mittel aufbringen. Hierfür gibt es eigentlich nur zwei Gründe: 1. Entweder wollten sie mit dem Verkauf der Ernte noch warten, in der Hoffnung, daß der Getreidepreis vielleicht noch ansteigen würde, 2. oder sie hatten bereits so umfangreiche Kredite aufgenommen, daß auch der Ertrag der neuen Ernte nicht mehr zu ihrer Verfügung stand.

[41] *Gropp, V.*, a. a. O., S. 160 und S. 163.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schließlich auf landesherrliche Bauern beschränkten, so gelten die Ergebnisse doch auch für die Bauern des Adels, sofern die Voraussetzungen (1. Einsetzen der Regulierung bis 1825, 2. Regulierungen durch Geldzahlungen und nicht durch Landabtretungen) die gleichen gewesen sind. Wurden die Eigentumsverleihungen und damit die Ablösung des dominium directum des Grundherren durch Landabtretungen vorgenommen, dann waren die Bauern zwar für einige Jahrzehnte von den zusätzlichen Belastungen befreit, ihre wirtschaftliche Lage besserte sich auf Dauer gesehen jedoch nicht. Die Schmälerung der Nutzfläche wird daher in nicht wenigen Fällen auch die Überschüsse so sehr vermindert haben, daß die Möglichkeiten zu Kapitalbildung selbst in Zeiten mit höheren Agrarpreisen nicht sehr groß waren. Dies gilt vor allem für solche Höfe, die durch die Landabtretungen so klein geworden waren, daß die bäuerliche Familie nicht mehr voll ausgelastet war, wo also eine verdeckte Arbeitslosigkeit eingetreten war.

In nicht wenigen Gebieten Ostdeutschlands, die nicht zu Preußen gehörten, und vor allem in West- und Süddeutschland wurden die Eigentumsverleihungen und die Ablösung der sonstigen herrschaftlichen Rechte erst zur Mitte des 19. Jahrhunderts oder sogar noch später durchgeführt[42]. Hier waren die zusätzlichen Aufwendungen der Bauern also erst in einer Zeit zu leisten, in der gegenüber der Zeit vor 1835 erhebliche Vergünstigungen bestanden: 1. Die Preise für Agrarprodukte lagen nicht so niedrig, daß neben den Aufwendungen Mittel für die Lasten fehlten. 2. Die Anhebung der Produktion je Flächeneinheit in der Mitte des 19. Jahrhunderts versetzte die Bauern eher in die Lage, über eine höhere Marktquote sich das für die Ablösungen erforderliche Geld zu beschaffen.

Während so z. B. die bereits bald nach den napoleonischen Kriegen regulierten Bauernhöfe in Ostpreußen in der dritten Dekade des Jahrhunderts in Schwierigkeiten kamen, sahen die Bauern anderer Gegenden, sofern sie erst später mit den Ablösungszahlungen zu beginnen brauchten, keinen Anlaß, ihre Leistungen in Jahren hoher Agrarpreise und hoher Einkommen vorzeitig abzutragen. Der Landrat von Anger-

---

[42] Für die obersächsische Lausitz ab etwa 1835: *Solta, J.*: Die Bauern der Lausitz, Eine Untersuchung des Differenzierungsprozesses der Bauernschaft im Kapitalismus, Bautzen 1968, S. 159 ff.; *Lütge, F.*: Die Ablösung der grundherrlichen Lasten in Mitteldeutschland, in; Jahrb. für Nat. ök. u. Stat., Bd. 142, Jena 1935, S. 282 ff. und S. 393 ff.; *Honstedt, G. W. v.*: Praktische Untersuchungen über die Ablösung der grund- und gutsherrlichen Lasten im Königreich Hannover in Bezug auf die Verordnung vom 10. Nov. 1831, Hannover 1832; *Hausmann, S.*: Die Grundentlastung in Bayern, Straßburg 1892; *Rheinhard, O.*: Die Grundentlastung in Württemberg, Erg. Heft 36 der Zeitschr. f. d. ges. Staatsw., Tübingen 1920; *Winkel, H.*, a. a. O., u. a.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

burg in Ostpreußen berichtete im Jahre 1836: „Von den im hiesigen Kreise mit den Gutsherren auseinandergesetzten Bauern existiert die größere Hälfte nicht mehr", weil die starke Verschuldung der Höfe entweder zum freiwilligen Verkauf an den Gutsherrn oder zu einer Zwangsversteigerung durch den Gutsherrn geführt habe[43]. Aber nicht nur die Gutsherren traten als Käufer solcher verschuldeter Bauernhöfe auf, sondern auch andere Bauern, die in Ausnahmefällen sogar durch den Kauf aller oder fast aller Höfe eines Dorfes in verhältnismäßig kurzer Zeit ein kleines Gut zusammenbrachten[44]. Wenn hierfür auch die größeren Bauernhöfe eher mit Mitteln ausgestattet waren als die kleineren, so ist es doch erstaunlich, daß nicht nur die mit geringen Ablösungsbeträgen versehenen Höfe der besseren Besitzrechtsgruppen, sondern auch Bauern mit hohen Ablösungssummen je Flächeneinheit als solche Aufkäufer auftraten. Wenn auch die Großbauernhöfe für eine solche „kapitalistische" Verhaltensweise eher geeignet waren als die kleineren Höfe[45], so zeigt die geringe Zahl der Fälle doch, daß offensichtlich besondere Umstände zusammentreffen mußten, um die Bauern in die Lage zu versetzen, trotz der Ablösungsleistungen noch Mittel für den Erwerb von Grundstücken oder ganzer Höfe aufzubringen.

Wie wenig die Regulierungen zur Jahrhundertmitte oder später manchmal die Bauern in ihrer finanziellen Lage beeinträchtigten, mag ein Beispiel aus Mitteldeutschland zeigen. Die 9 Ganzspänner, 2 Halbspänner und 20 Kossäten hatten ihre Ablösungen in zwei Stufen zu leisten:

1. Die Belastungen materieller Art (Dienste, Dienstgelder und andere Abgaben) wurden 1850 reguliert. Die Lasten hatten sich auf etwa 3,4 Taler je Hektar bei den Spanndienstpflichtigen und auf 2 Taler je Hektar bei den Kossäten belaufen. Diese Abgaben wurden mit dem zwanzigfachen Betrag kapitalisiert und die Berechtigten erhielten von der Anhaltischen Rentenbank Landrentenbriefe mit einer Verzinsung von 4 %. Statt bisher Leistungen im Werte von 100 Talern erhielten sie nunmehr Rentenbriefe mit einem Nennwert von 2000 Talern und einem Zinsertrag von nur 80 Talern[46]. Dies ist ein Vorgang, der nicht einmalig gewesen ist. Das Problem der Kapitalisierung der bisherigen Lasten und des Zinssatzes für Wertpapiere führte allgemein leicht zu Komplikationen[47]. Die Ablösungen bedeuteten bei einer Konstellation, wie sie für die Bauern des von Frommelt untersuchten anhaltischen Dorfes bestand, keine

[43] *Stein, R.:* Die Umwandlung der Agrarverfassung Ostpreußens durch die Reform des 19. Jahrhunderts, Bd. 3, Königsberg 1934, S. 265.
[44] *Stein, R.*, a. a. O., S. 268 ff. mit zahlreichen Beispielen.
[45] *Solta, J.*, a. a. O., S. 39 ff. und passim für die Lausitz. „Nur einer kleinen Schicht gelang es, sich ökonomisch hochzuarbeiten", S. 46.
[46] *Frommelt, J.*, a. a. O., S. 125.
[47] *Gropp, V.*, a. a. O., S. 139 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

höhere Belastung. Es ist daher verständlich, daß diese Bauern von der Möglichkeit der vorzeitigen Ablösung keinen Gebrauch machten und daher ihre letzte Rate planmäßig erst im Jahre 1897 geleistet haben.

2. Neben der Ablösung der Belastung mit Diensten und Abgaben stand die Einschränkung des Besitzrechtes. Die dementsprechend erfolgende Umwandlung des erblichen Laßrechtes in volles Eigentum war mit der Zahlung von 5,2 Talern je Hektar verbunden. Die ersten Bauern zahlten diese einmalige Summe 1853 und 1862, die übrigen erst zum Ende des Jahrhunderts[48].

Daß es sich bei dieser für die landesherrlichen Bauern Anhalts allgemein geltenden Regelung um keine Ausnahme in den westelbischen Dörfern gehandelt hat, zeigt das Beispiel des von Schremmer untersuchten Dorfes Ossweil bei Ludwigsburg[49]. In dieser Untersuchung wird die Entwicklung der bäuerlichen Belastung in dem genannten Dorf von 1750 bis 1870 gezeigt. Der Übergang von der feudalen Belastungsperiode zur Ablösungsperiode brachte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nur einen geringfügigen Anstieg der von den Bauern zu leistenden Beträge. Im Jahre 1852 erfolgte dann sogar eine Verminderung um ein Viertel. Die veränderte Richtung der Leistungen, nämlich die Verwendung durch Staat und Gemeinden zum Ausbau der Einrichtungen der Infrastruktur (Straßen, Brunnen, Bewässerungsanlagen, Schulen und Armenhäuser) hatte auf die Leistungsfähigkeit der bäuerlichen Wirtschaft und damit auf deren Kapitalbildungsmöglichkeiten keinen Einfluß. Im ganzen können wir hier keine wesentliche Zunahme der Belastungen erkennen und damit auch keine Einengung der bäuerlichen Liquidität von dieser Seite.

Allerdings wird man dieser Aussage keinen allgemeingültigen Wert beimessen können. Die in die Kassen der Berechtigten fließenden Ablösungen waren kurzfristig wesentlich höher als die bisherigen fortlaufenden Zahlungen. Dies beweist schon das bei den Berechtigten aufkommende Problem der Anlage der plötzlich im Übermaß vorhandenen Mittel[50]. Während in Ostdeutschland aber die Ablösungen zum Teil bereits vor 1835 lagen und damit mit einer Zeit niedriger Agrarpreise zusammenfielen, wurden die Bauern West- und Süddeutschlands zu einem von den Produktionsmöglichkeiten und Agrarpreisen her gesehen günstigeren Zeitraum in Anspruch genommen. Ein zu günstiges Bild erhält man jedoch, wenn man die Entwicklung der Belastung mit der Preisentwicklung vergleicht und dabei ein Jahr mit sehr niedrigen Agrarpreisen als Ausgangsjahr nimmt. Daher ist die Schlußfolgerung Schremmers, der die Jahre 1821 und 1872 gegenüberstellt, und meint, daß die relative Belastung sogar erheblich zurückgegangen sei, nur mit Vor-

[48] *Frommelt, J.*, a. a. O., S. 128.
[49] *Schremmer, E.*, a. a. O., S. 221 ff.
[50] *Winkel, H.*, a. a. O., passim.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

behalt anzuerkennen[51]. Sicher ist ein Teil der Steigerung des Katasterwertes des Bodens auch auf eine Ertragssteigerung zurückzuführen, die in Ossweil ebenso vorhanden gewesen sein wird wie im übrigen Deutschland. Die niedrigen Agrarpreise des Jahres 1821 können aber nicht als „Normaljahr" gelten. Die Verdreifachung der Reinerträge von 1821 bis 1870/77 der bäuerlichen Flächen im Oberamt Ludwigsburg hat daher teilweise nur eine Normalisierung der bäuerlichen Einkommen bewirkt, nicht aber Mittel für Abgaben oder Kapitalbildung in größerem Umfang freigemacht.

c) Die Möglichkeiten der Kapitalbildung

Versucht man aus der unterschiedlichen Entwicklung der einzelnen die Kapitalbildung bei den Bauern beeinflussenden Faktoren eine Grundlinie herauszuarbeiten, dann kommt man zu folgendem Ergebnis:

1. Während der Zeit der napoleonischen Kriege, d. h. bis 1815, war eine Kapitalbildung der Bauern nur in Ausnahmefällen möglich, nämlich nur dort, wo diese Kriege sich nicht durch eine Verminderung der bäuerlichen Kapitalgüter bemerkbar gemacht haben.

2. Die wenigen folgenden Jahre mit hohen Agrarpreisen boten für die meisten Bauern nur eine kurze Atempause zur Beseitigung der Kriegsschäden. Sofern wie in Preußen in dieser Zeit bereits mit der Zahlung von Ablösungen begonnen wurde, schmälerten diese Leistungen die Sparmöglichkeiten der Bauern.

3. Die niedrigen Agrarpreise in der dritten Dekade des 19. Jahrhunderts brachten die Bauern in finanzielle Schwierigkeiten, vor allem wenn sie bereits zur Zahlung von Ablösungsbeträgen verpflichtet waren. Eine Kapitalbildung in nennenswertem Umfang war aber auch ohne solche Ablösungen nicht möglich.

4. In den folgenden beiden Jahrzehnten waren nur die Bauern auf Grund der steigenden Agrarpreise und der je Flächeneinheit steigenden Produktion zur Kapitalbildung in der Lage, die nicht durch Ablösungsleistungen übermäßig beansprucht wurden, d. h. insbesondere nicht wesentlich über das Ausmaß der bisherigen laufenden Belastungen hinaus.

Man kann also feststellen, daß nur in der zuletzt genannten Zeit eine auch für die beginnende Industrialisierung und ferner für den am Anfang stehenden Ausbau des Eisenbahnnetzes bedeutende Kapitalversorgung aus dem bäuerlichen Bereich möglich war. Es darf dabei aber nicht übersehen werden, daß hierfür nur mittel- und großbäuerliche Betriebe in Betracht kamen, daß die Vielzahl der klein- und unterbäuerlichen

---

[51] *Schremmer, E.*, a. a. O., S. 230.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Stätten jedoch kaum so viel erbrachte, daß die Familien der Stätteninhaber ernährt werden konnten. Wenn auch die je Familie erforderliche Mindestfläche durch den Übergang zum Kartoffelanbau gesunken war, so hatte sogar in Ostdeutschland ein großer Teil der ländlichen Bevölkerung nicht mehr als eine solche Kartoffelnahrung[52]. In West- und Süddeutschland, wo die je Kopf der ländlichen Bevölkerung vorhandene Fläche noch geringer war, zählte sogar die Mehrzahl der ländlichen Bevölkerung in der Mitte des 19. Jahrhunderts zu dieser Gruppe. Insgesamt gesehen dürften daher die Möglichkeiten der bäuerlichen Bevölkerung zur Bildung von Kapital nicht sehr groß gewesen sein.

d) Die tatsächliche Verwendung des auf den Bauernhöfen aufgebrachten Kapitals

Mit der Feststellung, daß der für die Bildung von Kapital aus den bäuerlichen Einkommen abzuzweigende Anteil nicht sehr groß gewesen sein kann, ist noch keine Aussage darüber gemacht worden, in welchem Maße eine Kapitalbildung überhaupt vorhanden gewesen ist und für welche Zwecke dieser Teil des Einkommens dann verwendet wurde. Als die hauptsächlichen Verwendungsarten kamen in Betracht:

1. die Investition im eigenen Betrieb,
2. Zahlungen im Rahmen von Erbauseinandersetzungen und
3. Investitionen im nichtlandwirtschaftlichen Bereich.

1. Die Investitionen im eigenen Betrieb

Zu den Investitionen im bäuerlichen Bereich gehörten zunächst die Zukäufe von Nutzflächen durch einzelne Betriebe. Da diese Zukäufe meistens aus zuvor bereits von Bauern bewirtschafteten Flächen bestanden, wurde hierdurch per Saldo der bäuerliche Produktionsfaktor Boden nicht vermehrt. Diese hauptsächlich auf Verfügungen zwischen Bauern beschränkten Vorgänge können daher außer Betracht bleiben.

Über die Kapitalverwendung in den bäuerlichen Betrieben zur Ausdehnung des Produktionsfaktors Kapital lassen sich keine genauen Angaben machen. Die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu verzeichnende Erhöhung der Produktion je Flächeneinheit ist aber vor allem dem Zuwachs des Kapitalstockes zu verdanken. Je Hektar mag man den Kapitalbesatz der Landwirtschaft um 1800 auf 360 Mark (eine Mark = 5,56 g Ag) und um 1850 auf 700 Mark schätzen[53], so daß insgesamt eine knappe Verdoppelung des Kapitalstockes zu verzeichnen ist.

[52] *Abel, W.:* Der Pauperismus in Deutschland am Vorabend der industriellen Revolution, Heft 14 der Vortragsreihe der Gesellschaft für Westfälische Wirtschaftsgeschichte e. V., Dortmund 1966, S. 17.

[53] *Henning, F.-W.:* Stadien und Typen, a. a. O., S. 45, Abb. 2. Dort zusammengestellt für die Zeit um 1800 aufgrund von Einzelstudien: *Henning, F.-W.:*

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

In welchem Maße die einzelnen Bereiche der Landwirtschaft an dieser Ausdehnung des Produktionsfaktors Kapital beteiligt waren, läßt sich nicht feststellen. Die Tatsache, daß die Investitionen in erster Linie in einer Aufstockung des Viehbestandes und in Bodenverbesserungen bestanden haben, läßt die Vermutung zu, daß die bäuerlichen Familien mit ihren Investitionen nicht wesentlich unter diesem Durchschnitt gelegen haben werden. Die Investitionen im landtechnischen Bereich setzten erst nach der Jahrhundertmitte stärker ein. Vor 1850 sind im wesentlichen vor allem neue Pflüge von den Bauern gekauft worden. Andere Geräte, insbesondere Hofgeräte wurden aber nur vereinzelt angeschafft. Dies trifft sogar für größere Betriebe — auch für Gutswirtschaften — zu. So wurde in Ostpreußen 1834 die erste Dreschmaschine gekauft. Nach der Jahrhundertmitte fand sie dann in größeren Landwirtschaften eine weitgehende Verbreitung. Aber noch konnte man sagen: „Die Dreschmaschinen dürften in keinem Teil der Monarchie eine so bedeutende Verbreitung wie hier gefunden haben[54]."

Die Verdoppelung des Kapitalstockes von 1800 bis 1850 bedeutete eine jährliche Steigerung von 1,3 v. H., wenn man von gleichen jährlichen Steigerungsraten ausgeht. Eine solche Zunahme dürfte im Bereich des Möglichen gelegen haben, selbst wenn die Einkommensverhältnisse nicht besonders gut gewesen sind. Jedoch ist als Maßstab für die Beurteilung des Umfanges der durchschnittlichen jährlichen Nettoinvestitionen weniger der vorhandene Kapitalstock als vielmehr das bäuerliche Einkommen geeignet.

Die jährliche Steigerung betrug unter der Voraussetzung gleicher Raten um 1800 etwa 4,7 Mark und in der Jahrhundertmitte etwa 9,1 Mark je Hektar. In landwirtschaftlichen Produkten ausgedrückt, machte dies etwa 25 und 50 kg Weizen aus. In Zeiten niedriger Getreidepreise, d. h. im dritten Jahrzehnt, mußte für die Nettoinvestition sogar bis zu 70 kg Weizen-Äquivalent aufgebracht werden.

Geht man von einem Ertrage in Höhe von 6 bis 10 dz je Hektar aus, dann erforderten Investitionen im genannten Umfang unter Berücksichtigung der Brachflächen und der Saatanteile 10 bis 15 v. H. der sachaufwandsfreien Erträge. Diese sehr überschlägige Berechnung bedarf jedoch noch der Korrektur:

1. Ein Teil der Kapitalerhöhung beruhte auf einer Vergrößerung der Tierzahl und auf einer Erhöhung der Gewichte je Tier. Diese Investition

---

Dienste und Abgaben der Bauern im 18. Jahrhundert, Stuttgart 1969; ders.: Bauernwirtschaft und Bauerneinkommen in Ostpreußen im 18. Jahrhundert, Würzburg 1969; ders.: Bauernwirtschaft und Bauerneinkommen im Fürstentum Paderborn im 18. Jahrhundert, Berlin 1970. Für 1850 Hoffmann, W. G., a. a. O., S. 255.

[54] *Stein, R.*, a. a. O., S. 352.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

bestand also weniger in einer Aufwendung von Kapital als in einem Verzicht auf die Entnahme eines Teiles des Zuwachses.

2. Die Ausdehnung des Kapitalstockes erfolgte eigentlich in erster Linie in der Zeit von 1830 bis 1850[55]. In dieser Zeit sind die Zuwachsraten des Kapitals sicher größer gewesen, als dies aus der oben vorgenommenen Berechnung sichtbar geworden ist. Die Ausweitung der landwirtschaftlichen Produktion in diesen beiden Jahrzehnten ist eine Frucht der erhöhten Investition in dieser Zeit.

3. Die außerökonomischen Einflüsse der Zeit bis 1815 beanspruchten zusätzliche Investitionen durch die Bauern, da durch Requisition und Vernichtung der bäuerliche Kapitalstock vermindert wurde.

Der hier mit 340 Mark je Hektar geschätzte Umfang der Nettoinvestitionen in 50 Jahren kann daher nur als Anhaltspunkt dienen. Vergleicht man diese Summe mit den etwa 50 bis 220 Mark je Hektar, die im Laufe des 19. Jahrhunderts von dem größten Teil der Bauern für die Ablösungen aufzubringen waren, dann läßt sich leicht erkennen, daß die Investitionen für die Kapitalbilanz der Bauernhöfe eine größere Bedeutung gehabt haben als die Ablösungen. Die Ablösungen wogen jedoch insofern schwerer, weil sie tatsächlich in Geld aufgebracht werden mußten, während die Investitionen teilweise aus dem natürlichen Zuwachs des Viehstapels und auch — in Form der Bodenverbesserungen — aus Arbeitsleistungen der bäuerlichen Familie bestanden. Andererseits wurden die Ablösungen über einen größeren Zeitraum hingezogen.

2. Leistungen im Rahmen von Erbauseinandersetzungen

Für die weichenden Erben hatten die Bauern — jedenfalls in den Gebieten mit geschlossener Hoffolge — im allgemeinen erhebliche Summen aufzubringen. Selten wurde bereits zu Lebzeiten des Erblassers die Abfindung vorgenommen. Meistens blieb es den Hoferben überlassen, zu der Last der beginnenden Bewirtschaftung auch noch die Verpflichtung zur Auszahlung der weichenden Erben zu übernehmen. In Realteilungsgebieten trat dieses Problem zwar nicht auf. Dafür waren hier aber die Bauern gezwungen, die parallel zur Teilung der Nutzflächen vorgenommene Teilung des beweglichen und unbeweglichen Kapitalbesatzes in natura oder in Form von Geld wieder auszugleichen.

Wie sehr die Erbabfindungen die Hoferben belasten konnten, zeigt die Untersuchung von Achilles[56]. Zum Ende des 18. Jahrhunderts lagen die

---

[55] *Henning, F.-W.:* Stadien und Typen, a. a. O., S. 45, Abb. 2.

[56] *Achilles, W.:* Vermögensverhältnisse braunschweigischer Bauernhöfe im 17. und 18. Jahrhundert, Stuttgart 1965, S. 97 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Abfindungen bei bis zu 5 und mehr Mark je Hektar und Jahr, wenn man die Angaben von Achilles umrechnet. Noch ein halbes Jahrhundert zuvor hatten sie kaum ein Drittel hiervon betragen. So hohe Abfindungen gab es auch auf größeren Bauernhöfen anderer Gegenden[57]. Sie sind aber für Deutschland nicht die Regel gewesen. Höfe mit umfangreicher Belastung, die den Besitzern nicht mehr als das Arbeitseinkommen und manchmal auch dieses nicht vollständig beließen, hatten keinen oder nur einen geringen Verkehrswert[58]. Aus diesen Höfen wurden die weichenden Erben nur durch Aufteilung der Gegenstände des Haushalts und des Inventars bedacht, das über das eiserne, vom Grundherrn gestellte, lebende und tote Inventar hinaus vorhanden war[59]. Zu diesen Höfen zählte zum Ende des 18. Jahrhunderts die Mehrzahl der bäuerlichen Stätten in Ostdeutschland[60]. Erst mit der Eigentumsverleihung konnten die Bauern auch über die übrigen Gegenstände ihres Hofes verfügen. Aber erst nach dem Abschluß der Ablösungszahlungen gehörte der Hof nicht nur rechtlich, sondern auch wirtschaftlich den Bauern vollständig. Zuvor war daher nur ein langsames Ansteigen der Erbabfindungen bei dieser Gruppe der Bauern zu beobachten. Nicht selten erhöhten diese Leistungen, zumal da sie in der Regel in wenigen Jahren fällig wurden, bei vielen Bauern die Schulden. Wenn man auch im allgemeinen damit gerechnet haben mag, daß im Laufe der Jahre, insbesondere bis zum nächsten Generationswechsel die Schulden wieder abgetragen sein würden, wurde doch meistens die finanzielle Beweglichkeit durch solche Schulden so sehr eingeengt, daß leicht bei Eintreffen von Unglücksfällen eine Überschuldung eintrat. Bereits im 18. Jahrhundert waren die Erbabfindungen in Westfalen eine wichtige Quelle der Verschuldung[61] und blieben dies auch mit dem beginnenden neuen Jahrhundert[62].

Legt man die in der Magdeburger Börde und den angrenzenden Gebieten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gezahlten Erbauseinandersetzungsgelder einer Berechnung für die Leistungen der Bauernhöfe in diesem Zusammenhang zugrunde, dann kommt man auf einen Betrag, der je Hektar in 50 Jahren bei etwa 250 Mark gelegen hat[63]. Da-

---

[57] *Frommelt, J.*, a. a. O., S. 181 ff.

[58] *Krug, L.:* Abriß der neuesten Statistik des preußischen Staates, 2. Aufl., Halle 1805, S. 87.

[59] *Henning, F.-W.:* Herrschaft und Bauernuntertänigkeit, Würzburg 1964, S. 170.

[60] *Henning, F.-W.:* Dienste und Abgaben, S. 171; vgl. auch *Abel, W.:* Geschichte der deutschen Landwirtschaft, 2. Aufl., Stuttgart 1967, S. 334.

[61] *Henning, F.-W.:* Die Verschuldung westfälischer Bauernhöfe in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, in: Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Geschichte und Gegenwart, Festschrift Wilhelm Abel, Hannover 1964, S. 24.

[62] *Meyer, A.:* Historischer Bericht über die Quellen des bäuerlichen Schuldenzustandes im Fürstentum Paderborn, Paderborn 1836.

[63] *Frommelt, J.*, a. a. O., S. 181 ff., für Leistungen aus einem Dorf und aus zahlreichen anderen Dörfern in dieses eine Dorf.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

mit wird allerdings die obere Grenze für solche Aufbringung gegeben sein. Die untere Grenze lag eigentlich bei 0 Mark für solche Höfe, die auf Grund ihrer hohen Belastung durch herrschaftliche und öffentlich-rechtliche Ansprüche, ferner durch Schulden für Erbabfindungen keine Mittel mehr aufbringen konnten. Vergleicht man die so ermittelte Spannweite mit den vorher genannten Aufwendungen für Investitionen und für Ablösungen, dann kann man die Erbabfindungen mehr in die Nähe der Ablösungen als der Nettoinvestitionen einordnen.

3. Investitionen im nichtlandwirtschaftlichen Bereich

Investitionen aus dem landwirtschaftlichen Bereich erfolgten vor der Jahrhundertmitte in erster Linie im die landwirtschaftlichen Produkte verarbeitenden Gewerbe. Von den bis 1850 in Deutschland gegründeten 38 Aktien-Gesellschaften waren 7 als Zuckerfabriken und -raffinerien eingerichtet worden. Von dem gesamten dabei aufgebrachten Kapital in Höhe von 255,05 Mill. Mark entfielen mit 11,78 Mill. Mark aber nur 4,6 v. H. auf diese Zuckerfabriken[64]. Die Zahl der von der Landwirtschaft finanzierten Zuckerfabriken war bis 1850 noch höher gewesen. Allein im Gebiete der damaligen Herzogtümer Anhalt gab es bis einschließlich 1850 15 Zuckerfabriken, von denen allerdings nur 3 vor dem Jahre 1847 gebaut worden waren. Die meisten dieser Fabriken waren nicht als Aktiengesellschaften, sondern von Gutsbesitzern oder Domänenpächtern errichtet worden[65]. Bäuerliches Kapital war nur in Aktiengesellschaften eingebracht worden. So kauften 7 Bauern aus Latdorf sieben der 15 Anteile der Zuckerfabrik Neunfinger für je 9 000 Taler. Je Hektar Bauernland mußten damit etwa 540 Mark aufgebracht werden, also erheblich mehr als die Ablösungen von diesen Bauern forderten.

Für die Zeit vor 1850 sind aber Beteiligungen von Bauern am Kapital der Zuckerfabriken selten gewesen.

Auch die zahlreichen Kartoffelbrennereien — in Ostpreußen gab es z. B. 1834 1 037 solcher Brennbetriebe[66] — wurden fast ausschließlich

[64] *Sombart, W.:* Die deutsche Volkswirtschaft im neunzehnten Jahrhundert, 2. Aufl., Berlin 1909, Anlage 34, S. 552. *Bechtel, H.:* Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands, München 1967, S. 359, bestätigt die Kapitalanlage von 255 Mill. Mark in Form von Aktien. Nach *Hoffmann, W. G.*, a. a. O., Tab. 220, S. 772 f., war in Deutschland im Jahre 1857 in Aktiengesellschaften ein Kapital von 548 Mill. Mark eingezahlt. Da sich allein von 1852 bis 1857 das in AGs des Bergbaues und der Metallerzeugung eingezahlte Kapital von 17,6 auf 281,2 Mill. Mark erhöht hatte, wird im wesentlichen die Größenordnung des von *Sombart* und *Bechtel*, a. a. O., angegebenen Betrages bestätigt. Anderer Ansicht ist offensichtlich *B. Gleitze*, da er davon ausgeht, daß allein in Preußen von 1826 bis 1850 100 Aktiengesellschaften mit 638 Mill. Mark gegründet worden sind. Vgl. *Gleitze, B.*, a. a. O. S. 701.

[65] *Frommelt, J.*, a. a. O., S. 133 ff.

[66] *Stein, R.*, a. a. O., S. 372.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

von Guts- und Domänenwirtschaften errichtet. Die während der Agrarkrise der zwanziger Jahre ausgedehnte Branntweinbrennerei beschränkte sich ebenfalls auf Gutshöfe und Domänen[67].

Kapitalleistungen aus dem Bereich der bäuerlichen Wirtschaften in die sich entwickelnden nichtlandwirtschaftlichen Sektoren lassen sich nicht in nennenswertem Umfang nachweisen. Die firmengeschichtliche Literatur weist eigentlich nur auf kleinere Beträge hin, die in Form von Erbabfindungen des Firmengründers oder Teilhabers von einem Bauernhof in ein gewerbliches Unternehmen gewandert sind. Im übrigen deutet der Kapitalstock von 5,83 Mrd. Mark im gewerblichen Bereich und von 15,9 Mrd. Mark in der Landwirtschaft im Jahre 1850 nicht auf erhebliche Kapitalströme zwischen den beiden Sektoren in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hin[68]. Nach dem Verhältnis der in beiden Bereichen Beschäftigten war die Kapitalausstattung in der Landwirtschaft je Arbeitskraft größer als im gewerblichen Bereich[69]. Eine Verschiebung der Relation zwischen beiden Größen zugunsten des gewerblichen Sektors hat in der Zeit von 1800 bis 1850 jedoch wohl kaum stattgefunden, so daß bei einer gleichen Steigerungsrate des gewerblichen wie des landwirtschaftlichen Kapitalstockes eine wesentliche Fremdfinanzierung des gewerblichen Sektors kaum anzunehmen ist, wenigstens nicht aus dem durch niedrige Agrarpreise und Ablösungsverpflichtungen finanziell eingeengten bäuerlichen Bereich. Selbst als zur Mitte des 19. Jahrhunderts die Liquidität der Landwirtschaft verbessert wurde und damit sich eher Möglichkeiten zur Abzweigung von Mitteln für die Kapitalausstattung der gewerblichen Wirtschaft ergaben, klagte man in der Landwirtschaft über den Mangel an Kredit[70].

In welchem Maße die Bauernfamilien bei Banken und Versicherungen Kapital gebildet haben, läßt sich nur schätzen. Nach Hoffmann hatten die Kreditgenossenschaften, Hypothekenbanken, Bodenkreditinstitute, Kreditbanken und Lebensversicherungen bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts (1850/1852) etwa bis zu 60 Mill. Mark gesammelt[71]. Der Anteil, der auf die Landwirtschaft entfiel, läßt sich nicht ausrechnen. Da etwa 25 Mill. Mark auf Lebensversicherungen entfielen und kaum zu vermuten ist, daß die Bauern in großem Maße an diesen Versicherungen

---

[67] *Westphal, H.:* Die Agrarkrisis in Mecklenburg in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, Rostock 1925, S. 139 ff., für Mecklenburg.

[68] *Hoffmann, W. G.*, a. a. O., S. 255.

[69] *Hoffmann, W. G.*, a. a. O., S. 204.

[70] Vgl. die Schrift von *Bülow-Cummerow, H. Frhr. v.:* Über die gegenwärtige allgemeine Creditlosigkeit und über die Mittel sie gründlich zu beseitigen, Berlin 1848. Selbst wenn sich gegen viele Punkte dieser Schrift Einwendungen machen lassen, so ist der Inhalt, soweit er hier interessiert, doch ein Indiz für die „Kreditlosigkeit" und damit für die Geld- und Kapitalknappheit der Landwirtschaft jener Zeit.

[71] *Hoffmann, W. G.*, a. a. O., S. 736 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

beteiligt waren, wird man daher höchstens die Hälfte von 60 Mill. Mark, d. h. 30 Mill. Mark als bäuerliche Einzahlungen betrachten können. Diese sehr hohe Schätzung würde zur Mitte des 19. Jahrhunderts eine Kapitalbildung von etwa einer Mark je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche ausgemacht haben. Vergleicht man diesen Betrag mit den Nettoinvestitionen in den bäuerlichen Wirtschaften und mit den Leistungen für Ablösungen und Erbabfindungen, dann handelte es sich hierbei um einen äußerst geringfügigen Betrag.

Daneben gab es jedoch noch öffentliche Inlandsanleihen und verzinsliche Schatzanweisungen im Werte von zusammen 1,393 Mrd. Mark im Jahre 1849, ferner ausländische Anleihen und private Anleihen und Ausleihungen verschiedener Art. In welchem Maße die Bauern an solchen Kapitalbildungen beteiligt waren, läßt sich nicht mehr feststellen. Ob die Bauern überhaupt bereits das nötige Vertrauen zu derartigen Geldanlagen gehabt haben, muß wohl bis auf Ausnahmen bezweifelt werden.

Im Ergebnis wird man daher feststellen können, daß Investitionen oder Kapitalbildungen der Bauern außerhalb ihrer eigenen Wirtschaften nur ausnahmsweise vorgelegen und insgesamt keine große Bedeutung gehabt haben.

Schluß

Die Untersuchung hat gezeigt, daß die Möglichkeiten der bäuerlichen Familien zur Kapitalbildung außerhalb ihrer eigenen Wirtschaften nicht sehr groß gewesen sind und daß tatsächlich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nur wenige Mittel als Kapitalstrom aus den Bauernhöfen geflossen sind. Der Beitrag der Landwirtschaft — und damit auch der bäuerlichen Wirtschaften — zur Vorbereitung der Industrialisierung lag nicht in der Versorgung des gewerblichen Sektors mit Kapital, sondern in der durch die Produktionsausweitung und die damit verbundene Erhöhung der Arbeitsproduktivität ermöglichten Freisetzung von Arbeitskräften für andere Produktionszweige als für die Herstellung von Nahrungsmitteln. Von wohlhabenden Bauern abgesehen, die durch Betriebsgröße, geringe Belastungen und günstige Ertragsverhältnisse bevorteilt waren, waren die meisten Inhaber von landwirtschaftlichen Höfen in den zwanziger Jahren durch die Agrarkrisis so sehr in ihrer Liquidität eingeengt, daß die Ersparnisse, sofern überhaupt welche vorhanden waren, aufgezehrt wurden[72], so daß also eher ein Kapitalverzehr als eine Kapitalbildung zu verzeichnen war. Die meisten Bauern waren aber auch in den folgenden beiden Jahrzehnten auf Grund der geringen Fläche je Familie nicht mit so hohen Erträgen aus ihrer Arbeit ausgestattet, daß

[72] Thünen meinte, die Landwirtschaft habe die Agrarkrise nur mit Hilfe der in den Jahren mit hohen Preisen (1816/17) gebildeten Rücklagen überstehen können. Hier zitiert nach: *Westphal, H.*, a. a. O., S. 120.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

eine Kapitalbildung möglich war. Man kann daher für den größten Teil der ländlichen Bevölkerung ebenso wie für die meisten städtischen Bewohner, die von Lohneinkommen oder von Einkommen aus selbständiger gewerblicher Tätigkeit lebten, feststellen, daß sie nicht in der Lage waren, den Konsum einzuschränken und zum Sparen überzugehen[73]. Die These Borchardts für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts: „Der Konsum war noch zu vermindern, ohne im Durchschnitt Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Arbeitenden zu gefährden[74]", muß daher wohl auch für den bäuerlichen Bereich erheblich relativiert werden.

[73] *Abel, W.:* Der Pauperismus in Deutschland, Eine Nachlese zu Literaturberichten, in: Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte, Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedrich Lütge, Stuttgart 1966, S. 288 ff. und passim. Desgl. *Abel, W.:* Die Lage in der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft um 1800, in: Die wirtschaftliche Situation in Deutschland und Österreich um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert, hg. von Friedrich Lütge, Stuttgart 1964, S. 252, für die Arbeiter im ausdrücklichen Gegensatz zu dem folgenden Zitat Borchardts.

[74] *Borchardt, K.*, a. a. O., S. 403.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Höhe und Verwendung der im Rahmen der Grundlastenablösung bei Standes- und Grundherren angefallenen Ablösungskapitalien[1]

Von *Harald Winkel*, Aachen

Die Fragen der Kapitalbildung und Investition in Zusammenhang mit der beginnenden Industrialisierung Deutschlands im 19. Jahrhundert stehen seit Jahren im Vordergrund wirtschaftshistorischen Interesses. Auch ohne umfassendes Quellenstudium läßt sich dabei feststellen, daß die Entwicklung in Deutschland keineswegs mit dem wirtschaftlichen Aufstieg des großen Vorbildes England Schritt gehalten hat. Als Ursache dieses nur zögernd einsetzenden Industrialisierungsprozesses wird immer wieder die These vom Kapitalmangel ins Feld geführt[2]. Um sich damit auseinanderzusetzen muß man die einzelnen Kapitalquellen kennen und sie auf ihre Ergiebigkeit hin analysieren[3]. Als Forschungsbereiche kommen dabei folgende Themenkreise in Frage: 1. Das Sparkapital, 2. die Banken als Kapitalsammelbecken, 3. das Handelskapital, 4. die Selbstfinanzierung, 5. die staatliche Kapitalhilfe, 6. das Auslandskapital.

Aus allen diesen Bereichen wissen wir heute oder können zumindest ergänzend schließen, daß Sparkapital bei einer oft an Dürftigkeit grenzenden Lebensführung bis in die letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts kaum in größerem Umfang zur Verfügung stand, daß Banken in der ersten Jahrhunderthälfte praktisch nicht für eine Industriefinanzierung in Frage kamen, daß Umfang und Anlagedauer ausländischen Kapitals weit überschätzt wurden, daß die Mehrzahl der Unternehmer auf eigene oft mehr als bescheidene Mittel angewiesen war und Selbstfinanzierung auf Kosten der Lohnhöhe ihrer Arbeiter betreiben mußte, daß staatliche

---

[1] Dieser Vortrag stützt sich auf Archivmaterialien und Ergebnisse der Habilitationsschrift des Verfassers, die unter dem Titel „Die Ablösungskapitalien aus der Bauernbefreiung in West- und Süddeutschland — Höhe und Verwendung bei Standes- und Grundherren" im Gustav-Fischer-Verlag, Stuttgart 1968, erschienen ist. Aus diesem Grunde wird hier auf Quellenangaben weitgehend verzichtet, im einzelnen sei auf die erwähnte Arbeit hingewiesen.

[2] Vgl. dazu *Borchardt, Knut*, Zur Frage des Kapitalmangels in der letzten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Deutschland, in: Jahrb. f. Nat. u. Stat., Bd. 173, 1961, S. 401 ff.

[3] Untersuchungen in dieser Richtung werden spätestens seit *Kurt Wiedenfeld*, Die Herkunft der Unternehmer und Kapitalisten im Aufbau der kapitalistischen Zeit, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 72, 1954 I, S. 256 in großer Zahl angestellt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Hilfe weiter ging als nach den herrschenden liberalistischen Vorstellungen anzunehmen war. Wenngleich auch hier noch manche Lücke in der Forschung zu schließen bleibt, so steht neben diesen Kapitalquellen noch eine weitere, bisher wenig beachtete, über deren Umfang und Ergiebigkeit unser Wissen recht lückenhaft ist: es sind die sog. Ablösungskapitalien, die zahlreichen Berechtigten im Rahmen der Bauernbefreiung als Entschädigungszahlung in den dreißiger, vierziger und fünfziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts zugeflossen sind.

Die Fülle der sich über Jahrzehnte erstreckenden gesetzlichen Maßnahmen, die seit G. F. Knapp unter der Bezeichnung „Bauernbefreiung" zusammengefaßt werden, steht als wesentliche Voraussetzung am Beginn der Umwandlung des alten Agrarstaates Deutschland in einen Industriestaat. Wichtiger noch als die lange Zeit im Vordergrund stehenden rein rechtlichen Erwägungen dieses Vorganges (persönliche Freiheit, Mobilität, Gleichberechtigung der Landbevölkerung) sind seine wirtschaftlichen Folgen. Im Rahmen dieser Befreiung von mannigfachen Bindungen und Lasten mußten von den bisher abgabepflichtigen Bauern im nichtpreußischen Bereich[4] erhebliche Kapitalbeträge aufgebracht werden, um Gülten, Fronen, Zehnten und zahlreiche weitere bisher noch als Naturalleistungen erbrachten Abgaben durch eine regelmäßig zu zahlende Geldrente zu ersetzen. In gleichem Maß flossen den berechtigten Grundherren statt Naturalleistungen oder — soweit Abgaben schon in früheren Jahren in Geldzahlungen umgewandelt worden waren — jährlich schwankender Geldbeträge nunmehr feste Jahresrenten zu. Fixierung und Monetisierung der Abgaben war der erste Schritt, dem nun die Ablösung dieser Renten durch die einmalige Zahlung eines nach bestimmten Bewertungsrichtlinien errechneten Kapitalbetrages folgte. Die Möglichkeit einer solchen Ablösung war besonders in den abschließenden Gesetzen des Reformwerkes vorgesehen, nach 1848 in der Regel sogar verbindlich und wurde von staatlicher Seite auf vielfache Weise gefördert, um an die Stelle einer zeitlich unbegrenzten Belastung der Zahlungspflichtigen eine überschaubare, einmalige, in ihrer Höhe genau fixierte und nach bestimmten Richtlinien abzutragende Schuld treten zu lassen.

Da trotz der sich seit 1830 allgemein verbessernden Einkommenslage in der Landwirtschaft kaum erwartet werden konnte, daß die Abgabepflichtigen diese kapitalisierten Ablösungsbeträge kurzfristig in bar würden aufbringen können, wurden von den einzelnen Staaten besondere Zehntablösungs- oder Schuldentilgungskassen — in Preußen 1850 Rentenbanken — eingerichtet, die den Berechtigten staatlich garantierte Schuldscheine, sog. Ablösungsobligationen, aushändigten, von den Zahlungspflichtigen jährlich Abzahlungsraten einzogen, die neben der Schul-

[4] In Preußen tritt erst 1850 die Geldentschädigung an die Stelle der bisher üblichen Entschädigung durch Landabtretung.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dentilgung auch die Verzinsung dieser ausgegebenen Obligationen enthielten und nach Maßgabe der auf diese Weise eingegangenen Kapitalsummen die Obligationen zur Auszahlung aufriefen. Das bedeutet, daß die abgabepflichtigen Bauern zunächst kaum eine große Erleichterung verspürten: statt des Grundherrn war jetzt die Ablösungskasse ihr Gläubiger, die sich auf Grund ihres gesetzlich geregelten Bürokratismus gerade in Notjahren, bei Mißernten oder ähnlichen Zahlungsschwierigkeiten des Bauern unnachgiebiger zeigte als der frühere Amtswalter des Grundherrn. Nachlaß oder Stundung konnte gegenüber der Anonymität solcher Behörden wesentlich schwerer durchgesetzt werden als gegenüber dem alten Grundherrn, der an der Existenz der ihn versorgenden Bauern unmittelbares Interesse hatte. Sicher hat der Staat in vielen Fällen den Ablösungsvorgang mit Zuschüssen unterstützt — in Nassau wurden $^{2}/_{16}$ der Ablösungssumme vom Staat übernommen, in Baden $^{1}/_{5}$ — und auch die Tilgungsdauer so bemessen, daß tragbare Jahresbelastungen für die zahlungspflichtigen Bauern zustande kamen, aber eine allgemeine Landwirtschaftsschutzpolitik ist dieser Zeit noch fremd. Die Auswanderung von Bauernfamilien aus wirtschaftlicher Not wird hingenommen, ja in manchen Jahren sogar unterstützt.

Die Organisation der Ablösung bedeutete für die berechtigten Grundherren, daß die fast unübersehbare Fülle sich über das ganze Jahr erstreckender kleiner und kleinster Zahlungen durch die Abgabepflichtigen wegfiel und ihnen stattdessen innerhalb weniger Jahre mehrfach größere Ablösungsbeträge kapitalisierter Renten zukamen. Allerdings wurden diese Ablösungsbeträge nur in Ausnahmefällen in bar geleistet, so z. B. in Baden, wo statt der Zwischenschaltung von Obligationen die Zahlungspflichtigen über besondere Kassen die Ablösungskapitalien zum landesüblichen Zins aufzunehmen, in bar an die Berechtigten zu entrichten und dann bei den Kassen zu tilgen hatten. Abgesehen von Ablösungsbeträgen bis zu 100 fl. oder bei gebrochenen Zahlenwerten war jedoch sonst die Ausgabe von Ablösungsobligationen üblich, die als fest verzinsliches, staatlich garantiertes Wertpapier sich bald einen festen Platz im Wertpapiergeschäft der damaligen Zeit eroberten. Damit war durchaus die Möglichkeit gegeben, daß die Empfänger solcher Ablösungsobligationen durch den Verkauf dieser Papiere sich Bargeld zur freien Verwendung beschaffen konnten. Wenn auch Verkäufe oder Verpfändungen von Zehntrechten bisher schon vorgekommen waren, so wurden doch diese weitgehend unbeweglichen Rechte auf Abgaben und Leistungen erst durch diese Verbriefung mobilisiert und boten nun den Berechtigten in einem bisher unbekannten Ausmaß die Chance, finanzielle Transaktionen durchzuführen.

In der wirtschafts- und besonders agrarhistorischen Literatur werden immer wieder die Probleme behandelt, die sich als Folge der Bauern-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

befreiung für die Abgabepflichtigen ergaben. Die Durchführung der Gesetze, Vor- und Nachteile für die Bauern, die Höhe ihrer Belastung und die Chancen, diese zu tragen, sind für zahlreiche deutsche Staaten dargestellt worden[5]. Nicht vorgelegt wurde dagegen bisher eine Untersuchung der Auswirkungen bei den Berechtigten, also jenem Personenkreis, der in seiner wirtschaftlichen Existenz vor grundlegend neue Verhältnisse gestellt wurde, dem nahezu alle bisherigen Einnahmequellen genommen und durch einmalig ausgezahlte, teilweise sehr erhebliche Kapitalbeträge ersetzt wurden. Sollte der bisherige Lebensstandard erhalten bleiben, so war es notwendig, diese Kapitalien in einer Art und Weise zu verwenden, die langfristig einen Ersatz der bisherigen Einnahmen aus Zinsen, Gülten und Zehnten garantieren konnte.

Im allgemeinen kann man diese Berechtigten nach folgenden vier Gruppen unterscheiden:

1. Die Staatsfinanzverwaltungen

Sie treten als Empfänger aller Ablösungsbeträge auf, die aus landesherrlichem oder staatlichem Grundbesitz dem Domänen- und Forstärar zugefallen sind. An die Frage, inwieweit der Staat hier Alleinberechtigter oder auch das Privatvermögen des jeweiligen Landesherrn zuständig war, hat sich mancher Domänenstreit angeschlossen[6]. Soweit der Staat dabei obsiegte, wurde dem Landesherrn als Äquivalent die Zivilliste zugestanden. Im Hinblick auf die Höhe der empfangenen Ablösungskapitalien steht die Staatsfinanzverwaltung in wohl allen Ländern des west- und süddeutschen Raumes an der Spitze. So entfielen z. B. von den Zehntablösungskapitalien im Großherzogtum Baden in Höhe von 40,5 Mio. fl. allein 17,3 Mio. fl. auf das Domänen- und Forstärar, von den Zehnt- und Gefällablösungen in Württemberg in Höhe von 78,8 Mio. fl. rd. 29,9 Mio. fl. und im Großherzogtum Nassau waren von 4,0 Mio. fl. Zehntablösungskapitalien bis zum Ende des Jahres 1842 3,2 Mio. fl. an die herzogliche Domäne bzw. die Staatsfinanzverwaltung ausgezahlt worden. Bisher fehlt es leider noch an Untersuchungen, die die Auswirkungen dieser Beträge auf Staatshaushalt und Finanzpolitik analysieren. Eine vergleichende Gegenüberstellung von Haushaltsplänen, die Auswertung von Finanzakten und -protokollen müßte nachweisen, inwieweit diese Kapitalien zur Vermehrung des domanialen Grundbesitzes, zu verschiedenen öffentlichen Investitionen — wie dies z. B. in Baden der Fall war — oder sonstigen Staatsaufgaben eingesetzt wurden. Bevor hier nicht Einzeluntersuchungen vorliegen, lassen sich nur Vermutungen anstellen.

---

[5] Jüngste Untersuchung in dieser Richtung ist die Arbeit von *Schremmer, Eckart,* Die Bauernbefreiung in Hohenlohe, Stuttgart 1963.

[6] Vgl. dazu *Müller, Walter,* Die Geschichte des Domänenstreites im Herzogtum Nassau 1806—1866, phil. Diss., Frankfurt/M. 1929.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

2. Die Kirchen, Schulen und Stiftungen

Die Kirchen (Pfarreien, Zentralkirchenfonds u. a.) und Zentral- und Lokalstudienfonds, Schulen, Stiftungen sowie zahlreiche ähnliche Einrichtungen bilden die zweitgrößte Empfängergruppe, über die wir ebenfalls nur lückenhaft unterrichtet sind. Bei der erwähnten badischen Zehntablösung entfielen auf die Kirchen 11,4 Mio. fl., auf Schulen und Stiftungen 1,6 Mio. fl.; für Württemberg belaufen sich die Beträge auf 8,1 Mio. fl. für die Kirchen und 8,0 Mio. fl. für Schulen und Stiftungen. Mit der Ablösung fiel für die Kirche die einzige zuverlässige und bedeutende Einnahmequelle weg, die Besoldung der Pfarrer und Kirchendiener war gefährdet, ja, ohne neue Einnahmen unmöglich geworden. Die gleichzeitig in Angriff genommene Ablösung der Baulasten (Kompetenzlasten) sollte den Kirchen zusätzliche Belastungen für Unterhaltung oder notwendige Neubauten von kirchlichen Einrichtungen bringen. Vielfach sah sich daher der Staat veranlaßt, für eine sichere und zinstragende Wiederanlage der kirchlichen Ablösungskapitalien mit Sorge zu tragen. Da dies nicht immer gelang — so bot z. B. die nassauische Landeskreditkasse 1841 für solche Kapitalien nur 2 % Zinsen an — finden wir gerade bei der Kirche heftige Proteste gegen den gesamten Ablösungsvorgang, der als „ungerechtfertigter Angriff auf das Vermögen der Kirche“[7] den weiteren Bestand der Kirchen überhaupt gefährde. In weit stärkerem Maße als die Staatsfinanzverwaltungen, die sich durch Erweiterung der Besteuerung bald neue Einnahmequellen erschließen sollten, waren die Kirchen darauf angewiesen, einmal erhaltene Ablösungskapitalien so anzulegen, daß ihre Erträge die alten Zehnten, Glockengarben, Rauchhühner und ähnliche Abgaben mehr ersetzten. Da dies nur unvollkommen gelang, lag es nahe, auch für die Kirchen nach einer neuen stetig fließenden Einnahmequelle zu suchen, die dann mit staatlicher Hilfe in den Kirchensteuern gefunden wurde. Noch steht auch hier eine Untersuchung über Höhe und Verwendung der Ablösungskapitalien aus, die die Fragen der Finanzierung und des Vermögensbestandes der Kirchen bis in die Gegenwart berühren würde.

3. Die Standes- und Grundherren

Als dritte große Gruppe der Empfänger von Ablösungskapitalien ist der Adel anzusehen. Dabei ist eine Trennung nach Standesherren, ritterschaftlichem oder landsässigem Adel nicht immer streng durchzuführen. Schon im Hinblick auf den Grundbesitz dieses Personenkreises waren hier hohe Ablösungsbeträge zu erwarten. So entfielen von 68,8 Mio. fl. Zehnt- und Gefällablösungen in Württemberg 13,1 Mio. fl., von 5,7 Mio. fl. für

[7] o. V., Zehnten und Gilten und deren Ablösung, in: Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland, 21. Bd., München 1848, S. 579 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Fronen, Beeden und Leibeigenschaftsgefälle gar 2,8 Mio. fl. auf den Adel, in Baden erhielten Grund- und Standesherren rd. 8 Mio. fl. von 40,5 Mio. fl. Zehntablösungskapital. Für den Adel wird damit das Ende des bisherigen traditionsorientierten Feudalstaates erstmals deutlich spürbar. Gleichzeitig wird ihm Gelegenheit gegeben, nun mit eigenen Entscheidungen seinen Weg in die neue Zeit zu bestimmen. Im Gegensatz zur Verwendung der Ablösungskapitalien bei Staat, Kirchen und Stiftungen könnte man zunächst vermuten, daß private Empfänger bei der Anlage von Ablösungskapitalien größere Entscheidungsfreiheit hatten, daß ihnen weniger gesetzliche Bindungen im Wege standen oder sie sich schneller an die Möglichkeiten des anbrechenden Industriezeitalters anpaßten, sich über traditionelle Vorurteile hinwegsetzten. Eine Analyse der sich anbietenden Anlagemöglichkeiten und der schließlichen Entscheidung der Berechtigten muß sich daher zunächst einmal der Stellung des grundbesitzenden Adels in seiner Zeit widmen, muß prüfen, ob die den Standes- und Grundherren zugeflossenen Kapitalien von diesen etwa im Sinne eines kapitalistischen Unternehmertums überhaupt verwendet werden konnten, wie dringlich die Kapitalanlage im Einzelfalle war, welche traditionellen Verwendungsmöglichkeiten nahelagen, welche besonderen Bindungen die bestehenden Fideikomisse enthielten u. a. m. Nur eines dürfte sicher sein: Auch dieser Personenkreis hatte die laufenden Einnahmen, die seine wirtschaftliche Existenz sicherten, für alle Zukunft verloren; er mußte also bedacht sein, mit den erhaltenen Kapitalbeträgen neue Einnahmequellen zu erschließen, die ihm die zukünftige Existenz sicherten. Eine rein konsumtive Verwendung der Ablösungskapitalien kann daher wohl kaum erwartet werden.

4. Sonstige Berechtigte

In allen Ländern treten neben diesen ersten drei Gruppen als Empfänger von Ablösungskapitalien weitere Berechtigte in Erscheinung; so z. B. einzelne Privatpersonen, auch Bürgerliche, die Zehntrechte gekauft oder gepfändet hatten, und Gemeinden. Die hier anfallenden Ablösungskapitalien sind jedoch zu gering, als daß sie die Frage nach der Verwendung von Ablösungskapitalien entscheidend beeinflussen könnten.

Von diesen vier Gruppen bieten die Standes- und Grundherren ein besonders interessantes Untersuchungsfeld. Höhe und Verwendung der Ablösungskapitalien, überhaupt die wirtschaftlichen Auswirkungen der Grundentlastung bei diesem Personenkreis standen daher im Vordergrund der Untersuchungen. Schnell zeigte sich, daß eine Beantwortung der aufgeworfenen Fragen nur durch eine intensive Auswertung der privaten Archivalien dieser Ablösungsberechtigten erreicht werden konnte, nur hier fanden sich Gründe für bestimmte Entscheidungen, Er-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wägungen, die Einblick in die Haltung des Adels im 19. Jahrhundert geben konnten, und nicht zuletzt auch Zahlenmaterial, das staatliche Archive in dieser Vollständigkeit nicht bieten konnten. Die im folgenden nur kurz skizzierten Ergebnisse dieser Untersuchung wurden in 23 adligen Privatarchiven des west- und südwestdeutschen Raumes gewonnen, die sowohl großräumige Standesherrschaften als auch relativ kleine Grundherrschaften umfassen. Wenn dabei auch nicht absolute Vollständigkeit erzielt werden konnte, ein Ziel, das allein schon deshalb nicht zu erreichen ist, weil teilweise die betreffenden Archivalien verloren gingen oder nicht alle Archive geordnet und zugänglich sind, so dürften doch die gewonnenen Ergebnisse in ihren entscheidenden Aussagen auch durch das Hinzufügen neuer Quellen nicht mehr verändert werden. Trotz eines im Einzelfall unterschiedlichen Vorgehens der Standes- und Grundherren bei der Wiederanlage von Ablösungskapitalien — stark bestimmt von der jeweiligen Einstellung des leitenden Chefs des Hauses — lassen sich gemeinsame Verhaltensweisen erkennen, die in allen untersuchten Grund- und Standesherrschaften immer wieder bestätigt wurden.

Auf die Darstellung der technischen Durchführung des Ablösungsvorganges soll hier nicht weiter eingegangen werden, sie wurde seit dem 19. Jahrhundert in zahlreichen Veröffentlichungen für die verschiedenen deutschen Länder behandelt. Daneben gibt es Übersichten des gesamten Gesetzgebungswerkes[8], dessen Einzelheiten, wie Bewertungsmaßstäbe der Naturalien, Kapitalisierungsfaktoren, Ausfertigung der Obligationen, Abzahlungsmodus usw., in langen Debatten der Ständeversammlungen und Kammern der deutschen Länder diskutiert wurden. Doch schon bei der Frage nach der Höhe der Beträge, die den einzelnen Berechtigten zugeflossen sind, reichen diese Quellen und Darstellungen nicht mehr aus. Zunächst einmal unterlagen die abzulösenden Rechte vieler Standes- und Grundherren der Gesetzgebung verschiedener Staaten, da ihre Besitzungen im Gebiet mehrerer Landesherrschaften verstreut lagen — so z. B. das fürstliche Haus Löwenstein-Wertheim-Rosenberg mit Besitzungen und Rechten unter der Landesherrschaft von Baden, Hessen-Darmstadt, Württemberg und Bayern — oder auch vor Abschluß der Ablösungsgesetzgebung durch Abtretungen oder Tauschverträge unter die Territorialhoheit anderer Staaten gelangten — so z. B. Teile der Herrschaft Solms-Braunfels, die zwischen Nassau und Preußen getauscht wurden. Für fast alle Standes- und Grundherrschaften gelten somit Ablösungsgesetze verschiedener Staaten, die sowohl sachliche Unterschiede aufweisen als auch zeitlich weit auseinanderliegen. So beginnt eine umfassende Ablösungsgesetzgebung in Baden 1820, in Würt-

[8] Eine umfassende Übersicht bringt z. B. *Judeich, Albert,* Die Grundentlastung in Deutschland, Leipzig 1863.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

temberg 1836, in Nassau 1840/41 und in Hohenzollern-Sigmaringen erst 1860. Durch die oft schleppende Durchführung der Gesetze gerade vor 1848 und zahlreiche damit verbundene Rechtsstreitigkeiten durch unterschiedliche Auffassungen über die Berechnungsgrundlagen, Fixierung und Auszahlung der Ablösungssummen hatten selbst die Verwaltungsbehörden der Berechtigten, die Rentämter und Domanialkanzleien, keinen geschlossenen Überblick. Für einen bestimmten Ablösungsvorgang werden häufig unterschiedliche Summen genannt, je nachdem, ob es sich um eine Berechnung der staatlichen Ablösungsbehörde, der Zehntpflichtigen oder der Berechtigten handelt, ob irgendwelche Lasten (z. B. für die Faselviehhaltung, Dienstleistungen und Baulasten) abgezogen wurden oder nicht. Berücksichtigt man ferner das oft kompliziert miteinander verknüpfte Fonds- und Kassenwesen der herrschaftlichen Verwaltungen, Saldierungen in den Abrechnungen der einzelnen Rentämter u. ä. m. so wundert es nicht, daß in fast allen Zusammenstellungen immer wieder Zahlendifferenzen auftreten. Eine weitere Schwierigkeit entsteht in den mediatisierten Herrschaften dadurch, daß Ablösungsentschädigungen für Zehnten und Gefälle mit solchen Entschädigungen vermengt werden, die bereits auf Grund der Mediatisierung für die dabei an den neuen Landesherrn abgetretenen Gefälle und steuerähnlichen Abgaben zugesagt worden waren. Noch nicht überall waren die Auseinandersetzungen über die bei der Mediatisierung durchgeführte Revenuen- und Lastenabteilung abgeschlossen, als bereits Ablösungen aus der Grundentlastung anfielen. Zwischen dem fürstlichen Haus Oettingen-Wallerstein und Württemberg wurden die finanziellen Auswirkungen der Mediatisierung endgültig erst 1859 geregelt, zwischen dem fürstlichen Hause Leiningen und Baden zog sich der Streit ebenfalls bis 1857 hin. Immer wieder wurden Beträge aufgerechnet und unterschiedlichen Rechtsansprüchen zugerechnet, so daß, zumal die Akten oft Lücken aufweisen, letzte Exaktheit hier nicht zu erreichen ist.

Die Summen, die sich genau bestimmen lassen, sind jedoch bedeutend genug: Es erhielten

das fürstl. Haus Thurn. u. Taxis	6,8 Mio. fl.
das fürstl. Haus Hohenlohe	3 Mio. fl.
das fürstl. Haus Fürstenberg	3 Mio. fl.
das fürstl. Haus Oettingen-Wallerstein	2,7 Mio. fl.
das fürstl. Haus Hohenzollern-Sigmaringen	1,7 Mio. fl.
das fürstl. Haus Oettingen-Spielberg	1,5 Mio. fl.
das fürstl. u. gräfl. Haus Fugger	1,4 Mio. fl.

Bei zahlreichen kleineren Herrschaften, wie z. B. den fürstlichen Häusern Wied, Castell, Leiningen, den gräflichen Häusern von Ingelheim, Neipperg, Schlitz gen. von Görtz, oder den freiherrlichen Häusern von

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Berlichingen, von Gemmingen u. a. m., fielen Ablösungssummen jeweils zwischen 200 000 fl. und 1 Mio. fl. an.

Eine Nachprüfung der Verwendung dieser Beträge führt schnell zu einigen Hindernissen, die einer freien Verfügbarkeit im Wege standen. Die abgelösten Einnahmen der Standes- und Grundherren waren in der Regel Bestandteil der Familien-Fideikommisse und unterlagen der Kontrolle herrschaftlicher Hausgesetze. Als einzige statthafte Wiederanlage der Ablösungskapitalien, die jetzt an die Stelle der bisherigen grundherrschaftlichen Einnahmen traten, war danach nur der Erwerb von Grund und Boden zugelassen, um den Bestand des Fideikommisses nicht zu schmälern. Grundbesitz, so wurde dabei argumentiert, sei die einzige dauerhafte Existenzgrundlage des Adels, er allein sichere seinen gesellschaftlichen Rang und seine Rechte. Die Mehrzahl der Berechtigten empfand aus Traditions- und Standesbewußtsein jede andere Investition der Ablösungskapitalien als nicht standesgemäß und sah somit in diesen gesetzlichen Bindungen weniger eine Beschränkung finanzieller Anlagemöglichkeiten, als vielmehr einen Hinweis auf eine seit jeher geübte Selbstverständlichkeit. Der aus kleineren Barablösungen, dem Verkauf sowie der Auslosung und Bezahlung von Ablösungsobligationen anfallende Bargeldbestand führte daher in vielen Herrschaften zu einer ausgedehnten Grunderwerbspolitik. Über die Arrondierung der Eigenwirtschaften hinaus bemühte man sich, zusätzlich Bauernstellen aufzukaufen, wobei dieser Politik gerade in Südwestdeutschland um die Jahrhundertmitte naturbedingte landwirtschaftliche Krisen (Hungerjahr 1846/47) entgegenkamen. Die starke bäuerliche Auswanderung aus Odenwald, Schwarzwald und ähnlichen Gebieten führte dazu, daß zahlreiche Feld- und Waldparzellen und kleine Höfe von den zahlungskräftigen ehemaligen Grundherren übernommen wurden. In den Archivalien der südwestdeutschen Grundherrschaften finden sich aus den Jahren 1840/1860 Kaufverträge genug, in denen dem Verkäufer der Kaufpreis sofort auszuzahlen ist, „da der Betreffende nach Amerika auswandern will", „im Ausland siedeln will" und ähnliche Formulierungen mehr.

Bei den Ankäufen standen Grund- und Standesherren oft in Konkurrenz mit den Kirchen, die ebenfalls im Grunderwerb eine sichere Anlage ihrer Ablösungskapitalien sahen, wie auch mit den staatlichen Domanialverwaltungen, soweit diese ihre Ablösungskapitalien zum Grunderwerb verwendeten. Zahlreiche Beispiele dafür liefert die Grunderwerbspolitik des Staates in Baden[9].

Der Anlagezwang in Grund und Boden läßt größere, geschlossene Güter, die sich nach den jüngsten Erkenntnissen des Landbaues (Drai-

[9] Vgl. *Pfefferkorn, Rudolf,* Gelände-Erwerbungen des Großherzoglich Badischen Domänenärars auf dem Hohen Schwarzwald, staatswiss. Diss. München 1900.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nage, Fruchtwechsel, Kunstdüngung) rationell bewirtschaften lassen, das besondere Interesse der Grund- und Standesherren finden. Allerdings war die Gelegenheit, solche Güter zu erwerben, nicht häufig gegeben, zumal die Verkäufer die Zwangslage der Fideikommißinhaber kannten, ihre Güter bei mehreren Interessenten anboten und so die höchstmöglichen Preise erzielten. Auch das Bestreben bürgerlicher Kreise, durch den Erwerb herrschaftlicher Güter eine Aufbesserung des Prestiges zu erreichen — ein Vorgang, der sich keinesfalls nur auf preußische Rittergüter beschränkt —, engte um die Jahrhundertmitte die Möglichkeiten des Grunderwerbs für Grund- und Standesherren weiter ein.

Verschiedene größere standesherrschaftliche Häuser hatten schon lange vor dem Ablösungsprozeß größere Besitzungen im Osten (Österreich-Ungarn, Böhmen, Polen u. a.) erworben. Es war bekannt, daß in diesen Gebieten die Auswahl an geschlossenen Gutsherrschaften größer war, hinzu kam wohl auch das Gefühl größerer Freiheit gegenüber den räumlich relativ engen Besitzungen im südwestdeutschen Raum und die der traditionellen herrschaftlichen Lebensweise noch eher angemessene Einstellung von Personal und Bauern gegenüber der „aufgeklärten" Bevölkerung im Westen. Schließlich erschloß Besitz in preußischem oder österreichischem Hoheitsgebiet auch Verbindungen zu den Höfen in Wien und Berlin, die sich für die Tätigkeit der Mitglieder des jeweiligen standes- oder grundherrlichen Hauses in Heer und Beamtentum jener Staaten als vorteilhaft erweisen konnten. Aus diesen Gründen wandte man sich gerne, wenn Ankäufe in der nächsten Umgebung scheiterten, dem Erwerb von Liegenschaften in diesen östlichen Gebieten zu, wie dies u. a. die fürstlichen Häuser Thurn und Taxis, Hohenzollern-Sigmaringen und Hohenlohe taten. Letztlich waren auch diesen Güterankäufen Grenzen gesetzt, wollte man nicht auf Angebote aus der Moldau oder Walachai, wie sie dem fürstlichen Haus Löwenstein-Wertheim-Rosenberg vorgelegt wurden, eingehen. Mehr und mehr erwies es sich als unmöglich, die großen Ablösungskapitalien innerhalb weniger Jahre ausschließlich wieder in Grund und Boden anzulegen. Nur wenige Herrschaften hatten in weiser Voraussicht der zu erwartenden starken Nachfrage bereits vor Verbriefung oder Auszahlung der Ablösungskapitalien Kredite aufgenommen, um günstige Gelegenheiten wahrnehmen zu können, wie z. B. das gräfliche Haus Schlitz, gen. von Görtz, für den Ankauf mehrerer Güter. Nun blieben nur noch zwei Möglichkeiten, ohne eine Verletzung der Fideikommißvorschriften die Wiederanlage der Ablösungskapitalien in Grund und Boden zu umgehen oder zumindest auf einen günstigeren Zeitpunkt hinauszuschieben: Der erste Weg bestand darin, die auf dem Fideikommißvermögen haftenden Schulden zu tilgen, der zweite in der vorübergehenden rentierlichen Aufbewahrung der Ablösungskapitalien in Wertpapieren, bis eine endgültige Verwendung möglich schien.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Für viele Standes- und Grundherrschaften stand die Abtragung einer erheblichen Schuldenlast überhaupt im Vordergrund und schloß weiteren Grunderwerb aus, so lange die Gläubiger der Verwendung von Ablösungskapitalien zustimmen mußten. Die Kriegswirren der napoleonischen Ära mit zahlreichen Kontributionen, die Agrarkrise der 1820er Jahre, schließlich auch die schleppende Ablösung selbst, bei der zahlreiche Abgabepflichtige die weiteren Leistungen verweigerten, ohne daß den Berechtigten gleichzeitig auch bereits die Entschädigung zuteil wurde, aber auch ein auf der Mediatisierung beruhender allgemeiner Einnahmeausfall bei mindestens gleich gebliebenen Lebensansprüchen hatten in vielen standes- und grundherrlichen Herrschaften eine hohe Schuldenlast anwachsen lassen. Die vornehmlich den Fürstenkredit pflegenden Privatbankhäuser Rothschild, Bethmann, Nic. Schmidt in Frankfurt/M., Hirsch in München und zahlreiche kleinere mehr waren Gläubiger fast aller Standes- und Grundherren, deren Einkünfte aus Zehnten und Grundabgaben in der Regel als Sicherheit für die aufgenommenen Hypotheken verpfändet waren. Nach Aufhebung dieser Abgaben mußten die Ablösungskapitalien als „Surrogat" angesehen werden. Die Gläubiger verlangten daher entweder die Zwangsdeponierung dieser Kapitalien bei den staatlichen Gerichten, um sich an den Zinsen schadlos zu halten, oder zumindest ein Mitbestimmungsrecht bei ihrer sonstigen Verwendung. In einigen Fällen waren die Gläubiger bereit, Ablösungsobligationen, sobald sie an der Börse eingeführt waren, zur Schuldentilgung anzunehmen. Im übrigen kam es ihnen allein darauf an, daß langfristig Tilgung und Verzinsung der gewährten Hypotheken sichergestellt werden konnten, da für eine Wiederausleihung zurückgezahlter Kredite offenbar nur geringe Chancen bestanden: der traditionelle Kundenkreis adeliger Herrschaften war durch die Ablösungskapitalien der ärgsten Kreditnot enthoben und zur Kreditgewährung an Handel und Industrie konnten sich die genannten Privatbankiers kaum entschließen. So blieb ihnen nur das gerade einen starken Aufschwung nehmende Geschäft mit Staatsobligationen, an dem sie, wie wir sehen werden, ihre fürstlichen und gräflichen Kunden bald beteiligten.

Auf den zweiten Weg einer vorübergehenden rentierlichen Anlage der Ablösungskapitalien wurden die Berechtigten außer durch die Unmöglichkeit sofortigen Grunderwerbs, vor allem durch die Form der Ablösungskapitalien selbst gedrängt. Durch die Aushändigung der Ablösungsbeträge in Obligationen kamen viele Herrschaften erstmals in größerem Umfang mit dem Wertpapiergeschäft in Berührung. Nachdem sich für diese Obligationen ein Markt gebildet hatte, man mit den Kursen vertraut und die Hofbankiers sowieso an Wertpapieren stärker interessiert waren als am Grunderwerb, erwies sich diese „Kapitalvorratshaltung" in jederzeit verkäuflichen, vom Staat garantierten Wertpapieren

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

als nächstliegende Möglichkeit, eine spätere endgültige Wiederanlage abzuwarten. Als man feststellen mußte, daß der Zinsertrag der in der Regel 4 %igen Ablösungsobligationen hinter anderen Wertpapieren zurückblieb, begannen zahlreiche herrschaftliche Rentkammern, ihre Bestände gegen höherverzinsliche Werte einzutauschen, was allerdings dort mit Schwierigkeiten verbunden war, wo Pfandgläubiger über die Verwendung der Ablösungsobligationen wachten und diesen andere Wertpapiere nicht als gleichwertige Sicherheit erschienen. Das fürstliche Haus Oettingen-Wallerstein mußte lebhaft darüber Klage führen, daß es ihm auf diese Weise unmöglich gemacht wurde, höherverzinsliche Papiere zu erwerben. Bei diesen Wertpapieren standen Staatsschuldverschreibungen verschiedenster Herkunft eindeutig im Vordergrund, wobei sich die österreichischen „metalliques", die 1845 mit 145 % einen Höchststand erreichten, den im 19. Jahrhundert keine andere Staatsobligation erzielte, besonderer Beliebtheit erfreuten. Die auf Grund langjähriger Darlehensgeschäfte bestehenden Verbindungen zu Frankfurter Bankhäusern, Finanzmaklern und Hoffinanziers wurden durch die Auszahlung der Ablösungskapitalien in Form von Obligationen noch enger, da die Bankhäuser häufig das Inkasso der Zinsen vornahmen, Auslosungstermine wahrnahmen und als Interessenvertreter ihrer herrschaftlichen Kunden fungierten, über deren Finanzverhältnisse sie bestens orientiert waren. Wenn schon Ablösungsobligationen gegen andere Wertpapiere umgetauscht wurden, so war es natürlich, daß auch der Gegenwert ausgeloster Obligationen wieder in Wertpapieren angelegt wurde. Nicht zuletzt hatten die Bankiers ein Interesse daran, frei gewordene Ablösungskapitalien in anderen, ebenfalls von ihnen betreuten Staatspapieren anzulegen. Viele standesherrschaftliche Verwaltungen, wie z. B. die fürstlichen Häuser Thurn und Taxis und Fürstenberg, haben auf diese Weise einen Grundstock für ihren später so beträchtlichen Wertpapierbestand gelegt.

Einmal von der Sicherheit der Staatspapiere überzeugt und voller Vertrauen in die monarchistische Herrschaftsform, die ein Herzogtum Toskana oder das Kaiserreich Brasilien solider und langlebiger erscheinen ließ, als jede andere Anlagemöglichkeit im eigenen Land, war die Mehrzahl der Ablösungsempfänger bereit, Staatsobligationen in jeder Höhe zu kaufen. Durch günstige Angebote der Bankiers wurde das Wertpapierportefeuille immer bunter, wurde schließlich auch die zunächst nur als Provisorium gedachte Anlage zum Dauerzustand. Zunächst wachten Gläubiger oder Fideikommißaufsicht darüber, daß nur inländische Staatspapiere, d. h. von Staaten des deutschen Bundes ausgegebene, erworben wurden. Sobald jedoch die Berechtigten über ihre Ablösungskapitalien frei verfügen konnten, richtete sich ihre Anlage allein nach Rentabilität und Sicherheit, waren Obligationen deutscher Staaten eben

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nur noch Wertpapiere unter vielen anderen. Über das Bankenzentrum Frankfurt floß ein stetiger Kapitalstrom in fast alle europäischen und viele überseeische Länder. Internationale Verbindungen, insbesondere des Bankhauses Rothschild, ließen standes- und grundherrliche Ablösungskapitalien über den Weg der Anleihe bis nach Asien und Südamerika gelangen. Selbst die Empfänger relativ kleiner Ablösungssummen, wie etwa das freiherrliche Haus von Berlichingen oder das fürstliche Haus Wied, beteiligten sich rege an diesem Geschäft: in einzelnen Depotabrechnungen finden sich für diese Häuser bis zu 40 ausländische Wertpapiere verschiedenster Herkunft, darunter Bons of Georgia, City of Memphis Bons, Bons of Missouri, Ohio, Indiana, Staatsanleihen Brasiliens, der Türkei, Rußlands, des Kirchenstaates und viele andere mehr. Der deutsche Kapitalmarkt versorgt auf diese Weise den Staatsbedarf in weiten Teilen der Welt, ohne daß den privaten Kapitalsuchenden im Inland genügend Kapital zur Verfügung gestellt werden konnte. Standes- und Grundherren als Kapitalbesitzer bevorzugten die Staatsanleihe, der private Bedarf für die beginnende Industrialisierung in Deutschland konnte so von diesem Kreis der Kapitalbesitzer nicht gedeckt werden.

Neben den Staatsobligationen trat gegen die Jahrhundertmitte noch eine weitere Wertpapiergattung in Erscheinung: die Eisenbahnobligationen. In den 1840er Jahren kommt es in Deutschland zum ersten großen Eisenbahnbau-Boom, der durch die nun möglich gewordene schnelle Überbrückung weiter Entfernungen nicht nur große Gewinne verspricht, sondern in bis zu 20 % ansteigenden Dividenden auch bringt. Je mehr die Eisenbahn vordringt, desto mehr gilt es, diesem neuen Verkehrsmittel der modernen, fortschrittlichen Zeit gegenüber aufgeschlossen zu sein. In immer noch landesväterlicher Fürsorge spielte die ideelle und finanzielle Unterstützung des Eisenbahnbaues in der engeren Heimat eine Rolle, wie die Förderung der Schwarzwaldbahn durch das fürstliche Haus Fürstenberg beweist. Die Erfolge der Eisenbahngesellschaften führten dann dazu, in größerem Umfang auch für ausländische Eisenbahnprojekte Kapital zur Verfügung zu stellen. Oft mit staatlichen Zinsgarantien versehen, galten die an der Börse gehandelten verschiedenen Eisenbahnobligationen bald als ein der Staatsobligation durchaus ebenbürtiges Wertpapier. In den Wertpapierbeständen der Standes- und Grundherren finden sich nach 1850 immer mehr Obligationen dieser Art, die von der böhmischen Westbahn, der Rhein-Neckar-Bahn, der Hessischen Ludwigsbahn bis zur Central Pacific Railroad, South Pacific and Union Pacific Railroad in den USA reichen. Wie bei den Staatsobligationen zeigt sich auch hier, daß — sobald ein Wertpapier als sicher gilt — Ländergrenzen kein Hindernis bilden.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Bei keiner der untersuchten Herrschaften ließ sich feststellen, daß die zur Daueranlage gewordenen Wertpapierbestände später wieder zugunsten irgendwelcher Grunderwerbungen veräußert wurden. Nachdem man gelernt hatte, mit solchen Papieren umzugehen, die Börsengewohnheiten kannte und alle notwendigen kaufmännischen Überlegungen beherrschte, die den alten fideikommissarischen Bestimmungen und Hausgesetzen noch fremd waren, zeigte sich, daß diese Form der Vermögensbildung ebenso gut geeignet war, den alten Familienbesitz zu erhalten, wie der Ankauf und die Bewirtschaftung von Grund und Boden. Durch eine kluge, den Kapitalmarkt und die vor allem nach der Gründung des Deutschen Reiches 1871 immer deutlicher sichtbar werdende Industrialisierung richtig einschätzende Politik, die dann auch dazu überging, neben oder anstelle von Staatspapieren Bank- und Industrieaktien zu erwerben — wie dies besonders bei den fürstlichen Häusern Thurn und Taxis sowie Fürstenberg der Fall war —, konnte ein Wertpapierbestand aufgebaut werden, der bis in die Gegenwart tragender Vermögensbestandteil dieser Häuser geblieben ist.

Wenn auch mit der Zeit die Schuldenlast der Grund- und Standesherrschaften verringert, die alle Finanzgeschäfte kontrollierenden Hypothekenpfandgläubiger befriedigt werden konnten und der vielerorts bestehende, ebenfalls einengende Lehensverband aufgelöst wurde, so fielen damit zwar wesentliche Beschränkungen für die Verwendung von Ablösungskapitalien nach und nach weg, jedoch änderte sich zunächst nichts an der Institution des Fideikommiß, die alle schwerwiegenden wirtschaftlichen Entscheidungen von der Zustimmung oft unverständiger oder in verwandschaftlichem Zerwürfnis lebenden Agnaten abhängig machte und somit denkbar ungeeignet war, einen größer gewordenen landwirtschaftlichen Betrieb mit allen Nebenbetrieben (Brennerei, Brauerei, Ölmühlen usw.) kaufmännisch rationell führen zu lassen; erst recht war es unmöglich, risikobehaftete industrielle Unternehmungen oder Beteiligungen, die jederzeit schnelle Entscheidungen erforderten, unter dieser Form zu leiten. Die Archive der fürstlichen und gräflichen Häuser Hohenlohe und Fugger, bei denen jeweils eine Linie industrielle Aktivität entfaltete — Fürst Hugo von Hohenlohe-Öhringen in Oberschlesien, Graf Fidel Ferdinand Fugger-Glött in der oberdeutschen Baumwollindustrie —, liefern Beispiele genug, wie schwer diese „Außenseiter" sich gegenüber den anderen Familienmitgliedern durchzusetzen hatten, wie sehr sie um Genehmigungen, um Freigaben ihrer Ablösungskapitalien und Ersatz des Fideikommißvermögens zu ringen hatten.

Dies mag ein Grund dafür sein, daß die Verwendung von Ablösungskapitalien für die Gründung industrieller Unternehmungen oder die Beteiligung an solchen Einrichtungen auf Ausnahmefälle beschränkt blieb. Hinzu kam weiter die oft betonte, standesbewußte Ablehnung einer Be-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schäftigung mit „gewerblichen Etablissements", bei denen man weniger über Erfolge als über Zusammenbrüche, Bankerotte oder deren Folgen unterrichtet war. Die Schwierigkeiten mehrerer mit großem Optimismus gegründeter Zuckerfabriken im südwestdeutschen Raum in den 1840er Jahren und die teilweise nicht immer glückliche staatliche Gewerbeförderungspolitik, die sich noch allzu oft an merkantilistischen Maximen ausrichtete[10], ließ vielen eine industrielle Kapitalanlage als „merkantilistische Spekulation" erscheinen, nicht aber als geeignete Maßnahme, den Bestand des Fideikommißvermögens zu erhalten. Auch ein begründetes Mißtrauen gegen fremde Gründer, Erfinder und Geschäftemacher, die nicht selten mit utopischen Plänen, skurrilen und gewagten Vorschlägen eine adelige Finanzquelle erschließen wollten, mahnten zur Vorsicht. Viele fragwürdige „Unternehmer" erschienen immer wieder als Bittsteller bei den grund- und standesherrlichen Verwaltungen, versprach doch die Aussicht, einen hochherrschaftlichen Namen als Subskribenten an die Spitze einer Liste von Geldgebern stellen zu können, zahlreiche Nachfolger.

Aber auch durchaus solide und aussichtsreiche Gründungen von Baumwollspinnereien, Maschinenfabriken und ähnlichen Einrichtungen wurden bei Kapitalersuchen immer wieder abschlägig beschieden, selbst wenn sich die angesprochene fürstliche Verwaltung — so z. B. das Haus Thurn und Taxis — mit nur 3 % Zinsen zufrieden geben mußte und die Unternehmer 5 % auf das investierte Kapital garantierten. Vorgelegte sorgfältige Kalkulationen wurden ohne nähere Prüfung zurückgewiesen. Teilweise waren es die Auflagen und Bedingungen, die einer freien Verwendung der Ablösungskapitalien im Wege standen, welche die betroffenen Standes- und Grundherren kaum daran denken ließen, nach einer günstigen Wiederanlage dieser Kapitalien im Zusammenhang mit der beginnenen Industrialisierung zu suchen, teilweise waren es die gerade durch die Form des Ablösungsvorganges weiter vertieften Geschäftsbeziehungen mit den in erster Linie am Geschäft mit Staatsobligationen interessierten Privatbankhäusern, die keine Verbindung mit den aufstrebenden Industriellen Deutschlands zustande kommen ließen. Die Finanzbeziehungen zu süd- und südwestdeutschen Finanzmaklern und Hofbankiers, die durchweg den Fürstenkredit und das Geldgeschäft mit Staatsregierungen als ihre vornehmste Aufgabe ansahen, waren nicht geeignet, das Interesse für solide industrielle Unternehmungen zu wekken. Das schließt nicht aus, daß bei Frankfurter oder Münchener Bankiers untergebrachte Ablösungskapitalien von diesen nicht auch einmal

[10] Beispiele dafür bei *Klein, Ernst,* Die Anfänge der Industrialisierung Württembergs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Raumordnung im 19. Jahrhundert (2. Teil), Bd. XXXIX der Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover 1967, S. 83 ff., hier S. 110 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

für andere Zwecke verwandt wurden: Verbindungen zu Staatsbanken oder anderen Privatbanken waren gegeben, und die württembergische königliche Hofbank in Stuttgart, das Bankhaus Haber & Söhne in Karlsruhe und andere mehr haben sich nachweislich an industriellen Anlagen beteiligt. Ebenso sicher standen dabei die standesherrlichen Privatbankiers Rothschild, Bethmann, Nic. Schmidt und andere im Hintergrund. So mag denn über Umwege Ablösungskapital hier doch einen fördernden Einfluß auf die Industrialisierung ausgeübt haben.

Eine Ausnahme unter den industriellen Anlagemöglichkeiten gegenüber sich ablehnend verhaltenden Ablösungskapitalbesitzern bildeten nur die Herrschaften, die schon immer in Bergbau und Metallgewinnung in eigenen Produktionsstätten tätig waren. Hier wurden auch Ablösungskapitalien in größerem Umfang in den eigenen industriellen Anlagen investiert — etwa im Lahn-Sieg-Gebiet durch das fürstliche Haus Solms-Braunfels, durch das fürstliche Haus Fürstenberg in seinen zahlreichen Schwarzwälder Hüttenbetrieben —, jedoch ohne daß es dadurch gelang, einer über bessere Produktionsbedingungen verfügenden Konkurrenz mit größeren Standortvorteilen auf die Dauer zu widerstehen. Nach der Jahrhundertmitte müssen die meisten dieser herrschaftlichen Betriebe ihre Tätigkeit einstellen, die Standortvorteile, durch die Holzkohle aus den herrschaftlichen Wäldern und die Nutzung der Wasserläufe geboten, zählen nicht mehr. Modernisierungsversuche scheitern an den hohen Kosten, Stillegung oder Verkauf der Anlagen bringen zusätzliche Verluste. Zur Anpassung, zur Aufnahme einer neuen Produktion fehlen vielfach die technischen Möglichkeiten, wo sie gegeben sind, fehlt es an kaufmännisch-unternehmerischem Sinn, sie der neuen Zeit gemäß zu nutzen.

Während gegen Ende des 19. Jahrhunderts, vor allem nach 1871, nicht wenige Standes- und Grundherren durch den direkten Erwerb von Industrie- und Bankaktien sowie Obligationen der Wirtschaft Kapital zur Verfügung stellten, blieb die Anlage verfügbarer Finanzmittel um die Jahrhundertmitte — und nur hier konnte es sich eindeutig um Ablösungskapitalien handeln — im industriellen Bereich die große Ausnahme. Eine solche Ausnahme bildet das bereits erwähnte gräfliche Haus Fugger-Glött. Hier haben Ablösungskapitalien nachweislich überwiegend für die Finanzierung industrieller Vorhaben Verwendung gefunden, jedoch erst, nachdem der durch die immer eng gewesene Verbindung mit dem Augsburger Wirtschaftsraum geschulte kaufmännische Sinn des Grafen erkannt hatte, daß ein Erwerb von Grundbesitz gerade in diesem Augenblick, da alle Ablösungsempfänger dieser Anlage zustrebten, wohl eine recht unwirtschaftliche Investition gewesen wäre. Die alte Kaufmannstradition des Hauses läßt sich nicht verleugnen, wenn hier statt des Umweges über Staatsobligationen und ähnlich sichere Papiere

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sofort die Beteiligung an zukunftweisenden industriellen Unternehmungen gewählt wurde.

Auch die in Oberschlesien ansässige Linie Hohenlohe-Oehringen des fürstlichen Hauses Hohenlohe hat die auf sie entfallenden Ablösungskapitalien aus dem württembergischen Raum in ihren oberschlesischen industriellen Anlagen investiert. Aber die erfolgreiche Entwicklung dieses Gebietes und der industrielle Erfolg, der dem oberschlesischen Adel zu Recht bestätigt wird, bauten auf den großen Bodenschätzen im Bereich der eigenen Grundherrschaft auf, können daher nicht auf die übrigen Grundherrschaften im Westen oder Süden Deutschlands übertragen werden. Insoweit nimmt der oberschlesische Adel als Industrieller und Unternehmer eine Sonderstellung ein und es wäre falsch, von ihm ausgehend auf die Bedeutung des kapitalbesitzenden Adels für die Industrialisierung in Deutschland allgemeine Schlüsse zu ziehen. Zumindest für die Standes- und Grundherren in weiten Teilen West- und Süddeutschlands gilt, daß sie die kommerziellen Chancen einer industriellen Betätigung in ständischer Isolierung nicht nutzten oder überhaupt nicht erkannten. Die Ursache für die Verarmung vieler standes- und grundherrlicher Familien liegt gerade darin, daß man bis weit in das 20. Jahrhundert am unerschütterlichen Glauben an die Bonität von Obligationen oft fragwürdig gewordener Staaten festhielt. Abgesehen von dem landwirtschaftlichen Besitz haben nur jene Häuser bis in die Gegenwart ein größeres Vermögen bewahrt, die nach den ersten Kapitalanlagen in Staatsobligationen diese durch eine geschickte Politik zu einem möglichst breit gestreuten Wertpapierbestand erweitern konnten, in dem Industrie-, Verkehrs- und Bankaktien gleichermaßen vertreten waren.

Wenn überhaupt, dann erreichten die Standes- und Grundherrschaften dieses Ziel erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts, d. h., daß man sich erst Jahrzehnte nach dem Anfall der Ablösungskapitalien bereit fand, Kapitalien für einen anderen Zweck als Grunderwerb und Staatsfinanzierung herzugeben.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Wirtschaftsstruktur mitteleuropäischer Gebiete an der Wende zum 19. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung des gewerblichen Bereiches

Von *Friedrich-Wilhelm Henning*, Köln

1. Einleitung

Über die wirtschaftliche Struktur Mitteleuropas an der Wende zum 19. Jahrhundert sind wir bisher wenig unterrichtet. Dies kommt in der Literatur vor allem darin zum Ausdruck, daß meistens — vor allem in Lehrbüchern — nur wenige und ungenaue Angaben hierüber gemacht werden. Zwar sind sich alle Autoren darüber einig, daß die Landwirtschaft, gemessen an der Zahl der Beschäftigten, der ausgedehnteste Sektor gewesen ist; jedoch wird auch dies häufig nicht expressis verbis, sondern lediglich zwischen den Zeilen gesagt[1]. Aber selbst wenn ziffernmäßige Angaben gemacht werden, bleiben diese als Schätzungen recht verschwommen und der Leser kann nicht erkennen, ob der jeweilige Autor dieser Schätzung die Untersuchung konkreten Materials hat vorausgehen lassen[2]. Solche Untersuchungen sind aber erforderlich, da schon für einzelne Gebiete Forschungsergebnisse in der nötigen Breite fehlen[3]. Diese Lücke kann durch einen einzelnen Aufsatz, wie dem hier vorgelegten, nicht ausgefüllt werden. Dazu bedarf es umfangreicher regio-

[1] z. B. *Lütge, F.:* Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 3. Aufl., Berlin—Heidelberg—New York 1966, S. 420 f.

[2] Dies gilt z. B. für *Kuske, B.:* Grundzüge der Wirtschaftsentwicklung des Niederrheins, in: Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein, Bd. 115, Köln 1929, S. 188, oder für *Klein, E.:* Geschichte der deutschen Landwirtschaft, Stuttgart 1969, S. 72. Beide Autoren gehen von einem Anteil der Landwirtschaft aus, der bei etwa 75 v. H. gelegen haben soll. *Schumpeter, J. A:* Konjunkturzyklen, Bd. 1, Göttingen 1961, S. 278, nimmt ebenso wie *Fourastié, J.:* Le grand espoir du XX^{e} siècle, 3. Aufl., Paris 1952, S. 42, (letzterer allerdings für Frankreich) und wie neuerdings auch *Böhme, H.:* Prolegomena zu einer Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1968, S. 9, einen Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung an, der bei etwa 80 v. H. gelegen haben soll.

[3] Ausnahmen bilden z. B. für einen Teil Hessens: *Michel, G. K.:* Die Entwicklung der Bevölkerung und ihrer beruflichen Gliederung im südlichen Starkenburg in den letzten 150 Jahren, Arbeiten der hessischen Anstalt für Landesforschung an der Universität Gießen, Heft 7, Gießen 1930, oder für eine norddeutsche Stadt neuerdings: *Kaufhold, K. H.:* Die Wirtschafts- und Sozialstruktur der Stadt Hildesheim zu Beginn des 19. Jahrhunderts im Spiegel der Personenstandserhebung 1811, in: Alt-Hildesheim, Jahrbuch für Stadt und Stift Hildesheim, Nr. 33, Hildesheim 1968, S. 28 bis 34.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

naler Einzeluntersuchungen. Zweck dieser Ausführungen soll daher nur sein, an Hand einiger mitteleuropäischer Gebiete die Vielfalt der Wirtschaftsstrukturen aufzuzeigen, die bereits vor der Industrialisierung vorhanden gewesen ist.

Die Zeit um 1800 ist dabei aus zwei Gründen von besonderem Interesse:

1. Die Wirtschaftsstruktur am Ende der kameralistischen Periode läßt erkennen, daß die Einflüsse der fürstlichen Wirtschaftspolitik nicht überschätzt werden dürfen. Andere Kräfte (Verleger, Bevölkerungswachstum und natürliche Faktoren) sind einflußreicher gewesen.

2. Die Ausgangsbasis für den Übergang in die Industrialisierungsphase ist für einzelne Gebiete recht unterschiedlich gewesen. Die „traditionelle Gesellschaft" im Sinne Rostows[4] ist keineswegs einförmig gewesen.

Diese von der Zeit um 1800 in die Vergangenheit und in die Zukunft weisenden Gedanken sollen jedoch hier nicht erörtert werden. Die Untersuchung wird sich vielmehr auf die Herausarbeitung der Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur einzelner Gebiete und auf die Festlegung der möglichen, diese Unterschiede bewirkenden Faktoren beschränken. Dabei soll versucht werden, Grundlinien der Unterschiede zu verdeutlichen, d. h. mit Hilfe einer systematischen Ordnung der Erscheinungen sollen die typischen Wirkungen der einzelnen Faktoren und ihrer Kombinationen transparent gemacht werden.

2. Die Grundzüge der Wirtschaftsstruktur um 1800

dargestellt an einem größeren Gebiet mit unterschiedlichen Einzelregionen (Preußen)

a) Die Beschäftigtenstruktur Preußens um 1800

Zeitgenössische Statistiken über Teilbereiche der Wirtschaft um 1800 sind nicht selten. Bevölkerungszahlen und Produktionsvolumina, insbesondere die Agrarproduktion und die zu exportierenden Güter gewerblicher Art, wurden als Grundlage des Reichtums eines Gebietes angesehen und daher von der kameralistischen Verwaltung registriert. Für Preußen liegt das zweibändige Werk des Verwaltungsbeamten L. Krug über den „National-Reichthum des preußischen Staates und über den Wohlstand seiner Bewohner" vor[5]. Auch Einzelschriften über Teile der

[4] *Rostow, W.W.:* Stadien wirtschaftlichen Wachstums, 2. Aufl., Göttingen 1967, S. 18 ff.

[5] *Krug, L.:* Betrachtungen über den National-Reichthum des preußischen Staates und über den Wohlstand seiner Bewohner, Teil 1, Berlin 1805; Teil 2 Berlin 1805.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

preußischen Monarchie geben Auskunft über Wirtschaftsdaten von Provinzen und Bezirken[6]. Versucht man, sich auf Grund der von Krug angegebenen Zahlen ein Bild von der Beschäftigtenstruktur (als einem Indikator für die Wirtschaftsstruktur) des fast 10 Mill. Einwohner umfassenden Königreiches Preußen zu machen, dann erhält man das aus Tabelle 1 ersichtliche Ergebnis[7].

Tabelle 1

Verteilung der Beschäftigten in Preußen um 1800 auf drei Wirtschaftssektoren

Sektor	in v. H. der Beschäftigten	in v. H. der Bevölkerung
Primärer Sektor	77	66
Sekundärer Sektor	17	27
Tertiärer Sektor	6	7

Der Anteil der im primären Sektor, d. h. hauptsächlich in der Landwirtschaft, Beschäftigen fügt sich in die in der Literatur geäußerten Schätzungen[8] von 75 bis 80 v. H. ein. Nach dem Anteil der Bevölkerung hatte die Landwirtschaft allerdings ein geringeres Gewicht. Die sich darin ausdrückende größere Beschäftigungsquote in der Landwirtschaft (wie auch im tertiären Sektor) gegenüber dem Gewerbe hatte im wesentlichen zwei Ursachen:

1. In der Landwirtschaft setzte eine Beschäftigung keine oder kaum so ausgeprägte Fachkenntnisse voraus wie im Gewerbe. Die Unterbeschäftigung der ländlichen (und damit auch der landwirtschaftlichen) Bevölkerung war gerade in den Gebieten mit einem starken Anteil der klein- und unterbäuerlichen Gruppen sehr ausgedehnt, ist aber kaum erfaßbar[9].

[6] z. B. für Pommern: *Brüggemann, L. W.*: Beschreibung des preußischen Herzogtums Vor- und Hinterpommern, Teil 1, Stettin 1779; Teil 2, Band 1 und 2, Stettin 1784; für die Mark Brandenburg: *Bratring, F. W. A.*: Statistisch-topographische Beschreibung der gesamten Mark Brandenburg, Band 1, Berlin 1804; Band 2, Berlin 1805; Band 3, Berlin 1809; für die Grafschaft Ravensberg: *Weddigen, P. F.*: Historisch-geographisch-statistische Beschreibung der Grafschaft Ravensberg, Band 1 und 2, Leipzig 1790.

[7] Die Sektoreneinteilung hält sich in diesem Aufsatz nur angenähert an die Einteilung J. Fourastiés. Der sekundäre Sektor enthält auch den Bergbau, so daß der primäre Sektor nur Landwirtschaft, Gartenbau und Fischerei erfaßt, der sekundäre Sektor Gewerbe und Bergbau. Der tertiäre Sektor ist unverändert übernommen worden.

[8] Vgl. oben Anmerkung 2.

[9] *Henning, F.-W.*: Die Betriebsgrößenstruktur der mitteleuropäischen Landwirtschaft im 18. Jahrhundert und ihr Einfluß auf die ländlichen Einkommensverhältnisse, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, Heft 2, Frankfurt/M. 1969, S. 188 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

2. Krug hat eine ganze Reihe von Spezialgewerben nicht in seine Zusammenstellungen aufgenommen, offensichtlich weil ihm hierüber keine Angaben für eine größere Zahl preußischer Gebiete vorlagen. Daher betrug bei Krug die Beschäftigtenquote in den preußischen Städten nur etwa 37 v. H., während die Untersuchung einzelner Städte meistens eine Quote von etwa 45 v. H. ergibt[10], sofern man voraussetzt, daß die Benennung der Berufe auch die Vollbeschäftigung beinhaltet. Da aber bereits um 1800 auch in den Städten eine erhebliche Unterbeschäftigung vorhanden gewesen ist[11], sind auch diese Angaben nicht als gesichert zu betrachten. Sie geben nur die Größenordnung der einzelnen den Wirtschaftssektoren zuzuordnenden Bevölkerungsanteile wieder.

Die von Krug gemachten Angaben sind für die Berechnung von Tabelle 1 im übrigen bereits teilweise ergänzt worden:

a) Soweit wie möglich wurde das nebenberufliche Gewerbe, vor allem auf dem Lande mitbeachtet. So wurde z. B. das Textilgewerbe durch die Berücksichtigung der Spinnerkräfte als ausgedehnter angenommen als dies bei Krug der Fall ist. Es wurde davon ausgegangen, daß die Garnherstellung für jeden vollbeschäftigten Weber (oder Webstuhl) von 3,5 vollbeschäftigten oder einer äquivalenten Zahl teilbeschäftigter Spinner geleistet wurde[12].

b) Die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten wurde durch eine Kontrollrechnung nach dem Arbeitsbesatz je Flächeneinheit ergänzt, da insbesondere in den Städten ein großer Teil der Landnutzung (Acker, Garten) nebenberuflich erfolgte, aber damit doch einen Teil der im sekundären und tertiären Sektor Beschäftigten in Anspruch nahm[13].

---

[10] Vgl. die zahlreichen Quellenangaben zu den Abschnitten 3 und 4.

[11] Vgl. insbesondere für Berlin: *Abel, W.:* Die Lage der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft um 1800, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 175, Stuttgart 1963, S. 329.

[12] Für diese Berechnung des Verhältnisses von 3,5 vollbeschäftigten Spinnern je vollbeschäftigtem Weber zur Produktion des Halbfabrikates Garn wurden verschiedene Angaben aus der Literatur herangezogen, die über die Leistungsfähigkeit der Weber und Spinner Auskunft geben, z. B.: *Weddigen, P. F.:* Historisch-geographisch-statistische Beiträge zur näheren Kenntnis Westfalens, Elberfeld 1806, Teil 2, S. 140 ff. für die Weber und S. 149 ff. für die Spinner; u. a.

[13] Es wurden vor allem die Angaben in den beiden Untersuchungen: *Henning, F.-W.:* Bauernwirtschaft und Bauerneinkommen in Ostpreußen im 18. Jahrhundert, Würzburg 1969, S. 149 f., und *Henning, F.-W.:* Bauernwirtschaft und Bauerneinkommen im Fürstentum Paderborn im 18. Jahrhundert, Berlin 1970, ferner bei *Abel, W.:* Geschichte der deutschen Landwirtschaft vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert, 2. Aufl., Stuttgart 1967, S. 208, Tabelle 24, herangezogen. Dabei wurde davon ausgegangen, daß die nebenerwerbliche Nutzung und die Nutzung in kleinen Betriebsgrößen einen überdurchschnittlichen Arbeitskräftebesatz erforderte und tatsächlich aufzuweisen hatte.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Nicht berücksichtigt wurde die Textilherstellung in den ländlichen, aber auch in einem Teil der städtischen Familien für den eigenen Gebrauch. Hier war noch eine Schranke für die Arbeitsteilung vorhanden, denn diese gewerbliche Tätigkeit war noch nicht aus den Haushalten ausgegliedert; begünstigt wurde dies durch die dauernde oder saisonale verdeckte Arbeitslosigkeit.

c) Außerdem wurden bei den Städten 30 000 und auf dem Lande 100 000 Beschäftigte in den häuslichen Diensten in die Berechnung für Tabelle 1 eingesetzt, da gerade in diesem Bereich die Angaben Krugs recht ungenau sind. Eine große Zahl der im häuslichen Dienst Beschäftigten war zwar identisch mit der Gruppe der Knechte und Mägde. Jedoch gab es auch hier landwirtschaftliche Arbeiten. Überhaupt werden die Berechnungen dadurch erschwert, daß nur voll in einem Sektor Tätige erfaßt werden können, daß zur Ergänzung die Arbeiten einzelner Personen zu entmischen sind und als fiktive Einheiten oder Bruchteile solcher Einheiten den einzelnen Sektoren zugeordnet werden müssen. Die Arbeitsteilung war um 1800 noch so wenig fortgeschritten, daß hier ein erheblicher Unsicherheitsfaktor für die Berechnung vorliegt.

Auch wenn man die nebenberuflich betriebene Landwirtschaft nicht berücksichtigen würde, hatte der primäre Sektor im Durchschnitt großer Gebiete eine überragende Stellung, was nicht zuletzt auf der geringen Produktivität beruhte, die diesen Wirtschaftszweig (wie auch die meisten anderen Wirtschaftszweige) auszeichnete. Dies kommt z. B. darin zum Ausdruck, daß der überwiegende Teil der Einkommen der arbeitenden Bevölkerung, d. h. der Bevölkerung, die ohne Einkommen aus Grundrente, Kapitalzins oder Handelsgewinnen lebte, für Nahrungsgüter ausgegeben werden *mußte*[14]. Die Lohnarbeiter hatten hierfür den größten Teil ihres Lohnes aufzuwenden, die Bezieher von Naturaleinkommen, wie die auf dem Lande lebenden Arbeiter, die Kleinbauern und die sonstigen Empfänger von Naturalien, den größten Teil ihres aus Naturalien und Geld bestehenden Einkommens.

In welchem Maße die geringe Produktivität der Landwirtschaft hierfür ursächlich gewesen ist, mag folgende Berechnung zeigen: Bei einer gesamten als Acker und Garten genutzten Fläche von etwa 10 Mill. ha um

[14] *Saalfeld, D.*: Die Bedeutung des Getreides für die Haushaltsausgaben städtischer Verbraucher in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, in: Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Geschichte und Gegenwart, Festschrift Wilhelm Abel, Göttingen 1964, S. 35, Tabelle 5. Danach mußten die Menschen in den Städten mit „geringem", „niedrigem" und „mittlerem" Einkommen 70 bis 80 v. H. ihrer Einkünfte für Nahrungsmittel aufbringen. Entsprechendes gilt für die ländliche Bevölkerung, wenn hier auch die Naturaleinkommen im Vordergrund standen. Lediglich die Bezieher „gehobener" Einkommen, und dazu gehörte nur ein geringer Teil der städtischen (und auch der dörflichen) Bewohner, konnten mehr als 50 v. H. ihres Einkommens für andere Güter als Nahrungsmittel verwenden.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

1800 in Preußen[15] waren nach der zu dieser Zeit rechtlich[16] und tatsächlich anwendbaren Produktionstechnik etwa 2 Mill. Arbeitskräfte (20 Arbeitskräfte je 100 ha) erforderlich[17].

Eine ausreichende Ernährung der Einwohner Preußens durch 2 Mill. Arbeitskräfte hätte allerdings optimale Bedingungen für die landwirtschaftliche Produktion vorausgesetzt. Dafür wären Bauernhöfe erforderlich gewesen, die je nach den natürlichen Produktionsbedingungen (Bodengüte, Klima) mindestens 8 bis 15 ha individueller Nutzfläche umfaßt hätten. Die Bodenknappheit und die Beschränkung der Produktionsverhältnisse standen dem aber entgegen, so daß der Zwang zum stärkeren Einsatz von Arbeitskräften je Flächeneinheit (oder die Tendenz zur Unterbeschäftigung in der Landwirtschaft) bestand. Ob damit der Flächenertrag stieg, steht nicht generell fest. Der Ertrag je Arbeitskraft war jedoch niedriger als es eigentlich möglich gewesen wäre. Der Boden und zum Teil auch die Produktionstechnik wurden durch Arbeit substituiert, d. h. der im Vergleich mit der späteren Entwicklung[18] schon geringe Einsatz von Technik wurde ergänzt durch einen Zwang zum umfangreichen Einsatz der reichlich vorhandenen Arbeitskraft, und zwar mit sinkender Rate der Grenzproduktivität und damit sinkender Gesamtproduktivität.

Man könnte diese Situation mit der der heutigen Landwirtschaft vergleichen. Der wesentliche Unterschied besteht in zwei Punkten:

a) Das Produktionsniveau und damit die Grenzmarken sind unterschiedlich. Insbesondere liegt der Punkt, von dem an eine Vermehrung der Aggregate (Kapital- oder Bodeneinheiten) keine Reduzierung der

[15] Berechnet nach *Krug, L.:* Abriß der neuesten Statistik des preußischen Staates, Halle 1805, S. 9. Danach umfaßte Preußen 5600 Quadratmeilen (= 315 000 qkm). Nach *Bittermann, E.:* Die landwirtschaftliche Produktion 1800—1950, Halle 1956, S. 21, und Saalfeld, D.: Die Produktion und Intensität der Landwirtschaft in Deutschland und angrenzenden Gebieten um 1800, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, Heft 2, Frankfurt/M. 1967, S. 141 ff., umfaßte der Acker etwa ein Drittel der Gesamtfläche, hatte nach *Saalfeld, D.*, a. a. O., Schaubild 1, S. 142, in den östlichen Teilen Preußens mit Ausnahme Schlesiens aber einen geringeren Anteil. 10 Mill. ha umfaßten einen Anteil von etwa 32 v. H. der Gesamtfläche. Rechnet man noch die Gärten hinzu, den Durchschnitt ganz Preußens wegen der geringeren Anteile des Ackers in den östlichen Provinzen aber im gleichen Umfang niedriger als 32 v. H., dann mag eine Fläche von 10 Mill. ha unter dem Pflug oder Spaten als grobe Schätzung angenommen werden können.

[16] „Rechtlich", d. h. unter Berücksichtigung der rechtlichen Schranken: Flurzwang, Beeinträchtigung durch Weiderechte u. a. m.

[17] Für die Berechnung der erforderlichen Arbeitskräfte, vgl. *Henning, F.-W.:* Dienste und Abgaben der Bauern im 18. Jahrhundert, Stuttgart 1969, S. 127 ff., und die dort angegebenen Quellen.

[18] Vgl. hierzu und insbesondere zu der im Laufe des 19. Jahrhunderts bewirkten Steigerung der Arbeitsproduktivität Henning, F.-W.: Stadien und Typen in der Entwicklung der Landwirtschaft in den heutigen Industrieländern, in: Die Landwirtschaft in der volks- und weltwirtschaftlichen Entwicklung, hg. von H.-G. Schlotter, München—Basel—Wien 1968, S. 53 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Arbeitskräfte mehr bewirkt, heute höher als um 1800. Da zu beiden Zeitpunkten diese Grenzmarken nicht erreicht worden sind, ist dieser Unterschied nicht ausschlaggebend.

b) Um 1800 war die Produktionstechnik im gewerblichen Sektor wenig entwickelt und auf Grund der allgemein niedrigen Einkommen[19] die Nachfrage nach gewerblichen Produkten so gering, daß eine Ausdehnung der nichtlandwirtschaftlichen Produktion nur sehr langsam oder gar nicht möglich war[20]. Demgegenüber wird heute die Abwanderung aus der Landwirtschaft durch die Nachfrage des sekundären und des tertiären Sektors nach Arbeitskräften begünstigt.

b) Kritik, Berichtigung und Ergänzung der Krugschen Zahlen

Im vorhergehenden Abschnitt wurde auf die relative Aussage der nach Angaben bei Krug zusammengestellten Tabelle 1 hingewiesen. Will man sich eine einigermaßen sichere Übersicht über die Wirtschaftsstruktur Preußens verschaffen, muß man versuchen, die Fehlerquellen Krugs zu erkennen, um durch Berichtigungen und Ergänzungen der Wirklichkeit nahezukommen.

Bei der Aufzählung der Handwerker und einiger anderer Berufe hat Krug meistens nur Angaben für ein bis zwei Drittel des gesamten preußischen Gebietes herangezogen[21]. Für die fehlenden Bezirke wurde nach dem Anteil der Bevölkerung, also einen gleichen Besatz für die einzelnen Berufe auch in diesen Teilen voraussetzend, der vermutliche Bestand der ganzen Monarchie an solchen Berufszugehörigen errechnet. Da aber in der Regel in den Aufstellungen die östlichen Provinzen in stärkerem Maße fehlen, ist die Ausdehnung vom Teil aufs Ganze in dieser Weise nicht gerechtfertigt. Denn dort mit dem überwiegenden Getreideexport (es handelt sich vor allem um die durch die polnischen Teilungen erworbenen Gebiete jenseits der Ostgrenzen von Pommern und Schlesien!) hatte die gewerbliche Produktion ein anderes Gewicht innerhalb der gesamten Wirtschaft als in den westlichen Provinzen, die zum Teil sehr stark auf einen Gewerbezweig spezialisiert waren und damit eine andere Nachfragestruktur nach gewerblichen Produkten im Binnenmarkt hatten.

Man kann diesen Fehler Krugs jedoch bei einer Heranziehung der preußischen Zahlen unter dem Gesichtspunkt der Repräsentanz für Mit-

---

[19] Vgl. *Abel, W.*: Agrarkrisen und Agrarkonjunktur, 2. Aufl., Hamburg-Berlin 1966, S. 188.

[20] *Harnisch, H.*: Die Herrschaft Boitzenburg, Weimar 1968, S. 255 ff., insbes. S. 232, weist auf die Auswirkungen dieser fehlenden Ausweichmöglichkeit der überschüssigen Bevölkerung aus der Landwirtschaft (und aus den ländlichen Gegenden) hin.

[21] *Krug, L.*: National-Reichtum, a. a. O., Teil 2, S. 173 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

teleuropa positiv bewerten. Das Überwiegen der Angaben aus den Gebieten von Kleve bis Schievelbein macht die Zahlen eher geeignet für eine Wiedergabe der Verhältnisse in ganz Mitteleuropa als in Preußen allein. Die nicht aus den polnischen Teilungen stammenden Gebiete Preußens enthielten wie das gesamte Mitteleuropa[22] sowohl hauptsächlich agrarisch orientierte (z. B. Niederschlesien, Pommern, Ostpreußen u. a.) als auch solche Landstriche, die in starkem Maße mit einer Produktion im sekundären und tertiären Bereich durchsetzt waren (Teile Brandenburgs, Westfalens, des Rheinlandes u. a.).

Weitere Bedenken gegen eine kritiklose Übernahme der Zahlen Krugs ergeben sich daraus, daß seine Angaben nicht immer mit anderen, regional begrenzten Statistiken übereinstimmen. Als Beispiel soll hier das Herzogtum Kleve genannt werden. Die Abweichungen sind teilweise erheblich, vgl. Tabelle 2.

Tabelle 2

Handwerker auf dem Lande im Herzogtum Kleve nach zwei verschiedenen Quellen vom Ende des 18. Jahrhunderts

Handwerker	1784	1802	1784 in v. H. 1802
Böttcher	74	35	222
Bäcker	18	12	150
Drechsler	14	7	200
Färber	4	5	80
Leinweber	126	63	200
Müller	38	28	136
Maurer	16	26	62
Rademacher	24	14	172
Schneider	238	144	166
Schmiede	159	81	197
Schuster	213	123	174
Zimmermann	215	232	93

Quelle: 1784: *Weddigen, P. F.:* Statistische Übersicht von Westfalen, Berlin 1791, Tabellen 8, 9 und 10.
1802: *Krug, L.:* Betrachtungen über den National-Reichthum des preußischen Staates und über den Wohlstand seiner Bewohner, Teil 2, Berlin 1805, S. 173 ff.

Die Zunahme der Bauhandwerker- (Maurer und Zimmerleute) und der Färberzahl ließe sich als Zuwachs dieser Berufe in Parallele zum Bevölkerungswachstum in etwa 18 Jahren erklären. Die auch dann noch überdurchschnittliche Ausdehnung des Maurerhandwerks könnte mit

[22] Unter Mitteleuropa soll hier in etwa das Gebiet von Paris bis Minsk und von Florenz bis Kopenhagen verstanden werden. Es handelt sich dabei um eine rein geographische Abgrenzung, die nur eine umständliche Einzelaufzählung der hierin liegenden Länder und Staaten vermeiden will, da es allein auf den wirtschaftlichen Aspekt ankommt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

einem verstärkten Übergang zu Steinhäusern in Verbindung gebracht werden. Hierbei kann es sich jedoch nur um einen Erklärungsversuch handeln.

Abweichungen zwischen beiden Quellen sind ferner beim nicht in Tabelle 2 aufgenommenen Tischlerhandwerk zu finden. Nach Krug gab es 1802 sieben Tischler, nach Weddigen nur einen im Kreis Wesel, während die beiden anderen Kreise auf dem Lande keine Tischler hatten. Ebenso führt Krug fünf Riemer, Sattler und Täschner auf, während bei Weddigen diese Gewerbe für die ländlichen Teile des Herzogtumes nicht verzeichnet sind. Vielleicht haben sich hier bisher auf die Städte beschränkte Handwerke angesiedelt, so daß 1784 tatsächlich Sattler, Riemer und Täschner noch nicht in den Dörfern zu finden waren.

Eine aus Tabelle 2 ebenfalls nicht ersichtliche Abweichung bestand weiterhin für das Schlosserhandwerk. Weddigen registriert für 1784 einen Schlosser in den Dörfern, und zwar in der Herrschaft Sonsfeld im Kreis Emmerich, Krug keinen.

Die bisher genannten, zum Teil recht kleinen Abweichungen lassen sich mit der auch kurzfristig immer vorhandenen Fluktuation erklären. Für die neun in Tabelle 2 aufgenommenen Handwerke, bei denen die Zahlen Krugs von denen Weddigens übertroffen werden, beträgt die Abweichung 179 zu 100, d. h. die zeitlich früher liegende Quelle gibt 79 v. H. mehr Selbständige in diesen neun Gewerbezweigen an als die spätere. Würde man davon ausgehen, daß beide Angaben richtig sind, müßten diese Gewerbe trotz der steigenden Bevölkerungszahl geschrumpft sein, was aber nicht anzunehmen ist. Worauf die Unterschiede zwischen den Angaben beider Autoren beruhen, läßt sich nicht ohne weiteres feststellen. Der zeitliche Abstand ist nicht so groß, daß inzwischen eine so erhebliche Änderung eingetreten sein kann. Im übrigen ist auch im Vergleich zu anderen Gebieten eher mit der steigenden Bevölkerungszahl eine Zunahme der Handwerkerzahl und nicht ein Rückgang um 44 v. H. zu vermuten. Da Weddigen für jeden der 72 kleinen ländlichen Verwaltungsbezirke genaue Angaben macht, Krugs Zahlen aber nur pauschal das „platte Land" erfassen, spricht viel für die Richtigkeit der genaueren, d. h. der Angaben Weddigens.

Die Angaben Krugs und Weddigens beweisen die Unsicherheit der Zahlen Krugs für einen ländlichen Bereich — sie dürfen wohl nur bei entsprechender Beweisführung auch für andere ländliche Teile Preußens verallgemeinert werden[23], zwingen jedoch unbedingt zur Vorsicht —. Aber auch die Zahlenangaben für Gewerbetreibende in den Städten haben ihre Lücken.

[23] In andern nachprüfbaren Fällen sind die Abweichungen nicht so groß wie gerade für Kleve.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Dies soll an Hand der Städte der Mark Brandenburg gezeigt werden. Hier wurden vor allem gewerbliche und andere nichtlandwirtschaftliche Tätigkeiten von Krug unberücksichtigt gelassen. Krug stützt sich auf die Aufzeichnungen in Bratrings dreibändigem Werk[24]. Die Zahl der ländlichen Gewerbetreibenden stimmt bei beiden Autoren überein. Bei den städtischen Berufen hat Krug aber nur eine Auswahl getroffen. Bei einem Vergleich beider Aufstellungen kann man sehen, in welchem Maße die von Krug registrierten 49 Gewerbezweige und sonstigen nichtlandwirtschaftlichen Tätigkeiten im sekundären und tertiären Sektor tatsächlich ergänzt werden müßten. Im Bereich der Holz- und Nahrungshandwerker waren die Zahlen Krugs noch relativ vollständig, wie die Gegenüberstellung beider Angaben in Tabelle 3 zeigt. Hier betrug die Zahl der

Tabelle 3

Zahl der um 1800 in den Städten der Kurmark Brandenburg registrierten Meister (oder Herren) und Gehilfen

Sektor	Zweig	Meister oder Herren		Gehilfen, Gesellen, Lehrlinge (nach Bratring)	Insgesamt (nach Bratring)
		nach Bratring	nach Krug		
Sekundärer	Nahrung	2 397	2 219	1 943	4 340
	Metall	2 575	1 697	2 093	4 668
	Textil	26 174	6 922	11 140	37 314
	Holz	2 724	2 524	4 087	6 811
	Sonstige	14 650	8 945	8 912	23 562
	Zusammen	48 520	22 307	28 175	76 695
Tertiärer	Beamte	7 770	—	0	7 770
	Kirche und Schule	1 761	—	0	1 761
	Gesundheitswesen	645	373	573	1 218
	Handel, Transport	5 716	1 685	1 647	7 363
	Sonstige	4 404	786	348	4 752
	Zusammen	20 296	2 844	2 568	22 864
Sekundärer und tertiärer Sektor		68 816	25 151	30 743	99 559

[24] *Bratring, F. W. A.*: Statistisch-topographische Beschreibung der gesamten Mark Brandenburg, Bd. 1, Berlin 1804, S. 64 ff., mit einer Zusammenfassung der Berufe der Mark Brandenburg.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

von Krug nicht berücksichtigten Gewerbetreibenden weniger als 10 v. H. Am stärksten waren die Abweichungen zwischen beiden Autoren bei den Textil-, Metall- und anderen Gewerben, ferner im tertiären Sektor[25]. Da die unterschiedlichen Angaben Krugs jedoch nur darauf beruhen, daß er zahlreiche Spezialgewerbe, wahrscheinlich diejenigen, für die er nicht genügend Zahlen aus einer größeren Reihe von Gebietsteilen Preußens vorliegen hatte, unberücksichtigt gelassen hatte, ist in diesen Abweichungen kein Fehler Krugs zu sehen, zumal da er ausdrücklich auf das Fragmentarische seiner Zusammenstellung hinweist. Die Gegenüberstellung der beiden Reihen in Tabelle 3 zeigt, in welchem Maße die Krugsche Reihe nur ein „Fragment" ist.

Allerding ist der Unterschied zwischen beiden Reihen wohl zu hoch, da Bratring auch „Ouvriers" in seinen Zusammenstellungen mit erfaßt hat, während Krug an anderer Stelle die in „Fabriken" Beschäftigten gesondert aufführt[26]. Dabei sind Überschneidungen z. B. bei den Hut- und Tuchmachern der Mark Brandenburg nachzuweisen, die sich jedoch nicht genau beziffern lassen[27]. Bei Bratring sind insgesamt 6145 zu den Meistern gezählte Personen als Ouvriers bezeichnet. Selbst wenn man diese Gruppe von der Gesamtheit der Meister in Abzug bringt, da Krug sie zum Teil nicht mitzählt, bleibt zwischen beiden Angaben mit 42 375 (die reduzierte Zahl Bratrings) und 22 307 (Krug) ein erheblicher Unterschied. Die Differenz wird in erster Linie durch von Krug nicht berücksichtigte Spezialgewerbe gebildet, da bei den anderen Gruppen beide Angaben weitgehend übereinstimmen[28].

Auch bei den Gehilfen weichen die Angaben beider Autoren voneinander ab. Während Bratring 28 175 Gehilfen, Gesellen und Lehrlinge registriert hat, gab es nach Krug in allen kurmärkischen Städten 17 047 Handwerksgesellen[29]. Dieser Unterschied läßt sich vielleicht damit erklä-

---

[25] *Bratring, F. W. A.*, a. a. O., Bd 1, S. 64 ff., mit Angaben für Meister und Herren, Gehilfen, Gesellen und Lehrlinge. Die Spalte „Insgesamt" in Tabelle 3 enthält die Summe von Bratrings Angaben. In der drittletzten Spalte sind die Zahlen von Krug, L.: National-Reichtum, Teil 2, S. 173 ff. aufgenommen.

[26] Krug, L., a. a. O., S. 220 ff.

[27] Das gilt z. B. auch für die Schmiede in der Grafschaft Mark. Soweit sie Metallwaren herstellten, wurden sie sowohl in der Gruppe der Schmiede (vgl. *Krug, L.*, a. a. O,. S. 195) als auch bei den Arbeitern der Metallwarenproduktion aufgeführt (vgl. *Krug, L.*, a. a. O., S. 341 ff.). Im ersten Fall sind sie mit den Schmieden des täglichen Bedarfes, im zweiten Fall mit den Arbeitern der Metallwarenfabrikation zusammengefaßt.

[28] Ob die von Krug nicht aufgenommenen Gewerbetreibenden sämtlich als Spezialhandwerker oder -gewerbetreibende zu bezeichnen sind, hängt von der Definition des Begriffes Spezialgewerbe ab. Es gehören dazu mehr als 200 Berufe, die hier aus Platzgründen nicht sämtlich genannt werden können. Einige Beispiele mögen aber deutlich machen, wer in dieser Gruppe hier zusammengefaßt ist: Conditoren, Confitüries, Grützmacher, Pfefferküchler, Feilenhauer, Goldscheider, Nadler, Petschierstecher.

[29] *Krug, L.*, a. a. O., Teil 2, S. 205.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ren, daß in den Angaben Bratrings neben 1136 „Ouvriers" (als Gehilfen) noch die Lehrlinge enthalten sind, so daß im Ergebnis beide Zahlen auf eine vergleichbare Ebene gebracht angenähert übereinstimmen können, zumal da Krug hier pauschal alle Handwerksgesellen, also auch diejenigen, deren Meister in der Einzelaufstellung nicht enthalten sind, berücksichtigt hat.

Im übrigen sind die Angaben Bratrings möglicherweise noch zu niedrig. Er bezeichnet als Ouvriers nur 7281 (6145 aus der Gruppe der Meister und 1136 aus der Gruppe der Gehilfen), während es nach einer anderen Quelle am Anfang des 19. Jahrhunderts in der gesamten Kurmark (Stadt und Land) 32 801 „Fabrik- und Handwerksarbeiter" gegeben haben soll[30]. Diese Zahl wäre nur dann mit der von Bratring vereinbar, wenn auf dem Lande fast 26 000 „Fabrik- und Handwerksarbeiter" nachweisbar sind. Das ist aber nicht der Fall. Es ist daher zu vermuten, daß Bassewitz auch von Bratring nicht als Ouvriers bezeichnete Gewerbetreibende als Arbeiter registriert hat. Nach Krug arbeiteten z. B. in den Wollfabriken der Kurmark 11 841 Arbeiter[31]. Daneben werden von ihm 2092 Tuchmachermeister genannt[32]. Addiert man zum Vergleich sämtliche bei Bratring im Wollgewerbe Tätigen, dann erhält man 11 503 Personen[33], einschließlich der 2092 Meister und 1148 Gehilfen im Tuchmacherhandwerk. Es kann also sein, daß diese angenäherte Größenordnung der Angaben von Krug und Bratring in diesem Bereich deshalb besteht, weil beide Autoren jeweils dieselben Gruppen mit unterschiedlichen Bezeichnungen versehen haben.

Es gibt aber auch völlig abweichende Zahlen für andere Gewerbezweige. Als Beispiel seien hier die Tabakarbeiter genannt: Nach Bassewitz arbeiteten in den kurmärkischen Tabakfabriken um 1800 1156 Arbeiter, nach Krug 1125, d. h. fast ebensoviele. Bratring hat 576 Arbeiter in Tabakfabriken und Tabakspinner registriert. Da Bratring nicht nur die Gesamtzahl angibt, sondern verstreut in seinem Werk die einzelnen Standorte dieses Gewerbes nennt, spricht mehr für die Richtigkeit seiner Angaben als für die pauschalen Zahlen Krugs oder Bassewitz'. Die Gegenüberstellung im wollverarbeitenden Gewerbe hat gezeigt, daß die Spezialisierung wesentlich weiter fortgeschritten war, als dies aus Krugs

[30] *Bassewitz, M. F. v.:* Die Kurmark Brandenburg, ihr Zustand und ihre Verwaltung unmittelbar vor dem Ausbruch des französischen Krieges im Oktober 1806, Leipzig 1847, S. 465.

[31] *Krug, L.*, a. a. O., Teil 2, S. 287.

[32] *Krug, L.*, a. a. O., Teil 2, S. 200.

[33] Im einzelnen sind dies: Tuchmacher: 2092 Meister und 1148 Gehilfen, Zeugmacher: 2067 und 81, Strumpfstricker: 38 und 13, Strumpfweber: 259 und 538, Hutmacher: 232 und 277, Woll-Zeugfabrikanten: 181 und 48, Raschmacher: 526 und 704, Wollstrumpffabrikanten: 468, Tuchbereiter; 31 und 38, Tuchscherer: 91 und 72, Bandmacher: 1051 Ouvriers, Mützenmacher: 74 Meister, Wollkämmer: 351 und 14, Wollsortierer: 36 Meister, Wollstreicher: 11, Wollspinner: 1062, Wollkratzer: 80.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Zusammenstellung hervorgeht. Während Krug nur 40 einzelne Zweige des Gewerbes im sekundären Sektor nennt, sind es bei Bratring 145, d. h. 263 v. H. mehr. Im Ergebnis kann man also feststellen, daß die Spezialisierung sowohl quantitativ (Zahl der Beschäftigten in Spezialhandwerken) als auch qualitativ (Auffächerung des sekundären Sektors) wesentlich weiter fortgeschritten war.

Eine weitere Unsicherheit bei der Zuordnung der einzelnen Beschäftigtengruppen zu einem Sektor ergibt sich aus der Mischung der Tätigkeiten in einer Person. Handwerker und sonstige Gewerbetreibende werden neben ihrer auf ihren Beruf ausgerichteten Tätigkeit auch noch andere Arbeiten verrichtet haben, vor allem bei der Nutzung der Gärten und kleinen Äcker. Was Bratring für die ländlichen Handwerker der Mark Brandenburg sagt, wird auch für die Mehrzahl der in kleinen Städten wohnenden Gewerbetreibenden gelten: „In Absicht der Landhandwerker muß ich ein für alle Mal bemerken, daß es sehr schwierig ist, ihre Anzahl von der der Bauern, besonders der Kossäten und Büdner zu scheiden; denn gewöhnlich werden diese, da sie zweierlei Gewerbe betreiben, auch in jeder Rubrik, also zwei Mal, aufgeführt[34]." Neben der Doppelzählung ist also auch die in einer Person gemischte Tätigkeit ein Unsicherheitsfaktor bei der ziffernmäßigen Bestimmung des Anteiles der einzelnen Sektoren an der gesamten Wirtschaft. So meint z. B. Michel für das hessische Gebiet Südstarkenburg, daß dort der von ihm berechnete Anteil von 26,2 v. H. für das Gewerbe wohl zu hoch angesetzt werde, da z. B. die Tuchmacherei in einem Ort als „Hauptnebenverdienst" bezeichnet wurde[35], also die Bodennutzung auf den kleinen Flächen in erster Linie den Lebensunterhalt (Ernährung) für die Familien lieferte.

Umgekehrt ist aber auch zu bedenken, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung gewerbliche Tätigkeiten übernahm, ohne daß dies in den Statistiken zum Ausdruck kommt.

Wenn man alle hier genannten Unsicherheitsfaktoren und Fehlerquellen berücksichtigt, dann muß man die Zusammenstellung in Tabelle 1 berichtigen. Im Ergebnis bedeutet dies, daß der sekundäre und der tertiäre Sektor ein größeres Gewicht besaßen, als es in der Tabelle auf Grund der Angaben bei Krug zum Ausdruck kommt.

Neben diesen erheblichen Abweichungen von der Wirklichkeit ist die Auswirkung der fehlerhaften Übertragung einiger Zahlen Bratrings durch Krug in einzelnen Zweigen fast belanglos: Unter den Gelb- und Rotgießern nennt Krug mit 58 nur die Zahl, die Bratring allein für die Gelbgießer registriert hat. Die außerdem bei Bratring angeführten 9 Rot-

[34] *Bratring, F. W. A.*, a. a. O., Bd. 1, S. 74, Anmerkung.
[35] *Michel, G. K.*, a. a. O., S. 41. Michel bezeichnet die gewerblichen Tätigkeiten als „Industrie", meint damit aber auch nichtindustrielle Tätigkeiten wie die hier genannten Tuchmacher.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

und Glockengießer wurden von Krug nicht aufgenommen. Bei den Barbieren nennt Bratring 249, Krug aber 259. Hier könnte ein Übertragungsfehler vorliegen. Bei den Riemern, Sattlern und Täschnern führt Krug 347 auf, während Bratring 117 Riemer, 230 Sattler und 2 Täschner, zusammen also 349 Handwerker dieser Gruppe zählt. Neben einem Rechenfehler käme vielleicht in Betracht, daß Krug die beiden Täschner nicht beachtet hat. Bei den Schmieden werden von Krug 801 Meister registriert. Bratring führt nur spezielle Schmiede an, und zwar insgesamt 825. Die Kombination von 801 ist aus den Zweigen des Schmiedehandwerks in verschiedener Weise möglich, so daß nicht gesagt werden kann, welche speziellen Schmiede Krug nicht berücksichtigt hat.

Damit sind beispielhaft die wichtigsten Abweichungen zwischen Krugs Zahlen und den Angaben in Spezialzusammenstellungen für Kleve und Brandenburg genannt. Auch für andere Gebiete lassen sich Unterschiede nachweisen, die hier aber aus Platzgründen nicht dargestellt werden können.

Kritik an den Krugschen Angaben ist ferner daraus abzuleiten, daß er wie die meisten Autoren seiner Zeit eine Berufsgruppe völlig verschwiegen hat, nämlich die häuslichen Dienste, die bei den Berechnungen zu Tabelle 1 mit insgesamt 130 000 Personen angenommen wurden. Meistens wurden Knechte, Diener, Jungen, Mägde, aber auch „Söhne" und „Töchter" pauschal aufgeführt, ohne daß eine Zuordnung zu einzelnen Berufsgruppen gemacht wurde. In dieser Gruppe sind eigentliche häusliche Dienste enthalten, ferner neben- und hauptberufliche Tätigkeiten im primären und sekundären Sektor. Bei der Aufgliederung dieser Personen auf die einzelnen Sektoren konnte nur von Schätzungen ausgegangen werden, die vor allem folgende Punkte berücksichtigten:

1. Die Zahl der „gehobenen" Haushalte, die sich nach ihrem Einkommen Dienstpersonal halten konnten oder nach ihrer sozialen Stellung halten mußten[36].

2. Die gewerbliche Produktion eines Gebietes im Verhältnis zu der Zahl derjenigen, die als hauptberuflich im Gewerbe Tätige bezeichnet wurden.

3. Die landwirtschaftliche Nutzfläche im Verhältnis zu den hauptberuflichen landwirtschaftlichen Arbeitskräften.

Unter diesen Gesichtspunkten ist vermutlich die Zahl von 130 000 Personen im häuslichen Dienst zu gering geschätzt. Immerhin sollen am Anfang des 19. Jahrhunderts in Hildesheim 24,5 v. H. aller Beschäftigten zu

[36] Vgl. *Abel, W.*: Geschichte der deutschen Landwirtschaft, a. a. O., S. 338, mit dem Beispiel einer Beamtenfrau, die sich aufgrund des geringen Einkommens ihres Mannes zwar selbst an den Waschzuber stellen mußte, während aus Gründen der sozialen Stellung in den Haushalt ein Diener mit Livree aufgenommen und bezahlt wurde.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

den häuslichen Diensten gerechnet worden sein[37]. Nun werden in kleineren Städten und auf dem Lande die Familien mit Dienstpersonal nur oder fast nur zu häuslichen Arbeiten nicht so stark vertreten gewesen sein wie in Hildesheim mit seinen etwa 10 000 Einwohnern, seinen kirchlichen und weltlichen zentralen Aufgaben. Aber trotzdem dürfte auch dann noch ein Anteil von 8 bis 10 v. H. aller Beschäftigten in ganz Preußen angenommen werden können, d. h. 350 000 bis 450 000 Personen. Damit sind die wichtigsten Gesichtspunkte genannt, die bei einer Ergänzung und Berichtigung der Krugschen Zahlen für Preußen zu beachten sind. Zugleich ist aber auch deutlich gemacht worden, in welchem Maße das im folgenden Abschnitt gebrachte Ergebnis hinsichtlich seiner Genauigkeit zu beurteilen ist.

c) Das Ergebnis

Berichtigt man unter den genannten Aspekten die Tabelle 1, dann erhält man folgenden Anteil der einzelnen Sektoren:

Primärer Sektor	65 v. H.,
sekundärer Sektor	20 v. H. und
tertiärer Sektor	15 v. H.

Nicht berücksichtigt worden ist dabei das Militär, das mit mehr als 200 000 Mann wohl etwa 5 v. H. aller Beschäftigten Preußens umfaßte[38]. Jedoch ist die Zuordnung der Soldaten zu einem Sektor nicht ganz unproblematisch. Ein Teil der Soldaten diente lediglich im Herbst und ging sonst in dem betreffenden (Rekrutierungs-)Kanton einer anderen Beschäftigung nach. Der größte Teil der übrigen Soldaten hatte ebenfalls eine Nebenbeschäftigung. Bekannt ist vor allem das Spinnen und Weben. Nur wenige Soldaten waren kaserniert. Der größte Teil lebte in Bürgerhäusern wie Einliegerfamilien mit den Familienangehörigen zusammen.

Unter Eingliederung auch der Militärpersonen nach diesen Gesichtspunkten in die Zusammenstellung würde man daher etwa folgendes Bild erhalten:

Primärer Sektor	62 v. H.,
sekundärer Sektor	21 v. H. und
tertiärer Sektor	17 v. H.

Diese Werte unterscheiden sich von den in der Einleitung genannten im wesentlichen dadurch, daß der primäre Sektor nicht mehr das Gewicht hatte, wie es in der Literatur mit 75 bis 80 v. H. bisher noch angenommen wurde. Vereinzelt gab es aber auch schon Schätzungen, die ungefähr von

[37] *Kaufhold, K.-H.*, a. a. O., S. 30, Tabelle 2.

[38] 237 089 Mann nach *Höck, J. D. A.*: Statistische Übersicht der deutschen Staaten in Ansehung ihrer Größe, Bevölkerung, Producte, Industrie und Finanzverfassung, Basel 1800, Tabelle 4 der königlich preußischen Staaten.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

den gleichen Größenordnungen ausgingen, d. h. die den Anteil der Landwirtschaft bei etwa zwei Drittel der Bevölkerung oder der Beschäftigten einordneten[39].

Würde man auch die umfangreichen in den einzelnen Haushalten und in den landwirtschaftlichen Betrieben vorgenommenen gewerblichen Arbeiten mit berücksichtigen, dann würde die Bedeutung des landwirtschaftlichen Sektors noch geringer einzuschätzen sein. Fraglich ist aber, ob z. B. Reparaturarbeiten oder Transportleistungen so eng mit der Landwirtschaft verbunden waren, daß eine Aufschlüsselung nicht gerechtfertigt ist. Das gilt auch für den häuslichen Bereich mit der Anfertigung von Textilien oder auch von einfachen Geräten[40].

Die so für ganz Preußen errechneten Durchschnitte lassen nicht mehr erkennen, daß sie sich aus zahlreichen unterschiedlich strukturierten Gebieten zusammensetzen. Im folgenden sollen nunmehr diese Unterschiede an Hand einiger mitteleuropäischer Gebiete herausgearbeitet werden, und zwar in zweierlei Hinsicht:

1. Regionale Unterschiede zeigten die grundsätzlich verschiedene Strukturierung ganzer Gebiete.

2. Innerhalb der einzelnen Gebiete gab es erhebliche Abweichungen in der Wirtschaftsstruktur zwischen den Städten und dem „platten Land", aber auch zwischen einzelnen Städten und Stadtgruppen.

3. Die regionalen Unterschiede

a) Der Export an gewerblichen Produkten als Differenzierungskriterium

Da die Wirtschaftsstruktur der einzelnen Gebiete danach beurteilt werden soll, in welchem Maße sich die Beschäftigten auf die drei Sektoren Landwirtschaft, Gewerbe und Dienstleistungen verteilten, würde es sich anbieten, eben diese Verteilung als das Kriterium für eine systematische

---

[39] Hierzu gehören: *Kulischer, J.:* Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit, Bd. 2, Die Neuzeit, 3. Aufl., München-Wien 1965, S. 422; um 1800 sollen danach in Preußen zwei Drittel der Bevölkerung zur Landwirtschaft gezählt haben. Desgl. *Sombart, W.:* Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert, 2. Aufl., Berlin 1909, S. 36, mit derselben Angabe für ganz Deutschland. Desgl. *Henning, F.-W.:* Die Landwirtschaft in der volks- und weltwirtschaftlichen Entwicklung, in: Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues, Bd. 5, München—Basel—Wien 1968, S. 42, wo bereits ohne umfangreiche Untersuchungen gesagt wurde, daß „zwei Drittel und mehr" der gesamten Bevölkerung um 1800 zum landwirtschaftlichen Sektor zu zählen waren.

[40] So meint Benekendorf: „An den Orten, wo das Spinnen auf der Spille gewöhnlich ist, sind die dazu erforderlichen Geräthschaften dergestalt einfach, daß sie ein jeder Bauer selber verfertigen kann, außer daß er etwa dem Drechsler vor ein halb Dutzend Spillen jährlich ein paar Groschen zu lösen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ordnung der unterschiedlichen Strukturen zu benutzen. So wichtig und richtig eine solche Betrachtungsweise auch ist, so zeigen sich die Abweichungen in den einzelnen Gebieten doch vor allem darin, in welchem Maße das einheimische Gewerbe[41] für den intraregionalen Markt oder für die Ausfuhr in andere Länder produzierte.

Zunächst gab es Gebiete, in denen die Landwirtschaft nur durch Produktionen des sekundären und des tertiären Sektors für den örtlichen Markt ergänzt wurde: Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Mecklenburg, die nördlichen Teile der Neumark und der Kurmark Brandenburg, insbesondere die Altmark, die Prignitz, die Uckermark und die sogenannten Hinterkreise der Neumark, ferner die durch die polnischen Teilungen einverleibten polnischen Gebiete. Die Wirtschaftsstruktur dieser Gebiete war nahe verwandt mit den Stadtwirtschaften Büchers. Sie unterschieden sich allerdings in einem wichtigen Punkt: Es bestanden Außenbeziehungen durch den Export landwirtschaftlicher und den Import gewerblicher Produkte. Die Mittel, die durch die Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte gewonnen wurden, kamen in erster Linie den Beziehern der Handelsgewinne und der Grundrenten zugute, so daß die Einfuhr von gewerblichen Produkten vor allem Waren des gehobenen Bedarfes umschlossen. Daneben standen auch einige Grundgüter, die von einer breiten Schicht nachgefragt wurden. Hier ist vor allem das Salz zu nennen, das zur Erhaltung der menschlichen Produktionskraft erforderlich war[42].

In diesen Gebieten konnte sich nur an wenigen Orten ein Gewerbe entwickeln, das mehr produzierte als die regionale Bevölkerung nachfragte. Diese wenigen Abweichungen vom Gesamtbild machen deutlich, in welchem Maße ein solcher Idealtyp nur als Hilfsmittel für eine Systematisierung und für eine Analyse des Phänomens der differenzierten Wirtschaftsstruktur dienen kann.

Zu diesen Abweichungen gehörten etwa die Tuche produzierenden Städte, die in einem westlichen und südlichen Halbkreis in einer Entfernung von 50 bis 90 km um Posen lagen: Rawitsch (327 Tuchmacher), Boja-

---

geben muß". Gerade die auf den Export ausgerichteten Textilgewerbe Schlesiens haben nach Benekendorf das Spille-Garn gegenüber dem Spinnrad-Garn bevorzugt, da es weicher und „weit loser als das auf dem Rade gesponnene (ist). Das erstere giebet daher eine weit gleichere Leinwand, indem man in derselben weder Knoten noch sonst etwa höckerichtes antrifft", vgl. *Benekendorf, C. F. v.*: Oeconomia forensis, Bd. 6, Berlin 1780, S. 122 ff. Diese Leinwand war dann allerdings nicht so strapazierfähig wie die aus Spinnrad-Garn.

[41] Unter Gewerbe werden in dieser Untersuchung alle zum sekundären Sektor zählenden Tätigkeiten verstanden (Handwerk, Manufakturen, Verlag, Bergbau).

[42] Vgl. zum Salzbedarf der Ostseeländer im 16. Jahrhundert: *Henning, F.-W.*: Spanien in der Weltwirtschaft des 16. Jahrhunderts, in SCRIPTA MERCATURAE, München 1969, S. 18. Dieser Bedarf hatte sich bis in die Zeit um 1800 mit der zunehmenden Menschenzahl erhöht.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nowe (248), Fraustadt (200), Lissa (138), Meseritz (130), Birnbaum (100), Zaborowo (96), Zduny (110) und Obersizke (90). Diese insgesamt 1439 Tuchmacher konnten die einheimische Wolle der um 1800 preußischen Provinz Südpreußen jedoch nicht völlig verarbeiten, so daß sowohl Tuche als auch Wolle exportiert wurden[43].

Auch die anderen östlichen Landstriche mit vor allem landwirtschaftlicher Produktion von überregionaler Bedeutung hatten zum Teil eine gewerbliche Produktion für den Export, die jedoch für die gesamte Wirtschaft des Landes und damit für die Wirtschaftsstruktur ohne Bedeutung war. Eine Untersuchung der Exporte an gewerblichen Gütern pro Kopf der Bevölkerung verdeutlicht dies. So wurden z. B. aus Westpreußen nur gewerbliche Waren im Werte von etwa 0,11 Talern pro Kopf der Bevölkerung im Jahr ausgeführt[44], aus Ostpreußen[45] und aus Pommern 0,2 Taler[46], aus Mecklenburg-Schwerin offensichtlich sogar noch weniger, da hier allenfalls die vier Glashütten in nennenswertem Umfang für den Export produzieren konnten[47]. Für die Altmark[48], die Prignitz[49] und die Uckermark mit jeweils weniger als einem Taler pro Kopf der Bevölkerung liegen die Werte kaum höher. Zwar lassen sich gegen die Genauigkeit der Angaben erhebliche Einwände machen, wie das Beispiel Ost-

---

[43] *Höck, J. D. A.*, a. a. O., Tabelle 1 der königlich preußischen Staaten.

[44] Berechnet nach *Höck, J. D. A.*, a. a. O., Tabelle 1 der königlich preußischen Staaten.

[45] *Krug, L.:* Ostpreußen im Jahre 1820, in: Annalen der preußischen Staatswirtschaft und Statistik, Bd. 1, Heft 3, Halle-Leipzig 1804, S. 87 und S. 101. Nach einer anderen Quelle aus dem Jahre 1790 wurde aus dem ostpreußischen Departement die dreifache Menge an Fabrik- und Manufakturwaren ausgeführt als nach den Angaben Krugs, vgl. N. N.: Tabelle von denen in den sämtlichen Städten und Kreisen des ostpreußischen Kammerdepartements befindlich gewesenen Fabriken und Manufakturen im Jahr 1790, in: Annalen des Königreiches Preußen, Bd. 1, erstes Quartal, Königsberg—Berlin 1792, S. 135 f.

[46] Nach *Eggert, O.:* Die Maßnahmen der Regierung zur Bauernbefreiung in Pommern, Heft 9 der Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Pommern, Reihe V: Forschungen zur Pommerschen Geschichte, Köln-Graz 1965, S. 17 und passim mit Bevölkerungszahlen; desgl. *Braun, J. Frhr. v.:* Die ostdeutsche Wirtschaft in ihrer vorindustriellen Entwicklung, in: Das östliche Deutschland, Ein Handbuch aus dem Göttinger Arbeitskreis, Würzburg 1959, S. 625, Anmerkung 82; über Ausfuhren aus Pommern: *Höck, J. D. A.*, a. a. O., Tabelle 1 der königlich preußischen Staaten; desgl. *Brüggemann, L. W.:* Beschreibung des preußischen Herzogtums Vor- und Hinterpommern, Teil 1 und 2, Stettin 1779 und 1784; ders.: Beiträge zu der ausführlichen Beschreibung des Königlich-preußischen Herzogtums Vor- und Hinterpommern, Bd. 1 und 2, Stettin 1800 und 1806.

[47] *Höck, J. D. A.*, a. a. O., Tabelle 6 der alten Fürstentümer.

[48] *Augustin, Ch. F. B.:* Statistische Übersicht des Königreiches Westphalen, Heft 1, Halle 1808, S. 22: „Der Handel ... schränkt sich fast bloß auf die Produkte des Landes ein, worunter der altmärkische Weizen das vorzüglichste ist". *Bratring, F. W. A.*, a. a. O., Bd. 1, S. 238, spricht von „Mangel an Fabriken und Manufakturen" in der Altmark.

[49] *Bratring, F. W. A.*, a. a. O., Bd. 1, S. 404.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

preußen mit stark abweichenden Quellen gezeigt hat[50]. Jedoch wird die Grundtendenz des Exports an gewerblichen Produkten sichtbar, so daß man daraus Schlüsse auf die Art der intraregionalen Wirtschaftsstruktur ziehen kann.

Das Gewicht des gewerblichen Exports bei diesen hauptsächlich auf die landwirtschaftliche Produktion ausgerichteten Gebieten wird noch deutlicher, wenn man diesen Export dem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen gegenüberstellt. Dieses lag für die Mehrzahl der Bevölkerung zwischen 12 und 15 Talern[51], so daß im Durchschnitt eines ganzen Gebietes allenfalls — bei einem Taler Ausfuhr gewerblicher Produkte und einem Einkommen von nur 12 Talern pro Kopf — bis zu 8,3 v. H. dieses Einkommens aus solcher Ausfuhr stammte. In den meisten Regionen war der Anteil jedoch niedriger, da die Einkommen über 12 Taler und der Export gewerblicher Produkte unter einem Taler pro Kopf der Bevölkerung lagen. Damit wird die starke landwirtschaftliche Orientierung dieser Gebiete deutlich. Der sekundäre und der tertiäre Sektor waren nur für den örtlichen Bedarf als Ergänzung wichtig. Die Produktion außerhalb der Landwirtschaft wurde lediglich durch die inländische Nachfrage bestimmt.

In den westlichen und südlichen Teilen Mitteleuropas gab es keine so großen, relativ geschlossenen Gebiete mit einer nur oder fast nur auf den örtlichen Bedarf ausgerichteten gewerblichen Produktion. Hier ist die Mischung der Strukturen bei vergleichbar großen Landstrichen stärker gewesen. Eine der wenigen nachweisbaren Ausnahmen bildete das Herzogtum Bayern. Dort gab es zwar um 1800 bereits eine ganze Reihe von Fabriken und Manufakturen. Ihre Bedeutung für die gesamte Wirtschaft des Landes war aber nicht sehr groß[52]. Weder die Textilproduktion mit mehr als 6000 hauptberuflichen Leinewebern[53] noch ein anderer Zweig der vielfach auf den Bodenschätzen aufbauenden Gewerbe konnte eine so große Bedeutung erlangen, daß mehr als ein Taler pro Kopf der Gesamtbevölkerung aus der nichtlandwirtschaftlichen Produktion ausgeführt wurde[54]. Nach Schremmer lag der Wert der exportierten Gewerbeprodukte Bayerns im Jahre 1792 bei etwa 356 000 fl., d. h. pro Kopf der Bevölkerung bei ungefähr 0,25 Talern. Der Anteil gewerblicher Produkte am gesamten Export des Landes war mit 6,5 v. H. sehr niedrig. Selbst

[50] Vgl. Anmerkung 45.

[51] Die Unterschiede ergeben sich in erster Linie aus folgenden Einflüssen: Entwicklung der Produktionsverhältnisse, Preis- und Lohnniveau, Ertragsverhältnisse in der Landwirtschaft.

[52] *Slawinger, G.:* Die Manufaktur in Kurbayern, Stuttgart 1966, S. 63 u. 67.

[53] *Höck, J. D. A.*, a. a. O., Tabelle 1 der alten Fürstentümer.

[54] *Schremmer, E.:* Bemerkungen zur Zahlungsbilanz Bayerns in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, in: Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte, Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedrich Lütge, Stuttgart 1966, S. 245.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wenn man den Salzexport als die Ausfuhr eines nichtlandwirtschaftlichen Gutes in die Betrachtung mit einbezieht, wird erst der Wert von angenähert einem Taler pro Kopf erreicht. Dabei wird ein Teil des exportierten Salzes aus der nichtbayerischen Produktion, nämlich aus Salzburg, gestammt haben oder bayerisches Salz wurde in Bayern durch Salzburger Salz substituiert und damit für den Export frei. Nach Höck mußte Salzburg Salz zu Vorzugspreisen nach Bayern liefern[55].

Nun könnte man allerdings der Meinung sein, daß mit den selbständigen Gebieten von Regensburg und Augsburg (Reichsstädte und fürstbischöfliche Gebiete) wesentliche, der gewerblichen Produktion zugängliche Landstriche den eigentlichen bayerischen Bereich beeinflußt haben, so daß in Bayern eine solche Produktion nicht erforderlich war oder wenigstens für den Export aus Konkurrenzgründen nicht aufkommen konnte. Nimmt man zunächst die geistlichen Flächenstaaten in Augenschein, dann kann man auch dort wie für Bayern nur wenig Gewerbe von überörtlicher Bedeutung — oder wie Höck es sogar ausdrückt „keine Spur von Industrie"[56] — entdecken. Die gewerbliche Produktion der beiden Reichsstädte war jedoch ausgedehnt. Der Umfang des Handels in Augsburg zeigt zudem, daß diese Stadt eine erhebliche überörtliche Bedeutung besaß und relativ eng mit anderen, weit entfernt liegenden Wirtschaftsgebieten verknüpft war. Damit hatte sie für die angrenzenden bayerischen Gegenden — und in geringerem Maße kann man das ebenfalls von Regensburg sagen — eine die Wirtschaftsstruktur ergänzende Wirkung. Man kann damit aber nicht die relativ geringe Ausstattung Bayerns mit überörtlicher gewerblicher Produktion erklären.

Die Aufzählung der nicht mit gewerblicher Produktion für den Export ausgestatteten Gebiete in Mitteleuropa kann hier fortgesetzt werden. In Ungarn wie in Illyrien, in Oberitalien wie im östlichen Frankreich, in Dänemark wie in Südschweden gab es größere geschlossene Gebiete dieser Art.

Das gewerbereiche Kurfürstentum Sachsen[57] soll für etwa drei Taler gewerbliche Güter je Einwohner ausgeführt haben[58]. In welchem Umfang

---

[55] *Höck, J. D. A.*, a. a. O., Tabelle 2 der geistlichen Staaten. Über den bayerischen Handel mit Salzburger Salz im 19. Jahrhundert vgl. auch Schremmer, E.: Die Wirtschaft Bayerns, München 1970, S. 296 ff.

[56] *Höck, J. D. A.*, a. a. O., Tabelle 2 der geistlichen Wahlstaaten.

[57] Aus den Angaben Blaschkes kann man einen Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung von weniger als 50 v. H. um die Wende zum 19. Jahrhundert schätzen. Vgl. *Blaschke, K.:* Bevölkerungsgeschichte Sachsens vor der industriellen Revolution, Weimar 1967, S. 190, mit Bevölkerungszahlen für 1750 und 1843. Die Zahlen für 1800 wurden als Mittelwerte der beiden Angaben von 1750 und 1843 geschätzt. Zur landwirtschaftlichen Bevölkerung sind neben den 250 000 Menschen in den Bauernfamilien etwa die Hälfte der sonstigen Dorfbewohner, d. h. etwa 340 000 Menschen, und etwa 15 v. H. der städtischen Bewohner zu zählen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die nördlichen, weniger auf Gewerbe ausgerichteten Gebiete Sachsens für diesen niedrigen Durchschnitt gesorgt haben, läßt sich nicht nachweisen. Ein entsprechender Einfluß ist aber zu vermuten. Im übrigen sind vielleicht auch die Angaben Höcks über den sächsischen Export unvollständig. Mit umfangreichem Export gewerblicher Güter waren außerdem folgende Länder ausgestattet: Böhmen 2 Taler pro Kopf der Bevölkerung[59], Grafschaft Ravensberg fast 10 Taler[60], Herzogtum Berg mehr als 11 Taler[61].

Umgekehrt war häufig in Gebieten mit einem niedrigen oder fehlenden Export an gewerblichen Produkten ein erheblicher landwirtschaftlicher Überschuß vorhanden. Aus dem Kammerdepartement Litauen wurde jährlich für 1,9 Taler Getreide pro Kopf der Bevölkerung ausgeführt[62], aus der Altmark allein für 4 Taler Weizen[63]. Andere Gebiete — wie etwa die Prignitz[64] — hatten kaum Außenbeziehungen. Für eine so geringe Intensität konnten zwei Umstände ursächlich sein:

1. Von einer gewissen Größe des Gebietes an konnten sich gewerbereiche und gewerbearme Zonen ergänzen, so daß kein großer Bedarf für Außenbeziehungen vorhanden war.

2. Die Wirtschaft eines Gebietes war allgemein so unterentwickelt, daß noch keine großen Möglichkeiten für den Absatz gewerblicher Produkte im Inland bestanden. Dies war in erster Linie dort der Fall, wo wie in der Prignitz eine vergleichsweise mit der Altmark recht niedrige Entwicklungsstufe der Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft zu beobachten war, wo daher nur in geringem Maße landwirtschaftliche Produkte an die intraregionale nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung oder an andere Gebiete abgegeben werden und dementsprechend nur in geringem Maße gewerbliche Produkte erworben werden konnten.

Aus diesem Beispiel ergibt sich zugleich für den landwirtschaftlichen Bereich die Begrenzung der Aussagekraft des hier angewandten Kriteriums (Umfang des Exports an gewerblichen Produkten pro Kopf der

(= 65 000 Einwohner). Insgesamt gehörten nach dieser Schätzung also etwa 650 000 Personen von insgesamt etwa 1 400 000 Einwohnern Sachsens zur Landwirtschaft, d. h. etwa 47 v. H.

[58] Ermittelt nach *Höck, J. D. A.*, a. a. O., Tabellen 1 und 2 der kurfürstlich sächsischen Staaten. Berechnet für 1,4 Mill. Einwohner. Nach Höck, J. D. A., a. a. O., lebten im Kurfürstentum Sachsen 1792 jedoch 2,1 Mill. Einwohner, so daß der nichtlandwirtschaftliche Export pro Kopf der Bevölkerung bei 2 Talern lag.

[59] Vgl. *Purs, J.*: Struktur und Dynamik der industriellen Entwicklung in Böhmen im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Berlin 1965, Anhang, Tabelle 41.

[60] *Weddigen, P. F.*: Statistische Übersicht von Westfalen, Berlin 1791, Tabelle 18, mit Zahlenangaben für 1787/88.

[61] *Höck, J. D. A.*, a. a. O., Tabelle 2 der kurpfalzbayerischen Staaten.

[62] *Krug, L.*: Ostpreußen im Jahre 1802, a. a. O., S. 98.

[63] *Bratring, F. W. A.*, a. a. O., Bd. 1, S. 238.

[64] *Bratring, F. W. A.*, a. a. O., Bd. 1, S. 404 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Bevölkerung). Solche Unterschiede in der Entwicklung der Produktionsverhältnisse sind aber sicher nicht nur in der Landwirtschaft vorhanden gewesen, wenn quantitative Angaben zu diesem Problem für das Gewerbe und den Handel auch nicht in einem für sichere Aussagen erforderlichen Maße vorhanden sind. Die Auslastung der Arbeitskräfte und die Effektivität des Faktoreinsatzes waren sehr unterschiedlich. Läßt man diesen Gesichtspunkt, der hier nur erwähnt wurde, damit die davon ausgehenden Einflüsse deutlich werden, außer acht, dann kann man das Problem der Zusammenhänge zwischen der Exportstruktur und der Wirtschaftsstruktur schematisch so darstellen, wie es hier in Abbildung 1 geschehen ist.

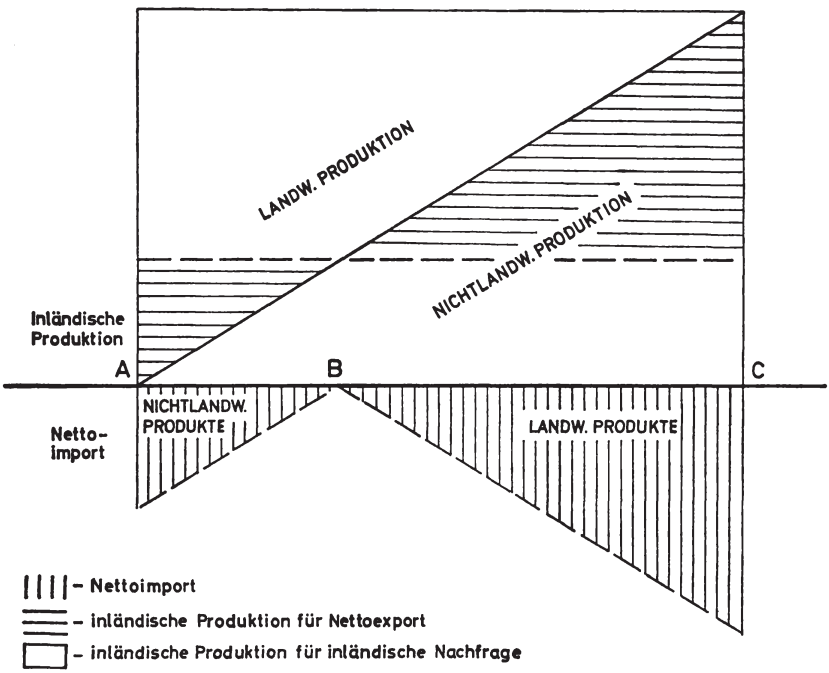


Abbildung 1.

Nettoexport und Nettoimport an Produkten
des (1) primären Sektors und der (2) sekundären und tertiären Sektoren.

Am linken Rand dieser Abbildung (A) sind rein landwirtschaftliche Gebiete einzuordnen, die es aber um 1800 nicht mehr gab, am rechten Rand eine Region ohne landwirtschaftliche Produktion, also z. B. eine Agglomeration wie Berlin (C). Eine solche extrem auf die Produktion nichtlandwirtschaftlicher Güter ausgerichtete Region konnte nur existieren, wenn sie durch zwei rein landwirtschaftliche Regionen (A) ergänzt

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wurde oder wenn eine Vielzahl von Gebieten mit einer Wirtschaftsstruktur zwischen A und B für den Warenaustausch zur Verfügung stand. Ursache dieser notwendigen Ergänzung war die relativ geringe Produktivität in der Landwirtschaft, die um 1800 noch dazu zwang, daß unter den gegebenen rechtlichen und faktischen Produktionsverhältnissen zwei Drittel der arbeitenden Menschen in der Nahrungsmittelerzeugung tätig sein mußten.

Abbildung 1 zeigt zugleich die Entwicklung der auf dem interregionalen Markt umgesetzten Warenmengen bei abnehmender Landwirtschaft und zunehmender nichtlandwirtschaftlicher Tätigkeit. Es sind zwar nur die Nettoexporte (waagerechte Schraffur) und die Nettoimporte (senkrechte Schraffur) aufgenommen worden. In Wirklichkeit war der Güteraustausch stärker, da z. B. unter dem Nettoexport nichtlandwirtschaftlicher Güter die Summe aller exportierten nichtlandwirtschaftlichen Güter vermindert um die importierten nichtlandwirtschaftlichen Güter verstanden wird. Die Nettowerte zeigen aber den Kern des interregionalen Austauschbedarfes. Dies wird vor allem deutlich bei einer Verteilung der Produktion, bei der zwei Drittel aus der Landwirtschaft und ein Drittel aus den nichtlandwirtschaftlichen Betätigungen stammen. Hier ist (Punkt B in Abbildung 1) in den beiden Produktionsbereichen volumenmäßig Autarkie der Region eingetreten, nicht aber in der Produktionsstruktur innerhalb des einen oder des anderen Bereiches.

Wenn auch kurzfristig eine Entwicklung der Wirtschaftsstruktur auf einer Teilstrecke von A bis C denkbar ist, so ist die modellhafte Darstellung in Abbildung 1 nicht als ein Entwicklungsschema gedacht. Vielmehr soll die Vielfalt der Strukturen in den einzelnen Gebieten zu *einem* Zeitpunkt dargestellt werden, das Nebeneinander von gewerbereichen und hauptsächlich auf die landwirtschaftliche Produktion ausgerichteten Regionen. Einer Betrachtung unter dem Gesichtspunkt einer langfristigen Entwicklung steht vor allem die Prämisse gleicher Produktionsverhältnisse entgegen. Ein Vergleich mit heutigen Entwicklungsländern ist daher allenfalls hinsichtlich der Substitution des Importes von gewerblichen Produkten mit zunehmender Annäherung von A an B möglich. Jedoch ist die Palette der nichtlandwirtschaftlichen Produkte im Jahre 1800 nicht so breit gewesen, um z. B. eine Einteilung in einfache Konsum- und Investitionsgüter, in langlebige Konsumgüter und komplizierte Investitionsgüter sinnvoll durchzuführen[65]. Um 1800 konnte man lediglich zwischen einfachen Konsumgütern und Luxusgütern unterscheiden. Die Investitionsgüterproduktion für einen interregionalen Bedarf war noch relativ unbedeutend. Da aber ein sich entwickelndes Gewerbe zunächst

[65] *Hesse, H.:* Die Industrialisierung der Entwicklungsländer in ihren Auswirkungen auf den internationalen Handel, in: Gestaltungsprobleme der Weltwirtschaft, Festschrift A. Predöhl, Göttingen 1964, S. 336 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

den Grundbedarf einer Region produzierte, gab es im Ablauf der gewerblichen Entwicklung immer eine Einfuhr von Luxusgütern, die sich in ihrem Umfang nach dem Vorhandensein einer einkommensstarken Schicht ausrichtete. Grundrenten und Handelsgewinne waren in der vorindustriellen Zeit die wichtigsten Quellen solcher hohen Einkommen. Mit der Entwicklung des sekundären Sektors stieg die durchschnittliche Produktivität je Arbeitskraft und damit das durchschnittliche Einkommen pro Kopf der Bevölkerung aber gar nicht oder kaum, so daß die Substitution der bisher importierten Warenarten durch eine inländische Produktion nicht von dem Entstehen einer zusätzlichen Nachfrage nach anderen nichtlandwirtschaftlichen Gütern aus dem Ausland (oder aus einer anderen Region) begleitet wurden.

b) Die Differenzierung der gewerblichen Wirtschaft innerhalb eines größeren Gebietes (Böhmen)

Würde man die zu betrachtenden Gebiete noch kleiner wählen, als das bisher geschehen ist, dann würde man auch in solchen Regionen, die bereits in der vorindustriellen Zeit gewerbestark gewesen sind, mehr oder weniger große Inseln mit lediglich auf den örtlichen Absatz ausgerichtetem Gewerbe finden. Hierzu sind z. B. die nördlichen Teile des Kurfürstentums Sachsen, Teile Böhmens und Mährens ebenso zu zählen wie Waldeck, Hohenlohe[66], das Fürstentum Worms und anscheinend auch die verstreuten Gebiete des Deutschmeisters in Mergentheim, für die Höck als Exportgüter lediglich Getreide, Vieh und Wein angibt[67]. In welchem Maße eine solche Differenzierung innerhalb eines größeren Gebietes in Erscheinung trat, soll an den Verhältnissen in Böhmen gezeigt werden. Hier konzentrierte sich das Gewerbe von überregionaler Bedeutung vor allem auf die nördlichen Randgebiete vom Elbogener bis zum Königgrätzer Kreis. Diese sechs der insgesamt 16 böhmischen Kreise umfaßten 43 v. H. der Einwohner des Landes, aber etwa 65 v. H. der Fabrikbeschäftigten, d. h. der Fabrikarbeiterbesatz lag dort bei mehr als dem Doppelten der übrigen Kreise[68]. Eine Zusammenstellung der Fabrikarbeiter- und der Bevölkerungszahlen mag diese einseitige Bevorzugung zeigen, vgl. Tabelle 4.

---

[66] Bei etwa 70 000 Einwohnern in Waldeck ist nur eine Wolltuch- und Zeugfabrik von Bedeutung gewesen, vgl. *Höck, J. D. A.*, a. a. O., Tabelle 3 der neuen Fürstentümer und Grafschaften.
Bei etwa 80 000 Einwohnern in Hohenlohe sind nur eine Tuchmanufaktur in Neuenstein, eine Schmelzhütte und ein Eisenhammer zu Ernspach, ferner einige Papierfabriken von Höck genannt worden. Die Ausfuhr von Vieh nach Frankreich, von Wein und Holz in andere Gebiete beherrschte den Außenhandel, vgl. *Höck, J. D. A.*, a. a. O., Tabelle 3 der neuen Fürstentümer und Grafschaften.

[67] Vgl. *Höck, J. D. A.*, a. a. O., Tabelle 5 der geistlichen Wahlstaaten.

[68] *Purs, J.*, a. a. O., Anhang Tabelle 33.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 4

Verteilung der Fabrikarbeiter und der Bevölkerung auf die einzelnen Kreise Böhmens um 1800

Gebiete (Kreise und Stadt Prag)	Fabrikarbeiter	Bevölkerungszahl	Fabrikarbeiter in v. H. der Bevölkerung
Elbogen (Loket)	19 845	154 836	12,8
Königgrätz (Hradec Králové)	20 737	239 221	8,7
Leitmeritz (Litoměrice)	23 172	275 597	8,4
Saaz (Zatec)	6 967	109 011	6,4
Bunzlau (Boleslav)	15 954	277 897	5,7
Bydschow (Bydzow)	9 513	176 123	5,4
Zwischensumme	96 188	1 232 685	7,8
Stadt Prag (Praha)	3 716	74 273	5,0
Tabor (Tábor)	7 079	149 438	4,7
Klattau (Klatovy)	5 406	124 116	4,3
Chrudim (Chrudim)	9 005	217 538	4,1
Budweis (Budejovice)	6 416	168 368	3,8
Czaslau (Cáslav)	6 071	161 763	3,8
Prachin (Prachen)	6 336	194 511	3,3
Pilsen (Plzen)	3 731	162 001	2,3
Beraun (Beroun)	2 536	120 922	2,1
Kaurzim (Kaurim)	1 511	128 348	1,2
Rakoniz (Rakovnik)	976	118 500	0,8
Zwischensumme	52 783	1 619 778	3,3
Insgesamt	148 971	2 852 463	5,2

Quelle: Zusammengestellt und errechnet aus den Angaben bei *Purs, J.:* Struktur und Dynamik der industriellen Entwicklung in Böhmen im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Berlin 1965, Anhang, Tabellen 31 und 34 a.

Die Gesamtsumme der Bevölkerung wird für Böhmen in der Literatur sehr unterschiedlich angegeben. Zudem ist Purs in seiner Zusammenstellung in Tabelle 34 a offensichtlich ein Rechenfehler unterlaufen. Die in diesen Mängeln liegende Unsicherheit kann aber die grundsätzliche Tendenz der Verteilung der Fabrikarbeiter auf die einzelnen Kreise nicht in Frage stellen. Die Spannweite zwischen dem am stärksten und dem am schwächsten mit Fabrikarbeitern ausgestatteten Kreis zeigt das Ausmaß der Differenzierung. Der Gesamtdurchschnitt von 5,2 v. H., den lediglich die sechs nördlichen Kreise übertrafen, dürfte bereits weit über dem mitteleuropäischen Durchschnitt gelegen haben. Sogar die Hauptstadt Prag hatte einen geringeren Besatz.

Neben diesen Fabrikarbeitern gab es noch eine große Zahl von hier nicht aufgenommenen Spinnern, die die Garne für die Textilherstellung

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

lieferten. Purs gibt deren Zahl mit 404 237 Personen an[69]. Dies würde bedeuten, daß bei einer Beschäftigungsquote von etwa 45 v. H. mehr als 30 v. H. aller Arbeitenden als Spinner tätig waren. Zusammen mit 11,6 v. H. Fabrikarbeitern und etwa 10 v. H. im Gewerbe für den örtlichen Bedarf Beschäftigten gehörten demnach etwas mehr als die Hälfte aller Tätigen zum sekundären Sektor. Nimmt man den tertiären Sektor in Anlehnung an die für ganz Preußen als Durchschnitt errechneten Werte mit ungefähr 15 v. H. an, dann blieben für den primären Sektor, d. h. in erster Linie für die Landwirtschaft, nur noch 35 v. H. und weniger der Beschäftigten übrig. Dieses Ergebnis könnte nur dann mit der Wirklichkeit übereinstimmen, wenn Böhmen einen umfangreichen Import an Nahrungsmitteln für etwa ein Drittel der Bevölkerung gehabt hätte (etwa 200 000 t) oder wenn die Produktionsverhältnisse in der böhmischen Landwirtschaft weit über dem Durchschnitt ganz Europas gelegen hätten. Beides war aber nicht der Fall.

Eine Kontrollrechnung über die Produktion an Textilien ergibt ebenfalls, daß die Zahl von 404 000 Spinnern zu hoch gegriffen ist. Die Ausfuhr von Garn im Werte von 108 129 fl.[70] wird nur etwa 2000 Vollarbeitskräfte mit Einkommen versehen haben[71]. Das meiste Garn wird also im Inland verarbeitet worden sein. Geht man davon aus, daß die etwa 60 000 Webstühle[72] des Landes voll ausgenutzt wurden, dann wurden für die Herstellung von Garnen etwa 200 000 voll arbeitende Spinner benötigt[73]. Wie unterschiedlich in den einzelnen Zweigen der Textilherstellung das Verhältnis von Webstühlen zu Spinnern gewesen ist, zeigt Tabelle 5. Das zu verarbeitende Material allein rechtfertigt so große Abweichungen im

Tabelle 5

Webstühle und Spinner in den einzelnen Zweigen der böhmischen Textilindustrie um 1800

	Leinen	Wolle	Baumwolle	Insgesamt
Zahl der Webstühle	40 017	10 874	5 830	56 721
Zahl der Spinner	321 720	50 614	31 903	404 237
Spinner je Webstuhl	8,0	4,7	5,5	7,1

Quelle: Errechnet und zusammengestellt nach den Angaben bei *Purs, J.*: a. a. O., Teil 2, S. 108 ff.

[69] Für 1798, vgl. *Purs, J.*, a. a. O., Anhang, Tabelle 34 b.
[70] *Purs, J.*, a. a. O., Anhang, Tabelle 41.
[71] Es wurde dabei von einem Ertrag je Spinner in Höhe von real 10 dz Roggen ausgegangen. Von diesem Einkommen mußte aber auch noch der Rohstoff zur Garnherstellung beschafft werden (durch Kauf oder durch Anbau auf eigenem Land).
[72] *Purs, J.*, a. a. O., Teil 2, S. 108 ff.
[73] Vgl. Anmerkung 12.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Verhältnis der Webstühle und Spinner nicht. Purs hat offensichtlich die in den Quellen vorhandenen Angaben zu unkritisch übernommen, indem er einen entscheidenden Punkt außer acht gelassen hat: die tatsächliche Ausnutzung der vorhandenen Kapazität. Gerade der Unterschied im Verhältnis von Webstühlen und Spinnern zeigt, daß die Spinner nur zum geringen Teil als volle Arbeitskräfte anzusehen sind. Da man für andere Gebiete ein Verhältnis von 1 zu 3,5 bei Vollbeschäftigung errechnen kann, wird man bei den geringen Unterschieden in der Produktionstechnik um 1800 auch für Böhmen eine solche Relation annehmen können. Am nächsten kommen diesem Wert die Relationen bei der Verarbeitung von Wolle und Baumwolle. Dies ist durchaus verständlich, denn bei der Flachsproduktion war die Verbindung zwischen dem Flachserzeuger (die zahlreichen kleinen Landbesitzer)[74] und den Familien mit freier Arbeitskraft für die Herstellung der Garne gegeben, so daß die Herstellung der Leinengarne wohl hauptsächlich nebenberuflich erfolgte[75]. Demgegenüber war die Wollproduktion mehr konzentriert, nämlich bei den mit umfangreichen Weiderechten ausgestatteten Grundherren. Auch die Baumwolle war als Einfuhrgut schon in großen Mengen zusammengefaßt. Hier wurden von den Wollaufkäufern, teilweise auch bereits von den Gutsherren im Rahmen der Frondienste und von den Importeuren der Baumwolle eher hauptberufliche, pro Arbeitskraft größere Mengen verarbeitende Beschäftigte in die Garnherstellung eingespannt[76]. Im Ergebnis wird man also die Angaben von Purs dahingehend interpretieren müssen, daß 404 000 nicht vollbeschäftigte Spinner vorhanden gewesen sind. Bei einer Umrechnung auf Vollbeschäftigte und Entmischung der Tätigkeiten der einzelnen Personen kommt man auf die Zahl von etwa 200 000. Da die Personen mit gemischter Tätigkeit in der Landwirtschaft als volle Arbeitskräfte arbeiten konnten und nur die Zeiten mit geringerer Beanspruchung durch die Landwirtschaft für das Spinnen zu benutzen brauchten, wird man daher von einem Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten von mehr als 50 v. H. ausgehen können, so daß im Ergebnis folgende Anteile der einzelnen Zweige an der arbeitenden Bevölkerung Böhmens geschätzt werden können:

---

[74] Vgl. *Henning, F.-W.:* Die Betriebsgrößenstruktur der mitteleuropäischen Landwirtschaft, a. a. O., S. 179.

[75] Diese Tendenz zum nebenberuflichen Erzeugen von Leinengeweben zeigen zwei Zahlen für die deutschen Verhältnisse vor der Mitte des 19. Jahrhunderts (1846). Damals sollen 86,1 v. H. der Leinenwebstühle, aber nur 12,6 v. H. der Wollwebstühle nebenberuflich — vor allem auf dem Lande — betrieben worden sein, vgl. *Sombart, W.:* Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert, 2. Aufl., Berlin 1909, S. 32. Die Webstühle auf dem Lande standen in enger Verbindung mit der Leinengarnherstellung und wurden ebenfalls im Nebenberuf durch die Familien der Flachsanbauer betrieben.

[76] Auf die Unsicherheit der Angaben von *Purs, J.*, sei ausdrücklich hingewiesen. So gab es danach 1780 in Böhmen 133 214 Flachsspinner und 25 864 Flachsstühle, nach *Höck, J. D. A.*, a. a. O., aber 1782 249 540 Flachsspinner und

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

	Landwirtschaft	55 v. H.
	Fabrikarbeiter	12 v. H.
	Spinner (z. T. nebenberuflich)	10 v. H.
	Sonstiges Gewerbe (Handwerk)	10 v. H.
	Dienstleistungen	13 v. H.
	Insgesamt	100 v. H.

Die hier vorgeführten Unterschiede in der Ausstattung der einzelnen Kreise Böhmens mit Fabrikarbeitern zeigen die Differenzierung der Wirtschaftsstruktur innerhalb eines größeren Gebietes. „Eine natürliche Arbeitsteilung zwischen der Landwirtschaft fruchtbarer Gebiete und der Industrieproduktion der dichtbevölkerten Gebirgsgegenden mit schlechteren landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen" hatte sich im Laufe der Zeit bis zum Ende des 18. Jahrhunderts entwickelt[77]. Welches die Ursachen dieser Differenzierungen gewesen sind, läßt sich den Bemerkungen Purs' nicht entnehmen. Er gibt nur für die Entwicklung der letzten Jahrzehnte des 18. Jahrhunderts als Gründe an: natürliche Bedingungen, Bevölkerungsdichte, Produktionstradition, Bedingungen der landwirtschaftlichen Produktion und „andere sozialökonomische Momente"[78].

Da der größte Teil der „Industrieproduktion", nämlich mehr als 70 v. H., aus Textilien bestand, sind den natürlichen Bedingungen wohl keine großen Wirkungen beizumessen. Die Leinenherstellung benötigte gute Böden und für die Verarbeitung bereite und fähige Menschen. Mit guten Böden waren andere Gegenden als die Gebirgszonen mit dem ausgedehnten Leinanbau besser ausgestattet. Die Bevölkerungsdichte war nicht die Voraussetzung der gewerblichen Produktion, sondern diese erst verbesserte die Einkommensmöglichkeit in den Gebirgszonen und führte wechselseitig zu einer Verdichtung der Siedlungen. Im ganzen wird man daher sagen können, daß eine regere Bereitschaft zur Übernahme anderer als landwirtschaftlicher Tätigkeiten ein wesentlicher Faktor gewesen ist, wobei in den Gebirgsgegenden vielleicht die Gutsherrschaften nicht

38 811 Flachsstühle. Bei der Baumwollherstellung ist der Unterschied zwischen beiden Quellen sogar noch stärker, obwohl beide Autoren sich auf die gleichen Quellen stützen: *Rieger, J. A. v.*, und *Schreyer, J. A.* Teilweise hat Purs zur Ergänzung noch eigene Archivuntersuchungen (Fabriktabellen) vorgenommen. Leider unterläßt er es aber, seine bessere Materialkenntnis dahingehend auszunutzen, daß er sich mit den unterschiedlichen Angaben in der Literatur auseinandersetzt. So ist z. B. der Anstieg der Zahl der Webstühle für Flachsgarn bei einem Vergleich der Zahlen von Höck und Purs in den letzten zwei Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts mit etwa 3 v. H. (Höck) oder mit 54 v. H. (Purs) anzusetzen, in dem ersten Fall also ein Stagnieren, im zweiten Fall ein kräftiger Anstieg zu verzeichnen.

[77] *Purs, J.*, a. a. O., Teil 2, S. 121.

[78] *Purs, J.*, a. a. O., Teil 2, S. 117.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

so ausgeprägt waren und dadurch die gewerbliche Nebentätigkeit nicht so leicht behindert wurde.

c) Die Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur einzelner mitteleuropäischer Gebiete

Da das Beispiel Böhmens gezeigt hat, daß bei der Betrachtung größerer Gegenden noch Unterschiede innerhalb dieser Gebiete vorhanden gewesen sein können, die bei einer Gesamtbetrachtung nicht mehr genügend zum Ausdruck kommen, sollen im folgenden einige nicht so umfassende, relativ geschlossene und mit jeweils gleichen Voraussetzungen versehene Gebiete betrachtet werden. Die Ordnung dieser Regionen in eine Reihe in Tabelle 6 ist nach der Ausdehnung des sekundären Sektors erfolgt.

Tabelle 6

Wirtschaftsstruktur in einigen Gebieten Mitteleuropas um 1800, gegliedert nach der Zahl der Beschäftigten in den einzelnen Sektoren (in v. H. aller Beschäftigten)

Gebiet	Anteil der Sektoren		
	Primärer	Sekundärer	Tertiärer
Litauen	87,1	8,8	4,1
Schievelbein-Dramburg	75,2	16,3	7,5
Würzburg	69,0	17,6	13,4
Uckermark	67,5	19,2	13,3
Kleve	66,2	20,3	13,5
Magdeburg	61,0	25,0	14,0
Südstarkenburg (1777)	61,6	26,2	12,2
Böhmen	55,0	32,0	13,0
Minden	49,4	41,5	9,1
Berg	25,3	59,5	15,2

Aus Tabelle 6 wird deutlich, daß für die Ausdehnung des primären und des sekundären Sektors der Anteil des tertiären wichtig ist. Die Schwankungsbreite in diesem Bereich von 4,1 v. H. im ostpreußischen Kammerdepartement Litauen bis 15,2 v. H. im Herzogtum Berg wird durch unterschiedliche Faktoren bewirkt:

1. Die Zahl der mit überdurchschnittlichem Einkommen versehenen Haushalte oder die Haushalte, die sich aus Gründen des sozialen Status Hauspersonal halten mußten, war eine wichtige Quelle der Unterschiede. Dieser Anteil lag in Litauen besonders niedrig.

2. Der Umfang des Beamtenapparates eines Gebietes veränderte die Zahl der im Dienstleistungssektor Tätigen unmittelbar und über die häuslichen Dienste auch indirekt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

3. Die Standorte für den Handel und das Transportwesen waren überdurchschnittlich mit im tertiären Sektor Beschäftigten ausgestattet (z. B. das Herzogtum Berg mit dem in Düsseldorf konzentrierten Handel).

4. Das Vorhandensein einer größeren Stadt hatte nicht nur die Ausdehnung der überörtlichen Aufgaben durch eine Erhöhung der Beamtenzahl zur Folge, sondern auch andere Beschäftigungsarten profitierten hiervon. Als Beispiel sollen hier die Barbiere, Chirurgen und Feldscherer, d. h. die Heilberufe, genannt werden.

Bei der Ausdehnung des sekundären Sektors kam es in nicht unerheblichem Maße darauf an, ob dieser Sektor für den Export arbeitete. Eine Schlüsselstellung hatte dabei die Textilherstellung. In Minden mit einem weit überdurchschnittlichen Anteil des sekundären Sektors bestand der Export an Landesprodukten fast ausschließlich aus Textilien (Leinen)[79]. Für Böhmen sind die Angaben nicht ganz so einseitig. Es überwiegt zwar ebenfalls der Textilsektor mit 74 v. H. Daneben traten aber auch andere Fabrikate: Glaswaren = 18 v. H. (Glas, Spiegel, Schmelzperl und Komposition); andere gewerbliche Produkte = 5 v. H.; Rohstoffe = 3 v. H. (Wolle, Lein und Häute)[80]. Auch das am stärksten mit Beschäftigten im sekundären Sektor ausgestattete Herzogtum Berg hatte zunächst vor allem Textilprodukte auszuführen. Barmen und Elberfeld, aber auch kleinere Städte zwischen dem Tal der Wupper und Düsseldorf waren an dieser Produktion beteiligt[81]. Daneben bestand ein intensives metallerzeugendes und -verarbeitendes Gewerbe. Das Land hatte zwar nur ein Zehntel der Bevölkerung Böhmens, jedoch eine Eisenproduktion, die etwa die Hälfte der Böhmens erreichte. Die ausgedehnten Textilgewerbe und die metallverarbeitenden Gewerbe sorgten dafür, daß die Wirtschaft des Landes nicht zu einseitig ausgerichtet war, und daß mit etwa 85 Einwohnern je qkm eine relativ hohe Bevölkerungsdichte erreicht werden konnte. Die beiden wichtigsten Gewerbezweige für eine überörtliche Produktion waren hier vorhanden.

Einseitig ausgerichtet war dagegen die Wirtschaft der Grafschaft Ravensberg und die des Fürstentums Minden mit vorzüglich Textilerzeugung. Eisenerzeugende und -verarbeitende Gebiete hatten nicht immer wie Berg eine Ergänzung durch Textilgewerbe aufzuweisen. Hier sind z. B. die innerösterreichischen Länder Steiermark und Kärnten zu

---

[79] *Weddigen, P. F.:* Historisch-geographisch-statistische Beiträge zur näheren Kenntnis Westfalens, a. a. O., Teil 1, S. 133 ff. Neben die Ausfuhr fertigen Leinens trat auch in größerem Maße die Ausfuhr von Garn, sog. Moltgarn, nach Elberfeld und nach anderen Städten des Rheinlandes.

[80] *Purs, J.*, a. a. O., Tabelle 41.

[81] Als äußeres Zeichen der Spitzenstellung der Textilproduktion mag die Einrichtung der ersten mechanischen (Baumwoll-)Spinnerei in Deutschland 1784 in Ratingen bei Düsseldorf durch einen Elberfelder angesehen werden, vgl. *Ratingen*, in: Rheinisches Städtebuch, hg. von E. Keyser, Stuttgart 1956.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nennen, die jeweils umfangreiche Stätten der Eisenerzeugung und -verarbeitung besaßen, die aber in nicht so starkem Maße durch andere Exportgewerbe ergänzt wurden. Dort bestimmte daher das Metallgewerbe die gewerbliche Produktion, obgleich es pro Einwohner ein geringeres Gewicht besaß als in Berg[82]. In den genannten Alpenländern wurde daher der gewerbliche Export auch noch durch landwirtschaftliche Produkte ergänzt. Die Steiermark lieferte jährlich ungefähr 6000 Ochsen nach Wien und nach anderen nördlichen Teilen Österreichs und 2000 Stück nach Kärnten. Kärnten lieferte neben den im Vergleich zur Steiermark nicht so umfangreichen gewerblichen Gütern Ochsen und andere landwirtschaftlichen Produkte nach Tirol und vor allem nach Italien[83]. Die Unterschiede beruhten also in erster Linie auf dem gewerblichen Sektor. Die Landwirtschaft war ursprünglich vorhanden und ernährte absolut gesehen die gleiche Menschenzahl wie vor der Entwicklung eines exportorientierten Gewerbes. Deutlich wird dieser Unterschied zwischen einem Gebiet wie Ostpreußen (die beiden Kammerdepartements Ostpreußen und Litauen umfassend), das immerhin bereits 6000 Manufaktur- und Fabrikarbeiter hatte, und daneben noch 37 000 Handwerksmeister, -gesellen und -lehrlinge besaß, und gewerbereichen Gebieten wie Berg, Böhmen oder Sachsen, mit jeweils mehr als 30 v. H. im sekundären Sektor Beschäftigten. In Ostpreußen waren von der gesamten Bevölkerung 3,8 v. H. im Handwerk und 0,6 in den Manufakturen und Fabriken tätig oder insgesamt etwa 9,8 v. H. aller Beschäftigten im gewerblichen Sektor. Dazu kamen etwa 3700 Vollarbeitskraftäquivalente für die nebenberufliche Textilherstellung in Stadt und Land.

In den ebenfalls nicht sehr stark mit gewerblicher Produktion für den überörtlichen Markt ausgestatteten Gebieten wie in den Hinterkreisen der Neumark (Dramburg-Schievelbein), der Uckermark und der Altmark bestanden keine wesentlich anderen Strukturen des sekundären Sektors[84]. Der wichtigste Unterschied lag nur in einer besseren Ausstattung mit Gewerbetreibenden pro 1000 Einwohner, d. h. in einem dichteren Besatz als in Ostpreußen. Der Export an gewerblichen Produkten war aber auch hier nicht bedeutend. In den Kreisen Dramburg-Schievelbein arbeiteten z. B. nur 65 Tuchmacher und 11 in Glashütten Beschäf-

---

[82] In Berg wurden bei etwa 260 000 Einwohnern jährlich mehr als 50 000 t Eisen erzeugt und verarbeitet, in der Steiermark bei etwa 850 000 Einwohnern 10 000 t. Pro Kopf der Bevölkerung kamen in Berg also 19 kg, in der Steiermark aber nur 12 kg. Böhmen lag mit 4 kg weit unter diesen Landesdurchschnitten. Berechnet nach den Angaben bei *Höck, J. D. A.*, a. a. O.; *Weddigen, P. F.*, a. a. O.; *Purs, J.*, a. a. O; und anderen.

[83] *Höck, J. D. A.*, a. a. O,. Tafel 2 der kaiserlich-königlichen Erbstaaten.

[84] Auch die bayerischen Werte lagen anscheinend kaum höher oder niedriger als in Würzburg, der Altmark usw., vgl. *Schremmer, E.*: Die Wirtschaft Bayerns, München 1970, S. 384 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tigte für die Ausfuhr. Der sekundäre Sektor dieses Gebietes teilte sich also in 15,6 v. H. Produzenten für den inländischen Markt und 0,7 v. H. für den Export. Der größere Besatz für den inländischen Markt produzierender Gewerbetreibender machte sich meistens auch in einer weiter entwickelten Arbeitsteilung, d. h. in einer größeren Auffächerung der Handwerkerberufe geltend.

Unter Berücksichtigung nur der noch vorwiegend auf landwirtschaftliche Produktion ausgerichteten Gebiete wird man daher für den minimalen Grundbedarf einen Besatz wie in Litauen von 8 bis 9 v. H. der Beschäftigten und bei einer Beschäftigungsquote von etwa 45 v. H.[85] etwa 4 im Gewerbe Tätige je 100 Einwohner annehmen können. Die tatsächliche Ausdehnung des sekundären Sektors in weiter westlich liegenden, noch überwiegend auf den örtlichen Markt in der gewerblichen Produktion ausgerichteten Gebieten auf 15 bis 19 v. H. der Beschäftigten (= 7 bis 8 je 100 Einwohner) zeigt aber, daß in den meisten Teilen Mitteleuropas der sekundäre Sektor bereits um 1800 auf fast das Doppelte des minimalen Grundbedarfes angewachsen war. Das konnte verschiedene Gründe haben:

1. In den Gebieten mit nur 4 im Gewerbe Beschäftigten je 100 Einwohner wurde ein Teil der inländischen Nachfrage durch Einfuhren befriedigt.

2. In den stärker mit Gewerbebeschäftigten ausgestatteten Gebieten bestand eine größere Nachfrage auf Grund besserer Einkommensmöglichkeiten der landwirtschaftlichen Bevölkerung, etwa weil die geringere Entfernung zu den Nachfragezentren landwirtschaftlicher Produkte günstigere Preise gewährte (also eine Lagerente)[86].

3. Die Gewerbetreibenden der stärker mit Gewerbebeschäftigten versehenen Gebiete konnten eine geringere Ausnutzung ihrer Kapazitäten (versteckte Arbeitslosigkeit) haben.

Vermutlich werden alle drei Ursachen einen Einfluß ausgeübt haben. Jedoch wird wohl dem dritten Punkt keine zu große Bedeutung bei einer langfristigen Betrachtung bis zum Ende des 18. Jahrhunderts beizumessen sein, wie sich daraus ergibt, daß alle in stärkerem Maße mit im Gewerbe Beschäftigten ausgestatteten Gebiete (d. h. mehr als 20 v. H. der Beschäftigten) gewerbliche Produkte exportierten. Eine versteckte Arbeitslosigkeit bei einem Besatz von 10 bis 20 v. H. der Beschäftigten

[85] Wenn hier ein Durchschnitt für die Beschäftigtenquote von 45 v. H. angenommen wurde, so ist dabei zu berücksichtigen, daß gerade stark landwirtschaftlich ausgerichtete Gebiete meistens eine höhere Beschäftigtenquote aufzuweisen gehabt haben, vgl. oben den Abschnitt über die Beschäftigtenstruktur Preußens um 1800.

[86] Vgl. zu dem Preisgefälle für Agrarprodukte von West nach Ost, *Abel, W.*: Agrarkrisen und Agrarkonjunktur, 2. Aufl., Hamburg-Berlin 1966, S. 257 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

hätte vermutlich bereits eine Produktion für den überregionalen Absatz stimuliert[87]. Es soll dabei aber nicht übersehen werden, daß für eine gewisse Übergangszeit, also kurzfristig, durchaus auch eine versteckte Arbeitslosigkeit größeren Ausmaßes vorhanden gewesen sein könnte, die nicht unbedingt bei der Produktion von Exportgütern beseitigt wurde.

Da nach den heutigen wirtschaftswissenschaftlichen Ansichten ein Gebiet mit ausgedehntem sekundären Sektor im Vergleich zu einem Gebiet mit größerem primären Sektor als weiter entwickelt angesprochen wird, muß hier noch auf ein besonderes Problem hingewiesen werden. In vorindustrieller Zeit ist keineswegs eine Ausdehnung des sekundären Sektors als eine Weiterentwicklung, d. h. als ein Wachstum im Sinne einer Zunahme des Pro-Kopf-Einkommens anzusehen. Dazu war der technische Fortschritt noch zu wenig mit den Produktionsmethoden verbunden. Außerdem war die Aufnahmefähigkeit für Produkte des sekundären Sektors noch zu gering[88], so daß die Wertschöpfung pro Arbeitskraft im allgemeinen im primären Sektor noch überlegen war (größere Arbeitsproduktivität bei günstigeren Preisentwicklungen für Agrarprodukte in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts). Das Grenzprodukt wird daher in der Landwirtschaft höher gelegen haben als im Gewerbe.

d) Das Ergebnis

Versucht man die regionalen Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur (gemessen am Anteil der Beschäftigten in den einzelnen Sektoren) in einem Schaubild deutlich zu machen, dann geschieht dies am besten mit Hilfe eines Diagramms, das aber nicht den zeitlichen Ablauf einer Entwicklung von links nach rechts enthalten soll, vgl. Abbildung 2.

In dieses Schema läßt sich fast jede mitteleuropäische Region einordnen. Abweichungen im Verhältnis der drei Sektoren von dem für Abbildung 2 zugrunde gelegten Muster sind vorgekommen. Wenn sich Abbildung 2 auch an der Wirklichkeit orientiert, so stellt sie doch nur eine schematisierende Idealisierung dar. Die Vielfalt der wirklichen Erscheinungen läßt sich an einigen Idealtypen, die zugleich Grenzsituationen wiedergeben, messen:

a) Die Landwirtschaft ist nur durch auf den örtlichen Bedarf ausgerichtete Gewerbe und Dienstleistungen ergänzt. Diesem Typ kommen

---

[87] Zum Ende des 18. Jahrhunderts werden allerdings die Ausdehnungsmöglichkeiten für die gewerbliche Produktion der traditionellen Art erschöpft gewesen sein, vgl. *Henning, F.-W.*: Die Einführung der Gewerbefreiheit und ihre Auswirkungen auf das Handwerk in Deutschland, in: Abel, W.: Handwerksgeschichte in neuer Sicht, Göttingen 1970, S. 165.

[88] Über die Umsätze der Gewerbetreibenden um 1800 in Bayern und die darin zum Ausdruck kommende versteckte Arbeitslosigkeit, vgl. Schremmer, E.: Die Wirtschaft Bayerns, a. a. O., S. 424 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

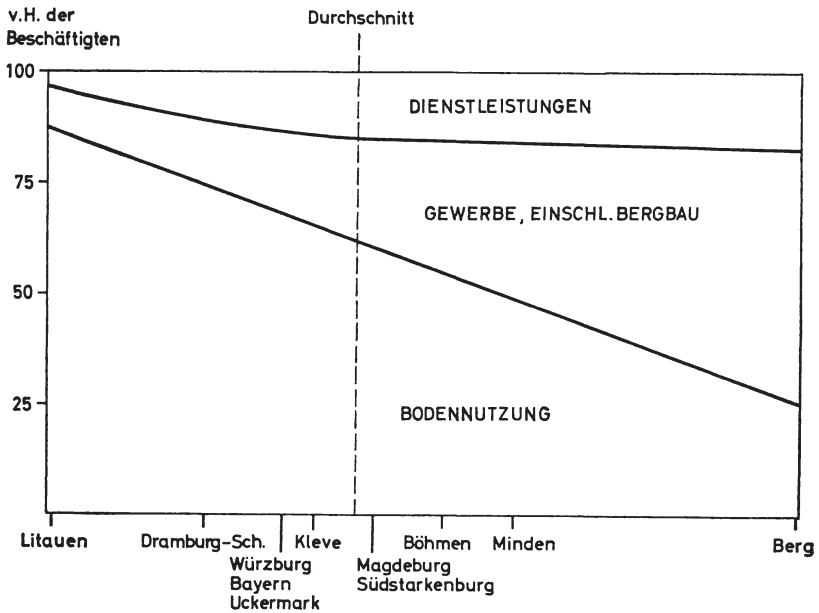


Abbildung 2.

Die Wirtschaftsstruktur einzelner mitteleuropäischer Gebiete um 1800 (gegliedert nach der Zahl der Beschäftigten in einzelnen Sektoren).

nahe: Ostpreußen, Pommern, Mecklenburg, Bayern, Würzburg, Hohenlohe.

Kennzeichen: Export landwirtschaftlicher Produkte für die Versorgung anderer Gebiete mit Nahrungsmitteln und gewerblichen Rohstoffen.

Import gewerblicher Produkte, insbesondere des gehobenen Bedarfes für die Bezieher der Grundrenten und der Handelsgewinne.

b) Der gewerbliche Sektor ist über den örtlichen Bedarf hinaus ausgedehnt. Neben die Gewerbe des Grundbedarfes treten Exportgewerbe.

Grundbedarf: Kleidung: Schneider, Schuhmacher.

Nahrung: Müller, Bäcker, Fleischer.

Gebäude: Zimmermann, Maurer, Tischler (Wohnungen und Betriebsgebäude).

Betriebsmittel: Schmiede, Rademacher, Drechsler, Sattler.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Kennzeichen: Export gewerblicher Produkte.

Import von Nahrungsmitteln und teilweise auch von gewerblichen Rohstoffen (Flachs, Wolle, Baumwolle, Metalle) oder Halbfabrikaten (Garne).

Bei diesem vom Gewerbe geprägten Typ ist eine weitere Unterteilung unter dem Aspekt des Ansatzpunktes für die gewerbliche Produktion möglich:

11. Rohstofforientierte Gewerbe: Erzeugnisse des Bergbaues, Metallverarbeitung (Berg, Mark, Steiermark, Kärnten). In der Wirklichkeit ist dieser Typ meistens mit a) oder mit b) 22. gemischt.

22. Arbeitsorientierte Gewerbe: vor allem Textilgewerbe:

aa) Einfuhr von Rohstoffen (Niederlande) oder von Halbfabrikaten (z. B. Barmen, überhaupt viele Städte im Verhältnis zu ihrem Umland).

bb) Erzeugung von Rohstoffen im Inland aus der Landwirtschaft (Flachsanbau, Schafzucht) z. B. Minden, Ravensberg, Teile Sachsens, Schlesiens und Böhmens. Minden und Ravensberg kamen diesem Idealtyp sehr nahe, da neben den Textilgewerben kaum noch andere Bereiche des sekundären Sektors mit dem Export verbunden waren. Die übrigen Gebiete stellen Mischgebiete dar, da hier neben den Textilgewerben auch nennenswerte andere nichtlandwirtschaftliche Produktionszweige für den Export arbeiteten.

33. Absatzorientierte Gewerbe lassen sich in die beiden oben genannten Typen mit einordnen (22., aa) und bb). Denn die Absatzorientierung für den Export (oder für Einrichtungen mit überörtlicher Bedeutung, wie z. B. für einen fürstlichen Hof) setzt auch das Vorhandensein von genügend Arbeitskräften voraus, ohne daß hier der Verarbeitungsgegenstand (Rohstoff) entscheidender Ansatzpunkt werden kann, auch wenn er vorhanden ist und nicht herbeigeschafft zu werden braucht.

4. Die Unterschiede zwischen Stadt und Land

Da die Städte und auch das sog. „platte Land" unterschiedliche Wirtschaftsstrukturen aufzuweisen hatten, sollen zunächst diese Unterschiede dadurch deutlich gemacht werden, daß die dörfliche und die städtische Struktur gesondert dargestellt werden. Dies hat zugleich den Vorteil, daß das Besondere und das Allgemeine im städtischen und im dörflichen Bereich deutlich gemacht werden können.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

a) Die grundsätzlichen Gemeinsamkeiten der dörflichen Wirtschaftsstruktur und die Unterschiede zwischen ländlichen Gebieten

Die dörfliche Wirtschaftsstruktur einiger Gebiete

Stellt man die Wirtschaftsstrukturen verschiedener ländlicher Gebiete gegenüber, dann ergeben sich wie schon bei der Betrachtung der Gesamtstruktur derselben Gebiete erhebliche Abweichungen, vgl. Tabelle 7.

Tabelle 7

Verteilung der Beschäftigten auf die drei Sektoren in verschiedenen Dorfgruppen um 1800 (in v. H. aller Beschäftigten)

Bereich der Dörfer	Sektoren		
	Primärer	Sekundärer	Tertiärer
Litauen	93,4	2,9	3,7
Dramburg-Schievelbein	90,8	3,3	5,9
Uckermark (ohne Flecken)	89,7	4,8	6,5
Uckermark (mit Flecken)	86,9	5,5	7,6
Kleve	79,4	13,1	7,5
Minden	53,5	40,2	6,3
Berg	36,9	57,1	6,0

Entscheidend für die Wirtschaftsstruktur der Dörfer waren zwei Momente:

1. Der Umfang der Befriedigung der örtlichen Nachfrage nach gewerblichen Produkten durch ländliche Gewerbetreibende war von der Ausdehnung des dörflichen Gewerbes abhängig. Ein Teil der Nachfrage konnte aus den nahen Städten befriedigt werden, ein weiterer Teil aus den Einfuhren aus anderen gewerbereichen Gebieten. Das Beispiel Ostpreußen macht beide Aspekte deutlich: Im Kammerbezirk Litauen (Gumbinnen) lag die Handwerkerdichte je 1000 Einwohner der Dörfer nur bei etwa 60 v. H. der Handwerkerdichte in den Dörfern des Kammerbezirks Ostpreußen (Königsberg). Dagegen war die Handwerkerdichte mit 204 je 1000 Einwohner in den litauischen Städten größer als die in den ostpreußischen Städten mit 150.

Die kleinen Landstädte Litauens hatten offensichtlich einen Teil der Funktion des dörflichen Handwerks — im Vergleich zum Kammerbezirk Ostpreußen — mitübernommen[89]. Die rechtlichen Bedingungen für das Betreiben eines Handwerksbetriebes waren in beiden Kammerbezirken

[89] Vgl. hierzu *Henning, F.-W.*: Die Einführung der Gewerbefreiheit, a. a. O., S. 167, Tabelle 3.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die gleichen. Vielleicht hat die Besiedlung Litauens in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts diese Unterschiede mit bewirkt[90].

Man bevorzugte offensichtlich zunächst die Handwerkeransiedlungen in den kleinen Landstädten und weniger in den Dörfern. Die Anreize, die von der Bevölkerungsdichte ausgehen konnten, waren in beiden Kammerbezirken kaum unterschiedlich. Ostpreußen hatte mit 24,5 Einwohnern je qkm kaum mehr als Litauen mit 24,3. Berücksichtigt man nur die Dorfbewohner in der Annahme, daß in beiden Bezirken eine etwa gleich große Fläche zu den Städten gehörte, dann war auf dem sog. platten Land in Ostpreußen eine Dichte von 18,3 und in Litauen von 21,3 Einwohnern je qkm zu verzeichnen. Die Stadt Königsberg mit mehr als 50 000 Einwohnern senkte den Anteil der dörflichen Bevölkerung an der gesamten Bevölkerung im Kammerbezirk Ostpreußen. Da je 1000 ha Acker in Litauen aber mit 420 Landbewohnern gegenüber nur 277 in Ostpreußen erheblich mehr Menschen vorhanden waren, hätte eigentlich für die litauischen Dörfer ein größerer Anreiz für die nebenberufliche oder hauptberufliche gewerbliche Tätigkeit bestehen müssen. Der Vergleich der je 1000 Einwohner vorhandenen Handwerker zeigt die gegenteilige Tendenz. In welchem Maße daneben noch nebenberufliche Heim-Industrie vorhanden war, läßt sich nicht quantitativ nachweisen. Die Dorfbewohner beider Kammerbezirke waren jedenfalls mit Spinnen und Weben beschäftigt[91].

2. Der Vergleich sämtlicher Gebiete in Tabelle 7 mit den dort aufgeführten Landesteilen Minden und Berg zeigt den zweiten entscheidenden Faktor: Die Existenz von Exportgewerbe auf dem platten Lande. Von der Gesamtzahl der Beschäftigten gehörten in Minden nur 1400 zu den dörflichen Handwerkern der örtlichen Versorgung, d. h. nur 5 v. H. aller Beschäftigten. Deneben gab es etwa 100 Bergleute, 1637 Leineweber und etwa 9000 Spinner[92]. Die Ausstattung mit Gewerbe für die Produktion von im Inland nachgefragten Gütern war damit nicht geringer

---

[90] Über diese Wiederbesiedlung nach den großen Bevölkerungsverlusten *Skalweit, A.*: Die ostpreußische Domänenverwaltung unter Friedrich Wilhelm I. und das Retablissement Litauens, in: Schmollers Staats- und Sozialwissenschaftliche Forschungen, Bd. 25, Leipzig 1906.

[91] Zahlenangaben für die beiden Kammerbezirke Ostpreußen und Litauen nach *Krug, L.*: Ostpreußen im Jahre 1802, a. a. O., passim. Über das Spinnen und Weben in ostpreußischen Dörfern: *Henning, F.-W.*: Die Betriebsgrößenstruktur der mitteleuropäischen Landwirtschaft, a. a. O., S. 192.

[92] Die Zahl der Spinner wurde hier berechnet nach dem Bedarf an Garn der einheimischen Weber (etwa 5000 Spinner) und dem Export von Moltgarn für ungefähr 200 000 Taler (etwa 4000 Spinner). In Wirklichkeit ist die Zahl der Spinnräder und der in der Produktion von Garnen Tätigen sogar noch größer gewesen, da diese Arbeit meistens nur nebenberuflich ausgeführt wurde. Hier wurde aber wie bereits oben für Böhmen zum besseren Vergleich die Tätigkeit auf volle Arbeitskraftäquivalente umgerechnet. „Im Winter, wenn der Bauer außer dem Hause wenig Geschäfte hat, sondern sich in seiner Stube mit dem

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

und nicht umfangreicher als in Gebieten ohne gewerblichen Export aus den Dörfern, also als z. B. in der Uckermark[93].

Wenn hier auch nur die Verhältnisse im Fürstentum Minden dargelegt wurden, so lassen sich die Möglichkeiten eines ausgedehnten Gewerbes in den Dörfern noch differenzieren:

aa) Einmal konnte eine scharfe Trennung zwischen der gewerblichen und der landwirtschaftlichen Tätigkeit bestanden haben. So konnten die Gewerbetreibenden:

1. selbständig gewesen sein, d. h. auf eigene Rechnung in eigener Werkstatt gearbeitet haben. Diese Form der für den Export arbeitenden Gewerbetreibenden war allerdings nur eine Ausnahme.

2. Mehr verbreitet war eine Tätigkeit im Rahmen eines Verlagswesens, seltener gab es Fabriken auf dem Lande.

bb) In den meisten Fällen waren aber landwirtschaftliche und gewerbliche Produktionen gemischt. Die Leinenproduktion in Minden und Ravensberg war hierfür typisch und diese Form der Produktion wiederholte sich in kleineren Ausmaßen in anderen Gebieten. Nur selten war eine besondere Form dieses ländlichen Gewerbes in der Weise zu finden, wie es aus dem bayerischen Söldenwesen bekannt ist[94]. Im allgemeinen wurden diese Arbeiten von allen ländlichen Bewohnern als eine wertvolle Ergänzung ihrer Einkommen angesehen. Beim Söldenwesen wie auch für andere Gebiete bei den klein- und unterbäuerlichen Schichten war der Hauptgrund für die Übernahme einer solchen zusätzlichen Tätigkeit die geringe Ausdehnung der bewirtschafteten Flächen. Selbst dort, wo die eigenen Flächen zur Ernährung der auf den Höfen wohnenden Menschen ausreichten, bot die nebenberufliche gewerbliche Produktion eine wertvolle Ergänzung der Einkommen, weil diese Tätigkeit Bargeld einbrachte. Bei vielen ländlichen Familien, die nur einen Garten oder nur kleine Ackerstücke bewirtschafteten, wurde die nebenberufliche gewerbliche Tätigkeit sogar zur Haupteinkommensquelle[95].

Spinnrade und Weberstuhle beschäftigt, ist seine enge Stube von Menschen, Vieh und Hausrat voll gepfropft", heißt es bei Weddigen, P. F.: Historisch-geographisch-statistische Beiträge, a. a. O., S. 62. Alle Familienmitglieder wurden in diese Arbeiten eingespannt: „Kinder, die kaum das 6te Jahr erreicht haben, sitzen mit Greisen in engen Stuben und wetteifern unter sich in der Arbeit", *Weddigen, P. F.*, a. a. O., S. 71. Zahlenangaben für die Weber und die Ausfuhr von Moltgarn bei Augustin, Ch. F. B., a. a. O., S. 229.

[93] Gemessen an der Zahl der Handwerker je 1000 Dorfbewohner.

[94] *Schremmer, E.* Die Wirtschaft Bayerns, a. a. O., S. 358 ff.

[95] Über das Ausmaß des dahinter stehenden Problems vgl. *Henning, F.-W.*: Die Betriebsgrößenstruktur der mitteleuropäischen Landwirtschaft, a. a. O., S. 171 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Das ländliche Gewerbe des Grundbedarfes

Welche Gewerbezweige in den Dörfern in erster Linie vorhanden und auf den örtlichen Bedarf ausgerichtet waren, läßt sich am günstigsten für solche Gebiete nachweisen, die keinen gewerblichen Export aus ländlichen Gebieten hatten. Aber auch gewerbereiche Dörfer lassen meistens schnell erkennen, welche nichtlandwirtschaftlichen Beschäftigten für den örtlichen und welche für den überörtlichen Absatz arbeiteten. Kleidungs-, Nahrungs-, Bau- und Betriebsmittelhandwerke sind hier als ausgesprochene Dorfgewerbetreibende in erster Linie zu nennen. Die Differenzierung in der Ausstattung der Dörfer mit diesen Produzenten soll zunächst an Hand eines Beispiels aus dem Nahrungshandwerk deutlich gemacht werden.

Da die ländliche Bevölkerung in den eigenen Haushalten die Zubereitung der meistens auch im eigenen Betrieb gewonnenen Nahrungsmittel vornahm, war in den Dörfern lediglich das Mühlengewerbe allgemein verbreitet. Die Mühlen konnten nicht nur die Verarbeitung des Getreides zu Mehl, Graupen, Grütze, Kleie und Schrot billiger vornehmen, sie verbesserten auch das Produkt im Verhältnis zu einer Zerkleinerung des Getreides mit mörserähnlichen Handgeräten.

Die Zahl der Müller war in den einzelnen Gegenden sehr unterschiedlich, obgleich man auf Grund der noch verbreiteten Vorrangigkeit des Getreides als Nahrungsmittel einen gleichmäßigen Bedarf aller Bewohner hätte annehmen können. Vielleicht hatte man aber an einigen Stellen bereits Getreideprodukte in stärkerem Maße durch Blattfrüchte substituiert. Die unterschiedliche Auslastung der einzelnen Mühlen dürfte aber mehr im Vordergrund gestanden haben. Viele Müller hatten nebenbei einen landwirtschaftlichen Betrieb. In den meisten Fällen wurden aus den Mühlenabfällen noch Schweine gemästet, was auch in den Pachtverträgen vermerkt wurde und bei der Festsetzung des Pachtpreises berücksichtigt wurde. Die Nebentätigkeiten der Müller waren demnach nicht unerheblich. Nach Krug gab es in ganz Preußen je 1000 Einwohner in Stadt und Land 2,65 Müller[96]. Die Differenzierung zwischen Stadt und Land und zwischen einzelnen Gegenden läßt sich aus folgender Tabelle ablesen.

Die hier aufgeführten Gebiete weichen in ihren Ergebnissen sehr stark von dem preußischen Durchschnitt von 2,65 Müllern je 1000 Einwohner ab. Nur die Müllerdichte im Herzogtum Magdeburg kommt dem Durchschnittswert nahe, übersteigt ihn aber auch nicht. Über dem Gesamtwert liegen die nicht in Tabelle 8 aufgenommenen Gebiete Südpreußen mit

---

[96] Errechnet nach *Krug, L.*: Betrachtungen über den National-Reichthum, a. a. O., Teil 2, S. 204.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 8

Mühlendichte in den Dörfern, Städten und insgesamt in verschiedenen Gebieten Mitteleuropas um 1800

Gebiet	Müller je 1000 Einwohner		
	Dörfer	Städte	Insgesamt
Litauen	0,64	—	—
Ostpreußen	0,95	—	—
Dramburg-Schievelbein	2,34	0,16	1,82
Uckermark	1,58	1,38	1,51
Magdeburg	2,58	2,07	2,43
Paderborn	1,76	2,18	1,88
Kleve	0,66	0,95	0,82
Grafschaft Mark	1,14	0,66	0,98

2,82, Schlesien mit 3,20 und Ostfriesland mit 3,27 Müllern je 1000 Einwohner. Da Südpreußen und Schlesien etwa ein Drittel der preußischen Bevölkerung um 1800 ausmachten, wird allein dadurch der durchschnittliche Wert des ganzen Landes stark angehoben. Hinzu kommt noch, daß Krug bei seinen Berechnungen jeweils nur einen Teil der preußischen Gebiete herangezogen und dann von diesem Teil auf das Ganze geschlossen hat. Südpreußen und Schlesien machen aber bereits 57 v. H. des berücksichtigten preußischen Gebietes aus. Im Ergebnis kann man davon ausgehen, daß zwischen 0,8 und 3,3 Müllern je 1000 Einwohner vorhanden waren — eine erhebliche Streubreite. Da sich in den Gebieten mit niedrigem Mühlenbesatz keine wesentlich anderen Verzehrgewohnheiten nachweisen lassen als in den dichter mit Mühlen besetzten Gebieten, kann angenommen werden, daß bei einem Besatz, der über 0,8 bis 1 je 1000 Einwohner lag, die Mühlenkapazitäten nicht voll ausgenutzt wurden. Interessant ist sicher, daß gerade in dem am dichtesten je 1000 Einwohner ausgestatteten Gebiet, nämlich in Ostfriesland, eine starke Spezialisierung des Mühlengewerbes vorhanden war, vgl. Tabelle 9.

Die Getreideverarbeitung zu Mehl war dort offensichtlich nicht die Hauptbeschäftigung des Mühlengewerbes. Graupen und Grütze bildeten die wichtigsten Nahrungsformen, zumal da die Kartoffel um 1800 in Ostfriesland noch keine große Bedeutung hatte[97]. Da aber anzunehmen ist, daß bei geringerer Mühlenzahl je 1000 Einwohner in anderen Gebieten

[97] Bei einer Ernte von 14 223 Wispel Kartoffeln im Jahr blieben nach Abzug der Saat etwa 0,8 dz pro Einwohner zum Verzehr. Das bedeutete eine durchschnittliche Versorgung mit 185 Kalorien pro Kopf und Tag. Errechnet nach *Krug, L.:* Ostfriesland, in: Annalen der preußischen Staatswirtschaft und Statistik, Bd. 1, Halle—Leipzig 1804, Heft 2, S. 28 ff. und Heft 3, S. 1 ff. Dort sind auch die anderen Angaben über Ostfriesland zu finden, die hier herangezogen wurden.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 9

Mühlenbesatz und Spezialisierung der Mühlen in Ostfriesland um 1800

		Dörfer	Städte und Flecken	Insgesamt
Anzahl:	Mehlmüller	53	15	68
	Graupenmüller	26	11	37
	Grützmüller	274	20	294
	Müller	353	46	399
Je 1000 Einwohner:				
	Mehlmüller	0,61	0,51	0,59
	Graupenmüller	0,30	0,38	0,32
	Grützmüller	3,15	0,68	2,52
	Müller	4,06	1,57	3,43

ebenfalls neben Mehl Graupen und Grütze produziert wurden, wird auch unter Einbeziehung dieser Getreideverarbeitungsarten ein niedrigerer Besatz an Mühlen ausgereicht haben.

Nun kann gerade bei dem Besatz mit Mühlen ein Faktor, nämlich die Entfernung zu den Verbrauchern, von großem Einfluß gewesen sein. Dann müßte das aber bedeuten, daß in dünnbesiedelten Gebieten je 1000 Einwohner eine größere Zahl von Mühlen vorhanden gewesen ist als in dichter besiedelten Gebieten. Die Verteilung der Wertepaare in einem Koordinatensystem zeigt eindeutig, daß hier keine Zusammenhänge bestanden haben, vgl. Abbildung 3.

In welchem Maße sich ländliche und städtische Mühlen ergänzt haben, läßt sich schwer feststellen, da man dazu die einzelnen Einzugsgebiete der zu untersuchenden Mühlen abgrenzen müßte. Zwar waren die Zwangsmahlgäste meistens in Amtsregistern festgehalten. Jedoch stand hierbei die rechtliche Kategorie im Vordergrund und nicht der günstigere Standort. Ein Vergleich der in den beiden Tabellen 8 und 9 aufgeführten Zahlen zeigt, daß mindestens dort, wo in den Dörfern oder in den Städten ein Besatz von weniger als 0,8 Mühlen je 1000 Einwohner vorhanden war, ein Ausgleich durch andere Mühlen geschaffen werden mußte. Das trifft z. B. zu für die Städte in den Kreisen Dramburg und Schievelbein, die mit lediglich 0,16 Mühlen je 1000 Einwohner sehr stark unterbesetzt waren. Die Dörfer dieser Kreise hatten von allen in Tabelle 8 aufgenommenen Gebieten mit 2,34 Mühlen je 1000 Einwohner die zweithöchsten Werte aufzuweisen, werden also von der Kapazität her gesehen auch in der Lage gewesen sein, die städtische Bevölkerung ergänzend mit Mühlenprodukten zu versorgen. In Kleve mag die Ergänzung umgekehrt ge-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

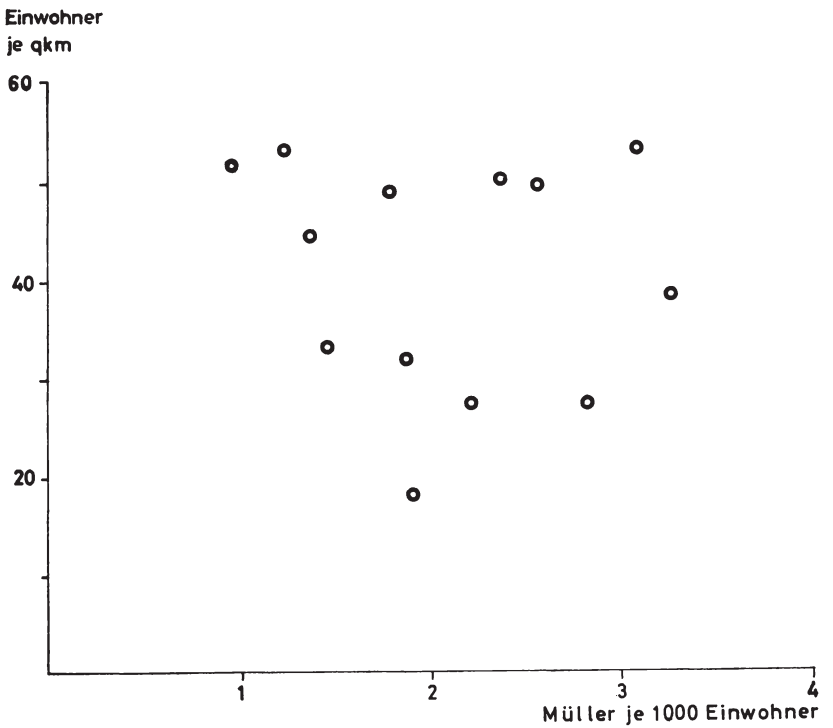


Abbildung 3.

Bevölkerungsdichte und Müller je 1000 Einwohner in einigen mitteleuropäischen Gebieten um 1800 (Südpreußen, Pommern, Neumark, Schlesien, Kurmark, Magdeburg, Paderborn, Minden-Ravensberg, Grafschaft Mark, Kleve, Lingen-Tecklenburg, Ostfriesland, Neufchâtel)

wesen sein, da dort der Mühlenbesatz in den Dörfern sehr gering war, allerdings mit 0,66 Mühlen je 1000 Einwohner nicht so weit von der unteren hier als ausreichend angesehenen Schwelle von etwa 0,8 Mühlen entfernt lag, daß eine Ergänzung in großem Umfang erforderlich war.

Die Zahlen für die Spezialmühlen in Ostfriesland zeigen für die Mehl- und für die Graupenmüller relativ ausgeglichene Werte. Nur bei den Grützmüllern, zu denen immerhin fast 75 v. H. aller Müller im Landesdurchschnitt zählten, bestand ein starker Unterschied zwischen dem Besatz auf dem Lande (3,15) und dem in den Städten und Flecken (0,68). Dieser starke Unterschied könnte durchaus mit einem Ausgleich durch die Nachfrage der städtischen Bevölkerung nach Produkten der ländlichen Grützmühlen verbunden gewesen sein.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Neben den Müllern gab es in den Dörfern aus dem Bereich des Nahrungsmittelhandwerks noch Bäcker und — allerdings seltener — Fleischer[98]. Auch bei den übrigen Handwerken des Grundbedarfes standen wenige Handwerkszweige im Vordergrund. Zum Bauhandwerk zählten die Zimmerleute und die Maurer. Nur selten wurden diese Gruppen durch Spezialhandwerke wie Schieferdecker ergänzt. Solche Spezialhandwerke waren eben nicht für den Bedarf der meisten Landbewohner erforderlich. Bei den Kleidungshandwerkern waren vor allem Schneider in den Dörfern zu finden, in geringerem Maße Schuhmacher. Daneben gab es Spinner und Weber, die nur „für Lohn", d. h. für den örtlichen Bedarf arbeiteten, was sich aber nur wenige ländliche Familien leisten konnten. Der größte Teil der Kleidung wurde von den Familien ohne Zuhilfenahme eines hauptberuflichen Handwerkers angefertigt. Gerade die Dorfhandwerker betrieben nebenbei noch etwas Ackerbau oder bewirtschafteten jedenfalls einen Garten.

Schmiede und Rademacher waren für die Herstellung und Reparatur der landwirtschaftlichen Produktionsmittel unentbehrlich, wenn auch viele Teile von den Bauern selbst hergestellt oder ausgebessert worden sein mögen. In einzelnen Gebieten konnten andere hier nicht genannte Handwerkszweige zusätzlich stärker vertreten sein, wie das schon genannte Beispiel aus den Dörfern des Herzogtums Kleve gezeigt hat[99]. Dort waren die Böttcher neben den Grundhandwerkern mit mehr Meistern vertreten als z. B. die Maurer. Die Herstellung von Transportgefäßen war in diesen ländlichen Gegenden offensichtlich stark verbreitet.

Die Unterschiede zwischen den einzelnen ländlichen Gebieten lassen sich am besten aus einer Übersicht ablesen, vgl. Tabelle 10. Die in die letzte Spalte aufgenommenen Zahlen für ganz Preußen sind nach den Angaben Krugs berechnet. Ein Vergleich mit den anderen speziellen Angaben zeigt, wie sehr die Krugschen Zahlen durch wenige hier nicht berücksichtigte Gebiete (Schlesien und Südpreußen) beeinflußt wurden, wie wenig also Krugs Zahlen kritiklos übernommen werden dürfen.

Die Spannweite der einzelnen Werte ist sehr groß. Eine überdurchschnittliche Ausstattung eines Gebietes mit einem der in Tabelle 10 angeführten Grundhandwerke konnte verschiedene Ursachen haben:

1. Diese Gewerbezweige dienten zwar ausschließlich der örtlichen Versorgung, sie waren aber in ihrer Produktionskapazität nicht voll ausgelastet. Zum Teil mag dies damit zusammenhängen, daß die dünne Besiedlung zu einer größeren Dichte je 1000 Einwohner geführt hat, da z. B.

---

[98] Vgl. *Krug, L.:* Betrachtungen über den National-Reichthum, a. a. O., Teil 2, S. 180, Wohl mit zu den Fleischern zu rechnen sind die Hausschlachter, die in den Dörfern verbreitet waren.

[99] Vgl. Tabelle 2.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 10

Ländliche Handwerker je 1000 Einwohner um 1800 in verschiedenen Gebieten Mitteleuropas

Handwerker	Gebiete											
	Litauen	Ostpreußen	Dramburg-Schievelbein	Uckermark	Magdeburg	Minden	Mark	Kleve	Paderborn	Ostfriesland	Preußen, Stadt u. Land	
Landw. Produktionsmittel												
1. Schmiede	2,28	3,11	7,00	3,43	2,12	1,78	11,13	3,03	4,45	2,50	2,77	
2. Rademacher	0,44	1,00	2,30	0,80	1,08	1,98	1,01	0,46	2,69	0,44	0,97	
	2,72	4,11	9,30	4,23	3,20	3,76	12,14	3,49	7,14	2,94	3,74	
Nahrungshandwerk												
1. Müller	0,63	0,95	4,82	1,67	2,58	2,09	1,13	0,72	1,76	0,61	2,65	
2. Bäcker	0,04	0,05	0,00	0,25	1,12	0,44	1,22	0,34	1,66	2,83	1,60	
	0,67	1,00	4,82	1,92	3,70	2,53	2,35	1,06	3,42	3,44	4,25	
Bauhandwerk												
1. Zimmerleute	0,20	0,71	1,26	1,39	1,82	3,25	5,59	4,10	2,09	5,21	1,16	
2. Maurer	0,08	0,33	0,12	0,63	1,67	0,81	1,22	0,31	1,51	1,06	0,63	
	0,28	1,04	1,38	2,02	3,49	4,06	6,81	4,41	3,60	6,27	1,79	

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Handwerker	Gebiete											
	Litauen	Ostpreußen	Dramburg-Schievelbein	Uckermark	Magdeburg	Minden	Mark	Kleve	Paderborn	Ostfriesland	Preußen, Stadt u. Land
Kleidungshandwerk											
1. Schneider	0,70	1,58	1,39	2,19	3,46	5,09	5,44	4,54	7,07	5,30	4,13
2. Schuhmacher	0,38	0,64	0,31	0,89	1,98	2,60	6,11	4,06	5,09	5,64	4,86
	1,08	2,22	1,70	3,08	5,44	7,69	11,55	8,60	12,16	10,94	8,99
Grundbedarfshandwerk	4,75	8,37	17,20	11,25	15,83	18,04	32,85	17,56	26,32	23,59	18,77
Sonstige Handwerker											
1. Böttcher	0,07	0,33	0,21	0,28	0,62	0,16	0,73	1,41	0,80	1,12	0,76
2. Drechsler	0,02	0,02	0,00	0,03	0,03	1,57	0,42	0,27	0,39	0,47	0,28
3. Tischler	0,16	0,51	0,21	0,49	0,61	2,02	1,04	0,02	1,94	0,13	1,18
	0,25	0,86	0,42	0,80	1,26	3,75	2,19	1,70	3,13	1,72	2,22
Textilherstellung											
1. Leineweber	0,34	0,12	0,52	6,23	7,71	10,24	6,92	2,40	6,23	7,40	3,25
2. Färber	0,01	0,01	0,00	0,02	0,01	—	0,11	0,08	—	0,38	0,16
	0,35	0,13	0,52	6,25	7,72	10,24	7,03	2,48	6,23	7,78	3,41
Feldschere, Bader, Barbiere	0,03	0,06	0,00	0,12	0,38	0,18	0,14	0,04	0,09	0,29	—

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der Einzugsbereich der Schmiede und Rademacher durch die Notwendigkeit einer schnellen Erreichbarkeit begrenzt gehalten werden mußte. Die Dichtezahlen in Tabelle 10 zeigen aber, daß nicht jedes Dorf einen Rademacher oder Schmied hatte. Zieht man die Bevölkerungsdichte für einzelne Handwerke mit heran, erhält man kein wesentlich von dem Ergebnis für die Müller (vgl. Abbildung 3) abweichendes Bild. Offensichtlich müssen andere Gründe einen Ausbau der Kapazitäten über den Bedarf hinaus bewirkt haben. Gerade der ziemlich dichte Besatz mit Schmieden und Rademachern in den Kreisen Dramburg und Schievelbein, aber auch im Fürstentum Paderborn ist nicht durch einen stärkeren Bedarf an Produktionsleistungen aus diesen Handwerkszweigen zu erklären. Ein Vergleich mit Nachbargebieten, die auch angenähert die gleichen rechtlichen Voraussetzungen zeigen, weist darauf hin, daß hier ohne ersichtlichen Grund eine Überkapazität entstanden war.

2. Neben der Schaffung einer nicht erforderlichen (Über-)Kapazität kann aber auch noch eine andere Form der Ausdehnung von Handwerkszweigen des Grundbedarfs beobachtet werden. In der Grafschaft Mark waren die Dörfer mit 11,13 Schmieden je 1000 Einwohner ausgestattet, bei einem preußischen Durchschnitt von 2,77. Hier waren aber offensichtlich auch solche Schmiede in diese Gruppe einbezogen worden, die allein für einen überörtlichen Markt arbeiteten. Das eisenverarbeitende Gewerbe war in der Grafschaft Mark wie auch in dem benachbarten Herzogtum Berg in den Dörfern stark verbreitet[100]. Hier war also keine Trennung in für den örtlichen Bereich und für den überörtlichen Absatz arbeitende Grundhandwerker zu finden. Ein Vergleich mit anderen Gebieten zeigt aber, daß nur 2,7 bis 4,5 Rademacher- und Schmiedemeister je 1000 Einwohner zur Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft erforderlich waren. Die darüber hinausgehende Zahl arbeitete entweder für den Export (Mark, Berg) oder zeigte eine Unterbeschäftigung an, die allerdings dann nur scheinbar war, wenn die Handwerker andere Erwerbstätigkeiten verrichten konnten (Landwirtschaft, Textilexportgewerbe).

Bei den Nahrungshandwerkern waren die Bäcker nicht immer neben den Müllern in den Dörfern vertreten. Hier wird man von einer unterschiedlichen Ausweitung der Arbeitsteilung ausgehen können. Neben solchen Gebieten, die zum größten Teil noch die Brotherstellung in den einzelnen Haushalten kannten und bei denen daher der Besatz mit Bäckern sehr gering war (Ostpreußen, Pommern, Neumark), gab es Landstriche

[100] z. B. hatte der Ort Heiligenhaus neben der Weberei „Arbeiter in ‚Metall und Eisen', sowie Bergleute und Hüttenarbeiter seit etwa 1680", obgleich die Einwohnerzahl des Dorfes noch unter 400 Personen lag und erst nach der Mitte des 19. Jahrhunderts die Zahl von 1000 überschritt, vgl. Rheinisches Städtebuch, hg. von E. Keyser, Stuttgart 1956. Das gleiche gilt für Dörfer wie Wülfrath u. a.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

mit einer sehr großen Bäckerdichte (Magdeburg, Ostfriesland). Die Ursache für die große Ausdehnung des Bäckergewerbes in diesen beiden Gebieten ist in verschiedenen Faktoren zu sehen. (1) Einmal könnte ein größerer Wohlstand in den Dörfern hierfür verantwortlich gewesen sein. Das könnte aber allenfalls für die Magdeburger Gegend mit den reichen Bördeböden zutreffen. Jedoch war in beiden Gebieten die unterbäuerliche Schicht wie in anderen Gegenden Mitteleuropas stark ausgeweitet, so daß sich nur eine kleine Gruppe von Menschen die Ausgliederung der Backleistungen aus den Haushalten leisten konnte. (2) Ein anderer Grund mag ein größeres Gewicht gehabt haben: Sowohl die Magdeburger Börde als auch Ostfriesland waren arm an Wald und hatten daher Schwierigkeiten bei der Versorgung mit Brennmaterial für Backöfen. Durch die Konzentration der Backtätigkeit für eine ganze Reihe von Familien bei einem Bäcker wurde je Gewichtseinheit Backware eine geringere Menge an Brennmaterial verbraucht. In welchem Umfang dieser Grund wirklich ausschlaggebend gewesen ist, läßt sich allerdings nicht beweisen.

Die wichtigsten Bauhandwerker waren die Zimmerleute und die Maurer. In fast allen Gebieten hatten die Zimmerleute gegenüber den Maurern noch bei weitem das Übergewicht. Dies zeigt, daß das Holz bei den Bauarbeiten noch im Vordergrund stand. Lediglich im Herzogtum Magdeburg war die Zahl der in beiden Berufen tätigen Meister kaum unterschiedlich. Das kann vielleicht ebenfalls auf die Holzarmut dieses Gebietes zurückgeführt werden, so daß hier der Stein schon in stärkerem Maße als Baumaterial benutzt wurde. Betrachtet man im übrigen die Gebiete der ersten sieben Spalten in Tabelle 10, dann ist eine Zunahme des Bauhandwerks von Ost nach West festzustellen. In Wirklichkeit war hier aber nicht die geographische Lage entscheidend, sondern der Grad der Durchsetzung mit Gewerbe[101]. Kleve und Paderborn (Spalten 8 und 9 von Tabelle 10) hätten zwar eine erheblich bessere Ausstattung mit Bauhandwerkern aufweisen müssen, wenn man sie in das West-Ost-Gefälle einordnen wollte. Für Paderborn hätte mit etwa 4 Bauhandwerkern je 1000 Einwohner dieser Besatz aber nur um etwa 10 v. H. höher liegen müssen, für Kleve jedoch mit über 6 bereits um etwa 50 v. H. Vielleicht stellt die Grafschaft Mark mit dem höheren Wert als Kleve einen Sonderfall dar, da gerade die Eisenerzeugung (Hochöfen) und -verarbeitung (Hammerwerke, Schmieden) mehr Investitionen in Gebäuden erforderten als das Textilgewerbe oder ein anderes Handwerk, das im Wohnhause betrieben werden konnte. Die Investitionen in Bauten sind jedoch nicht

[101] Der Grund dieser stärkeren Durchsetzung ist zum Teil wohl mit der geringeren Bedeutung der Landwirtschaft zu erklären und der damit verbundenen stärkeren Arbeitsteilung. Teilweise wird sich aber auch das Ausweichen in eine Produktion dahinter verbergen, die zwar Unterbeschäftigung, aber eben doch zeitweise Beschäftigung und damit Einkommenschancen bot.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

entscheidend für die Ausdehnung des Bauhandwerks gewesen. Bei abnehmendem Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung an der gesamten Bevölkerung von Osten nach Westen fiel im allgemeinen das Bauvolumen pro Einwohner, da die rein landwirtschaftlichen Gebäude bei den Nebenerwerbslandwirten und bei den unterbäuerlichen Schichten ein geringeres Volumen hatten als bei Vollbauernstellen und Gutshöfen. Die diesen tatsächlichen Verhältnissen entgegengesetzt verlaufende Ausstattung der ländlichen Bevölkerung mit Bauhandwerkern kann zwei Ursachen gehabt haben:

1. Entweder leisteten die Bauern einen Teil der Bauarbeiten selbst — dafür spricht zum Beispiel der Vergleich der Gebiete Litauen, Ostpreußen, Dramburg-Schievelbein und Uckermark in Tabelle 10 — wenn die gewerbliche Produktion allgemein, also nicht nur im Bausektor, geringer gewesen ist,

2. oder die größere Gewerbedichte war eine Folge der engeren Relationen zwischen Menschenzahl und Flächeneinheiten, d. h. der Bodenknappheit, so daß wie bei allen anderen Gewerben auch im Bauhandwerk eine Überbesetzung zu beobachten war.

Beide Gründe können isoliert vorhanden gewesen sein, sie können sich aber auch in ihrer Wirkung kumulativ ergänzt haben. Eine dritte Ursache ist die mehr oder weniger starke Versorgung der dörflichen Bauvorhaben durch handwerkliche Leistungen aus den nächsten Städten. Darüber können Zahlen aus dem städtischen Bereich Auskunft geben. Da auch bei den Städten wie bei den ländlichen Gebieten ein West-Ost-Gefälle in der Ausstattung je 1000 Einwohner nachzuweisen ist, ist dieser mögliche Grund eines unterschiedlichen Besatzes mit Bauhandwerkern als nicht gegeben anzusehen, mögen auch in Einzelfällen die städtischen Bauhandwerker in den in der Nähe liegenden Dörfern die meisten Bauarbeiten durchgeführt haben.

Die letzte Gruppe an Grundhandwerken waren die Schuhmacher und Schneider, d. h. das Bekleidungsgewerbe. Wie Tabelle 10 zeigt, waren aus dieser Gruppe die Schneider am stärksten vertreten, wenn man von einigen der dort aufgeführten Regionen absieht. Aber auch der von Krug a. a. O. berechnete Gesamtdurchschnitt weist eine größere Zahl von Schuhmachern je 1000 Einwohner auf. Dieser hohe Durchschnitt beruht in erster Line auf einer wohl zu niedrigen Angabe der Schneider in den Departements Kalisch und Warschau, zum geringeren Teil auch auf den relativ hohen Zahlen an Schuhmachern für Ostfriesland und die Grafschaft Mark. Die Vielzahl der einzelnen Gebiete in Tabelle 10 zeigt aber, daß im allgemeinen mehr Schneider vorhanden waren.

Bei einer Betrachtung der in Tabelle 10 aufgenommenen Gebiete zeigt sich wieder ein West-Ost-Gefälle dieser auf den örtlichen Bedarf aus-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gerichteten Handwerke, das bei den Schuhmachern stärker ausgeprägt war als bei den Schneidern.

Mit diesen Grundhandwerkern sind die wichtigsten gewerblichen Betätigungen für den örtlichen Bedarf in den Dörfern genannt. Die übrigen Gewerbe waren meistens nur zufällig oder bei Vorliegen einer Produktion für den Export vorhanden. Da die Leinenherstellung hierbei eine große Bedeutung hatte, wurde die Zahl der hauptberuflichen Leineweber mit in Tabelle 10 aufgenommen. Diese Zahlen können aber die wahre Bedeutung des dörflichen Leinengewerbes für den Export nur andeutungsweise wiedergeben. Der Unterschied zwischen dem Besatz an Leinewebern zwischen Minden und der Uckermark ist relativ gering, wenn man bedenkt, welche Bedeutung der Leinenexport für Minden gehabt hat. Die nebenberufliche Leinenherstellung war viel weiter verbreitet und war als Mittel der Einkommensbeschaffung auch quantitativ gewichtiger als die hauptberufliche Leinenherstellung[102].

Bezieht man in die Betrachtung nur die Grundhandwerke ein und nicht die auf den Export ausgerichteten Gewerbe, dann kann man also feststellen, daß für den örtlichen Bedarf aus gewerblicher Produktion ein Besatz von 5 bis 25 Handwerkern je 1000 Einwohner vorhanden gewesen war. Bei der geringeren Ausstattung mit Gewerben des Grundbedarfes wird jedoch eine Ergänzung aus der städtischen Produktion üblich gewesen sein[103]. Neben diesen Gewerben des Grundbedarfes waren noch in fast allen Gegenden Mitteleuropas in Dörfern vorhanden: Böttcher, Drechsler und Tischler, Leineweber und Färber, Feldschere, Bader und Barbiere, letztere allerdings wegen der nur auf den örtlichen Bedarf ausgerichteten Tätigkeit mit einer geringen Dichte. Seltener waren andere Spezialhandwerke zu finden, sie waren vor allem nicht im Durchschnitt großer Gebiete die Regel.

b) Die Struktur der städtischen Wirtschaft

Die Grundzüge der städtischen Wirtschaftsstruktur

Zwei Aufgabenkreise bestimmten die wirtschaftliche Aktivität in den Städten:

1. Die Befriedigung der Nachfrage aus der Stadt und aus dem Umland (lokaler Markt).

2. Die Produktion für andere Gebiete.

Eine Zusammenstellung der Beschäftigtenanteile in den Städten einzelner Gebiete mag einen ersten Überblick über die Verteilung der einzelnen Sektoren geben, vgl. Tabelle 11.

---

[102] Vgl. Anmerkung 92.

[103] Vgl. Tabelle 3 bei *Henning, F.-W.*: Die Einführung der Gewerbefreiheit, a. a. O., S. 167.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 11

Anteil der einzelnen Wirtschaftssektoren an der Beschäftigtenzahl in den Städten einzelner Gebiete Mitteleuropas um 1800

Städte in Gebieten	Ø Einwohner je Stadt	Sektoren		
		Primärer	Sekundärer	Tertiärer
Litauen	2500	42,8	50,0	7,2
Dramburg-Sch.	1570	29,5	57,7	12,8
Uckermark	2750	32,9	39,8	27,3
Minden	2050	30,4	47,6	22,0
Kleve	1618	27,8	54,0	18,2
Berg	3100	8,6	64,6	26,8

Im Durchschnitt der in Tabelle 11 aufgenommenen Gebiete handelte es sich um kleine Städte, also um die typischen kleinen Landstädte des 18. Jahrhunderts. Nur wenige größere Städte sind in diesen Zusammenstellungen enthalten: z. B. Gumbinnen im Departement Litauen mit 5284 Einwohnern[104], Prenzlau mit 7626 Einwohnern[105], Düsseldorf mit 18 000 und Elberfeld mit 14 000 Einwohnern[106]. Der hohe Durchschnitt für das Herzogtum Berg ist durch das Vorhandensein von zwei weit größeren Städten (Düsseldorf und Elberfeld) hervorgerufen.

Die im allgemeinen auch im städtischen Bereich noch enge Verknüpfung mit der Landwirtschaft wird aus Tabelle 11 deutlich. Da auch für die Aufstellung dieser Tabelle die Tätigkeiten entmischt worden sind, waren in Wirklichkeit noch mehr als die hier dem primären Sektor zugerechneten vollen Arbeitskräfte teilweise mit der landwirtschaftlichen Produktion verbunden. Ein Beispiel aus Ostpreußen mag dies zeigen: In Domnau, einer Stadt mit insgesamt 919 Einwohnern, gab es 37 „Großbürger" (mit Bierbraurecht und Branntweinbrennrecht), 115 „Kleinbürger" und 33 Tagelöhner. Da zugleich 108 Gewerbetreibende, d. h. Handwerker, Barbiere und Apotheker vorhanden waren, gehörten 71 v. H. der Groß- und Kleinbürger zu dieser Berufsgruppe. Weiterhin mögen einige Händler zu den Bürgern gezählt haben. Außer den Büdnern hatte „jedes Haus" etwa „drei Morgen radical" an Ackerbau. Der Ackerbau wurde dementsprechend auch als „ein Hauptnahrungszweig" der Stadt bezeichnet[107].

Vergleicht man die Angaben für die Dörfer (Tabelle 7) und für die Städte (Tabelle 11) einiger norddeutscher Gebiete, dann zeigen sich folgende grundsätzlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land:

1. Der *primäre* Sektor hatte in den Dörfern das doppelte bis dreifache Gewicht wie in den Städten. Die Abnahme des Anteiles des primären

[104] Für 1801: Deutsches Städtebuch, Ostpreußen, hg. von E. Keyser, Stuttgart-Berlin 1941.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Sektors in einem Gebiet war also mit parallelen Entwicklungen in Stadt und Land verbunden. Der Grund für diese parallele Entwicklung lag darin, daß die Zunahme des sekundären Sektors vor allem durch eine Zunahme des Exportsektors gekennzeichnet war, sofern die Schwelle von 15 bis 20 v. H. der Beschäftigten überschritten war. Exportorientiertes Gewerbe fand aber für seine Entwicklung gute Ansatzpunkte auf dem Lande, da hier saisonal freie Arbeitskraft (billig) zur Verfügung stand — vor allem für die noch bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts das Exportgewerbe beherrschende Textilproduktion — und außerdem eine kleinflächige Agrarstruktur einen Anreiz für den Zuerwerb aus gewerblicher Arbeit bot. Dabei wurde der größte Teil der Ernährung aus dem Ertrage der selbstbewirtschafteten Fläche bestritten, während die gewerbliche Tätigkeit Bargeld einbrachte, das zur Befriedigung der über die Ernährung hinausgehenden Bedürfnisse benutzt werden konnte, wenn auch ein Teil dieses Bargeldes zur Ergänzung der unzureichenden, schmalen Nahrungsbasis dienen mußte.

2. Der Anteil des *tertiären* Sektors lag in einigen Gebieten in den Städten etwa dreimal so hoch wie in den Dörfern. In einigen Städten, in denen ein starker Handels- und Verkehrssektor ausgebaut war, war der Unterschied im tertiären Sektor zwischen Stadt und Land sogar noch größer.

3. Der *sekundäre* Sektor bestimmte bei allen Städten im allgemeinen das Bild der Wirtschaft, wenn auch bei einer überdurchschnittlichen Ausdehnung des primären oder des tertiären Sektors weniger als die Hälfte der Beschäftigten im sekundären Sektor tätig waren (z. B. Uckermark, Minden). Demgegenüber wurde die dörfliche Wirtschaft nur ausnahmsweise in einem ganzen Gebiet durch einen über 50 v. H. der Beschäftigtenzahl hinausgewachsenen sekundären Sektor geprägt, vgl. Tabelle 7.

Versuch einer systematischen Ordnung der Unterschiede in der städtischen Wirtschaftsstruktur

Die Unterschiede zwischen den Wirtschaftsstrukturen der einzelnen Städte wurden in erster Linie durch folgende zwei Faktoren bewirkt:

1. Die Einwohnerzahl der einzelnen Stadt.
2. Die Richtung der wirtschaftlichen Aktivität der einzelnen Stadt:
   aa) gerichtet auf die Stadt und das unmittelbare Umland oder
   bb) zusätzlich auf andere Gebiete.

---

[105] *Bratring, F. W. A.*, a. a. O., Bd. 2, S. 86 für 1800.
[106] *Höck, J. D. A.*, a. a. O., zweite Tabelle der Kurpfalzbayerischen Staaten.
[107] N. N.: Geschichte und Topographie von Domnau, in: Annalen des Königreiches Preußen, Bd. 1, zweites Quartal, Königsberg—Berlin 1792, S. 65 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Eine systematische Betrachtung läßt sich am günstigsten unter dem ersten dieser beiden Gesichtspunkte durchführen. Durch den zweiten Faktor hervorgerufene Abweichungen lassen sich als Ausnahmesituation mitberücksichtigen. Die Einteilung nach der Einwohnerzahl soll dabei folgendermaßen durchgeführt werden:

1. Kleinstädte: 800 bis 2500 Einwohner.
2. Mittelstädte: 5000 bis 15 000 Einwohner.
3. Großstädte: 25 000 bis 60 000 Einwohner.
4. Großstaat-Hauptstädte: mehr als 100 000 Einwohner.

Es wurde bei dieser Einteilung bewußt nicht auf bereits bestehende Gliederungen zurückgegriffen[108]. Die Lücken zwischen den einzelnen Gruppen (in der Einwohnerzahl) sollen zwei Aspekte hervorheben:

a) Bei dieser Gliederung handelt es sich um einen sehr grobmaschigen Raster.

b) Der Übergang zwischen den einzelnen Typen ist auf Grund einer sehr ausgeprägten Funktionselastizität und sehr umfangreicher Abwei-

Tabelle 12

Gewerbezweige in den Dörfern und in Kleinstädten um 1800

Dörfer	Kleinstädte (zusätzlich zu den in den Dörfern vertretenen Gewerben)
Schmiede Rademacher Müller Bäcker Schneider Schuhmacher Zimmerleute Maurer	Glaser Kürschner, Loh- und Weißgerber Handschuh-, Hut-, Rasch-, Knopf- und Tuchmacher Nadler, Nagelschmiede, Kleinschmiede, Schlosser, Scherenschleifer, Kupferschmiede Seiler, Buchbinder, Schornsteinfeger, Perücken- macher, Apotheker, Barbiere
Daneben gab es sowohl in den Dörfern als auch in den Kleinstädten andere Gewerbetreibende, die allerdings nicht so regelmäßig vorhanden waren: Böttcher, Drechsler, Tischler, Garnweber usw.	

[108] Man könnte hier vor allem an *Christaller, W:* Die zentralen Orte in Süddeutschland, Jena 1933, S. 150 ff. denken, der auf die Zusammenhänge zwischen den Funktionen einer Stadt und der Einwohnerzahl hinweist. Eine so weitgehende Schematisierung, insbesondere auch unter Berücksichtigung der Entfernungen zwischen den Städten, soll hier nicht versucht werden, da sich aus dem zur Verfügung stehenden Material nur die Tendenz der Unterschiede, nicht aber ein so präzises Schema herausarbeiten läßt. Es müssen zahlreiche nicht mehr oder überhaupt nicht erfaßbare Faktoren außerhalb der Betrachtung bleiben, obgleich sie die Entfaltung der Funktionen der einzelnen Städte erheblich, vielleicht manchmal sogar entscheidend beeinflußt haben.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

chungen nicht immer genau festzulegen, jedenfalls nicht für die Mehrzahl der Städte in den Grenzbereichen zwischen den einzelnen Typen.

Die Kleinstadt

Die Kleinstädte produzierten den Grundbedarf an gewerblichen Gütern und Dienstleistungen für die eigene Bevölkerung, ferner für einige Dörfer des Umlandes. Die Abgrenzung zu dem gewerblichen Sektor des Umlandes, d. h. zu dem dörflichen Gewerbe, zeigt Tabelle 12.

Außer für das Grundgewerbe war in den Dörfern und manchmal auch in den kleinen Städten die Nachfrage nicht dicht genug, um Spezialhandwerker und Spezialgewerbetreibende mit ausreichendem Einkommen zu versehen. Die rechtlichen Begrenzungen (Zunftgesetzgebung!) und die faktischen Einengungen (lokale Absatzmöglichkeiten!) verliefen hier also parallel. Jedoch gab es auch Ausnahmen, wie das schon genannte Beispiel der Schmiede in der Grafschaft Mark gezeigt hat. Auf den Fernabsatz orientiertes textilerzeugendes und metallverarbeitendes Kleingewerbe, d. h. Exportgewerbe, konnte die Einwohnerzahl im Einzugsbereich einer kleinen Stadt und damit auch die örtlichen Absatzchancen für Spezialgewerbe erhöhen.

Bisher sind als besondere Produzenten der Kleinstädte nur solche aus dem sekundären Bereich genannt. Auch der tertiäre Sektor hatte in den Kleinstädten bereits im Vergleich zu den Dörfern eine besondere Ausprägung erfahren. Neben Händlern, auch Spezialhändlern, sind hier die bereits in Tabelle 12 aufgezählten Barbiere zu nennen, während die Apotheker wohl auf Grund der umfangreichen Eigenproduktion an Heilmitteln eher zum sekundären Sektor zu zählen sind. Krüger, Verwaltungsbeamte und Lehrer vervollständigen dieses Bild. Nicht selten waren diese kleinen Städte Amtssitze (z. B. das kleine Blankenberg im Herzogtum Berg), d. h. Standorte der untersten beamteten Verwaltung, oder sie lagen solchen Amtssitzen unmittelbar benachbart wie der Domänenamtssitz in Berge bei Nauen für das Amt Nauen.

Diese kleinen Landstädte versorgten ein Hinterland, zu dem eine ganze Reihe von Dörfern gehörte. Das Verhältnis der Einwohnerzahl zwischen der Kleinstadt und den Dörfern des Hinterlandes lag bei etwa 1 zu 4 bis 10, so daß diese Umlandeinheit insgesamt 10 000 bis 15 000 Einwohner hatte. Nicht selten war aber die nichtlandwirtschaftliche Tätigkeit der städtischen Bewohner kaum über den dörflichen Charakter hinausgewachsen[109]. Wie schon Tabelle 11 mit den durchschnittlichen Einwoh-

[109] *Heitz, G.:* Zur Rolle der kleinen mecklenburgischen Landstädte in der Periode des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus, in: Hansische Studien, Festschrift H. Sproemberg, Berlin 1961, S. 108 ff. für die mecklenburgischen Kleinstädte.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nerzahlen gezeigt hat, hatte die Mehrzahl aller Städte eine so geringe Menschenzahl, daß sie in die Gruppe der Kleinstädte gehörte. 75 v. H. und mehr aller Städte Mitteleuropas hatten weniger als 2500 Einwohner. Dieser Anteil der Kleinstädte erhöhte sich noch auf fast 85 v. H., wenn man die nächstgrößeren Städte, die noch nicht zum nächsten Typ der Mittelstädte mit 5000 bis 15 000 Einwohnern gehören, hinzuzählt und die Trennungslinie im Übergangsbereich von 2500 bis 5000 bei 3000 Einwohnern zieht[110]. Nur selten war eine menschliche Siedlung zur Kleinstadt angewachsen, ohne ein entsprechendes Umland der hier angedeuteten Art zu haben.

Die Mittelstadt

Die Mittelstädte produzierten den gehobenen Grundbedarf, vereinzelt auch bereits Luxusgüter. Für eine solche Stadt war daher ein Einzugsgebiet erforderlich, das eine ganze Reihe von Nachfragern nach diesen Gütern hatte. Hierzu gehörten vor allem Personen mit überdurchschnittlichem Einkommen aus Grundrenten — u. U. in der Form der Feudalrente — oder aus Handelsgewinnen. Die Größe dieser Städte lag bei 5000 bis 15 000 Einwohnern. Jedoch war nicht allein die Auffächerung der gewerblichen Produktion ursächlich für die im Vergleich zu den kleinen Landstädten größere Bevölkerungszahl, sondern die stärkere Ergänzung des sekundären Sektors durch Dienstleistungen (Handel, Transport, Verwaltung).

Am unteren Rande dieser Skala lagen Orte wie Paderborn (4752 Einwohner), Stendal (5230 Einwohner), Gumbinnen (5284 Einwohner) oder Neuburg (5300 Einwohner). Als weitere Beispiele können hier genannt werden: Wolfenbüttel (6000 E.), Ingolstadt (7000 E.), Straubing (7531 E.), Freiburg (7857 E.), Landshut (8085 E.), Bayreuth (9400 E.), Klagenfurth (10 000 E.), Posen (10 000 E.), Innsbruck (10 223 E.), Hildesheim (11 000 E.), Frankfurt/Oder (11 000 E.) und Salzburg (15 000 E.). Andere Städte mit einer entsprechenden Einwohnerzahl gehörten eigentlich von den Funktionen für das Umland her gesehen noch nicht in diese Gruppe. Ein umfangreiches Exportgewerbe hatte jedoch die Einwohnerzahl wie bei Mittelstädten mit einem größeren Hinterland anschwellen lassen. Hier sind z. B. zu nennen: Hanau, Mühlhausen, Nordhausen, Chemnitz, Freiberg, Zwickau, Annaberg, Suhl und Fürth. Städte wie Brandenburg (12 500 E.), Stuttgart (18 000 E.), Hannover (15 500 E.) und Kassel (18 500 E.) hatten einen Teil ihrer Einwohnerzahl wohl überörtlichen Aufgaben zu verdanken.

---

[110] Zahlen nach *Heitz, G.*, a. a. O., S. 106, für die Städte Mecklenburgs, Niedersachsens, Westfalens, Hessens, Thüringens und Sachsens; nach Bratring, F. W. A., a. a. O., Bd. 1 bis 3, passim für die brandenburgischen Städte.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 13

Anteil einer Mittelstadt (Paderborn) und von 22 Kleinstädten (im Fürstentum Paderborn) an den Beschäftigten verschiedener Berufe um 1800

Berufe usw.	Paderborn	22 Kleinstädte
Stadtbewohner	17 v. H.	83 v. H.
Buchdrucker	100 v. H.	0 v. H.
Maler	100 v. H.	0 v. H.
Perückenmacher	100 v. H.	0 v. H.
Stärkemacher	75 v. H.	25 v. H.
Büchsenmacher	67 v. H.	33 v. H.
Goldschmiede	60 v. H.	40 v. H.
Kupferschmiede	50 v. H.	50 v. H.
Zinngießer	50 v. H.	50 v. H.
Sattler	42 v. H.	58 v. H.
Fleischer	36 v. H.	64 v. H.
Hutmacher	36 v. H.	64 v. H.
Knopfmacher	36 v. H.	64 v. H.
Buchbinder	33 v. H.	67 v. H.
Wollspinner	33 v. H.	67 v. H.
Uhrmacher	31 v. H.	69 v. H.
Färber	30 v. H.	70 v. H.
Apotheker	27 v. H.	73 v. H.
Essigbrauer	24 v. H.	76 v. H.
Tabakspinner	23 v. H.	77 v. H.
Seiler	21 v. H.	79 v. H.
Fischer	20 v. H.	80 v. H.
Musikanten	19 v. H.	81 v. H.
Bäcker	17 v. H.	83 v. H.
Drechsler	16 v. H.	84 v. H.
Kleinschmiede	16 v. H.	84 v. H.
Weißgerber	16 v. H.	84 v. H.
Tischler	15 v. H.	85 v. H.
Schneider	15 v. H.	85 v. H.
Wagenmacher	14 v. H.	86 v. H.
Glaser	14 v. H.	86 v. H.
Barbiere	14 v. H.	86 v. H.
Schuhmacher	13 v. H.	87 v. H.
Lohgerber	12 v. H.	88 v. H.
Brauer	12 v. H.	88 v. H.
Böttcher	8 v. H.	92 v. H.
Leineweber (hauptberuflich)	8 v. H.	92 v. H.
Stellmacher	7 v. H.	93 v. H.
Grobschmiede	5 v. H.	95 v. H.
Branntweinbrenner	4 v. H.	96 v. H.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Welche Berufe gegenüber den Dörfern und den Kleinstädten in den Mittelstädten vorhanden waren, zeigt folgende Zusammenstellung für Brandenburg:

1 Bildhauer, 4 Caffetiers, 30 Fuhrleute, 4 Goldschmiede, 1 Kamm-Macher, 1 Musikinstrumentenmacher, 18 Pantoffelmacher, 2 Scharfrichter, 35 Weinschenker, 62 Weinmeister, 6 Wundärzte, 28 Accisebeamte, 11 Magistratspersonen, 17 Schullehrer, 4 Ratsmänner, 2 Referendare, 3 Registratoren, 4 Polizeibediente, 6 Waagebediente, 5 Zollbediente, 1 Bauinspektor, 1 Fabrikeninspektor, 6 Justitiarien, 2 Justizkommissarien, 1 Postmeister, 3 Postschreiber, 4 Postillions.

Der Unterschied zwischen den Kleinstädten und den Mittelstädten wird noch deutlicher bei einem Vergleich der auf eine Mittelstadt und auf 22 Kleinstädte eines Gebietes entfallenden Anteile der Bevölkerung und der Beschäftigten, vgl. Tabelle 13.

Bei einem Anteil von 12 bis 20 v. H. der städtischen Gewerbetreibenden für Paderborn kann man annehmen, daß ein durchschnittlicher Besatz gegeben ist, da kleinere Schwankungen immer vorgekommen sein werden. Bei allen Gewerbetreibenden, von denen mehr als 20 v. H. in Paderborn wohnten, obgleich dort der Anteil der städtischen Bevölkerung nur bei 17 v. H. lag, kann man davon ausgehen, daß die Mittelstadt mit ihren Funktionen für einen mehrere kleine Landstädte umfassenden Einzugsbereich diese überdurchschnittliche Ausdehnung der einzelnen Gewerbezweige bewirkt hat. Bei den Anteilen mit weniger als 12 v. H. für Paderborn wird man die größere Nähe zum ländlichen Raum in den Kleinstädten als die eigentliche Ursache für die Abweichungen ansehen können. Stellmacher und Grobschmiede fügen sich gut in die bereits oben für die Dörfer gemachte Feststellung ein. Die Kleinstadt war mehr als die Mittelstadt mit der Landwirtschaft verbunden[111].

Auch im Handel war eine starke Konzentration bestimmter Handelszweige auf die Mittelstadt Paderborn zu beobachten (vgl. Tabelle 14), wenn diese auch nicht so ausgeprägt war wie im gewerblichen Sektor. Ergänzend sei noch darauf hingewiesen, daß Paderborn sich mit 12. v. H. der hauptberuflichen Gärtner auch hinsichtlich des landwirtschaftlichen Sektors gut in die Erwartungen einfügt.

Wenn man auch gegen eine solche Zusammenstellung, wie sie hier in Tabelle 13 und 14 vorgenommen wurde, manches einwenden kann, so läßt sich daraus doch die grundsätzlich andere Wirtschaftsstruktur einer Mittelstadt gegenüber den in ihrem Bereich liegenden Kleinstädten erkennen.

[111] Berechnet und zusammengestellt nach N. N.: Das Fürstentum Paderborn im Jahre 1802, in: Annalen der Preußischen Staatswirtschaft und Statistik, Bd. 1, Heft 4, Halle-Leipzig 1804, S. 15 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 14

Anteil einer Mittelstadt (Paderborn) und von 22 Kleinstädten (im Fürstentum Paderborn) an den städtischen selbständig Handeltreibenden um 1800

Berufe usw.	Paderborn	22 Kleinstädte
Stadtbewohner	17 v. H.	83 v. H.
Buchhändler	100 v. H.	0 v. H.
Weinhändler	42 v. H.	58 v. H.
Krämer	39 v. H.	61 v. H.
Viehhändler	30 v. H.	70 v. H.
Ellenhändler	25 v. H.	75 v. H.
Holzhändler	25 v. H.	75 v. H.
Topfhändler	21 v. H.	79 v. H.
Klippkrämer	14 v. H.	86 v. H.
Viktualienhändler	11 v. H.	89 v. H.
Eisenhändler	4 v. H.	96 v. H.

Auf eine Besonderheit für die Wirtschaftsstruktur der Mittelstädte soll hier noch hingewiesen werden. Gerade die Mittelstädte konnten dann, wenn sie mit Residenz- oder anderen Zentralfunktionen ausgestattet waren, ihre Einwohnerzahl über das sonst übliche Maß ausdehnen. Zwei Beispiele mit zentraler Residenzfunktion (Potsdam) und zentraler Handels- und Transportfunktion (Emden) zeigen dies.

Die Stadt Potsdam hatte mit 26 785 Einwohnern eine Bewohnerzahl, die sie bereits in die Gruppe der hier sogenannten Großstädte hob. Gliedert man die Tätigkeitsbereiche in dieser Stadt auf, dann läßt sich feststellen:

a) Mit 8 847 Militärpersonen (einschließlich der Familienangehörigen) zählten allein 34 v. H. aller Menschen dieser Stadt zu einer Gruppe, die normalerweise unbedeutend war und auch in ganz Preußen nur etwa 3 v. H. ausmachte. Lediglich die Artillerie und die Einheiten der Garde du Corps waren kaserniert. Alle anderen Militärpersonen wohnten in der Stadt wie auch andere Bürger.

b) Der Königliche Hof und der Hof des Prinzen von Preußen hatten zusammen nur etwa 830 Bedienstete, so daß die Ansicht Büschings, „dadurch (sei) die Nahrung der Stadt beträchtlich vermehrt“[112] worden, nicht unmittelbar zutrifft. Neben dem Militär war es die Anwesenheit weiterer Hofhaltungen von Prinzen des Königshauses, von Adligen und hohen Beamten die in ihrer Summierung eine Zusammenfassung einer

[112] *Büsching, A. F.:* Beschreibung seiner Reise von Berlin über Potsdam nach Rekahn unweit Brandenburg, Leipzig 1775, S. 161.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

erheblichen auf superiore Güter ausgerichteten Nachfrage bedeuteten. „Der Hofstaat, das zahlreiche Militär, Fabriken, Manufakturen, der Groß- und Kleinhandel, wozu der Ort sehr bequem liegt, Brauerei, Branntweinbrennerei, Gartenfrüchte und Fischerei sind die Hauptnahrungszweige der Stadt" nach Bratring gewesen[113]. Das Zusammentreffen vieler Faktoren war also für Potsdam sehr wichtig.

Die Bedeutung der spezialisierten Nachfrage nach Gütern des gehobenen Bedarfes und des Militärbedarfes zeigt sich an folgenden wirtschaftlichen Betätigungen: In Potsdam gab es 38 Gewehrfabrikanten mit 77 Gesellen und 41 Lehrlingen, 4 Elfenbeinfabrikanten, 26 Köche, 4 Musikinstrumentenmacher, 66 Seidenwirker mit 106 Gesellen und 51 Lehrlingen, 3 Seidenstrumpfwirker, 28 Schlosser, 3 Stukkaturarbeiter, 4 Tanzmeister, 8 Vergolder, 6 Bleistiftmacher, aber auch 65 Viehmäster und 32 Waisenhausbedienstete. Der Hof, die zusätzliche überörtliche Verwaltung, das Militär und die vom Hof angelockten Gruppen der Bevölkerung setzten alles in allem wohl zwei Drittel der städtischen Bevölkerung in Nahrung, hoben die Stadt Potsdam damit aus dem Bereich einer Mittelstadt weit hinaus.

Emden war ebenfalls, wenn auch in einer anderen Richtung, durch einen zusätzlichen Ansatzpunkt der Wirtschaft in besonderer Weise entwickelt. Der Handel und die Schiffahrt standen hier als überörtliche wirtschaftliche Aktivität weit im Vordergrund. Die Stadt hatte um 1800 10 417 Zivil- und 228 Militäreinwohner. Die geringe Bedeutung des Militärs zeigt den Unterschied zu dem gerade in dieser Richtung überdimensionierten Potsdam. In Emden nahm der Handel nach der Schiffahrt die wichtigste Stellung ein. Insgesamt zählten hier zum Handel:

98 „Grossisten und Spediteurs"
1 Buchhändler
7 Eisenhändler
4 Galanteriehändler
9 Mehlhändler
8 Holzhändler
32 Krämer
40 Manufaktur- und Tuchhändler
1 Materialhändler
5 Porzellan- und Glashändler
187 Viktualienhändler und Höker
18 Weinhändler
1 Geldhändler (Geldwechsler)
2 Lumpenhändler.

[113] *Bratring, F. W. A.*, a. a. O., Bd. 2, S. 79. Auf die Ausdehnung auch der gewerblichen Wirtschaft in den Residenzstädten aufgrund „dirigistischer" Maßnahmen weist allgemein hin Mauersberg, H.: Wirtschafts- und Sozialgeschichte zentraleuropäischer Städte in neuerer Zeit, Göttingen 1960, S. 217.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Zusammen mit den dazugehörigen etwa 100 Gehilfen dürften diese 413 Händler bei einer Beschäftigtenquote von 45 v. H. 12 v. H. davon ausgemacht haben. Es ist aber anzunehmen, daß die Grossisten und Spediteure mehr als einen Gehilfen je Selbständigem gehabt haben werden, so daß die Gehilfenzahl noch höher lag.

Unmittelbar an der See- und Binnenschiffahrt waren beteiligt:

174 Schiffer
488 Schiffsknechte
136 Steuermänner
798 Personen.

Die Schiffahrt umfaßte etwa 18 v. H. aller Beschäftigten, so daß im Ergebnis etwa 30 v. H. im Handel und Transportwesen tätig waren. Bei einer unter 45 v. H. liegenden Beschäftigtenquote sogar ein noch höherer Anteil. Geht man davon aus, daß die Grossisten mit einer gleichen Anzahl Gehilfen (98) und der größte Teil der Schiffahrt den Fernhandel, d. h. über den örtlichen ostfriesischen Bereich hinausgehende Wirtschaftsbeziehungen, betrieben, dann waren etwa 20 v. H. der Beschäftigten direkt mit diesen zusätzlichen Funktionen der Stadt Emden verbunden. In Wirklichkeit ist dieser Anteil jedoch noch höher gewesen. Die kaum mit überregionalem Transportwesen oder Handel ausgestattete Stadt Hildesheim war ungefähr gleich groß wie Emden, hatte jedoch nur 54 v. H. der Zahl der Geschäftsinhaber im Handel wie Emden. Demnach dürfte sogar etwa die Hälfte des Emdener Handels auf überregionale Aufgaben zurückzuführen sein. Im Transportwesen hatte Hildesheim sogar nur 5 v. H. der im See- und Landtransport Tätigen Emdens[114].

Dieser kurze Nachweis von Besonderheiten in der Wirtschaftsstruktur einiger Städte mag genügen, um zu zeigen, daß Abweichungen von der grundsätzlichen Ausstattung der Mittelstädte durchaus vorhanden waren und in welche Richtung die Wirtschaft einer Stadt sich unter besonderen Einflüssen entwickeln konnte.

Die Großstadt

Als Großstädte sollen hier Städte mit 25 000 bis 60 000 Einwohnern verstanden werden. Das Gewerbe dieser Städte bot die Mehrzahl der Luxusgüter, die von den einkommensstarken Bevölkerungsschichten nachgefragt wurden. Nur wenige spezielle Güter, insbesonders Markenartikel mit Statussymbol mußten noch aus anderen Gebieten eingeführt

[114] Zahlen für Hildesheim nach *Kaufhold, K. H.:* Die Wirtschafts- und Sozialstruktur der Stadt Hildesheim, a. a. O., S. 30 und ff.; für Emden *Krug, L.:* Ostfriesland, in: Annalen der Preußischen Staatswirtschaft und Statistik, Bd. 1, Heft 2, Halle-Leipzig 1804, S. 36 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

werden. Die wichtigsten Funktionen dieser Städte waren:

1. Die gewerbliche Produktion für die überörtliche Nachfrage, insbesondere für die Nachfrage von Luxusgütern innerhalb eines weiteren Umlandes.

2. Handelsfunktionen für ein größeres Gebiet.

3. Verwaltungsfunktionen, bei selbständigen Staaten Ort der Hofhaltung.

Hier sind zunächst die Hauptstädte relativ großer und von außen wenig beeinflußter Provinzen oder entsprechender unselbständiger Teile von Großreichen zu nennen: Breslau (57 500 E.), Königsberg (53 000 E.), Prag (75 000 E.), Graz (30 000 E.).

Städte mit Hofhaltung eines mittleren Staates waren: Berlin bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts, Dresden (50 000 E.) und München (50 000 E.) um 1800.

Die Handelsfunktionen dieser Städte konnten teilweise durch verkehrsgünstig gelegene Städte oder durch Städte mit anderen Präferenzen vermindert sein. Hier sind Leipzig (33 000 E.) neben Dresden oder Augsburg (36 300 E.), Regensburg (21 000 E.) und Nürnberg (30 000 E.) neben München zu nennen. Zugleich zeigen diese speziell auf den Handel ausgerichteten Städte, daß auch eine Überdimensionierung der überörtlichen Handelsfunktionen zu einer Vergrößerung der Städte geführt hatte, so daß die Städte einer Gruppe (den Großstädten) angehörten, obgleich sie von ihren übrigen Funktionen her gesehen eigentlich noch zu den Mittelstädten zu zählen waren, vor allem weil sie kein großes Umland hatten.

Die Entwicklung einer Mittelstadt zu einer Großstadt mag an Hand Braunschweigs verdeutlicht werden, da diese Stadt in ihren Funktionen einige Änderungen im 17. und 18. Jahrhundert erfahren hatte. Die Stadt hatte 1671 bei ihrer Eingliederung in das Herzogtum Wolfenbüttel eine Einwohnerzahl von etwa 15 000[115]. Ihre Bedeutung lag bis zu diesem Zeitpunkt vor allem beim überregionalen Handel (Messestadt!), z. T. bei dem damit im Zusammenhang stehenden städtischen Gewerbe. Mit der Eingliederung in das Herzogtum verbesserten sich die wirtschaftlichen Voraussetzungen durch einen engeren Kontakt zum Umland. Weiter verbessert wurde die wirtschaftliche Situation noch im Jahre 1753, als die Residenz von Wolfenbüttel nach Braunschweig verlegt wurde und damit auch ein Teil der bisher auf Wolfenbüttel ausgerichteten zentralen Funktionen. Die Stadt hatte bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts ihre Ein-

[115] Die größte nachweisbare Bevölkerungszahl soll in der Zeit vor 1671 für das Jahr 1550 mit 16 192 Einwohnern kaum mehr betragen haben, vgl. *Saalfeld, D.:* Bauernwirtschaft und Gutsbetrieb in der vorindustriellen Zeit, Stuttgart 1960, S. 7.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wohnerzahl auf knapp 20 000 erhöhen können, was in erster Linie auf die Einbeziehung in die Wirtschaft des Herzogtums zurückzuführen ist, und wuchs bis zum Ende des 18. Jahrhunderts als Residenzstadt auf fast 30 000 Einwohner an[116]. Außer durch die beiden Ereignisse der Jahre 1671 und 1753 wurde die Zunahme der Bevölkerungszahl auch noch durch das allgemeine Bevölkerungswachstum des 18. Jahrhunderts bewirkt. Die Nahrungsmöglichkeiten wurden aber sicher durch die erstgenannten Faktoren erheblich verbessert. Braunschweig ist daher als eine Stadt mit überregionaler Handels- und Gewerbefunktion zu betrachten, die später in ihren Wachstumschancen durch die Verwaltungs- und Hoffunktion begünstigt wurde.

Die Großstaat-Hauptstadt

In die hier bisher vorgenommene Einteilung lassen sich fast alle Städte Mitteleuropas einordnen. Es bleiben nur noch die Städte Wien (221 775 E.) und Berlin (172 000 E.)[117]. Die Funktionen dieser Städte lassen sich wie folgt skizzieren:

1. Gewerbliche Produktion für den örtlichen und für den überörtlichen Bedarf.

2. Handelsleistungen für den örtlichen und für den überörtlichen Bedarf.

3. Verwaltung und Hofhaltung für den örtlichen und für den überörtlichen Bedarf.

Der überörtliche Bedarf griff dabei weit über das Maß der Großstädte und Mittelstädte hinaus. Die für Potsdam bereits dargestellte Spezifizierung des Gewerbes war in noch stärkerem Maße in Berlin zu finden. Die Haupteinnahmequelle der städtischen Bürger war jedoch die zentrale Funktion dieser Großstaat-Hauptstädte als Verwaltungs- und Residenzzentren. Diese großen Städte brauchten den Zufluß an Staatsgeldern und Grundrenten, die aus dem gesamten Staatsgebiet zusammenkamen[118]. Welche Bedeutung die Kosten der Hofhaltung haben konnten,

---

[116] Niedersächsisches Städtebuch, hg. von E. Keyser, Stuttgart 1952.

[117] Zahlen nach *Höck, J. D. A.*, passim, für die hier und auch für die oben genannten Städte, soweit nicht eine andere Quelle angegeben wurde. Berlin hatte neben 147 000 Zivileinwohnern um 1800 noch etwa 25 000 Militäreinwohner (Soldaten und Familienangehörige). Mehr als 60 000 Einwohner hatten neben den Städten Wien und Berlin z. B. noch das schon genannte Prag mit 75 000 und Hamburg mit knapp 100 000 Einwohnern. Beide waren in der sehr weiten Übergangszone zwischen den Großstädten und den Großstaat-Städten zu finden, Prag aufgrund seiner zentralen Bedeutung für ein relativ großes Gebiet (Böhmen und Mähren) und Hamburg aufgrund seiner überregionalen Bedeutung als Handelsstadt an der Elbmündung.

[118] Ein indirekter Hinweis auf die Größenordnung der staatlichen und privaten Mittel, die aus diesem Grunde nach Berlin flossen, mag der Berechnung des kurmärkischen Handels entnommen werden, vgl. *Bratring, F. W. A.*,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zeigen die Haushalte einzelner deutscher Staaten. Bei kleinen Ländern lagen diese Beträge bei 50 v. H. und mehr der gesamten Staatseinnahmen[119]. In Preußen beliefen sich diese Ausgaben auf etwa 2,5 Mill. Taler und beanspruchten damit etwa 10 v. H. der Staatseinnahmen[120]. Stellt man den Hofausgaben die Einwohnerzahl der Hauptstädte von drei unterschiedlich großen Gebieten gegenüber, dann erhält man folgendes Bild, vgl. Tabelle 15.

Tabelle 15

Einwohnerzahl der Hauptstädte, Hofausgaben insgesamt und je Einwohner der Hauptstädte in Preußen, Bayern und Baden um 1800

Hauptstadt	Einwohner	Hofausgaben in Taler	Hofausgaben je Einwohner
Berlin	172 000	2 500 000	14,5 Taler
München	50 000	930 000	18,6 Taler
Karlsruhe	7 900	252 000	31,8 Taler

Quelle: wie Anmerkung 118 und 119.

Wenn diese Beträge für Hofhaltungen auch nicht vollständig in den Hauptstädten ausgegeben wurden, sondern für zweite Residenzen, Reisen der Hofhaltung oder auch des Herrschers allein verwendet wurden, so wurden sie doch ergänzt durch Militärausgaben und durch die Personalausgaben der Verwaltung. In Berlin waren z. B. 25 221 Militärpersonen und fast 5000 Beamte zum überwiegenden Teil aus Staatsmitteln versorgt worden[121]. Gemessen am Durchschnitt für ganz Preußen lagen die Ausgaben des Staates für jeden Soldaten bei etwa 63 Talern pro Jahr[122], so daß in Berlin bei durchschnittlichen Verhältnissen etwa 920 000 Taler

a. a. O., Bd. 1, S. 166 ff. Dort heißt es, daß aus der Kurmark in andere preußische Provinzen und ins Ausland im Jahre 1799 Waren im Werte von 5,27 Mill. Talern geliefert wurden, während die Einfuhr aus den genannten Gebieten 10,87 Mill. Taler betragen haben soll. Die Differenz von 5,6 Mill. Talern konnte — sofern es sich um eine langfristige Differenz handelte, und das war der Fall — nur durch den Zustrom von Geld (Transferleistungen öffentlicher und privater Art aus den preußischen Provinzen) beseitigt werden.

[119] *Borchard, K.:* Staatsverbrauch und öffentliche Investitionen in Deutschland 1780—1850, Diss. rer. pol. Göttingen 1968, S. 136, Tab. 14, für Baden = 49,7 v. H. der Staatseinnahmen; S. 112, Tab. 12, für Bayern =17,5 v. H.

[120] Errechnet nach *Riedel, A. F.:* Der brandenburgisch-preußische Staatshaushalt in den beiden letzten Jahrhunderten, Berlin 1866, S. 235 ff. und Beilage 18; ferner *Borchard, K.*, a. a. O., S. 158, Tabelle 16.

[121] Für 1803 gibt *Bratring, F. W. A.*, a. a. O., Bd. 2, S. 158, 25 221 Militärpersonen an. Davon waren 606 Offiziere, 1982 Unteroffiziere, 408 Spielleute, 230 Kompagnie-Chirurgen, 10 433 Gemeine, insgesamt also 13 659 Soldaten. Etwa 40 v. H. der Militärpersonen waren zivile Angehörige der Soldaten, was auch mit den Angaben für andere Standorte Preußens übereinstimmt. Die Zahl von 4 784 staatlichen und städtischen Bediensteten ergibt sich aus der Zusammenstellung bei Bratring, F. W. A., a. a. O., S. 160 ff.

[122] Berechnet nach *Riedel, A. F.*, a. a. O., Beilage 20. Ausgaben Preußens im Jahr für das Militär: 15,1 Mill. Taler für etwa 240 000 Soldaten.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

im militärischen Bereich ausgegeben wurden. Dieses Geld floß überwiegend allerdings aus Berlin heraus, da es für Verpflegung verwendet wurde[123]. Damit ist aber bereits ein erheblicher Teil des Einfuhrüberschusses der Kurmark und d. h. vor allem Berlins erklärt[124]. Ohne diese Geldzuflüsse aus dem ganzen Land hätte eine solche Agglomeration von Menschen nur mit Hilfe eines umfangreichen Exportgewerbes ernährt werden können. Eine zusätzliche Exportproduktion im Werte von etwa 5 Mill. Taler hätte aber nur schwer auf dem europäischen Markt abgesetzt werden können.

c) Das Ergebnis

Faßt man die hier z. T. dargelegten Ergebnisse der Untersuchung zusammen, dann erhält man unter Berücksichtigung allein der unterschied-

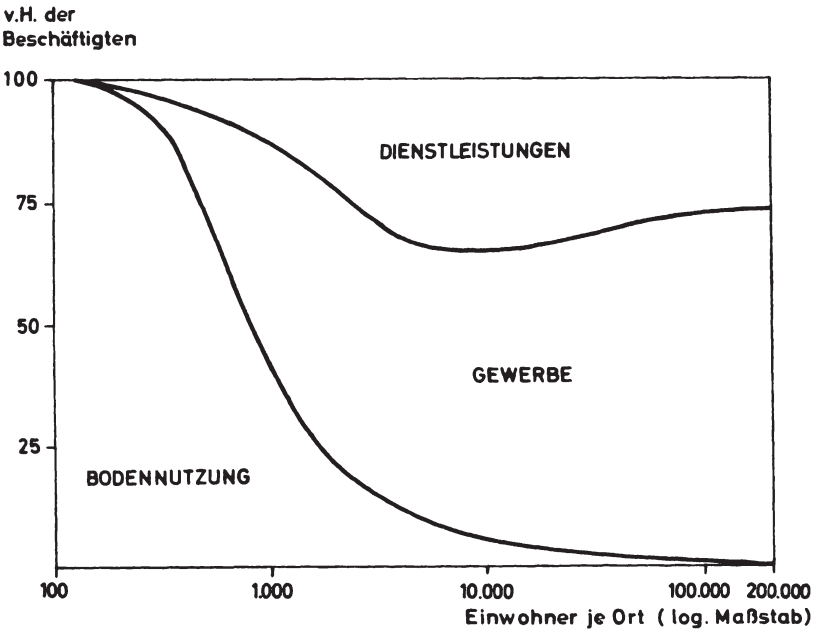


Abbildung 4.

Anteile der einzelnen Wirtschaftssektoren an der Gesamtzahl der Beschäftigten bei unterschiedlichen Ortsgrößen in Mitteleuropa um 1800.

[123] Im Jahre 1775/76 wurden 87 v. H. der etwa 40 Taler je Soldat ausgegebenen Staatsmittel als „Verpflegung der Armee" bezeichnet, vgl. N. N.: General-Domänen-Etat 1775/76, in: Annalen der Preußischen Staatswirtschaft und Statistik, Bd. 2, Halle-Leipzig 1805, S. 39, mit den Ausgaben der Kriegskasse vom 1. Juni 1775 bis zum 31. Mai 1776.

[124] Vgl. Anmerkung 117.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

lichen Einwohnerzahl der einzelnen Siedlungen (Dörfer und Städte) ein Bild wie es in Abbildung 4 zum Ausdruck kommt.

Da die zahlreichen Einzelangaben für die Herstellung der Abbildung 4 schematisiert wurden, bleiben zwei Aspekte außerhalb der Betrachtung:

1. Der Einfluß der unterschiedlichen formellen Bedingungen für die Niederlassung Gewerbetreibender in Städten und Dörfern.

2. Die Produktion gewerblicher Güter oder von Dienstleistungen (Handel und Transportwesen) für die Ausfuhr.

Der erste Punkt ist bei Abbildung 4 nicht mit berücksichtigt worden, weil die Ortsgrößen sich beim Übergang von den Dörfern zu den Städten überschneiden. Aus dem untersuchten Material läßt sich der Einfluß des rechtlichen Faktors aber angenähert ablesen, wenn man den Anteil des Gewerbes in Dörfern und Kleinstädten unterschiedlicher Einwohnerzahl gegenüberstellt. Auch das soll zur besseren Verdeutlichung in einer Abbildung geschehen, vgl. Abbildung 5.

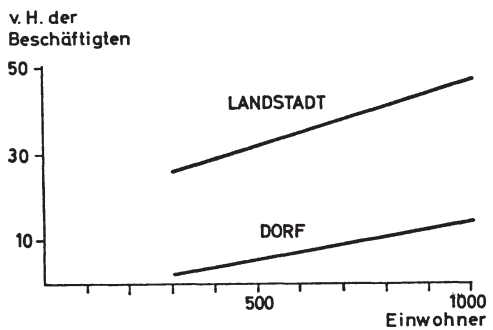


Abbildung 5.

Der Anteil des sekundären Sektors an der Beschäftigtenzahl insgesamt in Dörfern und Städten zwischen 300 und 1000 Einwohnern.

Die Differenz zwischen beiden Kurven in Abbildung 5 deutet zwar in erster Linie die Folgen der unterschiedlichen Rechtsstellung von Stadt und Land an. Sie enthält aber auch einen Unterschied der durch die tatsächlichen Verhältnisse bewirkt wurde. Die Niederlassungsbegünstigung für gewerbliche Produzenten in den Städten — Begünstigung im Vergleich zu den Dörfern — führte nicht etwa zu einer Unterversorgung der Dörfer mit gewerblichen Produkten. Der Bedarf der Dorfbewohner wurde vielmehr von den Kleinstädten mitproduziert, ja machte in diesen Landstädten u. U. sogar den Hauptteil der Produktion aus, wenn man von dem Zahlenverhältnis der im Einzugsgebiet einer solchen Stadt Woh-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nenden zu denen der betreffenden Stadt ausgeht. Ein Wegfall der rechtlichen Beschränkungen für die Eröffnung eines Gewerbebetriebes in den Dörfern hätte beide Kurven wohl langfristig angeglichen. Auf Grund des Übergewichtes der dörflichen Bevölkerung hätte dieser Durchschnitt sich wohl mehr der dörflichen als der kleinstädtischen Kurve in Abbildung 5 angenähert. Da in Abbildung 4 die einzelnen Orte unabhängig von ihrer rechtlichen Qualität berücksichtigt worden sind, ist dort bereits im Übergangsbereich von den Dörfern zu den kleinen Landstädten dieser Durchschnitt zugrunde gelegt worden.

Der zweite Aspekt, nämlich die Exportorientierung der städtischen Wirtschaft erweiterte im Grunde das zu versorgende Hinterland, auch wenn es sich hierbei nicht um ein unmittelbares, sondern um ein u. U. weit entfernt liegendes Hinterland (das Gebiet des Absatzes) handelte. Eine solche Ausdehnung des sekundären und manchmal auch des tertiären (Handel und Transportwesen) Sektors konnte vor allem die Relation, wie sie sich aus Abbildung 4 zwischen diesen beiden Sektoren ergibt, verschieben.

5. Die Bestimmungsgründe der unterschiedlichen Entwicklung zu den am Ende des 18. Jahrhunderts stark differenzierten Wirtschaftsstrukturen

Den größten Einfluß auf die Entwicklung der Wirtschaftsstruktur in Mitteleuropa hat bis zum Ende des 18. Jahrhunderts die geringe landwirtschaftliche Produktivität gehabt. Allerdings wirkte sie nicht differenzierend, sondern gerade entgegengesetzt. Die im Verhältnis zur Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert geringe Arbeitsproduktivität der Landwirtschaft führte dazu, daß der überwiegende Teil der Beschäftigten noch für die Produktion der Nahrungsmittel und der aus der Landwirtschaft stammenden gewerblichen Rohstoffe arbeiten mußte. Zwar hätte sich bei Ausnutzung aller fortschrittlichen, um 1800 bekannten Produktionsmethoden dieser Anteil auf etwa 40 v. H. senken lassen, jedoch hätte dies nicht nur eine Beseitigung der rechtlichen, der psychologischen und der faktischen Hindernisse, sondern auch einen optimalen Einsatz aller Faktoren vorausgesetzt, was in dieser Form auch heute nur theoretisch möglich ist. Der tatsächliche Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten lag bei etwas mehr als 60 v. H., wenn man auch die teilweisen Tätigkeiten auf volle Arbeitskräfte umrechnet[125].

---

[125] Wenn *Böhme, H.*, a. a. O., S. 9, meint, daß Deutschland um 1800 „eine fast rein agrarische Wirtschaftsstruktur" gehabt habe, so wird damit doch der Entwicklungsstand der Landwirtschaft und damit eine wichtige Voraussetzung zum Übergang zu nichtlandwirtschaftlichen Aktivitäten unterschätzt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Eine unterschiedliche Entwicklung der Wirtschaftsstruktur konnte daher nur in der Bevölkerungsgruppe eintreten, die über die Bearbeitung des Bodens hinaus zur Verfügung stand. Der sekundäre und in geringerem Maße auch der tertiäre Sektor waren hier also von Bedeutung. Die Ausdehnung der nichtlandwirtschaftlichen Produktion setzte im allgemeinen voraus:

1. Es mußten über die Erzeugung von landwirtschaftlichen Gütern und solchen des sekundären und des tertiären Sektors für den örtlichen Bedarf hinaus *Arbeitskräfte* zur Verfügung stehen. Ihre Zahl konnte aber nicht beliebig vermehrt werden. Ein natürliches Bevölkerungswachstum hing, wie auch die Einwanderung, von Einkommensmöglichkeiten ab.

2. Neben den Arbeitskräften waren *Rohstoffe* oder Halbfabrikate wichtig. Diese konnten entweder durch eine inländische Produktion beschafft werden (Woll- oder Flachserzeugung für Textilgewerbe; Metallerzeugung für Metallverarbeitung) oder sie mußten eingeführt werden.

3. Da der inländische Markt nicht unbegrenzt aufnahmefähig war, mußten *Absatzmöglichkeiten* im Ausland, d. h. in anderen Regionen gesichert sein. Dies geschah meistens durch *Unternehmer* des Erzeugergebietes oder auch durch Händler anderer Gebiete.

Der im Zeitalter der Industrialisierung wichtige Produktionsfaktor Kapital war für die vorindustrielle Zeit noch nicht von solcher Bedeutung, daß er nicht in der erforderlichen (geringen) Menge hätte beschafft werden können. Die Herstellung oder Anschaffung eines Spinnrades, eines Webstuhles oder der für die Erzeugung von Metallwaren erforderlichen Werkzeuge stellte daher kein Hindernis für die Ausdehnung der nichtlandwirtschaftlichen Produktion dar[126].

Die Abhängigkeit der drei verbleibenden Voraussetzungen für die Ausdehnung der gewerblichen Produktion zeigt sich an Folgendem: Da die inländische Landwirtschaft ihre Erzeugung meistens nicht mehr erheblich ausdehnen konnte oder ausdehnte, wenn man von dem Intensivierungseffekt durch eine geringere Fläche je landbebauender Familie absieht, mußte die gewerbliche Produktion über den Export die Mittel verschaffen, um genügend Nahrungsmittel einführen zu können. Ohne eine solche Einfuhr stieg der Getreidepreis (und auch die übrigen Agrarpreise), so daß die Vermehrung der Bevölkerung durch ein Versiegen der Einwanderung oder durch eine Verminderung der Eheschließungen

---

[126] Über die Kapitalausstattung und den bei einer Ausdehnung der Produktion im Textilbereich erforderlichen Kapitalbedarf bei Anwendung vorindustrieller Produktionsmethoden vgl. *Borchardt, K.*: Zur Frage des Kapitalmangels in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Stuttgart 1961, S. 143 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

stagnierte[127]. Im Prinzip ist damit die Differenzierung auf eine Ursache zurückgeführt. Die Bevölkerungsbewegung ist von den Einkommensmöglichkeiten abhängig und die Einkommensmöglichkeiten sind vom Aufbau eines Exportgewerbes abhängig[128]. Sind die Voraussetzungen für die Entwicklung eines solchen Exportgewerbes gegeben (Rohstoffbeschaffung und Realisierung von Absatzmöglichkeiten außerhalb der betreffenden Region), dann wuchs die Bevölkerung langfristig mit und die Wirtschaftsstruktur änderte sich durch Addition von sekundären und in geringerem Maße auch von tertiären Bereichen. Zugleich stiegen damit die Einkommen im Inland und auch das auf den örtlichen Bedarf ausgerichtete Gewerbe nahm zu. Wurde dadurch die Arbeitslosigkeit im Inland vermindert, dann stieg das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der gesamten Region. Für ein wirtschaftliches Wachstum über diesen Effekt hinaus wäre es erforderlich gewesen, den technischen Fortschritt einzuführen, d. h. mit Hilfe kapitalintensiverer Produktion die durchschnittliche und die Grenzproduktivität des Faktors Arbeit und damit über ein steigendes Einkommen (oder sinkende Preise) auch die Nachfrage zu erhöhen[129]. Das geschah im wichtigsten am Ende des 18. Jahrhunderts vorhandenen gewerblichen Bereich, nämlich der Textilproduktion[130], nachhaltig erst nach der Mitte des 19. Jahrhunderts.

---

[127] Dieser an das „eherne Lohngesetz" erinnernde Gedanke kommt zum Ausdruck in der Abhängigkeit der Eheschließungen von den Roggenpreisen in Göttingen im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts vgl. *Abel, W.*: Neue Wege der handwerksgeschichtlichen Forschung, in Abel, W. und Mitarbeiter, Handwerksgeschichte in neuer Sicht, Göttinger handwerksgeschichtliche Studien, Bd. 16, Göttingen 1970, S. 17, Schaubild 1.

[128] Die am Ende des 18. Jahrhunderts vorhandene verdeckte Arbeitslosigkeit (vgl. *Abel, W.*, a. a. O., Die Lage der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft um 1800, a. a. O., S. 329) zeigt, daß die zur Verfügung stehende Arbeitskraft nicht der Minimumfaktor für den weiteren Ausbau der nichtlandwirtschaftlichen Produktion gewesen ist.

[129] Vgl. hierzu auch *Schremmer, E.*, a. a. O., S. 689, mit dem Hinweis auf den „Zirkel der Armut".

[130] Vgl. Tabelle 3 für Brandenburg.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Das preußische Handwerk in der Zeit der Frühindustrialisierung

Eine Untersuchung nach den Preußischen Gewerbetabellen 1815—1858*

Von *Karl Heinrich Kaufhold*, Göttingen

I.

Das hier zu behandelnde Thema gehört in einen in der letzten Zeit viel diskutierten Fragenkreis, den der Geschichte der sog. Frühindustrialisierung, und betrifft doch ein Gebiet, das nahezu vollkommen im „Windschatten" der Forschung liegt: die Entwicklung des Handwerks in der Zeit der Frühindustrialisierung. Mit ihr haben sich in den letzten Jahren, ja Jahrzehnten nur wenige Wirtschaftshistoriker befaßt — eine der Ausnahmen, die diese Regel bestätigt, ist Wolfram Fischer, dem wir mehrere wichtige Beiträge verdanken[1]. Sonst finden sich immer wieder Rückgriffe auf die letzten großen Arbeiten, die das Thema in historisch-statistischer Methode behandelt haben: Gustav Schmollers „Zur Geschichte der deutschen Kleingewerbe im 19. Jahrhundert[2]" und Otto Thissens „Beiträge zur Geschichte des Handwerks in Preußen[3]".

Über die Gründe dieser weitgehenden Abstinenz der jüngeren Forschung zu handeln, ist hier nicht der Ort, obwohl sich daran einige interessante Bemerkungen anknüpfen ließen. Hier soll vielmehr versucht werden, erneut einen Zugang zum Thema zu finden, der zwei Anforderungen erfüllt:

---

* Überarbeitete Fassung eines am 14. 4. 1970 vor dem Wirtschaftshistorischen Ausschuß vorgetragenen Referates. (Die wesentlichste Änderung gegenüber der vorgetragenen Fassung besteht darin, daß als Schlußjahr 1858 statt 1861 angesetzt wurde. Diese Änderung schien angezeigt, weil eine nochmalige Überprüfung des Materials ergab, daß die (vom Zollverein vorgenommene) Erhebung des Jahres 1861 gegenüber den (noch vom Kgl. Preuß. Statistischen Bureau erhobenen) Zahlen von 1858 in einigen Berufen Differenzen aufweist, die wahrscheinlich nicht entwicklungs-, sondern erhebungsbedingt sind).
Den Teilnehmern an der Diskussion danke ich für wertvolle Hinweise, die nach Möglichkeit berücksichtigt wurden.

[1] Es seien hier nur genannt: Das deutsche Handwerk in den Frühphasen der Industrialisierung. In: Zeitschrift f. d. ges. Staatswiss. 120, 1964, S. 686—712 und; Die Rolle des Kleingewerbes im wirtschaftlichen Wachstumsprozeß in Deutschland 1850—1914. In: Wirtsch. u. soz. Probleme der gewerb. Entwicklung im 15.—16. u. 19. Jahrhundert. (Forsch. zur Sozial- und Wirtschaftsgesch. 10), Stuttgart 1968, S. 131—142.

[2] Halle 1870.

[3] Tübingen 1901.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

einmal die Entwicklung des Handwerks in der Zeit der frühen Industrialisierung Deutschlands zu schildern und zu analysieren,

zum anderen einige Beziehungen zwischen Entwicklungslinien im Handwerk und in der Gesamtwirtschaft aufzuzeigen.

Das ist ein anspruchsvolles Programm, dessen volle Erfüllung den hier zur Verfügung stehenden Rahmen weit überschreiten würde. Entsprechend soll nur ein — aber, wie mir scheint, nicht unwesentlicher — Teilaspekt vorgeführt werden: die Entwicklung des Handwerks in Preußen zwischen 1816 und 1858 und einige seiner Beziehungen zur Entfaltung des preußischen Wirtschaftslebens in diesem Zeitraum.

Grundlage der Ausführungen werden dabei die zwischen 1816 und 1858 alle drei Jahre vom Königl. Preußischen Statistischen Bureau aufgenommenen, aber nur in sehr unterschiedlichem Umfange publizierten preußischen Gewerbetabellen sein. (Über die benutzten Veröffentlichungen vgl. die Anlage.)

Damit setzt sich diese Arbeit einer ernst zu nehmenden Kritik aus. Denn es sind gewichtige Bedenken nicht nur unter methodischen Aspekten an den aus den Tabellen zu gewinnenden Informationen, sondern auch unter quellenkritischen Gesichtspunkten an den Tabellen selbst anzumelden. Selbst wenn man von der schon erwähnten ungleichmäßigen Edition absieht, bieten der wechselnde Kreis der in die Erhebungen einbezogenen Gewerbe, deren z. T. willkürlich wirkende Aufteilung in eine Handwerker- und eine Fabrikentabelle (ab 1846), die bis 1855 beibehaltene Zusammenfassung von Lehrlingen und Gesellen in einer Gruppe, die Aufnahme der Angaben durch z. T. wenig sachkundige Lokalbehörden und anderes mehr Anlaß zur Kritik. Und die erreichbaren Informationen, wie Zahl der Meister und der Beschäftigten[4], ihre regionale und branchenmäßige Gliederung, Verhältnis des Handwerks zur Bevölkerung, durchschnittliche Betriebsgrößen[4], um nur die wichtigsten zu nennen, lassen viele Fragen unbeantwortet.

Doch trotz solcher Bedenken können die Tabellen zumindest einige nicht unwesentliche Hinweise geben. Zudem sind sie m. W. die einzige Quelle, welche die Größenverhältnisse des Handwerkes (und eines beachtlichen Teils der sonstigen gewerblichen Produktion) im hier angesprochenen Zeitraum erkennen läßt. Außerdem verlieren manche Bedenken, die sich gegenüber Einzelangaben erheben lassen, an Gewicht, wenn man die Größen hinreichend aggregiert. Bei einem solchen Vorgehen verliert zwar das Bild an Differenzierung, doch steigt die Wahrscheinlichkeit, daß zumindest die Tendenz richtig herauskommt. Ein solches Ergebnis genügt für viele Zwecke, so auch für die hier beabsichtigte Analyse, besonders dann, wenn man die Ergebnisse vorsichtig interpretiert.

So kann und will diese Arbeit nicht mehr als einen ersten — zugegeben in vielem grob und unvollkommen erscheinenden — Überblick über den Problembereich geben. In dieser Beschränkung liegt freilich auch eine Gefahr, besonders für den Referenten: nämlich die, beiden Adressaten

---

[4] Angaben über die Zahl der Betriebe fehlen. Sie wird daher im folgenden gleich der Zahl der Meister und für eigene Rechnung arbeitenden Personen gesetzt. Das ist nicht ganz korrekt, doch dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach der sich ergebende Fehler nur unbedeutend sein.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

seiner Ausführungen, dem Historiker wie dem Nationalökonomen, nicht das „Richtige" zu bieten. Jenem könnten die Quellengrundlagen zu schmal, die Details der Entwicklung zu sehr vernachlässigt sein, dieser sich an der Begrenzung der Aussagen in sachlicher und zeitlicher Hinsicht, an der Betonung nur einiger Interdependenzen stören. Vielleicht aber bietet der Referent mit seinem Versuch auch beiden Anregung, das Handwerk bei der Beschäftigung mit den Problemen der Frühindustrialisierung nicht zu übersehen. Die folgenden Ausführungen mögen erweisen, ob diese Hoffnung allzu optimistisch ist.

II.

Bei der Darstellung und Analyse der Entwicklung des Handwerks empfiehlt es sich, zwei große Gruppen zu unterscheiden:

a) Das Bauhandwerk, das wegen der Eigenart seiner Produktion und der Besonderheiten seiner Betriebsorganisation sich aus dem sonstigen Handwerk heraushebt und daher eine gesonderte Behandlung verlangt.

b) Das übrige Handwerk, das sich (in Anlehnung an die auch für das 19. Jahrhundert brauchbare Systematik der Handwerksstatistik des Statistischen Bundesamtes) in folgende Berufsgruppen gliedern läßt:
Metallverarbeitendes Handwerk
Holzverarbeitendes Handwerk
Bekleidungs-, Textil- und lederverarbeitendes Handwerk
Nahrungsmittelhandwerk
Sonstiges Handwerk.

Der Entwicklung beider Gruppen soll im folgenden nachgegangen werden, und zwar, um die Darstellung nicht zu überlasten, lediglich anhand einiger Kennziffern für einige Jahre[5]. Dabei wurden — abgesehen von den festliegenden Anfangs- und Endpunkten — solche Jahre ausgewählt, die für bestimmte Entwicklungsabschnitte innerhalb der Berichtszeit charakteristisch erscheinende Werte aufweisen: 1831, 1846 und 1849.

Bauhandwerk

Für den gesamten Zeitraum (1816—1858) stehen Angaben für alle wichtigen Berufe: Maurer, Zimmerleute, Dachdecker, Steinmetzen und Maler (diese ohne Hilfskräfte) zur Verfügung, so daß eine hinreichende Repräsentanz gegeben ist.

[5] Es ist vorgesehen, das gesamte Material zu einem späteren Zeitpunkt zu veröffentlichen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 1

Kennziffern zur Entwicklung des Bauhandwerks in Preußen 1816—1858

Jahr	Zahl d. Meister[a] 1816 = 100	Zahl der Hilfskräfte[b] 1816 = 100	Durchschn. Handwerkerdichte[c]	Durchschn. Betriebsgröße[d]	Handwerkeranteil an Bevölkerung[e]
1816	100	100	1,8	2,7	0,5
1831	119	156	1,7	3,3	0,5
1846	152	341	1,8	5,2	0,8
1849	154	337	1,8	5,0	0,8
1858	139	483	1,5	7,9	0,9

Anmerkungen:
a) und für eigene Rechnung arbeitende Personen
b) Hilfskräfte = Gehilfen und Lehrlinge.
c) Zahl der Meister und für eigene Rechnung arbeitende Personen in v. T. der Bevölkerung.
d) Beschäftigte (Meister und Hilfskräfte) je Meister.
e) Zahl der im Handwerk Beschäftigten in v. H. der Bevölkerung.

Zwei Tendenzen zeichnen sich klar ab: die Meisterzahl, bis zur Jahrhundertmitte annähernd im Gleichtakt mit der Bevölkerung gewachsen (vgl. die Handwerkerdichte), sank danach auch in Relation zum Bevölkerungszuwachs ab, während die Zahl der Hilfskräfte stark zunahm (fast auf das Fünffache), was auch zu einem erheblichen Anwachsen der durchschnittlichen Betriebsgröße führte — sie stieg annähernd auf das Dreifache. Als Resultat beider Tendenzen verdoppelte sich der Anteil der im Handwerk Beschäftigten an der Bevölkerung fast.

Weiter wird bei näherem Zusehen deutlich, daß sich diese Entwicklung in Phasen vollzog. Um das noch stärker herauszuarbeiten, mögen ergänzend zu Tab. 1 die durchschnittlichen jährlichen Zuwachsraten der Meister- und der Hilfskräftezahlen in den einzelnen Phasen nachgetragen werden:

Phase	Durchschnittliche jährliche Veränderung der Zahl der	
	Meister	Hilfskräfte
1816—31	244	1106
1831—46	408	3634
1846—49	134	— 432
1849—58	— 313	4780

Grob lassen sich diese Abschnitte wie folgt charakterisieren: 1816—31 ist eine Zeit allmählichen Wachstums. Die Meisterzahl nimmt entsprechend der Bevölkerungsvermehrung zu, und die Betriebsgröße wächst,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

aber im Vergleich zu später nicht beachtlich. 1831—46 sind dagegen anderthalb Jahrzehnte rascher Zunahme: zwar bleibt die Handwerkerdichte auch hier annähernd unverändert, doch wachsen die Betriebsgröße und der Anteil des Handwerks an der Bevölkerung an. Diese Aufwärtsbewegung erleidet 1846—49 einen Rückschlag. Die Zahl der Hilfskräfte geht absolut zurück, wenn auch nicht stark, und entsprechend vermindert sich die Betriebsgröße. Höchst beachtlich schließlich die Entwicklung in der letzten Phase (1849—58), in der einer starken Verminderung der Meisterzahl eine kräftige Vermehrung der Hilfskräfte gegenübersteht mit der Folge eines fast sprunghaften Anstiegs der Betriebsgröße: also eine Konzentration im Bauhandwerk von einer für diese Zeit erstaunlichen Intensität.

Mit einiger Vorsicht lassen sich aus diesen Angaben Schlüsse auf die wirtschaftliche Entwicklung des Bauhandwerks ziehen. Unzweifelhaft war es ein wachsendes Handwerk. Auf die ganze Zeit gesehen, verdoppelte sich der Anteil seiner Beschäftigten an der Bevölkerung, während sich die durchschnittliche Betriebsgröße sogar mehr als verdreifachte. Darin schlug sich die Konzentrationstendenz nieder: Die Zahl der Hilfskräfte stieg merklich rascher als die der selbständigen Meister, die ab 1849 sogar rückläufig wurde.

Alle diese Fakten deuten auf eine nicht ungünstige wirtschaftliche Lage. Berufe, die langfristig einer steigenden Zahl von Hilfskräften Arbeit geben können, müssen zumindest eine befriedigende Auftrags-, wahrscheinlich aber auch eine zufriedenstellende Gewinnlage haben. Dafür spricht ebenfalls, daß die Meister bei einer Verschlechterung ihrer Situation sehr rasch reagieren konnten: die rückläufige Zahl der Hilfskräfte in der Krisenzeit 1846—49 macht das eindringlich deutlich. Wenn sie also ihre Betriebe ausdehnten, muß die ökonomische Grundlage dafür vorhanden gewesen sein.

Die Abnahme der Meisterzahl nach 1849 spricht nicht gegen diese Folgerung. Sie scheint vielmehr dadurch hervorgerufen zu sein, daß Kleinmeister mit nur wenigen Beschäftigten infolge der zunehmenden Ansprüche der Nachfrager an die Bauausführung und der wachsenden Konkurrenz der leistungsfähigeren größeren Betriebe ausschieden. Dafür spricht, daß sich der Rückgang der Meisterzahl ausschließlich auf dem platten Lande vollzog, wo solche Existenzen eine bedeutende Rolle spielten. Setzt man die Meisterzahl 1849=100, so betrug sie 1858 auf dem platten Lande 78, in den Städten 111, in Berlin sogar 130. Es vollzog sich also in den fünfziger Jahren eine Konzentration des Bauhandwerks in den Städten, besonders in den größeren. Daß es vorzugsweise die Kleinbetriebe auf dem Lande waren, die dieser Konzentration zum Opfer fielen, erhellt auch aus dem Umstand, daß die Zahl der Hilfskräfte auf

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dem platten Lande und in den Städten in annähernd gleichem Maße stieg (bei 1849 = 100 1858 auf dem platten Lande 146, in den Städten 139).

So wird man die wirtschaftliche Entwicklung des Bauhandwerks überwiegend positiv bewerten können. Dieses im ganzen freundliche Bild deckt sich mit dem Eindruck, den man bei einer Betrachtung der Bautätigkeit in Preußen gewinnt. Die Gesamtzahl der dort vorhandenen öffentlichen und privaten Gebäude[6] stieg, setzt man 1816 = 100, bis 1834 auf 122 und bis 1858 auf 154. Aussagekräftiger wären freilich die Gebäudewerte, doch fehlen darüber die Angaben.

Diese Entwicklung der Bautätigkeit erklärt allerdings nur den positiven Trend der Bauwirtschaft über den ganzen Zeitraum, nicht die einzelnen Phasen ihrer Entfaltung. Zu deren Deutung muß ein Blick auf den Wachstumsprozeß der Gesamtwirtschaft geworfen werden, in den die Entwicklung des Bauhandwerks wie auch des übrigen Handwerks verwoben war. Um Wiederholungen zu vermeiden, soll das im folgenden Punkt, bei der Behandlung des übrigen Handwerks, geschehen.

Übriges Handwerk

A. Zunächst ein Überblick über die Gesamtentwicklung.

Dazu eine methodische Vorbemerkung: Die Gewerbetabellen der Jahre 1816—1843 enthalten einen zwar ständig erweiterten, nicht aber das gesamte Handwerk erfassenden Kreis von Berufen (wobei zu einem Teil auch Angaben über Hilfskräfte fehlen); erst ab 1846 ist das Handwerk in ihnen annähernd vollständig erfaßt. Um die Vergleichbarkeit zu sichern, wurden in die folgende Übersicht nur die 21 Berufe aufgenommen, über die von 1816 bis 1858 durchlaufend Notizen über die Zahl der Meister und der Hilfskräfte vorliegen. Es sind folgende:

1. Metallverarbeitendes Handwerk: Grobschmiede / Schlosser / Kupferschmiede / Rot-, Gelb-, Glockengießer / Zinngießer / Klempner / Uhrmacher / Gold- und Silberarbeiter
2. Holzverarbeitendes Handwerk: Tischler / Stellmacher / Böttcher
3. Bekleidungs- usw. Handwerk: Gerber / Schuhmacher / Handschuhmacher / Riemer und Sattler / Seiler / Schneider / Hutmacher
4. Nahrungsmittelhandwerk: Bäcker / Schlachter
5. Sonstiges Handwerk: Töpfer.

Die Masse des Handwerks ist damit erfaßt. Eine Kontrollrechnung für die Zeit 1849—58 ergab, daß die Entwicklung der ausgewählten Berufe und des gesamten Handwerks übereinstimmend verlief; die Repräsentanz der Auswahl ist also zweifelsfrei.

---

[6] Nach der Gebäudestatistik des preußischen Staats, hier berechnet nach den Angaben im Jahrbuch für die amtliche Statistik des Preußischen Staats, hg. vom Kgl. Stat. Bureau. 1. Jg. Berlin 1863, S. 134 f. und 150 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 2

Kennziffern zur Entwicklung des Handwerks (ohne Bauhandwerk) in Preußen 1816—1858

Jahr	Zahl d. Meister[a] 1816 = 100	Zahl der Hilfskräfte[b] 1816 = 100	Durchschn. Handwerkerdichte[c]	Durchschn. Betriebsgröße[d]	Handwerkeranteil an Bevölkerung[e]
1816	100	100	21,4	1,5	3,2
1831	127	120	21,6	1,5	3,2
1846	164	202	22,6	1,6	3,7
1849	167	194	22,6	1,6	3,6
1858	174	241	21,8	1,7	3,7

a) und für eigene Rechnung arbeitende Personen.
b) Hilfskräfte = Gehilfen und Lehrlinge.
c) Zahl der Meister und für eigene Rechnung arbeitende Personen in v. T. der Bevölkerung.
d) Beschäftigte (Meister und Hilfskräfte) je Meister.
e) Zahl der im Handwerk Beschäftigten in v. H. der Bevölkerung.

Auch hier seien zur Ergänzung die durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten der Meister- und Hilfskräftezahlen angegeben:

Phase	Durchschnittliche jährliche Veränderung der Zahl der	
	Meister	Hilfskräfte
1816—31	4041	1456
1831—46	5414	6158
1846—49	2037	— 3122
1849—58	1718	5911

Diese Zahlen lassen einige generelle Schlüsse zu.

a) Zunächst ist eine anhaltende, wenn auch unterschiedlich intensive Zunahme der *Meister* festzustellen. Sie erreichte ihren Höhepunkt im Abschnitt 1831—46. Dann sank sie ab. Besonders 1849—58 war sie merklich geringer, ohne jedoch wie im Bauhandwerk negative Werte anzunehmen.

Der Anteil der Handwerksmeister an der Gesamtbevölkerung (Handwerkerdichte) änderte sich dagegen im gesamten Zeitraum nur unerheblich. Er stieg bis 1846 gering an (von 21,4 auf 22,6) und fiel dann bis 1858 mit 21,8 nahezu auf den Ausgangswert zurück.

Wenn man auch die Aussagekraft dieser Zahlen nicht überschätzen sollte, so erscheint doch in ihrem Lichte die oft anzutreffende Vorstellung von einem überstarken Zudrang zum Handwerk mit der Folge heilloser Überfüllung wenig begründet: die Meisterzahlen sind von 1816 bis 1858 im wesentlichen im Gleichtakt mit der Bevölkerung gewachsen. Zwar fehlt bei dieser Überlegung eine Aussage über die effektive Pro-Kopf-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Nachfrage nach handwerklichen Produkten, doch dürfte sich diese kaum während des ganzen Zeitraumes negativ entwickelt haben.

b) Die Zahl der *Hilfskräfte* (Gehilfen und Lehrlinge) stieg auf fast das Zweieinhalbfache ihres Ausgangswertes und damit erheblich stärker als die Meisterzahl. Die Betriebsgröße nahm daher, wenn auch nicht stark, zu. Auch hier sind, ausgeprägter noch als bei den Meistern, Phasen unterschiedlicher Entwicklungsintensität und (von 1846—49) sogar -richtung zu beobachten. Zwei in ihrer Intensität fast gleiche „Entwicklungssprünge" zeichnen sich deutlich ab: die Perioden 1831—46 und 1849 bis 1858, in denen folgerichtig auch die Betriebsgröße jeweils zunahm.

Diese Entwicklung unterstreicht das bei der Betrachtung der Meisterzahlen Gesagte. Zunehmende Betriebsgrößen deuten, wie schon oben bemerkt, mit erheblicher Sicherheit auf eine nicht ungünstige Auftrags-, wahrscheinlich sogar Gewinnlage, denn während der ganzen Zeit boten kurze Kündigungsfristen der Gehilfen die Möglichkeit, den Beschäftigungsstand rasch einer sich ändernden Nachfrage anzupassen. Daß davon auch entschieden Gebrauch gemacht wurde, zeigt der starke Rückgang der beschäftigten Hilfskräfte in der Krisenzeit 1846—49.

Ein vom Material her nicht sicher zu entkräftendes Gegenargument ist möglich: der Anstieg der Hilfskräfte sei im wesentlichen einer Zunahme der Lehrlinge, der viel berufenen „Lehrlingszüchterei" zu danken. Doch wies die Zählung von 1858, die einzige, die Gehilfen und Lehrlinge trennte, in den hier untersuchten Berufen ein Verhältnis von 2 : 1 zugunsten der Gehilfen auf. Danach erscheint es unwahrscheinlich, daß die Bewegung der Betriebsgröße entscheidend von den Lehrlingen beeinflußt wurde.

c) Es wurde schon angedeutet, daß die Entwicklung in *Phasen* verlief. Diese umfaßten die gleichen Zeiträume wie im Bauhandwerk, doch wichen ihre Kennzeichen z. T. voneinander ab.

Die Zeit von 1816—31 wies eine relativ langsame Entwicklung auf, besonders, wenn man die Zahl der Hilfskräfte betrachtet: sie wuchs — wenn auch nicht erheblich — weniger als die der Meister. Entsprechend stagnierte die Betriebsgröße. Auch der Handwerkeranteil an der Bevölkerung blieb gleich.

Dagegen brachte die nächste Phase (1831—46) einen deutlichen Aufschwung. Die Zahl der Meister nahm noch stärker zu als in der Vorperiode, doch wurde ihr Anwachsen von der Zunahme der Hilfskräfte übertroffen, deren durchschnittlicher jährlicher Zuwachs sich gegenüber dem vorangehenden Zeitabschnitt mehr als vervierfachte mit der Folge, daß auch die durchschnittliche Betriebsgröße anstieg. Zugleich fiel in diesen Zeitraum ein kräftiges Anwachsen des Handwerkeranteils an der Bevölkerung.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Das Triennium 1846/49 brachte auch hier einen sichtbaren Rückschlag. Zwar stieg die Meisterzahl weiter, wenn auch wesentlich weniger intensiv, doch die Zahl der Hilfskräfte ging absolut und relativ zurück.

Die Jahre 1849—58 schließlich waren gekennzeichnet durch einen zweiten Aufschwung, aber unter anderen Vorzeichen als der erste 1831 bis 1846. Die Meister vermehrten sich nur relativ geringfügig, wesentlich weniger als nach 1831. Dafür wuchs die Zahl der Hilfskräfte in annähernd gleichem Maße wie im ersten Aufschwung mit der Folge einer abermaligen Zunahme der Betriebsgröße. Auch im übrigen Handwerk zeigte sich also wie im Bauhandwerk, wenn auch nicht so ausgeprägt, ein Konzentrationsprozeß (steigende Betriebsgröße, sinkende Handwerkerdichte), der sich nach Thissen[7] bis zum Ende des Jahrhunderts fortsetzte (und der, das darf gleich hinzugefügt werden, nach der laufenden Handwerksstatistik noch immer anhält).

Die fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts waren danach, wie es scheint, der Beginn einer Umstrukturierung im Handwerk in Richtung auf ein langsameres Wachsen der Zahl der Meister, aber eine verstärkte Zunahme der Größe seiner Betriebsstätten.

Allerdings schlug sich die geringere Vermehrung der Meister im Anteil der Handwerker an der Bevölkerung nieder. Anders als im Bauhandwerk, wo sie von der stark anschwellenden Zahl der Hilfskräfte überkompensiert wurde, ließ sie hier nur eine schwache Erhöhung dieses Anteils (von 3,6 auf 3,7 v. H.) zu.

B. Bisher wurde das preußische Handwerk als Ganzes gesehen. Es erscheint aber notwendig, auch seine berufliche und örtliche Differenzierung wenigstens im Umriß zu skizzieren und nach ihrer Entwicklung zu fragen. Auch dabei muß sich aus den genannten Gründen die Darstellung auf die Handwerke beschränken, die in Abschnitt A behandelt wurden. Auch hier ist aber nach Prüfung die Repräsentanz gewährleistet.

1. Zunächst zur *beruflichen Gliederung,* die anhand der o.g. vier großen Berufsgruppen (die Gruppe des „Sonstigen Handwerks" ist nicht ausreichend repräsentiert) aufgezeigt werden soll.

Da diese Arbeit eine auf Einzelzüge verzichtende Darstellung ist, wurde davon abgesehen, die Entwicklung in den einzelnen Berufen zu verfolgen, eine Entscheidung, für die auch Raumgründe sprachen. Allerdings wird bei der Besprechung der einzelnen Berufsgruppen auf die Entwicklung einzelner Berufe, soweit erforderlich, hingewiesen werden.

Um einen Überblick über die Größenverhältnisse zu gewinnen, wird zunächst die Gliederung der insgesamt im Handwerk Beschäftigten 1816 und 1858 einander gegenübergestellt.

---

[7] a. a. O., S. 49 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 3

Die Beschäftigten[a] im preußischen Handwerk (ohne Bauhandwerk) nach Berufsgruppen 1816 und 1858

Berufsgruppe	Anteil in v. H.	
	1816	1858
Metallverarb. Handwerk	19,9	20,8
Holzverarb. Handwerk	14,9	20,7
Bekleidungs-, Textil- und lederverarb. Handwerk	50,0	45,1
Nahrungsmittelhandwerk	13,0	11,8
Sonstiges Handwerk	2,2	1,6

Anmerkung: a) Meister und Hilfskräfte.

Die Strukturen weisen ungeachtet aller Differenzen im einzelnen insgesamt doch keine wirklich bedeutsame, das Gewicht der einzelnen Gruppen untereinander und zum Ganzen grundlegend verändernde Verschiedenheit auf. Dieser Umstand erscheint für eine Zeit, für die gern von Strukturänderungen im Handwerk gesprochen wird, zunächst erstaunlich, doch lassen zwei Momente ihn weniger auffällig erscheinen. Einmal sind die Berufsgruppen relativ umfangreiche Aggregate, in denen sich viele Verschiebungen zwischen einzelnen Berufen gegenseitig aufheben, zum anderen wird ihre Erscheinung weithin durch die großen „Massenhandwerke" wie Schuhmacher, Schneider, Bäcker, Schlachter, Tischler geprägt. Und in deren Struktur schlagen sich deutlich die Grundbedürfnisse der Nahrung, Kleidung, Wohnung nieder und teilen ihre relative Konstanz ihr mit.

Dessenungeachtet bedürfen aber die vorhandenen Verschiebungen der Analyse, die zugleich dazu dienen wird, die Entwicklung der einzelnen Berufsgruppen aufzuzeigen.

Tab. 4 (S. 179) gibt im Vergleich der Kennziffern der Berufsgruppen untereinander und mit den Werten für das gesamte Handwerk einen instruktiven Einblick in diese Verschiedenheiten. Dazu im folgenden noch einige Anmerkungen.

a) Im *metallverarbeitenden Handwerk* ist die Meisterzahl im Vergleich zum gesamten Handwerk leicht unterproportional gewachsen, die der Hilfskräfte bis 1849 annähernd proportional, danach stärker. Entsprechend schwankte die durchschnittliche Betriebsgröße relativ stark, wobei der kräftige Anstieg in den Aufschwungperioden (1831—46 von 1,5 auf 1,8, 1849—58 von 1,7 auf 1,9) bemerkenswert erscheint. Der Anteil an der Bevölkerung stieg in diesen Phasen ebenfalls um je einen Punkt.

Auf eine Besonderheit, die das Bild dieser Gruppe im Vergleich von 1831 und 1846 möglicherweise, wenn auch nicht entscheidend, beeinflussen kann, sei in diesem Zusammenhang hingewiesen: In der Gewerbetabelle 1846 ist

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 4

Kennziffern zur Entwicklung einzelner Berufsgruppen des Handwerks (ohne Bauhandwerk) in Preußen 1816—1858

Jahr	Metallverarb. Handwerk				Holzverarb. Handwerk				Bekleidungs-, Textil- u. lederverarb. Handwerk				Nahrungsmittel-handwerk				Gesamtes Handwerk (Zum Vergleich)			
	a	b	c	d	a	b	c	d	a	b	c	d	a	b	c	d	a	b	c	d
1816	100	100	1,6	0,6	100	100	1,4	0,5	100	100	1,5	1,6	100	100	1,4	0,4	100	100	1,5	3,3
1831	124	118	1,5	0,7	145	154	1,5	0,6	127	112	1,5	1,6	116	113	1,4	0,4	127	120	1,5	3,2
1846	153	209	1,8	0,7	211	297	1,6	0,8	162	176	1,6	1,8	140	195	1,5	0,4	164	202	1,6	3,7
1849	157	195	1,7	0,6	220	269	1,5	0,8	165	171	1,6	1,7	136	208	1,6	0,4	167	194	1,6	3,6
1858	168	270	1,9	0,8	233	361	1,7	0,8	168	195	1,6	1,7	147	260	1,7	0,4	174	241	1,7	3,7

Zeichenerklärung:
a = Meister und für eigene Rechnung arbeitende Personen; 1816 = 100.
b = Hilfskräfte (Gehilfen und Lehrlinge); 1816 = 100.
c = Durchschnittliche Betriebsgröße = Beschäftigte (Meister und Hilfskräfte) je Meister.
d = Handwerkeranteil an Bevölkerung = Zahl der im Handwerk Beschäftigten in v. H. der Bevölkerung.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die Zahl der Schlosser in den Provinzen Westfalen und Rhein, und zwar nur in diesen, geringer als 1843 angesetzt. Da Gründe für einen tatsächlichen Rückgang nicht zu erkennen sind, wurden wahrscheinlich die im bergischen und märkischen Lande im Verlag für Eisenwarenfabrikanten arbeitenden Schlosser in die 1846 neu eingerichtete „Fabrikentabelle" übernommen.

Insgesamt jedoch bot die Entwicklung des metallverarbeitenden Handwerks keine herausragende Besonderheit. Das ist eigentlich erstaunlich, denn angesichts der in der Literatur immer wieder betonten engen Beziehungen zur metallerzeugenden und (besonders) metallverarbeitenden Industrie, die sich in dieser Zeit beachtlich entfaltete, hätte man stärkere Reaktionen vermutet.

b) Das *holzverarbeitende Handwerk* hatte bei den Meistern und bei den Hilfskräften die mit Abstand stärksten Zuwachsraten zu verzeichnen. Die Betriebsgröße stieg zwischen 1816 und 1858 von 1,4 auf 1,7, der Anteil an der Bevölkerung von 0,5 auf 0,8 v. H. Bereits 1816—31 zeigte eine starke Vermehrung, wobei abweichend von den anderen Zweigen die Zahl der Hilfskräfte rascher zunahm als die der Meister.

1831—46 und 1849—58 waren ausgeprägte Aufschwungperioden, wobei in der zweiten Phase die Differenz zwischen den Zuwachsraten der Meister und der Hilfskräfte außerordentlich hoch war, mit anderen Worten die Konzentration besonders rasch voranschritt. Die Zeit 1846—49 zeigte eine anhaltende, nicht erheblich verlangsamte Zunahme der Meister, während die Hilfskräftezahl sehr kräftig zurückging.

Ursächlich für diese Bewegung war der mit Abstand größte holzverarbeitende Beruf, die Tischler. Während die übrigen Holzarbeiter wie Stellmacher und Böttcher nur allmähliche Veränderungen zeigten, waren die Zuwachsraten dort ungewöhnlich hoch. Das hatte verschiedene Gründe. An erster Stelle wird wohl der Einfluß der regen Bautätigkeit zu nennen sein, der den Wachstumsverlauf der Tischler dem des Bauhandwerks anglich.

c) Das *Bekleidungs-, Textil- und lederverarbeitende Handwerk* folgte als mit weitem Abstand größte Berufsgruppe (vgl. Tab. 3) annähernd dem Verlaufe des Gesamthandwerks. Indes zeigen sich bei näherem Hinsehen doch einige — mir charakteristisch erscheinende — Abweichungen. So blieb die Zunahme der Meisterzahl 1849—58 deutlich hinter der des gesamten Handwerks zurück (übrigens sank auch die Handwerkerdichte) und war überhaupt die niedrigste aller Berufsgruppen in dieser Periode. Noch auffälliger hinkten in (mit Ausnahme des „Krisenjahres" 1849) immer größer werdendem Abstand die Zuwachsraten der Hilfskräfte der allgemeinen Entwicklung nach, so daß die durchschnittliche Betriebsgröße lediglich zwischen 1831 und 1846 von 1,5 auf 1,6 stieg

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

und dann stagnierte. Der Handwerkeranteil veränderte sich sinngemäß: Anstieg von 1831—46 von 1,6 auf 1,8 v. H., Abfall bis 1849 auf 1,7 v. H. und dann Stagnation auf diesem Niveau.

Hier vollzog sich also eine (wenn auch nur relative) negative Entwicklung. Die Frage nach ihren Gründen führt im Rahmen des vorliegenden Materials zu einer Analyse der Entwicklung in den Hauptberufen der Gruppe und damit zu den Massenberufen der Schuhmacher und der Schneider, in denen fast 90 v. H. der hier erfaßten Angehörigen der Berufsgruppe vereinigt waren. (Beide waren übrigens — in der Reihenfolge Schuhmacher/Schneider — die mit Abstand größten Handwerksberufe in Preußen.) Die Kennziffern dieser Berufe lauten:

Tabelle 5

Kennziffern zur Entwicklung des Schuhmacher- und des Schneiderhandwerks in Preußen 1816—1858

Jahr	Schuhmacher				Schneider			
	a	b	c	d	a	b	c	d
1816	100	100	1,6	0,8	100	100	1,4	0,6
1831	131	117	1,5	0,8	126	111	1,4	0,6
1846	172	173	1,6	0,8	161	197	1,5	0,7
1849	175	173	1,6	0,8	164	187	1,5	0,7
1858	180	195	1,6	0,8	165	215	1,6	0,6

Zeichenerklärung:
a = Meister und für eigene Rechnung arbeitende Personen; 1816 = 100.
b = Hilfskräfte (Gehilfen und Lehrlinge); 1816 = 100.
c = Durchschnittliche Betriebsgröße = Beschäftigte (Meister und Hilfskräfte) je Meister.
d = Handwerkeranteil an Bevölkerung = Zahl der im Handwerk Beschäftigten in v. H. der Bevölkerung.

Bei allen Unterschiedlichkeiten im einzelnen, die hier nicht näher diskutiert werden können, war beiden Berufen ein nur langsames und verzögertes Wachstum eigen. Besonders auffällig zeigte sich dies bei dem größten Beruf, den Schuhmachern, wo Betriebsgröße und Anteil der Beschäftigten an der Bevölkerung während des ganzen Zeitraumes praktisch gleich blieben. Bei den Schneidern stieg die Betriebsgröße zwischen 1831 und 1846 und 1849 und 1858, wenn auch jeweils nur gering, an. Der Anteil an der Bevölkerung dagegen, zwischen 1816 und 1831 um einen Punkt gestiegen, ging von 1849 bis 1858 sogar wieder auf den Ausgangswert zurück.

Die beiden großen Berufe der Schuhmacher und Schneider vermochten dem Bekleidungshandwerk also keine Impulse zu einem stärkeren Wachstum zu geben. Ursache war die wirtschaftliche Schwäche der meisten Angehörigen dieser Berufe, in denen kleine und kleinste Existenzen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

überwogen[8]. Bei den Schuhmachern deutet die im Vergleich zum gesamten Handwerk (und auch zur Bevölkerungsentwicklung) überdurchschnittlich hohe Zunahme der Meister verbunden mit der unterdurchschnittlichen Vermehrung der Hilfskräfte auf eine Tendenz zur Überfüllung, also einer im Vergleich zur Nachfrage zu hohen Meisterzahl mit ihren nachteiligen wirtschaftlichen Folgen.

d) Einen besonders interessanten Verlauf nahm die Entwicklung im *Nahrungsmittelhandwerk*. Die Meisterzahlen wuchsen im Vergleich zum Gesamthandwerk stark unterproportional und hatten überhaupt von allen Berufsgruppen die niedrigste Wachstumsrate. Die Zahl der Hilfskräfte nahm bis 1846 annähernd proportional zum gesamten Handwerk zu, danach stieg sie überdurchschnittlich, so daß sich auch die Betriebsgröße von 1846 bis 1858 anhaltend erhöhte.

In dieser Entwicklung spiegelte sich die Eigenart der beiden hier erfaßten Berufe, der Bäcker und der Schlachter. Zumindest zweierlei ist bei ihnen zu berücksichtigen: einmal die Besonderheit der Nachfrage nach ihren Produkten, die in deren geringer Einkommens- und Preiselastizität ihren Ausdruck fand, zum andern der auch im 19. Jahrhundert noch immer recht hohe Grad der Selbstversorgung, vor allem auf dem Lande. Dieser ist wahrscheinlich für das unterproportionale Anwachsen der Meisterzahl verantwortlich zu machen, indem neue Existenzen auf dem Lande (wo sich das sonstige Handwerk besonders rasch entwickelte) schwerer einen Start fanden als Meister anderer Berufe; jene erklärt besonders die erstaunliche Entwicklung 1846/49: Das Nahrungsmittelhandwerk war die einzige Gruppe, bei der Zahl der Hilfskräfte und Betriebsgröße auch in dieser Periode stiegen. Ganz offensichtlich profitierten seine Meister von den durch die Mißernten dieser Jahre ausgelösten Preissteigerungen und waren wegen der geringen Nachfrageelastizität dem Nachfragerückgang nicht so stark ausgesetzt wie andere Handwerker. Dahin deutet es auch, daß die Hilfskräfte bei den Bäckern stärker zunahmen als bei den nachfrageelastischere Güter anbietenden Schlachtern (bei 1846 = 100, 1849 Bäcker 109, Schlachter 103).

Insgesamt hat die Betrachtung der vier großen handwerklichen Berufsgruppen das Bild der handwerklichen Entwicklung 1816—1858 zwar z. T. erheblich differenziert, in seinen Grundzügen aber nicht wesentlich geändert. Das gilt auch für die oben vorgenommene Einteilung in Entwicklungsphasen, da (mit Ausnahme des Nahrungsmittelhandwerks 1846—49) in allen Gruppen die für die einzelnen Phasen charakteristische Entwicklungsrichtung, wenn auch in unterschiedlicher Intensität, zu beobachten war.

---

[8] Vgl. dazu und zum folgenden Schmoller a. a. O., S. 622 ff. (Schuhmacher) und 642 ff. (Schneider).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

2. Die *regionale Gliederung* des Handwerks und ihre Entwicklung kann hier nur ganz knapp behandelt werden, indem die durchschnittliche Betriebsgröße und der Anteil des Handwerks an der Bevölkerung für die größeren Landesteile Preußens in den Jahren 1822 (für 1816 gestattet das veröffentlichte Material eine regionale Gliederung nicht) und 1858 einander gegenübergestellt werden.

Tabelle 6

Durchschnittliche Betriebsgrößen des Handwerks und Handwerkeranteil an der Bevölkerung (ohne Bauhandwerk) in Preußen 1822 und 1858 nach Landesteilen

Landesteil	Durchschn. Betriebsgröße[a]		Handwerkeranteil an der Bevölkerung in v. H.	
	1822	1858	1822	1858
Östliche Provinzen[b]	1,4	1,7	2,7	2,9
Mittlere Provinzen[c]	1,6	1,8	3,7	4,3
Provinz Schlesien	1,4	1,7	2,9	3,5
Westliche Provinzen[d]	1,5	1,6	3,4	4,3
Ganz Preußen (zum Vergleich)	1,5	1,7	3,2	3,7

Anmerkungen:
a) Beschäftigte (Meister und Hilfskräfte) je Meister.
b) Preußen (Ost- und Westpreußen), Posen, Pommern.
c) Brandenburg einschl. Berlin, Sachsen.
d) Westfalen, Rhein.

Die Tabelle läßt zwei Tendenzen hervortreten: bei der Betriebsgröße im Osten und in Schlesien eine kräftigere Zunahme als in der Mitte und im Westen, beim Handwerkeranteil dagegen eine von Ost nach West stärker werdende Erhöhung. Zwischen beiden Tendenzen besteht ein, in der unterschiedlichen Struktur des Handwerks in den preußischen Landesteilen begründeter Zusammenhang. Betrachtet man die Zahlen für 1822, so heben sich sowohl bei der Betriebsgröße als auch beim Handwerkeranteil vor allem die mittleren, daneben aber auch die westlichen Provinzen durch höhere Werte heraus. Das ist ein Niederschlag der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Gebiete. Die westlichen Provinzen, besonders der Raum beiderseits des Niederrheins, das bergische und märkische Land waren seit je ein stark verdichtetes Gewerbegebiet mit ausgeprägtem Handwerk. In den Spitzenwerten der mittleren Provinzen machte sich nicht nur der Einfluß des gewerblichen Zentrums Berlin bemerkbar, sondern auch die hier besonders ausgeprägte merkantilistische Förderung des Gewerbes im 17. und 18. Jahrhundert, die das Handwerk freilich auf die Städte zu konzentrieren versuchte. Schlesien, vor allem aber die östlichen Provinzen hatten ein weniger stark

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

entwickeltes Handwerk, das ebenfalls besonders in den Städten angesiedelt war[9].

Diese unterschiedliche Struktur prägte sich nun innerhalb der Berichtszeit noch deutlicher aus, und 1858 ist die bereits 1822 erkennbare Polarisierung zwischen Ost und West ganz klar zu sehen. Besonders offensichtlich wird das beim Handwerkeranteil, der im Osten nur von 2,7 auf 2,9, im Westen dagegen von 3,4 auf 4,3 v. H. stieg und bei dem das Handwerk der westlichen den Wert der mittleren Provinzen erreichte. In der Entwicklung der Betriebsgröße machte sich dagegen der relativ hohe Anteil des Landhandwerks (mit seinem geringeren Betriebsumfang) am Handwerk der westlichen Provinzen[10] bemerkbar und führte dazu, daß sie im Osten kräftiger als im Westen stieg.

C. Die bisherige Betrachtung des preußischen Handwerks hat, obwohl sie nur auf einige Gesichtspunkte beschränkt wurde, doch eine Reihe von Entwicklungstendenzen hervortreten lassen. Es mag daher nützlich sein, die wichtigsten Ergebnisse noch einmal kurz zusammenzufassen.

1. Die Zeit 1816 bis 1858 war für das preußische Handwerk (auch ohne Berücksichtigung des Bauhandwerks) eine Zeit des Wachstums. Der Anteil seiner Beschäftigten an der Bevölkerung stieg von 3,2 v. H. 1816/1831 auf 3,7 v. H. 1846 und blieb, abgesehen von einem kurzen Rückgang auf 3,6 v. H. 1849, auf diesem Wert stehen. Die Betriebsgröße erhöhte sich von 1,5 1816/1831 bis 1846 auf 1,6 und von 1846/1849 bis 1858 noch einmal auf 1,7.

2. Diese Entwicklung vollzog sich in Phasen:
   1816—1831. Das Handwerk wächst im Gleichtakt mit der Bevölkerung, und die Zahl der Meister und der Hilfskräfte nimmt annähernd in gleichem Maße zu. Also auch Gleichbleiben des Handwerkeranteils und der Betriebsgröße in einer Phase der Stagnation.

   1831—1846. Das Handwerk nimmt stärker als die Bevölkerung zu. Zugleich steigt die Zahl der Hilfskräfte rascher als die der Meister. Also Wachstum der Betriebsgröße und des Handwerkeranteils in einer Phase ausgeprägter Expansion.

   1846—1849. Schwache Zunahme bei den Meistern und rückläufige Beschäftigung von Hilfskräften führen zu einem Stagnieren der Betriebsgröße und einem leichten Rückgang des Anteils an der Bevölkerung in einer Phase des (vorübergehenden) Rückgangs.

---

[9] Zur regionalen Verteilung des Handwerks um 1800 vgl. *Kaufhold, Karl Heinrich*: Umfang und Gliederung des deutschen Handwerks um 1800. In: Abel, Wilhelm und Mitarbeiter: Handwerksgeschichte in neuer Sicht (Göttinger Handwerkswirtschaftliche Studien. 16). Göttingen 1970, S. 44 ff.

[10] S. dazu *Kaufhold*, a. a. O., S. 52 und 59.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

1849—1858. Das Handwerk nimmt, aber nur ein wenig, stärker als die Bevölkerung zu, wobei der Anteil der Meister an der Bevölkerung (Handwerkerdichte) deutlich rückläufig ist. Die Zahl der Hilfskräfte steigt wesentlich rascher als die der Meister mit der Folge eines ausgeprägten Sprungs der Betriebsgröße. Insgesamt also eine Phase der Konzentration.

3. Obwohl der Anteil der Berufsgruppen am Gesamthandwerk sich von 1822 bis 1858 nicht grundlegend änderte, verlief die Entwicklung in den Gruppen doch in charakteristischer Verschiedenheit:

   Das holzverarbeitende Handwerk wuchs mit Betriebsgröße und Handwerkeranteil am stärksten, getragen von der Expansion der Tischler,

   dann folgte das metallverarbeitende Handwerk, in der Betriebsgröße im gleichem Maße wie das holzverarbeitende Handwerk, im Anteil an der Bevölkerung dagegen geringer zunehmend,

   als drittes das Nahrungsmittelhandwerk, in der Entwicklung der Betriebsgröße gleichauf, aber mit konstantem Anteil an der Bevölkerung wegen des relativen Gleichbleibens der Meisterzahlen,

   am Schluß das Bekleidungshandwerk, das unter dem Einfluß der im ganzen nicht günstig gestellten Schuhmacher und Schneider nur wenig wuchs.

4. Regional waren beim Handwerkeranteil die westlichen Provinzen führend und die östlichen am wachstumsschwächsten; bei der Betriebsgröße zeigten dagegen unter dem Einfluß der stärkeren Konzentration des Handwerks in den Städten der Osten und Schlesien den stärksten Fortschritt.

Es ist erstaunlich, wie gut sich diese Entwicklungszüge des Handwerks in die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung Preußens in dieser Zeit einpassen. Es mag genügen, das an dem — m. E. entscheidenden — Beispiel der Entwicklungsphasen deutlich zu machen. So entspricht die Phase der Stagnation im Handwerk 1816—1831 einer auch gesamtwirtschaftlich nicht günstig zu beurteilenden Zeit. Die Folgen der Napoleonischen Kriege, die sich ihnen anschließende Zeit der Deflation, besonders aber die große Agrarkrise der zwanziger Jahre mit ihrem Höhepunkt 1825[11] hemmten einen raschen Aufschwung. Wie sehr sich vor allem die Agrarkrise auf das Handwerk auswirkte, mag folgender Vergleich zeigen: Von 1822 bis 1834[12] stieg, setzt man 1822 = 100, die Zahl der hand-

[11] *Abel, Wilhelm:* Agrarkrisen und Agrarkonjunktur. Eine Geschichte der Land- und Ernährungswirtschaft Mitteleuropas seit dem hohen Mittelalter. 2. Aufl. Hamburg und Berlin 1966, S. 210 ff.

[12] Für 1816 und 1831 stehen keine regional aufgegliederten Zahlen zur Verfügung.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

werklichen Hilfskräfte in der rein agrarisch bestimmten Provinz Posen auf 119, im stärker gewerblich geprägten Westfalen auf 138. Bedenkt man, daß der Osten im allgemeinen zu höheren Betriebsgrößen und damit zu einer relativ stärkeren Beschäftigung von Hilfskräften tendierte (s. oben), wird ganz klar, welchen Einbruch die Agrarkrise auch im Handwerk auslöste.

Dagegen fällt die Phase der Expansion 1831—1846 in eine Zeit gesamtwirtschaftlichen Aufstiegs, wie heute wohl unbestritten ist. Es mag genügen, dafür einige Belege anzuführen. So sagt Spiethoff[13]: „... ein allgemeiner Aufschwung ist unverkennbar", Mottek[14] bemerkt: „Im ganzen machten sich in den Jahren unmittelbar nach der Bildung des Zollvereins bereits Elemente einer ersten deutschen Investitionswelle stark bemerkbar", und Kuczynski[15] führt in seinem, von ihm als rohe Schätzung bezeichneten Index der deutschen Industrieproduktion (bei 1860 =100) als Werte auf für 1821/30: 12, 1831/40: 23, also fast eine Verdoppelung.

Ganz auffällig ist die Verknüpfung der Rückgangsphase 1846—49 mit der gleichzeitigen großen Hungerkrise der Jahre 1845 und danach (mit dem Höhepunkt 1847) und den sich anschließenden politischen Unruhen 1848/49. Es mag genügen, noch einmal Spiethoff[16] zu zitieren, nach dem ein „schwerer Druck auf dem unmittelbaren Verbrauch nicht nur der Nahrungsmittel, sondern auch der gewerblichen Gebrauchsgüter" lag. Das Handwerk als entschieden verbrauchsorientierter Wirtschaftszweig wurde von einer solchen Entwicklung unmittelbar und besonders stark betroffen.

Und schließlich fällt die Phase der Konzentration 1849—58 wohl nicht zufällig zusammen mit dem ersten starken Aufschwung der deutschen Industrie in den fünfziger Jahren. Man nennt diese Zeit gern die des eigentlichen Durchbruchs der Industrialisierung in Deutschland und setzt in ihr (so jedenfalls die überwiegende Meinung) den sog. „take-off" an. Es ist auffällig, daß sich auch im Handwerk in dieser Periode mit der Konzentration eine Tendenz anbahnt, die für seine Entwicklung im Industriezeitalter bis heute bestimmend geblieben ist.

---

[13] *Spiethoff, Arthur:* Die wirtschaftlichen Wechsellagen. Aufschwung, Krise, Stockung. I. Erklärende Beschreibung. Tübingen-Zürich 1955, S. 113.

[14] *Mottek, Hans:* Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Bd. II. Von der Zeit der Französischen Revolution bis zur Zeit der Bismarckschen Reichsgründung. 2. Aufl. Berlin 1969, S. 132.

[15] *Kuczynski, Jürgen:* Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis 1849. (J. K., Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. Teil I, Bd. 1). Berlin 1961, S. 93.

[16] a. a. O., S. 115.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

III.

Abschließend soll noch — ohne Anspruch auf Vollständigkeit — auf einige Gesichtspunkte eingegangen werden, die zur Erklärung der Entwicklung beitragen können.

Diese wurde, wie mir scheint, in diesen Jahrzehnten des Wandels und des Übergangs zu neuen Formen in Wirtschaft und Gesellschaft im starken Maße von zwei Grundkräften beherrscht:

1. von der Kontinuität, d. h. von einem Fortwirken vorindustrieller Strukturen und Prozesse,
2. vom Wandel im Sinne von Anpassung.

Beide Kräfte wirkten, das sei zur Vermeidung von Mißverständnissen bemerkt, nicht nur im Handwerk, sondern in allen der vorindustriellen Zeit entstammenden Erscheinungsformen wirtschaftlichen und sozialen Lebens, doch lassen sie sich an seinem Beispiel m. E. besonders deutlich herausarbeiten.

Zu 1. Eine Reihe wichtiger, für das vorindustrielle Handwerk charakteristischer Erscheinungen ist auch, jedenfalls bei der Masse des Handwerks, im Berichtszeitraum anzutreffen. Dafür einige Beispiele:

Die Gliederung nach Berufsgruppen verschob sich, wie oben gezeigt wurde, nicht wesentlich. Produktionsorganisation und -technik veränderten sich kaum, ebenso nicht die Eigenarten handwerklicher Berufsausbildung und handwerklichen Werdegangs (Lehrling—Geselle—Meister). Auch beim Absatz gab es keinen grundlegenden Wandel. Nach wie vor stand der Lokalabsatz (am Produktionsort oder in dessen näherer Umgebung) im Vordergrund, und die Produktion auf Bestellung (Lohnwerk) blieb wichtig.

So war das Handwerk der frühindustriellen Zeit noch weithin vorindustriell geprägt (auch in seinem Denken und seinen Anschauungen); ein Umstand, dessen Gewicht für die handwerkliche Entwicklung nicht gering zu veranschlagen ist. Freilich verlor schon im Laufe der hier behandelten Zeit diese Prägung mehr und mehr an Kraft.

Zu 2. Das deutet schon auf den zweiten Gesichtspunkt des Wandels, der sich in verschiedenen Bereichen handwerklicher Wirtschaft und Gesellschaft vollzog, und zwar teils auf einzelne Berufe oder gar Betriebe beschränkt, teils die Mehrheit der Handwerker erfassend. So realisierten sich, wenn auch zumeist erst in einzelnen Betrieben, Ansätze neuer Produktions- und Absatzmethoden nach dem Vorbild der Fabrik. Diese Betriebe entwuchsen dann allerdings oft dem Rahmen des Handwerks und wurden selbst zu Fabriken. Ein gutes Beispiel dafür bot das Maschinenbauerhandwerk[17].

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Bedeutender als diese, auf das Ganze gesehen doch noch am Rande stehenden Erscheinungen waren die oben herausgearbeiteten Tendenzen zur Konzentration und zur Betriebsvergrößerung, die in engem Zusammenhang standen. Hier, in der (teils nur relativen, teils auch absoluten) Verminderung der Zahl selbständiger Meister bei gleichzeitiger Vermehrung der Hilfskräfte je Betrieb, zeigte sich eine neue Entwicklungslinie, die zu einer Änderung des überkommenen Charakters des Handwerks führen konnte. Denn (rechtliche, zumeist aber auch tatsächliche) Begrenzung der Gehilfenzahl (und damit Begrenzung der Produktion) war eine der Grundlagen gewesen, auf denen sich das vorindustrielle Handwerk entwickelt hatte, und von ihr waren mannigfache Folgen ausgegangen: nicht zuletzt fand hier die Berufsteilung als die typisch handwerkliche Form der Arbeitsteilung eine ihrer wichtigsten Ursachen. Wuchsen nun die Betriebe, so wuchs auch die Wahrscheinlichkeit, daß es — in Verbindung mit anderen, zu einem Wandel in der Funktion des Handwerks drängenden Kräften — zu Änderungen in der handwerklichen Organisation und Produktion kam, die dann in der Folge auch eingetreten sind. Doch gehört das weitgehend[18] einer späteren Zeit an.

Kontinuität und Wandel als in der Entwicklung des Handwerks sich ausprägende Kräfte sind allerdings noch nicht die endgültige Antwort auf die Frage nach den Erscheinungen, die seiner Entwicklung die Richtung gaben. Die herkömmliche, scheinbar alles erklärende Lösung dieser Frage lautet: die Industrialisierung bestimmte den weiteren Werdegang des Handwerks. Doch schon Gustav Schmoller hat vor einer solchen Übervereinfachung gewarnt und festgestellt, „daß die landläufige Phrase, die Großindustrie habe das Handwerk verdrängt, die Sache nicht erschöpft"[19]. Und in der Tat wird eine solche, nur auf das Verhältnis von Industrie und Handwerk beschränkte Erklärung der vielschichtigen historischen Realität nicht gerecht[20].

Eben diese Vielschichtigkeit verbietet es auch, hier auf begrenztem Raum eine vollständige Antwort auf das Problem zu geben. Es sei daher nur auf zwei Faktoren hingewiesen, die meiner Ansicht nach von Ge-

---

[17] *Schröter, Alfred* und *Becker, Walter:* Die deutsche Maschinenbauindustrie in der industriellen Revolution. (Veröff. d. Inst. f. Wirtschaftsgesch. an der Hochschule f. Ökonomie Berlin-Karlshorst. 2). Berlin 1962, S. 48 ff.

[18] Der Wandel des Gesellen vom — wenn auch minderberechtigten — Zunftgenossen des Meisters zum „freien" Lohnarbeiter ist ein Beispiel für Änderungen, die schon in der Berichtszeit zu beobachten waren.

[19] a. a. O., S. 166.

[20] Damit soll nicht bestritten werden, daß die Industrie einen gewichtigen Einfluß auf die Handwerksentwicklung hatte. Doch erscheint der *alleinige* Hinweis auf die Industrialisierung als causa movens gerade für die Zeit der Frühindustrialisierung nicht ausreichend.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wicht sind, die aber bei einer isolierten Betrachtung von Handwerk und Industrie leicht übersehen werden: die Bevölkerungsbewegung und die Entwicklung in der Landwirtschaft.

Was damit gemeint ist, wird am besten bei einer knappen, auf ihre Grundzüge reduzierten Analyse des Zusammenspiels dieser Faktoren deutlich.

Grundlegendes Faktum war die etwa 1750 beginnende, den Berichtszeitraum über anhaltende Bevölkerungsvermehrung, besonders auf dem Lande, die auch in Preußen zu beobachten war. Sie stellte die zwar erstaunlich elastische, im Grunde aber doch statisch geprägte vorindustrielle Wirtschaft vor das Problem der Eingliederung des Zuwachses an Menschen in den Produktionsprozeß. Der weitaus größte Wirtschaftssektor, die Landwirtschaft, wurde mit wachsendem Zustrom immer weniger aufnahmefähig, zumal seine „Beschäftigungselastizität" durch die feudalen Bindungen beeinträchtigt war. Aber auch als diese zum Teil fielen, nach der sog. Bauernbefreiung, den Gemeinheitsteilungen usw., wuchs seine Aufnahmefähigkeit nicht entscheidend, sondern blieb durch Besitzstruktur, Betriebsorganisation, Arbeitsbedingungen, bis 1830 auch durch die anhaltende Agrarkrise begrenzt. Beleg dafür ist das vielfach, auch und besonders von den Zeitgenossen bezeugte rasche Anwachsen der „unterbäuerlichen Schicht" auf dem Lande, deren Angehörige kein dauerndes Unterkommen in der Landwirtschaft fanden und es anderweit suchen mußten.

Sie wandten sich (soweit sie nicht auswanderten) vor allem dem Gewerbe zu, und so kam es im 18. und im frühen 19. Jahrhundert trotz aller dagegen gerichteten Maßnahmen zu einer schnellen und starken Zunahme des Landhandwerks (besonders des im Verlag arbeitenden textilerzeugenden Handwerks — Spinnerei und Weberei), aber auch zu einem Druck auf das Gewerbe in den Städten. Dieses suchte sich ihm durch Einsatz der Zunftorganisation zu entziehen, doch gelang das nur unvollkommen: das un- und außerzünftige Handwerk nahm zu, und die Möglichkeiten der Zünfte, den Zugang zum Handwerk zu erschweren, wurden durch die wenig zunftfreundliche und zunehmend liberalere Gewerbepolitik des Staates immer geringer. Die Gewerbefreiheit setzte hier nur den Schlußstein einer Entwicklung, die den Exklusivitätsanspruch der Zunftmeister schon vielerorts erschüttert hatte.

In der Zeit von 1816—1846 war der Zustrom zum Handwerk denn auch in vollem Gange; seine Meister- und Gesellenzahlen stiegen ab 1831 sogar rascher als die Bevölkerung — es sei an die o. g. Werte noch einmal erinnert. Und doch waren diesem Zustrom Grenzen gesetzt. Denn Gewerbefreiheit hieß ja in der Realität nicht, daß jedem jedes Gewerbe auch tatsächlich offenstand.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Der Investitionsaufwand in vielen Berufen, das notwendige Betriebskapital, die erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten, ohne die ein Scheitern im Wettbewerb meist schnell kam, bildeten Hürden, die nicht jeder überspringen konnte. So wandten sich viele nicht dem selbständigen Handwerk zu, sondern suchten in der zumeist im Verlag arbeitenden Textilherstellung Arbeit und Brot. Leider fehlen hier weitgehend Zahlenangaben; nur die „gehenden" (im Betrieb befindlichen) Webstühle wurden erfaßt und geben einen, wenn auch unvollkommenen Einblick (in allen Fällen 1816=100):

Jahr	Gehende Webstühle [21]		Zum Vergleich	
	insges.	dav. nebenberuflich	Handwerk[22]	Bevölkerung
1831	125	135	127	126
1846	181	177	188	156

Die Zahl der Webstühle stieg also annähernd in gleichem Maße wie die Zahl der in den hier erfaßten Handwerksberufen Tätigen. Damit wird deutlich, daß auch das textilproduzierende Gewerbe wuchs und einen zunehmenden Teil des Bevölkerungsanstiegs aufnahm.

Daß all dies nicht ausreichte, um den Bevölkerungsdruck aufzufangen, ist bekannt. Nicht umsonst sind gerade die hier besprochenen Jahrzehnte zwischen den Napoleonischen Kriegen und der Revolution 1848/49 als Zeit des „Pauperismus" in die Geschichte eingegangen[23], und Pauperismus heißt, auf seinen ökonomischen Kern reduziert, auch und vor allem fehlende oder unzureichende Erwerbsmöglichkeiten. Warum aber gelang es dem Gewerbe nicht, den „außeragrarischen" Bevölkerungszuwachs voll und zu ausreichenden Bedingungen aufzunehmen?

Der Versuch, eine halbwegs befriedigende Antwort auf diese Frage zu finden, würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Es sei daher hier lediglich auf den Einfluß hingewiesen, den die Landwirtschaft oder genauer: die Ernteergebnisse auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrageentwicklung ausübten[24]. Er läßt sich in gröbster Vereinfachung so definieren, daß Mißernten (entsprechend der Krisentheorie von Labrousse) zu einem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und damit zu einer

[21] Ohne Bandstühle.
[22] Ausgewählte Berufe (s. oben im Text) einschl. Bauhandwerk; Meister und Hilfskräfte.
[23] Vgl. dazu neuerdings *Abel, Wilhelm:* Der Pauperismus in Deutschland am Vorabend der industriellen Revolution. Hannover 1970, passim.
[24] Zu diesem und dem folgenden vgl. Abel Agrarkrisen, a. a. O., insbesondere die grundsätzlichen Ausführungen S. 22 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Krise führten, daß aber auch eine Agrardepression, ausgelöst durch Preisverfall wegen mehrerer überreicher Ernten, aufgrund der Minderung der Kaufkraft der Landwirtschaft als größtem Sektor der Gesamtwirtschaft in den übrigen Sektoren nicht ohne nachteilige Folgen blieb. Das Handwerk als primär verbrauchsorientierter Wirtschaftszweig wurde in jedem Falle von einem Nachfragerückgang besonders stark in Mitleidenschaft gezogen. Beleg dafür bieten die obigen Ausführungen über den Einfluß der großen Agrarkrise der zwanziger Jahre auf das Handwerk, aber auch über den scharfen Rückgang der Beschäftigung aufgrund der Hungerkrise 1845 ff. (von dem bezeichnenderweise das Nahrungsmittelhandwerk als einziges verschont blieb).

Solange also die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in so starkem Maße von den Zufallsschwankungen der Ernteergebnisse abhing, waren der Ausdehnung des Handwerks allein schon aus diesem Grund (es sei noch einmal betont, daß er nicht als einziger angesehen wird) Grenzen gesetzt. Aber nicht nur das Handwerk, auch die anderen gewerblichen Betriebsformen waren davon betroffen. Das galt wegen ihrer geringeren Elastizität besonders für kapitalintensive Formen und hier vor allem für die junge Industrie, deren Risiken aus dem Zusammentreffen von relativ hoher und langfristiger Kapitalbindung mit höchst unsicheren Absatzerwartungen groß waren. Die vielen, aus der Firmengeschichte bekannten Absatzschwierigkeiten und die zahlreichen Konkurse dieser Jahre sprechen hier eine beredte Sprache. Insgesamt erscheint es zweifelhaft, ob bei anhaltender Unsicherheit der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage dem Gewerbe überhaupt jene Ausdehnung möglich gewesen wäre, die erforderlich war, um den Bevölkerungsdruck aufzufangen.

Glücklicherweise waren am Ende des 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts Kräfte am Werk, den Einfluß der Ernteschwankungen auf die Gesamtwirtschaft abzuschwächen. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit und Systematik seien hier nur in Schlagworten genannt:

Grundlegende Verbesserung des Verkehrs- und Nachrichtenwesens (Chaussee- und Eisenbahnbau, Post, Telegraph)

Zunehmender Abbau von Zoll- und Handelsschranken (freihändlerische Tendenzen, Beseitigung von Bindungen aus merkantilistischer Zeit, Zollverein)

Rasche Entfaltung des Außen-, insbesondere des Überseehandels

Allmähliche Verstetigung des landwirtschaftlichen Angebots durch wachsende Minderung der Naturabhängigkeit der Landwirtschaft (technische und organisatorische Fortschritte in der Landwirtschaft. Verbesserung von Saatgut und Düngung).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Diese (und andere) Faktoren wirkten nach 1850 immer stärker. Sie führten u. a. zu einer Vergrößerung der Märkte und zu ihrer intensiveren Verbindung untereinander mit dem Effekt stärkeren Marktausgleichs und damit besserer und gleichmäßigerer Versorgung[25], zu einer Erhöhung der wirtschaftlichen Interdependenz im Raum (Integration)[26] mit wachstums- und wohlstandsfördernden Wirkungen, zu einer Verstetigung der Versorgung mit Nahrungsmitteln, für die gewerblichen Anbieter in summa zu einer besseren Berechenbarkeit ihrer Markt- und Absatzchancen und damit zum Beginn der Lösung ihrer weitgehenden Abhängigkeit von der Entwicklung der Landwirtschaft.

So kam es in enger Verbindung mit dem technisch-organisatorischen Fortschritt und anderen fördernden Umständen seit etwa 1850 zu einer verstärkten Ausdehnung der Gewerbe und hier vor allem der Industrie. Besonders die Metallfabrikation erlebte im Gefolge des Eisenbahnbaus und des Aufschwungs des Berg- und Hüttenwesens einen Aufstieg, aber auch die Mechanisierung der Produktion im Textil- und Nahrungsmittelgewerbe (mechanische Spinnereien und Webereien, Dampfmühlen) nahm zu. Ausdehnung der Gewerbe bedeutete aber neue Arbeitsplätze und damit eine Möglichkeit, den Bevölkerungsdruck aufzufangen. In die gleiche Richtung wirkte der zügige Ausbau des Verkehrswesens, besonders der Eisenbahnen, die vor allem beim Bau, aber auch im Betrieb, vielen Händen Arbeit gaben.

Alles in allem also setzte in den Jahren nach 1850 jener langsame, von Rückschlägen aufgehaltene, doch nie ganz unterbrochene Übergang von der vorindustriellen zur industriell bestimmten Wirtschaft und Gesellschaft ein, der deren Erscheinungsbild so nachhaltig veränderte. Auch das Handwerk wurde, wie gezeigt, von Anbeginn davon betroffen, indem in den fünfziger Jahren die für seine Entwicklung im industriellen Zeitalter charakteristische Tendenz zur Konzentration zwar langsam, aber doch deutlich erkennbar begann.

Anlage

Benutzte Veröffentlichungen der Preußischen Gewerbetabellen

Bis einschließlich 1846 liegen im eigentlichen Sinne amtliche Veröffentlichungen der Gewerbetabellen nicht vor. Ihre Angaben wurden

---

[25] Vgl. dazu *Kuczynski, Jürgen:* Zwei Studien über Handels- und Marktprobleme. II. Der nationale Markt. In: Jahrbuch f. Wirtschaftsgesch. 1960, Teil II, S. 124—141, bes. S. 131—135, wonach sich seit ca. 1850/60 in Deutschland ein nationaler Markt herauszubilden begann.

[26] Vgl. dazu die grundlegenden Ausführungen von *Knut Borchardt* in seinem Travemünder Vortrag vor dem Verein f. Socialpolitik „Integration in wirtschaftshistorischer Perspektive", erschienen unter diesem Titel in: Weltwirtschaftliche Probleme der Gegenwart... (Schriften d. Vereins f. Socialpolitik. NF. 35). Berlin 1965, S. 388—410.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

vielmehr in der staatswissenschaftlichen Literatur der Zeit, insbesondere in den Arbeiten der Direktoren des Königlich Preußischen Statistischen Bureaus, Hoffmann und Dieterici, in unterschiedlicher Auswahl mitgeteilt.

Die Tabellen von 1849—1858 sind vom Königlich Preußischen Statistischen Bureau amtlich publiziert worden, freilich in unterschiedlich tiefer regionaler Gliederung.

Hier wurden, besonders für die Berechnung der in den Tabellen enthaltenen Angaben, benutzt:

Für *1816* und *1831* Dieterici, Carl Friedrich Wilhelm: Der Volkswohlstand im preußischen Staate. In Vergleichungen aus den Jahren vor 1806 und von 1828 bis 1832, sowie aus der neuesten Zeit, nach statistischen Ermittlungen und dem Gange der Gesetzgebung aus amtlichen Quellen dargestellt. Berlin usw. 1846, S. 187.

Für *1846* Statistische Vergleichungen der Anzahl der Handwerker und mechanischen Künstler im Preußischen Staate aus früherer Zeit gegen die jetzige. In: Mittheilungen des statistischen Bureau's in Berlin 1, 1848, S. 213—291.

Für *1849* Tabellen und amtliche Nachrichten über den Preußischen Staat für das Jahr 1849. Hg. v. d. Statist. Bureau zu Berlin.

Bd. V. Die Gewerbetabelle, enthaltend: Die mechanischen Künstler und Handwerker ... für 1849 und 1852. Berlin 1854.

Bd. VI, Abt. A. Die Tabelle der Fabrikations-Anstalten und Fabrik-Unternehmungen aller Art für das Jahr 1849 ... Berlin 1855.

Für *1858* Tabellen und amtliche Nachrichten über den preußischen Staat für das Jahr 1858. Hg. v. d. Statistischen Bureau zu Berlin. Berlin 1860, S. 241—329.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Frühindustrielles Gewerbe in der Rechtsform der AG

Von *Paul C. Martin*, Hamburg

I

Die Beschäftigung mit der frühindustriellen Aktiengesellschaft (AG) bringt zwei Vorteile. Zum einen kann anhand der Entwicklung dieser Gesellschaftsform die Entstehung des Aktiengesetzes (AGes), eines der wichtigsten Rahmengesetze für die Industrialisierung, verfolgt werden. Zum anderen besteht die Möglichkeit, die Entwicklung in einem bestimmten Sektor der frühindustriellen gewerblichen Wirtschaft fast vollständig zu erfassen.

Bisher galt in der Rechtswissenschaft die Auffassung, die Schumacher 1937 in seiner Monographie über die innere Struktur der AGen niedergelegt hatte. Danach war das preußische AGes von 1843 — das erste Spezialgesetz für juristische Personen in Deutschland — nur aufgrund der realwirtschaftlichen Entwicklungen auf dem Versicherungs-, Infrastruktur- und Dienstleistungssektor zustande gekommen: „Auf die übrigen Aktiengesellschaften, die bis zum Jahr 1843 errichtet wurden, braucht nicht näher eingegangen zu werden. Sie waren alle verhältnismäßig klein und hatten auf die Entwicklung des Aktienrechts kaum einen Einfluß[1]." Diese Auffassung hat sich inzwischen als falsch herausgestellt[2]. Schumacher war dem Augenschein erlegen, wonach die aktienrechtliche Szene vor 1843 von den großen Gesellschaften des nichtgewerblichen Sektors beherrscht wurde. Zu erinnern ist hier an die ersten preußischen Handelskompanien, an die Königliche Bank und die Seehandlung, die als AGen konzipiert waren und andere[3].

---

[1] *Herm. Schumacher*, Die Entwicklung der inneren Organisation der Aktiengesellschaft im deutschen Recht bis zum Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuch, Stuttgart 1937, S. 21.

[2] *P. C. Martin*, Die Entstehung des preußischen Aktiengesetzes von 1843, VSWG 56 (1969), S. 499—542.

[3] *Schumacher* (21 f.): "Beachtung fanden z. Zt. der Schaffung des Gesetzes über Aktiengesellschaften nur die großen Versicherungs- und Eisenbahnaktiengesellschaften und damit die Gründerpersönlichkeiten Hansemann, Camphausen und Mevissen". In diesen Zusammenhang gehören auch die großen Versicherungsgesellschaften, die Ende des 18. und Anfang des 19. Jhs. in Hamburg entstanden waren, der Hamburger Vorschußverein von 1829 und die Kasseler Leih- und Commerzbank von 1773.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Das AGes von 1843 läßt sich jetzt eindeutig als Antwort auf die Probleme interpretieren, die bei der Konzessionserteilung für die Gesellschaften des gewerblichen Sektors entstanden waren. Als wichtigste Stationen bei der Konzipierung des preußischen Gesetzes sind in retrospektivischer Sicht zu nennen: Die Auseinandersetzung um die Konzessionierung der Neuen Stettiner Zuckersiederei (ab 1835), die Konzessionserteilung an die erste Stettiner Zuckersiederei (1819), die Konzessionserteilung an die Berliner Zuckersiederei (1789), schließlich die Konzessionserteilung an die Breslauer Raffinerie von 1770. Die Breslauer und die Berliner Zuckersiederei waren entstanden, weil das von Friedrich II. an das Splitgerbersche Haus verliehene Zuckermonopol für Preußen mit dem wachsenden Bedürfnis des Landes offenbar nicht Schritt zu halten vermochte. Die ersten AGen sind also entstanden, um Privilegien zu verhindern oder ihre Auswirkungen abzumildern.

Im Laufe der Zeit gerieten die neuen AGen infolge einer Unsicherheit bei der Auslegung des Begriffes der „moralischen Person“[4] ins Zwielicht einer eigenen, freilich ungewollten, Privilegierung. Das ganze Aktienrechtsproblem mußte sich in dem Augenblicke lösen, als eine zweite Gesellschaft der nämlichen Branche am nämlichen Orte ihre Geschäfte aufnahm, wo bereits eine erste AG bestand. So geschah es 1835 in Preußen, als neben die Pommersche Provinzialzuckersiederei in Stettin eine zweite Zucker-AG trat[5].

Neben den rechtshistorischen Vorteil tritt der zweite, daß die vorhandenen AGen fast lückenlos erfaßt werden können. Grundsätzlich ist im Deutschen Zentralarchiv in Merseburg von jeder AG bis 1843 ein besonderer Vorgang erhalten[6]. Denn jedesmal mußte eine landesherrliche Ausnahmeregelung erlangt werden, um in den Genuß korporativer Rechte zu gelangen. Dadurch besteht die Möglichkeit, einen Teil der gewerblichen Wirtschaft der Frühindustrialisierung nicht nur repräsentativ — wie dies aufgrund schmaler Quellenbasis häufig geschehen muß —, sondern in seiner Gänze zu erfassen. Die wenigen Ausnahmen, wo keine Unterlagen vorhanden sind, fallen kaum ins Gewicht (vgl. Tabelle).

Dagegen steht freilich der Nachteil, daß in den Unterlagen grundsätzlich nur die Statuten vorhanden sind. Genauere Aufschlüsse über Geschäftspraktiken, Umsätze, Investitionen usw. der frühindustriellen AGen lassen sich nur dann erhalten, wenn sie etwa in Form eines Antrages auf Änderung der Statuten aktenkundig geworden sind. Oft teilt

[4] Gleichbedeutend mit dem heutigen Begriff der „juristischen Person“, vgl. a. *Martin*, a. a. O., S. 510—513.

[5] Die Vorgänge über die Einführung des Aktienrechts in Preußen waren im Deutschen Zentralarchiv (DZA), Merseburg/Saale, Historische Abteilung II in den Faszikeln „Aktiengesellschaften der Zuckerfabrikation“ verborgen. (Rep. 120 A XII, 7.).

[6] In Rep. 120 A XII.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Industrielle Aktiengesellschaften in Preußen bis 1835

Gewerbezweig	Name	Gründungsjahr
Zuckerindustrie	Privilegirte Breslauer Zucker-Raffinerie	1770[a)]
	Königsberger Octroirte Ostpreussische und Litthauische Zucker-Raffinerie-Societät zu Königsberg i. Pr.	1782[b)]
	Exclusive koncedirte Zucker-Raffinerie des schlesischen Gebirges	1787[a)]
	Berlinische Zuckersiederei	1789
	Pommersche Provinzialzuckersiederei in Stettin	1819
	Neue Stettiner Zuckersiederei	1835
Mehl- und Malzfabrikation	Octroirte Gesellschaft der Actionäre der Mittelmühle zu Königsberg i. Pr.	1809
	Gesellschaft der Actionäre der Malzmühle in Königsberg	1812
	Gesellschaft der Herkulesmühle in Bromberg	1826
Metallindustrie	Königshulder Stahl- und Eisenwaren-Fabrik in Breslau	1790[a)]
	Dillinger Hüttenwerke	1809
	Drahtfabrik-Compagnie in Aachen	1822
	Actien-Verein des Neusalzer Eisenhütten- und Emailirwerks	1831
Bergbau	Deutsch-Amerikanischer Bergwerks-Verein	1824
	Ather Bergbau, Aachen	1832
	Eschweiler Bergwerksverein	1835
Chemie und Verwandtes	Königsberger Seiffenfabrik	1809
	Patent-Papier-Fabrik in Berlin	1819[c)]
Textilindustrie	Baumwollspinnerei Unter Sachsenhausen (Köln)	1824
Bauindustrie	Elberfelder Baugesellschaft	1825[a)]

a) Keine Unterlagen überliefert.
b) Die Statuten dieser Gesellschaft ähneln den der Königsberger Seiffenfabrik von 1809.
c) Unterlagen in den Akten der Seehandlung.

auch der im Zusammenhang mit der gewünschten Konzessionierung geführte Schriftwechsel Näheres mit.

Zu den in der Tabelle aufgeführten preußischen AGen des gewerblichen Sektors kommen aus anderen deutschen Staaten kaum weitere

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Gesellschaften in Frage, wenn man sich auf den Zeitraum bis 1835 beschränkt[7]. Die Zeitraumabgrenzung wurde aus einer Reihe von Gründen gewählt. Die angeführten Gesellschaften liegen nicht nur vor dem Beginn des Eisenbahnzeitalters, sondern auch vor der großen Investitionswelle, die um 1835 in vielen deutschen Staaten einsetzt. Ein Anstoß für diese Gründerwelle war sicherlich die in der Mitte der 1830er Jahren eingetretene Zinssenkung. Zwischen 1835 und 1843 fallen in Preußen 36 Gründungen von AGen an, deren Kapital mit über 33 Millionen Taler mehr als doppelt soviel beträgt, wie in dem gesamten Zeitraum davor. In Sachsen entstehen zwischen 1836 und 1838 sechs AGen. In Bayern wird neben der Hypotheken- und Wechselbank von 1835 die Mechanische Baumwollspinnerei und -weberei in Augsburg gegründet (1837). In Hamburg schließen sich 1835 mehrere Zuckersiedereien zu einer AG zusammen.

II

In der Periode bis 1835 galt im Empfinden der Zeitgenossen die Rechtsform der AG den Bereichen vorbehalten, zu deren Realisierung große Kapitalbeträge notwendig waren[8]. Adam Smith hatte den Bereich der Wirtschaft, der sich zur Bildung von AGen eignen würde, auf Banken, Assekuranzgesellschaften, Handels- und Infrastrukturunternehmen beschränkt[9]. Sein Hamburger Adept Johann Georg Büsch hatte diese Gedanken weiterverfolgt. Da Büsch zur Formulierung des preußischen Allgemeinen Landrechts herangezogen worden war, hatte dieses modernste deutsche Zivilrecht des 19. Jahrhunderts keine eigene Vorstellung vom Wesen der AG entwickelt[10]. Einzig im Wesen der preußischen Monarchie war durch den Code de Commerce ein Einfallstor für die Erlaubnis zur Gründung anonymer Gesellschaften gegeben. Eine der bedeutendsten und langlebigsten AGen, die Dillinger Hüttenwerke, waren 1809 unter

---

[7] Außer Versuchen des 18. Jhs., so der Nürnberger Kattundruckerei (1782—88) und der AG der Höchster Porzellanmanufaktur (1745—96), gab es beispielsweise noch 1826—41 eine Aktientuchmanufaktur in Memmingen (Hinweis W. Zorn). In Kassel bildete sich 1832 eine Hessisch-Waldeckische Compagnie zur Gewinnung des Goldes aus dem Ederflusse mit 400 000 Taler projektiertem Kapital, die jedoch nicht lange bestanden hat (HStA Marburg, Hess. Fin. Min (41), VII, 28, Nr. 1). Anfang 1767 errichtete die Ökonomische Sozietät zu Leipzig in Dresden eine Bleiweißfabrik auf Grundlage einer AG (Festschrift zum 150jährigen Bestehen der Ökon. Soz. zu Leipzig u. d. Ökon. Ges. im Königreiche Sachsen zu Dresden, Leipzig 1914, S. 11).

[8] Rechtslexikon für Juristen aller teutschen Staaten, enthaltend die gesamte Rechtswissenschaft, Bd. 5, Leipzig 1844, S. 88—95.

[9] *A. Smith*, Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations, V, Kap. 1, III.

[10] *K. Rauch*, Die Aktienvereine in der geschichtlichen Entwicklung des Aktienrechts, Zs. d. Savigny-Stiftung f. Rechtsgeschichte, Germanist. Abteilung 69 (1952), S. 272.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

französischer Herrschaft mit einem Kapital von einer Million Francs gegründet worden[11].

Die Erlaubnis zur Gründung einer AG bedeutete einen für heutige Verhältnisse kaum vorstellbaren Eingriff in die Unternehmensordnung der Frühindustrialisierung. Seit Jahrhunderten hatte ausnahmslos der Grundsatz bestanden, daß ein Schuldner mit seinem gesamten Vermögen zu haften habe. Geschäftsverbindungen kamen daher im allgemeinen erst zustande, wenn der gute Ruf des präsumtiven Partners durch die Empfehlung eines bereits bekannten Geschäftsfreundes befestigt worden war[12]. Der gute Ruf setzte die erkennbare Solvabilität der einzelnen Handel- und Gewerbetreibenden voraus, die daher oft unter gemeinsamer Firma auftraten. Dies galt vornehmlich bei großen Unternehmen, zu deren Ungunsten häufig große Beträge auf die Konten zu nehmen waren[13].

Die Fundamente dieses wechselseitig verflochtenen Systems der Zahlungsgewohnheiten und des dazu notwendigen Treu und Glaubens waren die zahlreichen Wechselordnungen, die sich aus kaufmännischen Usancen

---

[11] Die Dillinger Hüttenwerke sind die älteste der heute noch bestehenden AGen. Die sich als „älteste deutsche Aktiengesellschaft" bezeichnende Berlinische Feuerversicherungsanstalt mit Sitz in München wurde erst 1811 gegründet.

[12] Das für die Zeit von Juni 1823 bis April 1824 erhaltene Briefbuch des heute zur Thyssen-Gruppe gehörenden Eisenwerks Rasselstein bei Neuwied bringt dafür einige Beispiele. So richtet Rasselstein im Juli 1823 an die Mainzer Firma G. C. Gretzinger die Anfrage, ob der Mainzer J. Lambert bis zu einer Summe von 500 fl. bei 3 Monaten Ziel kreditwürdig sei. An das Haus Al. Ruegenberg Sohn in Köln schreibt Rasselstein kurz darauf: „Da wir... nicht die Ehre haben, Sie zu kennen, so würden wir die Sendung an ein dortiges Haus abrichten, wo Sie dieselbe gegen Zahlung in Empfang nehmen könnten." Im August 1823 wird das Koblenzer Bankhaus Kehrmann, zu dem Rasselstein in besonders engen Verbindungen stand, um Auskunft über einen dortigen R. Schmitt gebeten. Anfang 1824 wird die Darmstädter Firma Zoeppritz ersucht, einen von der dortigen Firma Rössler (dem späteren Gründer der Frankfurter Scheideanstalt und heutigen Degussa) akzeptierten Wechsel für Rasselstein einzulösen. (Das Briefbuch befindet sich im Besitz der Direktion des Rasselsteiner Werkes, der an dieser Stelle für die Benutzung gedankt sei).

[13] Die Seehandlung schuldete beispielsweise im Zusammenhang mit der englischen Anleihe 1821: an J. R. Bourcard, London, 256 821 Tlr., an J. C. Dürfeldt, Hamburg 250 994 Tlr., an Levin Hertz, Hamburg, 258 412 Tlr., an C. W. Poppe & Smith, Hamburg 308 075 Tlr. Auf ihrer Habenseite sind u. a. vermerkt: 1832 J. H. & G. F. Baur in Altona 189 090 Tlr., Stieglitz & Co. in St. Petersburg 1842 152 982 Tlr. Das Bankhaus A. Schaaffhausen war beim Abschluß von 1846, also kurz vor seinem Falliment, bei der Seehandlung mit 400 228 Tlr. verschuldet. N. M. Rothschild, London, war zwischen 1838 und 1844 mit Beträgen zwischen 1,4 und 2,6 Mio. Tlr. belastet. Sal. Heine in Hamburg erhielt 1840/41 von der Seehandlung zur Anlage auf dem Hamburger Geldmarkt Beträge in Höhe von 1,2 und 1,3 Mio. Tlr. lt. Bilanz zugewiesen. (Jahresberichte der Seehandlung, DZA, Rep. 80 V, II).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

im Laufe der Jahrhunderte entwickelt hatten. Die Kenntnis dieser verschiedenen Ordnungen, vor allem der Regelungen der Verfall-, Respekt- und Zahlungstage machte einen Großteil der kaufmännischen Kenntnisse überhaupt aus[14]. Die zentrale Stelle in den Wechselordnungen betraf die sofortige Vollstreckungsmöglichkeit in Vermögen und Person eines insolventen Schuldners, wahlweise des letzten Indossanten usw.

Diese Rechtsordnung wurde durch die Einführung eines Gesellschaftstypus, der die Haftung von Personen ausschloß, in Frage gestellt. Die Entstehung von haftendem „Kapital", bei dem die Investoren anonym blieben, bedeutete daher einen tiefen Einschnitt in die Wirtschaftsverfassung der Frühindustrialisierung. Die Betonung, die die preußischen Behörden gerade auf den Punkt der Haftung legten, ist verständlich. Freilich ist kein Fall eines Konkurses einer frühindustriellen AG aktenkundig geworden. Die Gesellschaften lösten sich meist schrittweise vorher freiwillig auf[15]. Ohne daß es die Behörden verhindern konnten, nahmen einzelne Gesellschaften noch vor einer endgültigen Regelung der Haftungsfrage mit großen Summen an Wechselgeschäften teil[16].

Lange Zeit blieb die Verwaltung bei ihrer durch das Allgemeine Landrecht präjudizierten Sicht der Dinge. Danach durfte nur fortwährend gemeinnützigen Gesellschaften das Privileg einer moralischen Person zuerkannt werden, was Haftungsbegrenzungen sowie Erwerb von Eigentum und Kontrahierung von Schulden auf den Namen des Gesellschaftsvermögens einschloß. Den Grundsatz faßte die preußische Verwaltung im Mai 1838 zusammen:

„Die Errichtung von Aktiengesellschaften in dem Sinne, daß die einzelnen Teilnehmer nur mit dem eingelegten Kapital haften und von der persönlichen Verbindlichkeit befreit bleiben, (kann) für bloße gewerbliche Unternehmungen nur ausnahmsweise zugelassen werden, sofern es sich nämlich um einen In-

---

[14] Das gebräuchlichste Handbuch für den Kaufmann war *J. C. Nelkenbrecher*, Allgemeines Taschenbuch der Münz-, Maß- und Gewichtskunde, 12. Aufl. Berlin 1820, 13. Aufl. 1821, 14. Aufl. 1828, 15. Aufl. 1832. Vgl. auch Über Wechsel, Wechselreiterey, und über Handelsrevolutionen. Ein Handbuch für Leute, welche Wechsel ausstellen wollen, und für solche, welche Wechsel von Andern zu empfangen haben, um, in beyden Fällen, die Gefahr, und die Sicherheitsmaasregeln kennen zu lernen, Leipzig 1820.

[15] So bei dem allmählichen Ende des Deutsch-Amerikanischen Bergwerksvereins, das sich von 1831 bis 1839 hinzog (DZA, Rep. 95, No. 55, Bd. 2,3). Ähnliche Auflösungen sind auch in Sachsen zu beobachten. So löst sich im Januar 1841 die 1837 gegründete Zucker-Raffinerie-Gesellschaft zu Pirna durch einstimmigen Beschluß der 23 Aktionäre auf (StA Dresden, Min. d. Innern, Nr. 6729).

[16] Zwischen Mai 1832 und Februar 1833 tätigte die AG der Berliner Zuckersiederei Wechselgeschäfte mit London in Höhe von 11 021 Pfund Sterling, mit Hamburg in Höhe von 130 954 Mark Banco und diskontierte Berliner Wechsel in Höhe von 466 502 Talern (Schreiben der Direktion v. 5. 2. 1833, DZA, Rep. 120 A XII, 7, Nr. 152, Bd. 1).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dustriezweig handelt, der durch Unternehmungen einzelner noch nicht zu der Ausbildung gediehen ist, deren er fähig erscheint."[17]

Nach diesen Vorstellungen war die AG ein Gesellschaftstyp, der sich durch seine Existenz auf die Dauer überflüssig machen sollte: Sobald ein Gewerbezweig mit Hilfe der Bildung von AGen im Lande eingeführt gewesen wäre, hätte man die weitere Genehmigung von zusätzlichen AGen storniert. Die Konzessionierung von AGen zählt daher zu den Gewerbeförderungsmaßnahmen der Frühindustrialisierung, bei denen ebenfalls Erst- oder Pionierinvestitionen staatlicherseits unterstützt wurden.

Das Schicksal der jungen Gesellschaftsform wäre besiegelt gewesen, wenn sich nicht durch den Fall der zweiten Stettiner Zuckersiederei auf Aktien ein Ausweg eröffnet hätte. Dieser Ausweg bestand darin, allen Gesellschaften, die darum nachkamen, das vermeintliche Privileg der Haftungsbeschränkung zuzuerkennen. Der wirtschaftliche Liberalismus, der zunächst in der Konzessionierung von AGen einen vorübergehenden, nichtliberalen Staatseingriff gesehen hatte, stellte sich jetzt auf den Standpunkt, daß ein einmal erfolgter Staatseingriff allen gegenüber anzuwenden ist, die es beantragen, um im System den zeitlich später gekommenen Konkurrenten nicht schlechter zu stellen[18].

III

Bösselmann, der das preußische Aktienwesen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts sehr ausführlich untersucht hat, faßt seine Beobachtungen zusammen: „Bei den Industrieunternehmen handelt es sich im wesentlichen um die Einführung neuer Verfahren, deren Nutzung die Festlegung größerer Kapitalien erforderte[19]." Damit ist die These aufgestellt, daß die neue Rechtsform im Zusammenhang mit Innovationen derselben Periode entwickelt wurde. Dieser These kann jedoch aufgrund genauen Quellenstudiums nur bedingt zugestimmt werden.

Bei den zwischen 1770 und 1819 konzessionierten *Zuckersiedereien* läßt sich noch keine Gründung aufgrund technischer Innovationen feststellen. Der Berlinischen Zuckersiederei von 1793/98 ist es verboten, die „Fabrikation ... weiter auszudehnen ..., als das Schicklersche Haus es tun

---

[17] Pommer-Esche im Mai 1838, DZA, Rep. 120 A XII, Nr. 7, 54, Bd. 1.

[18] Den Ausweg zeigte Savigny dem Staatsrat, als er folgerte, daß das Recht der beschränkten Haftung aus der Anerkennung einer Gesellschaft als juristischer Person erfolge und kein eigens zu verleihendes Vorrecht darstelle. Gegen die Anerkennung als juristischer Person war nichts einzuwenden, nachdem dieser Rechtstypus in verschiedenen Formen, etwa im Stiftungsrecht, seit langem gang und gäbe war (vgl. a. *Schumacher*, 48 ff.).

[19] *Bösselmann*, 94. Bösselmann erwähnt ausdrücklich (die erst später kommenden) Gasanstalten, Zuckerfabriken, Papierfabriken und Textilunternehmen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

werde“[20]. Sollte Schickler seine Pfannenzahl vermindern, müsse man freilich nicht folgen. Insgesamt ist die Rede von 14 Zuckerpfannen, die vermutlich eine bestimmte Größe hatten, so daß ohne weiteres auch keine Kapazitätsveränderungen der einzelnen Aggregate möglich gewesen sein dürften[21]. Ein Vergleich des Aktienkapitals der Berlinischen mit der Pommerschen Siederei von 1819 läßt vermuten, daß in der letzteren neben reiner Kapazitätserweiterung auch technisch verbesserte Geräte eingesetzt wurden: Das Kapital war in einem Fall 60 000 Taler, im anderen 200 000 Taler, von denen freilich zunächst erst 100 000 Taler begeben wurden. Das Geld wurde jeweils ausschließlich zum Bau des Unternehmens verwendet[22]. Verarbeitet wurde westindischer Rohrzucker. Im übrigen erfolgte bei den Zuckersiedereien die Bestätigung als AG vor allem, weil, wie Hardenberg argumentierte, „der Geschäftsbetrieb durch die Form (einer AG, PCM) beträchtlich erweitert wird (und) die bisher in den älteren Provinzen errichteten Zuckersiedereien sämtlich auf vom Staate ausdrücklich genehmigten Gesellschaften von Aktionärs beruhen . . .“[23].

Bei den Unternehmen der *Mehl- und Malzfabrikation* ist die Gründung der Königsberger Gesellschaften auf die Tatsache zurückzuführen, daß der preußische Fiskus vor dem Ruin stand und daher gezwungen war, staatliche Mühlen zu veräußern. Insofern wurden nur bereits bestehende Unternehmen fortgeführt[24]. Die große, 1826 gegründete AG der Herkulesmühle in Bromberg ist der glatte Gegenbeweis zu der Bösselmannschen These, wenn auch nur für diesen frühen Zeitraum. Die Gesellschaft wird in Bromberg gegründet, weil in der Nähe der Stadt die Brahe zu einer wasserfallähnlichen Stromschnelle gestaut war und sich dort bestehende Mahlwerke in der traditionellen Form mit Wasserantrieb erweitern ließen. Der Unternehmensplan lautete: „Einen neuen Handelsartikel in der Fabrikation von Mehl in gleicher Vollkommenheit, wie es von den Amerikanern geliefert wird, zur Ausfuhr zu bringen[25].“ Im April 1826 schreiben die Gründer ausdrücklich: „Diese bedeutende Wasserkraft kann mit wenigen Kosten zu allen Maschinenwerken angewandt werden und *leistet die nämlichen Dienste, zu welchen man in deren Mangel die kost-*

---

[20] Allerhöchste Kabinettsorder v. 25. 3. 1798, DZA, Rep. 120 A XII, Nr. 7, 152, Bd. 1. Im folgenden werden die Fundstellen für die einzelnen Gesellschaften grundsätzlich nur einmal zitiert.

[21] Im Berliner Zuckermuseum ist eine preußische Zuckersiederei aus den 1780er Jahren aufgebaut, die einen Einblick in den Betriebsablauf vermittelt.

[22] Bei der Stettiner Kompanie ist die Rede davon, daß die Firma im „Haus Louisenstr. 731“ arbeiten würde (Einleitung zu den Statuten, DZA, Rep. 120 A XII, a. a. O.). Daraus kann geschlossen werden, daß das Kapital nicht auch zum Bau eines Hauses verwendet werden mußte.

[23] Schreiben v. 6. 6. 1818 an Bülow, Rep. 120 A XII, 7, 152, Bd. 1.

[24] Vgl. Rep. 120 A XII, 7, Nr. 54, Bd. 1.

[25] Antrag der Gründer Berlin/Stettin 26./30. 8. 1825, a. a. O.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

baren Dampfmaschinen gebrauchen muß[26]." Die Herkulesmühlen-AG wurde mit einem Kapital in Höhe von 100 000 Taler gegründet, und die Gründer resümierten stolz: „Diese Mühlenwerke finden an Unfang und Grundlagen schwerlich ähnliche im Staate[27]."

Die nächste große Mehlfabrik auf Aktiengrundlage, die Berliner Wassermühlen-AG von 1838, wurde ebenfalls noch auf traditioneller Fertigungsgrundlage entwickelt. Die Basis für diese Gründung lag ebenfalls in einem Standortvorteil: Man konnte das Mehl besser und billiger an die Märkte der Hauptstadt schaffen. Das Kapital lag bei 191 500 Talern. Im Gegensatz dazu wird 1837 eine der vielen, bei Potsdam gelegenen Windmühlen in eine Dampfmühle umgewandelt. Allerdings sollte ausdrücklich die Zahl der Mahlgänge nicht vermehrt werden[28]. Diese Investition ist nur mittels Bildung einer AG möglich. Im April 1838 gründet ein Stettiner Kaufmann eine Gesellschaft zur Mehlfabrikation auf einer, auch das Mahlwerk betreffenden neuen technischen Grundlage: die Stettiner Walzmühle. Neu ist vor allem das Walzverfahren: Nicht mehr zwischen Mühlsteinen, sondern zwischen Metallwalzen, wie es von Escher-Wyß zum erstenmal in Frauenfeld in der Schweiz angewendet worden war. Das Kapital lag bei 100 000 Talern, davon 10 000 Taler Kapital für die Gründer. Der Unternehmenszweck war die Konkurrenz gegen die Anbieter von amerikanischem Mehl auf den südamerikanischen Märkten[29]. Im Jahr 1837 war auch der Versuch eines Danziger Kaufmanns gescheitert, die Mehlqualität, wie sie „die Amerikaner" herstellten und die offenbar konkurrenzlos war, zu imitieren. Der Direktexport an England vorbei nach Südamerika war geplant. Kolonialprodukte, für die man sich neue Absatzmärkte versprach, sollten die Rückfracht bilden. Als neues Verfahren war die „Anwendung von Dampfkraft" vorgesehen. Das vorgesehene Kapital in Höhe von 500 000 Taler deutet freilich auf eine gewisse irreale Übersteigerung hin, die neben der Ablehnung durch die Verwaltung das Projekt scheitern ließ[30]. Neue Verfahren in der Mehlfabrikation kamen also erst nach unserem Zeitraum in Anwendung.

Wie war es in der *Metallindustrie*? Von der 1790 gegründeten Königshulder Stahl- und Eisenwarenfabrik in Breslau wissen wir nichts, dafür um so mehr von den drei folgenden AGen. Die Dillinger Hüttenwerke waren 1818 die Fortsetzung einer 1809 erfolgten Gründung unter fran-

---

[26] Schreiben wie Fußnote 25, Kursivsatz von mir.
[27] Schreiben der Gründer, Stettin/Berlin 30. 3./30. 4. 1826, a. a. O.
[28] Allerhöchste Kabinettsorder v. 7. 6. 1837, a. a. O.
[29] Schreiben der Aktionäre v. 31. 1. 1841, a. a. O.
[30] Schreiben der Gründer v. 11. 11. 1837, Antwort der preußischen Verwaltung vom 17. 11. 1837, a. a. O. Das Projekt fand vor allem nicht die behördliche Billigung, weil die Gründer auf einer Konkurrenzschutzklausel beharrten, wobei sie auf den Konkurrenzausschluß bei Eisenbahngesellschaften verwiesen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zösischem Recht. Der Unternehmenszweck wurde angegeben mit „Schmelzen und Walzen von Metallen, Kupfer, Messing, Blei, Zink usw. und Verfertigung von Schwarz- und Weißblech“[31]. In den 1820er Jahren werden erhebliche Investitionen vorgenommen, auch wird ein Walzwerk mit einer 40 PS starken Dampfmaschine zu 50 000 Talern gebaut. 1829 kommt es zu einer Neufassung der Statuten, die die vorgenommenen Investitionen und den 1828 erfolgten Kauf der ehemaligen Königlichen Hüttenwerke Geislautern berücksichtigen sollen. Die Umstände dieser Statuten-Neufassung sind insofern interessant, als es sich hier um die erste nachweisliche Kapitalerhöhung in einer deutschen AG handelt. Sie wurde dergestalt vorgenommen, daß man den umlaufenden Aktien einfach einen höheren Nennwert verlieh. Insofern haben also Innovationen zu einer weitergeführten Gründung oder einer Fortschreibung des Unternehmens geführt[32].

Die am 9. 1. 1822 im „italienischen Kaffeehaus“ zu Aachen gegründete Drahtfabrik-Compagnie ist das erste Unternehmen, das ausdrücklich für die Übernahme bisher in Deutschland nicht gebräuchlicher Fertigungsverfahren eingerichtet wurde. In einem der Verwaltung eingereichten Exposé heißt es: „Kaufleute, Kapitalisten, Beamte, Eigentümer bedeutender Bergwerke, Messing- und Nadelfabriken von Aachen, Stolberg, Eschweiler und umliegender Gegend haben den Entschluß gefaßt, in hiesiger Gegend eine Eisen- und Stahldrahtfabrik nach neuer verbesserter englischer Art im Tal zwischen Stolberg und Eschweiler am Indefluß anzulegen[33].“ Geplant waren dabei nicht nur eine Eisen- und Stahldrahtzieherei, sondern auch ein Stahl- und Gußstahlwerk, um die Abhängigkeit vom englischen Stahl zu brechen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß die Gründung (Kapital: 40 000 Taler) nicht deswegen rentabel erschien, weil man mit ihr den Engländern auf dem deutschen Markt Konkurrenz machen wollte. Die Fabrik wurde vielmehr ausdrücklich errichtet, um den Aachener Nadelfabrikanten, also Abnehmern in unmittelbarer Nähe, besseres und billigeres Material zur Verfügung stellen zu können.

Die Aachener Nadeln waren ohnehin viel billiger als die englischen, und die Gründer hofften, die englischen sogar ganz zu verdrängen, „weil

---

[31] DZA, Rep. 120 A XII, 7, Nr. 56.

[32] 1830 wird ein neues Puddel- und Blechwalzwerk angelegt, vgl. Schreiben Oberbergamt Bonn v. 30. 6. 1830, a. a. O. Das Puddeln war allerdings schon 1784 erfunden worden. Auch in den nachfolgenden Jahren wird stark investiert, so daß das Kapital 1835 von 400 000 auf 500 000 Tlr. erhöht wird „unter Bezugnahme auf die seit Errichtung der Gesellschaft stattgefundenen Verbesserungen und mit Hinsicht auf die noch erforderlichen großen Auslagen“ (Reg. Trier v. 28. 1. 1835). Die Investitionen lagen in Geislautern bei 35 631, in Dillingen bei 45 847 Tlr. Mit diesen Investitionen konnte der Output verdoppelt werden (Schreiben Dillingen v. 20. 5. 1835).

[33] Im Schreiben der Gründer v. 18. 1. 1822, DZA, Rep. 120 A XII, 7, Nr. 57.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

bei der Verfertigung der Nadeln keine Maschinen mit Vorteil anzuwenden sind und die Engländer durch den hohen Arbeitslohn in England ihre Nähnadeln nur zu sehr hohen Preisen geben können". Auch in der Wahl der Unternehmensform fühlte man sich von England angesprochen: „Zur Errichtung dieses Etablissements hat man vorzugsweise das Aktiensystem gewählt, weil man leicht fühlte, daß auf diesem Wege, worauf England alles Große in der Industrie zustande gebracht ist, solche Unternehmungen nur gelingen können[34]."

Der Aktienverein des 1827 gegründeten und 1831 konzessionierten Neusalzer Hüttenwerks ist ebenfalls eine Gründung auf der grünen Wiese. Von einem neuartigen Verfahren in der Eisenhütten- oder Emaillierverfertigung ist jedoch nicht die Rede[35]. Das Werk geht in erster Linie auf die dynamische Gründerpersönlichkeit eines Hüttenfachmanns zurück, der Berliner Kapitalisten zur Zeichnung der Aktien aufgefordert hatte und Investitionen für Gebäude und Maschinen von über 18 200 Talern innerhalb weniger Monate auf die Beine stellte. Das Kapital betrug 25 000 Taler[36]. Im übrigen lagen in der Nähe des Standorts — wie schon bei den Dillinger Werken die Kupfergruben von Düppenweiler — kleinere Eisenbergwerke bei Eisenstein.

Kurz erwähnt sei hier noch eine weitere Gründung einer Kupferhammer-Betriebsgesellschaft in Halberstadt vom Jahre 1838 mit 100 000 Talern Kapital. In einem Brief des Direktoriums vom 12. 9. 1838 heißt es: „Durch das Emporblühen großer Brauereien, Brennereien, Zuckersiedereien und chemischer Fabriken ist der Bedarf von Kupferblech und Kupferböden so außerordentlich vermehrt worden, daß die *gewöhnlichen* Kupferhämmer nicht mehr imstande sind, die an sie angehenden Bestellungen, sowohl in Hinsicht der Menge, als der jetzt verlangt werdenden Größe und Beschaffenheit der Bleche auszuführen, sondern nur durch die Anlage von Walzwerken bei den Hämmern dem Bedürfnisse abgeholfen werden kann[37]." Die AG kam nicht zustande.

Entscheidend war natürlich die Standortfrage bei den *Bergwerksgesellschaften*, vor allem im Aachener Revier, wo neben dem Ather Bergbau und dem EBV in der Folgezeit noch die Vereinigungsgesellschaft und der Pannesheider Bergwerksverein, die erste deutsche Konzerngesell-

[34] Schreiben der Gründer, a. a. O. Die Regierung Aachen empfahl das Unternehmen am 19. 2. 1822, weil es „die vaterländische Industrie in einem Zweige beleben (würde), den man bisher nur in einem fremden Lande blühen sah . . .".

[35] Notiz des Aktienrechts-Fachmanns Skalley in Berlin auf dem Antrag v. 11. 8. 1829: „In vorliegendem Falle aber ist lediglich von dem Betriebe eines gewöhnlichen Hüttenwerkes . . . die Rede", DZA, Rep. 120 A XII, Nr. 55 d.

[36] Für Betriebsmittel waren 2050 Tlr. und als Barbestand in der Kasse 1500 Tlr. gedacht.

[37] Schreiben v. 12. 9 .1838 in DZA, Rep. 120 A XII, 7, Nr. 55 d, kursiv von mir.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schaft, entstehen sollten[38]. Eine Ausnahme bildete der in Elberfeld beheimatete Deutsch-Amerikanische Bergwerksverein von 1824. Hier veranlaßte der Standort des Kapitals die Gründung. Die Einstellung des Bergwerksbetriebes bedeutete für die Elberfelder und Barmer Kapitalisten einen finanziellen Aderlaß in Höhe von fast zwei Millionen Talern — neben den in gleicher Höhe angefallenen Verlusten der Rheinisch-Westindischen Kompanie sicher keine Kleinigkeit. Daher mußte die Stadt Elberfeld, von deren Gründungen nur die Vaterländische Feuerversicherungs-AG überleben sollte, ihre Rolle als führender Emissionsort der Frühindustrialisierung bald abgeben. Überhaupt kann man bestimmte örtliche Schwerpunkte bei der Gründung von AGen feststellen: Bis 1815 dominieren Königsberg und Schlesien, auch ein wenig Berlin, das nach 1815 stärker kommt, begleitet von Elberfeld, dem stark nachdrängenden Stettin und schließlich Aachen.

Auf dem *Chemiesektor* ist die Königsberger Seifenfabrik keine Neugründung. Sie entsteht als AG auf einem Grundstück, auf dem bereits das Privileg zur Schwarzseifensiederei lag (die Gewerbefreiheit kam erst gut zwei Jahre nach der Gründung der AG)[39]. Die Berliner Patent-Papier-Fabrik ist eine echte Neugründung aufgrund eines neuen Verfahrens, der Herstellung von nichtnachahmbarem Papier. Minister Schuckmann empfiehlt das Projekt gegenüber dem König am 14. 5. 1831: „Die hiesige Patent-Papierfabrik-Gesellschaft hat gleichfalls einen im staatswirtschaftlichen Interesse wurzelnden gemeinnützigen Zweck, nämlich die Fabrikation von Papier mittelst der sogenannten Kahm-Papier-Maschine, wofür der Kaufmann J. Corty im April 1818 ein ausschließliches Patent auf 15 Jahre erhalten und solches der Gesellschaft abgetreten hat . . .[40]." Die Papierherstellung nach dem neuen Verfahren war für den preußischen Staat, der aus dieser Fabrik den Rohstoff für sein Papiergeld bezog, von so großer Wichtigkeit, daß er die in Schwierigkeiten geratene Fabrik Anfang der 1820er Jahre durch die Seehandlung übernehmen ließ[41].

Von der *Textilindustrie* war die Baumwollspinnerei in Untersachsenhausen in Köln ebenfalls keine Gründung infolge Innovation, sondern eine Übernahme einer offenbar notleidend gewordenen Firma durch

---

[38] Vgl. *Martin*, a. a. O., 521 ff.

[39] Statut vom 8. 6. 1808 (DZA, Rep. 120 A XII, 7, Nr. 4): „. . . die Gründe (i. e. die Grundstücke, PCM) mit dem Privilegio, Gerätschaften, Warenbestände, Aktiv- und Passivschulden" wurden „gemeinschaftlich gekauft".

[40] Rep. 120 A XII, 7, Nr. 55 d. Der Kahm ist ein Pilz, der auf jungen Säften ein Häutchen hinterläßt.

[41] Dies ist verständlich, wenn man sich die Demütigungen vergegenwärtigt, denen Preußen wegen der Mangelhaftigkeit seines Papiergeldes bei der Einführung der Tresorscheine 1806 ausgesetzt war (*A. Pick*, Papiergeld, Braunschweig 1967, 145).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Geschäftsfreunde und einen Bankier. Das Unternehmen war bereits 1816 gegründet worden, beschäftigte 100 bis 130 Arbeiter und arbeitete 1820 mit 68 200 Francs Kapital. Die AG war in ihrer Dauer auf zehn Jahre festgelegt worden. Zu der Umgründung war es gekommen, weil sich der bisherige Eigentümer durch „1820 großenteils neuaufgekaufte" Gebäude finanziell übernommen hatte[42]. Daß es sich bei der Baumwollspinnerei um eine nur vorübergehende Notgründung gehandelt haben muß, wird auch dadurch erhärtet, daß in den Statuten sehr nachdrücklich von der Auflösung der Gesellschaft nach dem Zehnjahreszeitraum die Rede ist.

IV.

Der nächste Teil der Untersuchung soll den Fragen gewidmet sein: Woher kam das Kapital? Wer hat es aufgebracht?

Die meisten Gesellschaften waren vom Kreis ihrer Aktionäre her auf den Ort der Betriebsstätte des Unternehmens beschränkt. Ausnahmen waren freilich auch hier schon zu beobachten. Das Aktionärsverzeichnis des Neusalzer Eisenhüttenwerkes weist 1829 46 Aktien von Berliner Aktionären aus, 26 Aktien verteilen sich auf einen Kaufmann in Hamburg und einen Justizrat in Glogau, zehn Aktien hält der mit dem Aufbau des Werkes beauftragte Hütteninspektor Krückeberg in Neusalz. Weitere Aktionäre sind ein Kaufmann aus Bromberg und ein Privatier aus Neusalz. Das Gründungsverzeichnis des Werkes hatte 19 Unterschriften aufgewiesen.

Bei der Gesellschaft der Herkulesmühle in Bromberg stammen die Aktionäre aus Berlin (eine Person) und aus Stettin (drei Personen). Eine noch weitergehende räumliche Verteilung ist bei den Dillinger Hüttenwerken zu beobachten. Bedingt durch die Gründungsgeschichte des Werkes waren auch noch nach der Übernahme der Gesellschaft durch Ferdinand, Christian und Friedrich Philipp Stumm Franzosen als Aktionäre beteiligt: Henry Weyer, Zahlmeister der 3. Militärdivision in Metz, und die Franzosen Desnoyer und Defrance. Bei der Gründung in Dillingen (1809) waren die meisten Aktionäre aus Metz gekommen, daneben auch aus dem Department du Nord und aus der Provinz Calvados. Bei der Stettiner Walzmühle von 1838 war es zu einer Kapitalbeteiligung aus der Schweiz durch Mitglieder der Familie (Escher-)Wyß gekommen.

Meist kamen die Kapitalgeber aus dem engsten Umkreis des gegründeten Werkes. Beim EBV waren es ausschließlich Familienmitglieder, die Witwe Englerth und ihre zehn volljährigen Kinder. Beim Ather Bergbau waren die Gründer ein Ehepaar, das seine Aktien jedoch bald veräußert haben muß, da laut Gründungsvertrag des EBV die Familie Englerth und

[42] DZA, Rep. 120 A XII, 7, Nr. 38.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Cockerill an der Ather Grube beteiligt sind[43]. Sehr eng war der Kreis der Aktionäre auch bei den Königsberger Gründungen gehalten. Bei der Mittelmühle waren Aktionäre auf die Zunftmitglieder der Branntweinbrenner und Malzbrauer beschränkt. Das Aktionärsverzeichnis von 1808 führt unter 140 Aktionären 17 Witwen, 4 wiederverheiratete Frauen und 3 männliche Erben auf. Bei der Baumwollspinnerei in Köln erscheinen nur vier Aktionäre: Neben dem Firmengründer seine drei Hauptgläubiger.

Bezogen auf die soziale Herkunft der Aktionäre ist ebenfalls eine breite Vielfalt zu beobachten. *Bankiers* und *Bankhäuser* sind an folgenden Gesellschaften beteiligt: Bromberger Herkulesmühle (Gebr. Schickler), Deutsch-Amerikanischer Bergwerksverein (v. d. Heydt Kersten und Söhne, J. Wichelhaus P. Sohn), Kölner Baumwollspinnerei (Bankier Schlösser). Nach unserem Zeitraum beteiligten sich an gewerblichen AGen der Berliner Bankier von Halle an der 1838 gegründeten Berliner Wasser-Mühlen-AG und im gleichen Jahr das Kölner Bankhaus Oppenheim an der — gescheiterten — Kölner Zuckersiederei-AG.

Militärpersonen sind an metallindustriellen Gesellschaften beteiligt, die sicherlich auch für nichtzivilen Bedarf gearbeitet haben: bei den Dillinger Werken der Metzer Divisionszahlmeister, beim Neusalzer Hüttenwerk General Rühle von Lilienstern, der Chef des großen Generalstabes, Berlin, und ein Leutnant. *Kaufleute* tragen in erster Linie die Lebensmittelindustrien: Der Berliner Joh. Aug. Bürger, Gildeältester der Materialwarenhandlung und ehemaliger Geschäftsträger der Emdener Heringsfischerei[44] ist der bedeutendste der 15 Aktionäre der Berliner Zuckersiederei. Die Ratiborer Kaufleute Scotti und Albrecht versuchen 1836 die Oberschlesische Zucker-Raffinerie in Ratibor zu gründen. Das Projekt scheitert jedoch[45]. Im Herbst 1808 hat die Königsberger Seifenfabrik AG — gegründet durch die Kaufleute Hagedorn und Schrater — 36 Aktionäre, davon 18 Kaufleute und einen Kaufmannschaftsvorsteher. Bei der zweiten Stettiner Zuckersiederei von 1835 ist die Handelsfirma Eduard Theel & Co. Großaktionär mit 15 000 Talern Kapital.

Fabrikanten aus dem Aachen-Stolberg-Eschweiler Raum dominieren bei der Gründung der Aachener Drahtfabrik, die als Vorlieferant für die Aachener Nadelfabriken dienen soll: So die Nadelfabrikanten G. C. Springsfeld, L. Startz, Heinrich Nütten, die Messingfabrikanten Richard Lynen, L. M. Schleicher und E. Peltzer, der Tuchfabrikant J. W. Springsfeld und der Spinnmaschinen-Direktor W. A. Seeberger. Weiter treten

[43] DZA, Rep. 120 A XII, 7, Nr. 111.
[44] *H. Rachel, P. Wallich,* Berliner Großkaufleute und Kapitalisten, III, Neuausgabe Berlin 1967, 198.
[45] DZA, Rep. 120 A XII, 7, Nr. 152, Bd. 1. Vorgesehen waren 2600 Aktien à 200 Tlr., die Gründer sollten je 25 Freiaktien erhalten.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

auf: Friedr. Englerth vom EBV, G. G. A. von Reimann, der Chefpräsident der Regierung Aachen[46], der Kgl. Forstmeister Wilhelm Steffens, Franz und Ludwig Beisel von der Aachener Handelsfirma Stephan Beisel sel. Witwe & Söhne, Heinr. Fischer von Guaita & Fischer und der Eschweiler Notar C. F. Vossen.

Honoratioren finden sich auch in anderen AGen. Beim Deutsch-Amerikanischen Bergwerksverein ist der Oberpräsident der Provinz Westfalen, von Vincke, beteiligt, daneben angesehene Elberfelder Bürger, wie J. A. und H. W. von Carnap, Joh. Peter vom Rath, H. Kamp und Gebr. Brüning. Bei der Berliner Zuckersiederei ist der preußische Konsul Le Coq engagiert, bei der Königsberger Seifenfabrik sind es zwei Kommerzienräte, ein Assessor, ein Stadtrat. Beim Neusalzer Hüttenwerk erscheinen ein Rentner, ein Regierungsrat, ein Kriminalkommissar, ein Justizkommissionsrat, ein Buchhändler und zwei Maler.

Die Anzahl der Gründungspersonen weicht nicht unerheblich voneinander ab. In Dillingen ist es die Familie Stumm neben drei Franzosen, beim EBV ist es nur eine Familie. Vier Personen treten bei der Kölner Baumwollspinnerei und bei der Bromberger Mühlen-AG auf. Das Gründungskomitee der Pommerschen Provinzialzuckersiederei umfaßt acht Personen, das der Berlinischen Zuckersiederei 15, bei der Stettiner Neuen Zuckersiederei sind es im Aktionärsverzeichnis von 1835 schon 72 Personen[47]. In der Königsberger Seifenfabrik erscheinen 1808 36 Aktionäre als Gründer. 46 Aktionäre sind es in Neusalz. Bei der Königsberger Mittelmühle sind 140 Zunftmitglieder Aktionäre, wodurch diese Zahl etwas aus dem Rahmen fällt. Eine ähnlich große Zahl erreicht nur noch die vom Unternehmenszweck und vom eingesetzten Kapital her größte gewerbliche AG der Frühindustrialisierung, der Deutsch-Amerikanische Bergwerksverein: Auf der 10. Hauptversammlung der Gesellschaft am 11. 2. 1829 sind 153 Aktionäre anwesend.

V.

Besondere Merkmale zeichnen einzelne Satzungen aus, die jetzt noch untersucht werden sollen. Die Gründungen vor der Einführung der Gewerbefreiheit gingen noch vom Prinzip des „Closed Shop" aus. So konnte bei der Mittelmühle AG in Königsberg nur ein Mitglied der Malzbrauer- oder der Branntweinbrenner-Zunft im Verhältnis $^2/_3$ zu $^1/_3$ Aktionär werden. In ein Kapital von knapp 30 000 Talern teilten sich daher 140 Aktionäre, da jedes Zunftmitglied bedacht sein mußte. Große Probleme erga-

[46] Vgl. zum Problem der Beamten in den frühindustriellen AGen *Martin*, a. a. O., 517.

[47] Ein Aktionär hatte Aktien für 15 000 Tlr., ein weiterer für 10 000, elf für 5000 Tlr. Die Verteilung geht herunter bis sechs Aktionäre, die je eine Aktie zu 250 Tlr. besaßen (DZA, Rep. 120 A XII, 7, Nr. 152, Bd. 1 vom Februar 1836).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ben sich beim Erbfall, beim Verkauf der Aktien oder beim Austritt aus der Zunft, die alle in der Satzung haarklein geregelt wurden. Diese korporativen Gründungen finden sich auch in Breslau bei der von der Kaufmannschaft ins Leben gerufenen Zuckersiederei sowie bei der Berliner Insel-AG, einem Lagerhaus-Unternehmen, das von der Berliner Kaufmannschaft gegründet worden war[48]. Das Prinzip des „Closed Shop" findet sich auch in anderer Form, indem etwa Juden vom Aktienerwerb ausgeschlossen blieben, wie wir es in den Statuten der Königsberger Seifenfabrik und des Neusalzer Hüttenwerkes finden. Diese AGen nahmen demnach eine Tradition auf, die von der Königsberger Zucker-AG im 18. Jahrhundert begründet worden war.

Als die Gewerbefreiheit eingeführt worden war, teilte in Königsberg die Polizeiverwaltung ausdrücklich mit, daß jetzt ein breiterer Personenkreis zum Aktienerwerb zuzulassen sei. Viele AGen, auch in der Folgezeit, haben noch das Prinzip der Genehmigung der Aktienweitergabe an Dritte durch die Gesellschaft, oft in Form eines Vorkaufsrechtes der AG. Daneben treten häufig auch Namensaktien auf. Die einzige Gesellschaft, die in dieser Beziehung voll das Prädikat der Modernität verdient, ist der Deutsch-Amerikanische Bergwerksverein, der nur Inhaberaktien ohne Übertragungsklauseln kennt.

Grundsätzlich kommt es bei allen Gesellschaften nur zur Ausgabe von Aktien mit einem bestimmten Nennwert. Die einzige Ausnahme ist der Eschweiler Bergwerks-Verein, der 200 Stückaktien ausgibt, nach der Maßgabe, daß jeder Aktieninhaber zu einem Zweihundertstel an dem Gesellschaftsvermögen beteiligt sei.

Am Statut der Königsberger Mühle interessiert besonders die schon innerhalb der Gesellschaft zu beobachtende Arbeitsteilung, die bereits zur klaren Ausformung von Gesellschaftsorganen führt. Es gibt eine Direktion von 4 Mitgliedern neben einer Administration von 14 Mitgliedern. Alle drei Jahre wird ein Drittel ersetzt, wobei jeder Aktionär zur Annahme eines Amtes innerhalb der Gesellschaftsorgane verpflichtet ist. Der Geschäftskreis der Direktion ist auch schon klar abgegrenzt: Er umfaßt die Leitung des Mahlwerks, die Aufsicht über die Angestellten und Arbeiter (die Angestellten werden hier noch als „Offizianten", in anderen Satzungen jedoch schon als „Angestellte" bezeichnet). Einstellung und Entlassung der Angestellten und der Meister muß von der Administration genehmigt werden, während die Direktion bei den Arbeitern freie Hand hat. Die Direktion hat die Kassenaufsicht, die Rechnungsführung und die Korrespondenz unter sich. Außerdem ist sie voll zeichnungsberechtigt. Vermutlich hat sie auch Wechsel unterschrieben.

---

[48] Vgl. *Rachel-Wallich*, a. a. O., 291 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ein gewisser restriktiver Charakter dieser frühen AG ist aus der Passage der Statuten zu entnehmen, wonach Reparaturen nur vorgenommen werden dürfen, wenn sie die Substanz der Gesellschaft nicht verändern. Dies gleicht den Bestimmungen über die 14 Pfannen der Berliner Zucker-AG. Ähnliches gilt auch für die Königsberger Seifenfabrik, die in ihrer Satzung der Mehlfabrik sehr ähnelt. Beide Statuten führen sich auf die — nicht erhaltene — Satzung der Königsberger Zucker-AG von 1782 zurück. Offenbar haben sich von Anfang an bestimmte Merkmale in den Statuten durchgesetzt, weil sie sich als praktikabel erwiesen haben. Insofern fixierte das AGes von 1843 nur einen längst geübten Zustand in hoheitlicher Form.

Die Direktion der Seifenfabrik darf ausdrücklich jede Art von Wechselgeschäften tätigen, muß beim Verkauf ihrer Waren jedoch eine Klassifikation ihrer Abnehmer vornehmen — offenbar, um sich vor überraschenden Zahlungsverweigerungen zu schützen. Daraus ist wohl auch zu schließen, daß weniger die AGen als ihre Geschäftspartner Kreditwürdigkeitsprobleme hatten.

Vor der Bestätigung der Statuten der Seifenfabrik lädt der Königsberger Magistrat die Interessenten zu einer Aussprache — also einem frühindustriellen „Hearing" —, dessen Kurzprotokoll erhalten ist. Dabei tritt der freizügige Charakter der Gesellschaft zutage, der auch auf die Liberalen in der Königsberger Regierung einen Eindruck gemacht hat, was der Genehmigung der Gesellschaft als AG förderlich war. Einzig die Einschränkung des Verkaufs der Aktie an einen „Fähigen" will man seitens der Gründungsmitglieder gesichert wissen, weil „keine Gesellschaft ohne diese Einschränkung existieren (kann)". Daraus geht auch klar hervor, daß es noch keinen anonymen Kapitalmarkt gegeben haben kann, selbst nicht an einem so umgrenzten Standort wie einer Stadt, von einer allgemeinen Fungibilität der Aktien oder ihrem Handel an einer Börse ganz zu schweigen. Die Aktionäre der Aachener Drahtfabrik konnten schon etwas weiter verstreut sitzen, jedoch nur in Preußen und an Orten mit einer Poststation. Immerhin wird in Königsberg schon ausdrücklich die „Lebhaftigkeit des Verkehrs" in Aktien angestrebt[49].

Sehr modern nehmen sich auch die Statuten der Berliner Zuckersiederei — Firmenbeginn 1793, AG seit 1798 — aus. Die Organisation der Gesellschaft ist klar strukturiert und in eine Hauptversammlung, einen Aufsichtsrat („Comité") und den Vorstand („Direction") gegliedert. 5 Prozent Verzinsung werden garantiert. Der Überschuß soll für Investitionen verwendet werden. Ein entsprechender Passus für „Investitionen"

[49] Schreiben der Gesellschaft v. 15. 2. 1809. Bei der ähnlich konstruierten Königsberger Zucker-AG konnten freilich ausdrücklich auch „Personen, die keine Kaufleute sind, Zuckeraktien besitzen" (Schreiben Hoffmann v. 15. 2. 1809, DZA, Rep. 120 A XII, 7, Nr. 4).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

oder „Abschreibungen" taucht auch bei anderen Gesellschaften auf. Darüber hinaus schütten spätere Gesellschaften noch eine „Dividende" aus.

Der Charakter der Aktie als eines reinen Risikopapiers hat sich in der Frühindustrialisierung freilich nie durchgesetzt. Stets bleiben Reste des festverzinslichen Papiers übrig, etwa beim Beispiel der Neusalzer Werke. Dort erscheint neben einer fünfprozentigen Verzinsung noch eine Garantiedividende von 20 Prozent.

Das Aktienkapital wird zumeist nur in Teilen eingezahlt, über die Interimsscheine ausgestellt werden, so bei der Aachener Drahtfabrik erst ein Zehntel, dann — je nach Abruf der Direktion — weitere Zehntel. Oft wurden auch nur Teile des bei der Gründung genehmigten Aktienkapitals begeben, wie bei der Pommerschen Zuckersiederei von 800 Aktien à 250 Taler zunächst nur die Hälfte.

Bei der Berliner Zucker-AG finden wir auch die ersten sozialpolitischen Ansätze innerhalb eines Unternehmens-Statutes. Bei ungehörigem Benehmen während der Hauptversammlung sollen Strafgelder erhoben und „zum Besten der erkrankten und verarmten Arbeitsleute der Siederei verwandt ... werden".

Die Hauptversammlung ist bei allen Unternehmen einmal im Jahr, beim Neusalzer Werk schon jedes halbe Jahr. Die Stimmenregelung ist besonders interessant. Grundsätzlich besteht einmal ein Aktien-, später ein Stimmenplafond bei allen gewerblichen AGen der Frühindustrialisierung. Bei der Königsberger Siederei von 1782 darf man maximal 40 von 396 Aktien besitzen. Später hat man bei der Berliner Zucker ab sechs Aktien nur noch Stimmrecht für fünf Aktien. Bei der Aachener Drahtfabrik hat man maximal drei Stimmen, ebenso bei der ersten Stettiner Zuckersiederei[50].

Bei der Berliner Zucker-AG erhält der Aufsichtsrat besondere Rechte. Er darf sich selbst ergänzen und unterliegt somit nicht mehr der Kontrolle durch die HV. Grundsätzlich arbeiten die Aufsichtsräte noch ohne Tantiemen, in späteren Fällen werden Vergütungen in Aussicht gestellt. In Neusalz erhält der AR-Vorsitzende 300 Taler im Jahr. Der Erste Direktor erhält dort 400 Taler und eine Umsatzprovision von 3 Prozent. In Berlin erhält der Erste Direktor 500 Taler, sein Stellvertreter 200 Taler.

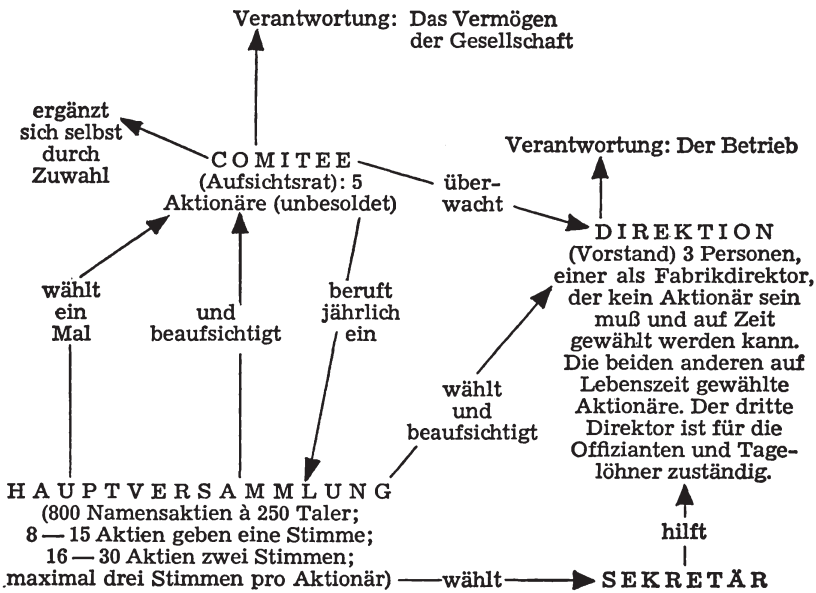
In der Berliner Zucker-AG kommt zum erstenmal auch die Trennung zwischen Eigentümer und Manager zum Durchbruch. So kann einer der Direktoren, das für die Technik verantwortliche Vorstandsmitglied, auch ein Nichtaktionär sein. Dasselbe gilt für den Sekretär der Gesellschaft, der mit 250 Talern Jahresgehalt honoriert ist. Damit ist zum erstenmal

[50] Vgl. a. *Martin*, 523 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dokumentiert, daß man das Prinzip des „Closed Shop", in dem nur Insider und Eigentums-Interessenten etwas zu suchen hatten, durchbrochen ist. Am Beispiel der ersten Stettiner Zuckersiederei von 1819 ist das Organisationsschema, wie es für viele Gesellschaften der Frühindustrialisierung typisch war, noch einmal graphisch dargestellt.

Organisationsschema der Pommerschen Provinzial-Zuckersiederei in Stettin (1819)



Soweit die Gründungen keine Not- oder Erhaltungsgründungen waren, ist in einzelnen Fällen bereits die Vorab-Bildung einer Gesellschaft des bürgerlichen Rechtes zu erkennen, die auch in der heutigen Aktienrechts-Regelung den Gründungsvorgang abzuwickeln hat. Diese Gesellschaft sucht um die Konzessionserteilung nach und hat für die Unterbringung der Aktien zu sorgen. Das beste Beispiel hierfür ist das Neusalzer Werk.

In einzelnen Statuten ist schließlich auch der Liquidation gedacht. So sollen bei der auf zehn Jahre befristeten Kölner Baumwollspinnerei das Gebäude und die Maschinen meistbietend unter den Aktionären versteigert werden. Die Waren sollen auf dem üblichen Wege veräußert werden, die Forderungen haben die Geschäftsführer zu realisieren, die auch hier keine Aktionäre mehr sind, sondern mit den notwendigen Vollmachten ausgestattete Fachleute. Hier erscheint also noch eine weitere Variante

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der frühindustriellen AGen: Statt der Fungibilität des Kapitals, das durch Kauf und Verkauf von Aktien alternative Anlagemöglichkeiten sucht, kommt die Fungibilität der Unternehmung. Die Lebensdauer der Firma wird absichtlich begrenzt, um den Aktionären die Möglichkeit offen zu lassen, in andere Investitionsmöglichkeiten umsteigen zu können. Das Kapital soll freilich auf jeden Fall „auf seinen anfänglichen Betrag zurückgekehrt" sein.

Eine gewisse Fungibilität der Kapitalanlage ist vielleicht bei der Baumwollspinnerei schon dadurch gegeben, daß Hauptversammlung und Dividende in der Kölnischen Zeitung bekanntgegeben werden müssen. Am ehesten kann jedoch von einer Fungibilität im Falle des Elberfelder Bergwerksvereins die Rede sein: Bekanntmachungen der Unternehmensleitung mußten in zwei Elberfelder Zeitungen, der preußischen Staatszeitung, der Hamburger, Kölner, Augsburger und Frankfurter Zeitung erscheinen — erste Ansätze zur Bildung eines gesamtdeutschen Kapitalmarktes in den 1820er Jahren.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Betriebsform im Eisenhüttenwesen zur Zeit der frühen Industrialisierung in Ungarn

Von *Ákoš Paulinyi,* Marburg

Das Programm der Tagung — an der ich dank der freundlichen Einladung der Veranstalter teilnehmen darf — bewegte mich zuerst, eine allgemeine Schilderung der frühen Industrialisierung in Ungarn als Beitrag zu liefern. Nach gründlicher Überlegung entschloß ich mich jedoch für ein viel engeres Thema, für das Problem der Betriebsform im Eisenhüttenwesen. Ich tat so in der Überzeugung, daß die Behandlung dieses, sicherlich sehr speziellen Problems vielleicht doch einen Beitrag von allgemeinerer Bedeutung beisteuern könnte. Es handelt sich nämlich um ein Problem, das in den meisten Arbeiten über die frühe Industrialisierung bzw. über die Manufakturen ausgeklammert wurde.

Bevor ich zu meinem Thema komme, sei es mir erlaubt, einige einleitende Bemerkungen über die frühe Industrialisierung in Ungarn voranzusenden[1]. Die Epoche der frühen Industrialisierung in Ungarn, verstanden als das Zeitalter des Erscheinens und des Vorherrschens des arbeitsteiligen, manufakturmäßigen Großbetriebes in der gewerblichen

[1] Gesamtdarstellungen der industriellen Entwicklung Ungarns im 18. und 19. Jahrhundert sind in den letzten 25 Jahren nur von ungarischen Historikern verfaßt worden. Der erste Versuch stammt von *Futó, Mihály,* A magyar gyáripar története, I. kötet, A gyáripar kialakulása az elsö állami iparfejlesztési törvényig (1881), (Die Geschichte der ungarischen Industrie, I. Bd., Die Entwicklung bis zum ersten Gesetz über die staatliche Industrieförderung [1881]), Budapest 1944, 468 S. Die Fortsetzung ist nicht erschienen. Von den nach 1945 erschienen Arbeiten sind hier anzuführen: *Mérei, Gyula,* Magyar iparfejlödés 1790—1848, (Die Entwicklung der ungarischen Industrie 1790 bis 1848), Budapest 1951, 428 S. (Im folgenden nur als *Mérei* — I. zitiert). Eine deutsche Kurzfassung: Ders., Über einige Fragen der Anfänge der kapitalistischen Gewerbeentwicklung in Ungarn, in: Etudes historiques, Bd. I, Budapest 1960, S. 723—775. (Im folgenden nur als *Mérei* — II. zitiert). Da dem Gebiet des ehem. Oberungarns, der heutigen Slowakei eine bedeutende Rolle in der gewerblichen Entwicklung zufiel, sind die Darstellungen der Industrie in diesem Raum auch für die gesamtungarische Entwicklung von Bedeutung. So z. B.: *Špiesz, Anton,* Manufaktúrne obdobie na Slovensku 1725—1825 (Die Manufakturperiode in der Slowakei 1725—1825), Bratislava 1961, 372 S.; *Novotný, Jan,* Vývoj priemyselnej výroby na Slovensku v prvej polovici XIX. storočia (Die Entwicklung der industriellen Produktion in der Slowakei in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts), Bratislava 1961, 278 S. (im folgenden nur als *Novotný* — I zitiert). Eine deutschsprachige Kurzfassung: Ders., Zur Problematik des Beginns der industriellen Revolution in der Slowakei, in: Historica IV, Praha 1962, S. 129—189 (im folgenden nur als *Novotný* — II. zitiert).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Produktion, umfaßt etwa die siebzig Jahre von 1780 bis 1850[2]. Kennzeichnend für diese 7 Jahrzehnte ist die steigende Anzahl außerzünftiger gewerblicher Unternehmungen[3], wobei sich ganz deutlich drei Perioden abzeichnen. Die erste erstreckt sich bis etwa 1815 und ist durch einen allgemeinen, die meisten Sparten umfassenden Aufstieg der gewerblichen Produktion gekennzeichnet. Die Hochkonjunktur zur Zeit der napoleonischen Kriege in Europa wirkte sich damals besonders günstig aus. In der zweiten Periode von etwa 1815 bis in die Mitte der dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts ist zwar auch ein weiterer Aufstieg der gewerblichen Produktion zu verzeichnen, dennoch waren diese Jahre durch den Rückfall einiger und die Stagnation der meisten Sparten des Gewerbes geprägt. Von der 2. Hälfte der dreißiger Jahre bis 1850 steigt dann die gewerbliche Produktion wieder in schnellerem Tempo, wobei in dieser

[2] Bei der Periodisierung des Zeitalters der frühen Industrialisierung, überwiegend nur als Manufakturperiode bezeichnet, bleibt meistens der Ausgangspunkt umstritten. Alleinstehend ist die Meinung von *A. Špiesz*, dernach in der Slowakei die Manufakturperiode schon 1725 einsetzt. *A. Špiesz* wollte am Ende des 18. Jahrhunderts sogar schon die Anfänge der industriellen Revolution erkennen, dazu: Ders., K problematike počiatku priemyselnej revolúcie na Slovensku (Zur Problematik der Anfänge der industriellen Revolution in der Slowakei), in: Historický časopis, Jg. 2 (Bratislava 1954) S. 539 ff. Diese Ansicht widerlegte zuerst *Purš, Jaroslav*, K problematice prumyslové revoluce v českých zemích a na Slovensku (Zur Problematik der industriellen Revolution in den böhmischen Ländern und in der Slowakei), in: Historický časopis, Jg. 3 (Bratislava 1955), S. 553 ff., Jg. 4 (Bratislava 1956), S. 50 ff., dann *Novotný* — I., bes. 238 ff., *Novotný* — II., bes. 129 f. — In der ungarischen Geschichtsschreibung obwaltet die Ansicht, daß die Manufakturperiode erst mit den 90er Jahren des 18. Jahrhunderts einsetzte, so z. B. *Mérei* — II., S. 757: „... in Ungarn stellte sich am Ende des XVIII. Jahrhunderts die Manufakturperiode der industriellen Produktion ein." Andere ungarische Historiker, wie z. B. *G. Heckenast, Gy. Szabad* neigen zur Ansicht, daß mit den 60er Jahren des 18. Jahrhunderts eine neue Periode der allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung und auch die Manufakturperiode begonnen hat. Dazu: Vita a feudális kori magyar történelem periodizációjáról (Diskussion über die Periodisierung der ungarischen Geschichte im Zeitalter des Feudalismus) Budapest 1968, bes. die Beiträge von *Heckenast, Gusztáv*, S. 23, *Szabad, György*, S. 122, *Varga, János*, S. 135. Mérei beharrte auch hier auf seinem oben angeführten Standpunkt, vergl. S. 138. Das Argument, daß zwar schon früher Manufakturen bestanden, aber nur vereinzelt und sehr kurzfristig, oder nur in einem ganz kleinen Raum, im Nordwesten Ungarns, ist jedoch durch die seit 1960 veröffentlichten Forschungsergebnisse weitgehend widerlegt worden. Deshalb vertrete ich die Ansicht, daß spätestens seit den 80er Jahren des 18. Jahrhunderts auch in Ungarn die Manufaktur die typische Betriebsform der gewerblichen Großproduktion gewesen ist und zu dieser Zeit sowohl ihre Zahl, wie auch ihre räumliche Verbreitung dazu berechtigt über die Manufakturperiode zu sprechen. — Vgl. dazu *Špiesz A.*, Manufaktúrne obdobie..., Bratislava 1961, bes. die Kapitel II und III; *Eckhart, Ferenc*, A bécsi udvar gazdaságpolitikája Magyarországon 1780—1815 (Die Wirtschaftspolitik des Wiener Hofes in Ungarn 1780—1815), Budapest 1958, bes. S. 117—146; *Nagy, István*, A manufaktura ipar kialakulása Pest-Budán (Die Entstehung der Manufakturindustrie in Pest-Ofen) in: Tanulmányok Budapest Multjából XIV (Budapest 1961), S. 285—340. Die Bemerkungen H. Hassingers über den Stand der Manufakturen in Ungarn am Ende des 18. Jahrhunderts beruhen ebenfalls auf schon damals veralteten Darstellungen — *Hassinger, Herbert*, Der

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Phase die Keime der künftigen führenden Sparten der ungarländischen Industrie schon ganz deutlich zu erkennen sind[4].

Wenn wir die Grundzüge der frühen Industrialisierung kurz festhalten wollen ist es nötig, an erster Stelle die Rolle der staatlichen, d. h. der gesamtösterreichischen Wirtschaftspolitik klarzustellen. Ohne auf diese Frage näher eingehen zu wollen, muß im vorhinein unterstrichen werden, daß sich die Wirtschaftspolitik des Wiener Hofes auf die gesamte wirtschaftliche Entwicklung und in erster Linie auf die Gestaltung der gewerblichen Produktion in Ungarn ausgesprochen negativ ausgewirkt hat. Die gesamte Handels- und Zollpolitik seit der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts, wie auch die Gewerbepolitik des Wiener Hofes lief darauf hinaus, Ungarn in der Position des Rohstofflieferanten und des Absatzmarktes festzuhalten. Die Phase der frühen Industrialisierung in Ungarn verlief also ohne jene, wesentlich fördernde staatliche Unterstützungsmaßnahmen, welche den Erbländern zugute gekommen sind. Für die Keime der ungarländischen Industrie gab es also kein Treibhaus der staatlichen Gewerbeförderung, vielmehr mußten sich diese Keime gegen die Konkurrenz der weit überlegenen erbländischen Industrie, gegen die, nur diese fördernden staatlichen Maßnahmen durchzusetzen versuchen.

Stand der Manufakturen in den deutschen Erbländern der Habsburgermonarchie am Ende des 18. Jahrhunderts, in: Die wirtschaftliche Situation in Deutschland und Österreich an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert, Stuttgart 1964, S. 114.

[3] Anhand der sehr mangelhaften zeitgenössischen statistischen Bestandsaufnahmen des ausgehenden 18. und der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts ist die zahlenmäßige Feststellung der Industriebetriebe in Ungarn nur in sehr groben „Kennziffern" möglich. Nach den auf diesen Statistiken und sehr vielen eigenen Archivforschungen fußenden Berechnungen von Gy. Mérei gab es zu den Zeitpunkten 1785 — 1815 — 1840 — 1846 in Ungarn 66 — 175 — 251 und 547 außerzünftliche gewerbliche Unternehmungen. *Mérei* — II, S. 738. Diese Zahlen sind für den Trend kennzeichnend. Was allerdings die Zeitpunkte betrifft, hat diese Mérei seiner Periodisierung angepaßt. Die Quellen, aufgrund deren Mérei die Zahl der gewerblichen Unternehmungen berechnet hat, beziehen sich nämlich, nach seinen eigenen Quellenangaben nicht auf die Jahre 1815 und 1840, sondern auf den Zeitraum von etwa 1808 bis 1818, bzw. auf die 30er Jahre des 19. Jahrhunderts — vgl. *Mérei* — II., S. 738, bes. die Fußnoten 26—29.

[4] Die in der ungarischen Geschichtswissenschaft läufige Periodisierung der industriellen Entwicklung stammt von Gy. Mérei. Wie schon erwähnt, läßt er die Manufakturperiode erst mit 1790 einsetzen und begrenzt die einzelnen Etappen zuerst (1951) mit den Jahren 1790—1825, 1825—1840 und 1840—1848 und später (1960) mit den Jahren 1790—1815, 1815—1840 und 1840—1848, s. *Mérei* — II., 753. Über die Fragwürdigkeit des Anfanges mit dem Jahr 1790 s. Anm. 2. Was die Periode 1815—1840 betrifft, ist die nach 1815 eingetretene Stagnation nicht erst 1840, sondern schon spätestens in der Mitte der 30er Jahre des 19. Jahrhunderts einem Aufschwung gewichen. Darüber zeugen viele Angaben über neue Gründungen von industriellen Unternehmungen in den 30er Jahren, die auch selbst Gy. Mérei anführt, aber, wie gesagt, erst für das Jahr 1840 „verbucht" (vgl. Anm. 3), die Ziffern über die Produktion im Eisenhüttenwesen, über den Warenumsatz zwischen Österreich und Ungarn usw. Über die Neugründungen in den 30er Jahren vgl. *Mérei* — I., bes. 174 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Tatsache, daß sich die Wiener Wirtschaftspolitik auch deshalb so gestalten konnte, weil die ungarische herrschende Klasse der adeligen Großgrundbesitzer die Interessen der Industrialisierung bis in die 40er Jahre des 19. Jahrhunderts selbst nicht wahrgenommen hat und sich in ihrer Politik vorerst nur auf die Überrettung ihrer adeligen Vorrechte (und insbesondere der Steuerfreiheit), dann aber auf dem Felde der Wirtschaftspolitik im besten Falle auf die Verteidigung der Interessen des ungarländischen Agrarexportes beschränkte, ändert allerdings an den für Ungarn objektiv negativen Auswirkungen der Wirtschaftspolitik des Wiener Hofes überhaupt nichts[5].

Unter diesen Bedingungen konnte die ungarländische Industrie den Vorsprung der erbländischen keineswegs aufholen und mußte insbesondere in jener Sparte unterliegen, in der das erbländische Gewerbe am kräftigsten gefördert worden ist und der schon vorher bestehende Vorsprung noch größer wurde — in der Textilindustrie.

Die manufakturmäßigen Großbetriebe in den verschiedenen Sparten des Textilgewerbes erscheinen in Ungarn vereinzelt schon seit den 30er Jahren und zahlreicher dann in dem letzten Viertel des 18. Jahrhunderts. Vorerst konzentrierten sie sich überwiegend im Nordwesten des Landes, auf dem Gebiet der heutigen Slowakei[6], um dann, zwischen 1780 und 1815 — hier abgesehen von den Manufakturen in Rjeka — auch im künftigen industriellen Mittelpunkt des Landes, in Pest und Ofen Fuß zu

---

195 ff., über die steigende Eisenproduktion: *Paulinyi, Ákoš,* K niektorým otázkam vývinu železiarstva na Slovensku v prvej polovici 19. storocia (Über einige Fragen der Entwicklung des Eisenhüttenwesens in der Slowakei in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts), in: Sbornik Filozofickej fakulty Univerzity Komenského, Historica, Jg. XI (Bratislava 1960), bes. S. 87, 99 ff. und Beilage I. Zu dem Warenumsatz vgl. — außer den einschlägigen Jahrgängen der Tafeln zur Statistik der österreichischen Monarchie — *Gyömrei, Sándor,* A kereskedelmi töke kialakulása és szerepe Pest-Budán 1849-ig (Die Entstehung und die Rolle des Handelskapitals in Pest-Ofen bis 1849), in: Tanulmányok Budapest Multjából XII (Budapest 1957) S. 197—278, bes. S. 243 ff.

[5] Die beste Zusammenfassung des Standpunktes der ungarischen Geschichtswissenschaft zu der Wirtschaftspolitik des Wiener Hofes bietet *Mérei* — II., S. 735 ff., wo auch auf den Wandel der Ansichten zwischen 1950 und 1960 verwiesen wird. Die schärfste (und einseitigste) Stellungnahme gegen die Wirtschaftspolitik, hpts. Josephs II. bei *Eckhart, Ferenc,* a. a. O.; einen, die theresianische und josephinische Wirtschaftspolitik und bes. Gewerbepolitik auch für Ungarn befürwortenden Standpunkt vertritt *Špiesz, Anton,* Manufaktúrne obdobie ..., Bratislava 1961, bes. 68 ff., 117 ff. derselbe; Die Wirtschaftspolitik des Wiener Hofes gegenüber Ungarn im 18. Jahrhundert und im Vormärz, in: Ungarn Jahrbuch, München 1969, S. 60 ff.

[6] Dazu *Špiesz, Anton,* Manufaktúrne obdobie ..., Bratislava 1961.

[7] Außer *Nagy, István,* a. a. O., in: Tanulmányok Budapest Multjából XIV (Budapest 1961), S. 285 ff., ist noch die ältere Abhandlung von *Kósa, János,* A budapesti selyemipar kialakulása (Die Anfänge der Seidenindustrie in Budapest), in: Jahrbuch des Graf Klebelsberg Kuno Instituts für ungarische Geschichtsforschung in Wien, Jg. IX (Budapest 1939) S. 125—178 sehr aufschlußreich.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

fassen[7]. Diese, teils von adeligen Großgrundbesitzern, teils von Handelskapitalisten, aber auch von Handwerkern gegründeten Woll-, Baumwoll- und Seidenmanufakturen sind allerdings unter dem Druck der äußerst benachteiligenden Zollsatzungen und der Konkurrenz erbländischer Fabrikate nach 1815 zum größten Teil eingegangen. Das Wenige, was an Manufakturen in dieser Sparte übriggeblieben ist, war im Gesamtgefüge der großbetrieblichen Industrie belanglos und gewann auch in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts kaum an Bedeutung[8].

Neben den Textilmanufakturen und der noch immer wichtigen, traditionellen Edel- und Farbmetallproduktion gewann im Ungarn des ausgehenden 18. Jahrhunderts hauptsächlich die Eisenerzeugung an Bedeutung. Der Schwerpunkt des Eisenhüttenwesens war im Norden des Landes, im Slowakischen Erzgebirge, wo am Ende des 18. und am Anfang des 19. Jahrhunderts eine ganze Reihe von neuen, mit Hochöfen ausgestatteten Eisenhüttenwerken entstanden ist. Es handelte sich fast ausschließlich um Unternehmungen adeliger Großgrundbesitzer (Koháry, später Coburg, Andrássy, Csáky), bzw. des Staates[9]. Zwar blieb nach 1815 das Eisenhüttenwesen Ungarns von den Folgen einer allgemeinen Stagnation ebenfalls nicht verschont, es erholte sich aber bedeutend schneller und war in den 20er—40er Jahren des 19. Jahrhunderts vielleicht die einzige Sparte der ungarländischen Industrie, deren Wachstumsrate — gemessen allerdings nur an der Produktion von Roheisen — jene der ganzen Monarchie überflügelte[10]. Obwohl viele, hauptsächlich kleinere Unternehmer nur auf die Produktion von Roheisen eingestellt waren, ist für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts auch ein bedeutender Aufstieg der Roheisen-

---

[8] In den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts bemühte sich um die Belebung der Textilindustrie insbesondere der 1844/45 entstandene Schutzverein (Védegylet). Dazu s. *Mérei* — I., bes. S. 265 ff., *Mérei* — II., S. 766 f.; *Tolnai, György*, A paraszti fonószövö ipar és a textilmanufaktúra Magyarországon (Die bäuerliche Spinnerei und Weberei und die Textilmanufakturen in Ungarn) 1840—1849, Budapest 1964, bes. S. 197 ff., weiter *Futó, Mihály*, a. a. O., Budapest 1944, bes. 203 ff.

[9] Für die Entwicklung des Eisenhüttenwesens in diesem Raum: *Hapák, Pavel*, Dejiny železiarskeho priemyslu na Slovensku od konca 18. storočia do roku 1867 (Geschichte der Eisenindustrie in der Slowakei vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zum Jahre 1867), Bratislava 1962, 315 S.; *Paulinyi Ákoš*, a. a. O.; Ders. Železiarstvo na Pohroni v 18. a v 1. polovici 19. storočia (Príspevok k problémom manufaktúrneho obdobia) (Das Eisenhüttenwesen im Grantal im 18. und in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts [Beitrag zu den Problemen der Manufakturperiode]), Bratislava 1966, 209 S.

[10] Die Roheisenproduktion in der Monarchie stieg zwischen 1823 und 1847 im Verhältnis wie 100 : 264, jene Ungarns wie 100 : 369, der Anteil Ungarns an der Gesamtproduktion der Monarchie erhöhte sich von 14,5 auf 20,3 %, s. *Paulinyi, Ákoš*, K niektorym otázkam . . . in: Sbornik Filozofickj fakulty Univerzity Komenského, Historica, Jg. IX (Bratislava 1960), S. 87 und Beilage I. Die bei *Mérei* — II., S. 764 angeführten Zahlen über die Roheisenproduktion sind falsch, sie beziehen sich nur auf die Gußeisenerzeugung.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

verarbeitung zu vermerken[11]. Dieses Eisenhüttenwesen war keineswegs ein Bahnbrecher der modernen Industrie, es fußte auf Holzkohle und Wasserantrieb, und da es im besagten Gebiet an verkokbarer Mineralkohle fehlte, mußte es sich, angesichts der „Jungfräulichkeit der Transportmittel", wie F. List noch 1845 bemerkte, mit dieser rückständigen und nicht mehr entwicklungsfähigen technischen Basis vorläufig abfinden[12].

Was nun andere Sparten der gewerblichen Produktion betrifft, finden wir in Ungarn zwischen 1780 und 1815 auch bescheidene Ansätze des Großbetriebes in der sogenannten Genuß- und Lebensmittelindustrie (Spiritusbrennerei, Likör- und Zuckererzeugung), im Kleidungsgewerbe und in der Steinguterzeugung. Aber erst in den 30er und 40er Jahren des 19. Jahrhunderts entstanden festere Grundlagen der großbetrieblichen Lebensmittelindustrie in Ungarn. Neben einer größeren Anzahl, meist grundherrschaftlicher Spiritusbrennereien fiel vorerst die führende Rolle den Rübenzucker-Raffinerien zu[13]. Im Hinblick auf die künftige Entwicklung war dann die Gründung der „Pester Joseph-Walzmühlengesellschaft" in dem Jahre 1838 von besonderer Bedeutung. Die Pester „Joseph-Dampfmühle", seit 1841 in Betrieb, war der eigentliche Grundstein für jene Großmühlenindustrie, welche in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts zum führenden Sektor der ungarländischen Industrie geworden ist[14].

Die Gründung mehrerer Industriebetriebe in Pest einerseits und der Ausbau der Donau-Dampfschiffahrt andererseits, sowie die zunehmende Intensivierung der Landwirtschaft schufen günstige Bedingungen auch für die Entstehung des Maschinenbaus. Zwar kann man zu dieser Zeit, außer den seit 1836 in Betrieb stehenden Schiffswerften in Óbuda und

---

[11] Die Ausfuhr des Roheisens stieg besonders in den 40er Jahren, nachdem seit dem 1. Dezember 1842 die Ausfuhr in die Erbländer vom Zoll befreit wurde. Im Jahre 1847 betrug die Ausfuhr etwa 9900 t, d. h. 25 % der Gesamtproduktion, über 50 % dieser Ausfuhr waren für die mährische und schlesische Eisenwerke bestimmt — vgl. Ausweise über den Handel von Oesterreich im Verkehr mit dem Auslande, Jg. 8 und 9, Wien 1850.

[12] Die moderne Eisenindustrie verlagerte sich dann, hauptsächlich seit den 50er Jahren des 19. Jahrhunderts in die Umgebung von Reschitza (Reşiţa im Banat, heute Rumänien), wo Eisenerz und Mineralkohle zusammen vorhanden waren, bzw. im Stammgebiet des slowakischen Erzgebirges beschränkte man sich weitgehend auf die Roheisenproduktion. Das Roheisen wurde immer mehr in den neuen Hüttenanlagen und Walzwerken im Raume der Braunkohlenlagerstätten bei Ózd, bzw. Salgótarján (Komitat Borsod, bzw. Nógrád, heute Ungarn) verarbeitet.

[13] Vgl. *Mérei* — I., S. 174 ff.; *Mérei* — II., S. 762, 767; *Novotný* — II., S. 167. In den 30er Jahren wurden auch mehrere Papierfabriken gegründet — *Novotný* — II., S. 164. Eine Gesamtdarstellung der Papiererzeugung in Ungarn: *Bogdán, István*, A magyarországi papíripar története 1530—1900 (Geschichte der ungarländischen Papierindustrie), Budapest 1963.

[14] *Sándor, Vilmos*, A budapesti nagymalomipar kialakulása (1839—1880), (Die Entwicklung der Mühlenindustrie Budapests [1839—1880]), in: Tanulmányok Budapest multjából XIII (Budapest 1959), bes. S. 315 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

einigen mechanischen Werkstätten bei großen Eisenwerken in der Provinz, nur von den Keimen der in der Zukunft so bedeutenden Maschinenbauindustrie Budapests sprechen, aber die in den 40er Jahren entstandenen Betriebe von A. Ganz, St. Vidats, I. Schlick und Röck haben alsbald den Rahmen kleinerer Handwerksbetriebe gesprengt[15].

Was also die Struktur der Industrie im Verlauf der frühen Industrialisierung Ungarns betrifft, können wir zusammenfassend folgendes feststellen: Der manufakturmäßige Großbetrieb erscheint, wenn wir jetzt das Eisenhüttenwesen ausklammern, zuerst im Textilgewerbe. Nach 1815 hat aber die Textilindustrie ihre Bedeutung fast völlig eingebüßt und in die führende Position rücken allmählich verschiedene Zweige der Lebensmittelindustrie. Zwar überwiegen in den 40er Jahren zahlenmäßig noch die Spiritusbrennereien und Zuckerraffinerien, aber die moderne Großmühlenindustrie hat auch schon festen Fuß gefaßt. Aus der Sicht des Standortes zeichnet sich schon zu dieser Zeit, trotz des völlig unterentwickelten Verkehrswesens, die künftige Konzentration der Industrie im Raume von Ofen und Pest ab.

Zu dem Problem der Kapitalgeber, bzw. der Unternehmer liegen vorläufig nur sehr wenige Untersuchungen vor. Angesichts der Tatsache, daß die Zoll- und Handelspolitik des Wiener Hofes im 18. Jahrhundert die Kapitalakkumulation aus dem Handelsverkehr in Ungarn selbst in beträchtlichem Maße eingeschränkt hat, bzw. den Handelsgewinn ins Ausland leitete und das überwiegend nur für den Lokalbedarf produzierende Handwerk ebenfalls geringe Möglichkeiten einer Akkumulation bot, überrascht es kaum, daß wir es in der ersten Phase der frühen Industrialisierung überwiegend mit Industriegründungen entweder ausländischer, hauptsächlich österreichischer Unternehmer oder einheimischer adliger Großgrundbesitzer zu tun haben[16]. Die führende Rolle dieser beiden Gruppen von Kapitalgebern, bzw. Unternehmern blieb eigentlich im ganzen Zeitalter der frühen Industrialisierung erhalten. Für die 30er und 40er Jahre des 19. Jahrhunderts ist jedoch der zunehmende Anteil des ungarländischen Handelskapitals an Industriegründungen kennzeichnend. Ungarländische Großhändler, wie z. B. Ullmann und Wodianer, die im Exportgeschäft mit Getreide, Wolle und Tabak schon jahrzehntelang eine führende Rolle gespielt haben, waren an den wichtigsten Grün-

---

[15] *Mérei* — I., S. 309 ff; *Mérei* — II., S. 765. Über die Anfänge einer der bedeutendsten Maschinenbaufabriken Ungarns s. *Berlász, Jenö,* A Ganz Gyár elsö félszázada 1845—1895 (Die ersten fünfzig Jahre der Ganz-Fabrik 1845 bis 1895), in: Tanulmányok Budapest multjából XII (Budapest 1957), bes. S. 351 ff.

[16] Untersuchungen aus der Sicht der Unternehmer-Geschichte liegen nicht vor. Soziale Herkunft, aber auch die Tätigkeit der Unternehmer, bzw. die Herkunft des Kapitals werden aber öfters eingehend behandelt — s. *Mérei* — I., passim; *Špiesz, Anton,* Manufaktúrne obdobie..., Bratislava 1961, passim, *Hapák, Pavel,* a. a. O., bes. S. 25 f., 28 f., 45 f., 47 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dungen in der Lebensmittelindustrie und im Verkehrswesen schon maßgebend beteiligt[17]. So wurde das auf der Basis des Agrarexportes entstandene Bündnis der ungarländischen Handelsbourgeoisie und des adligen Großgrundbesitzes durch gemeinsame Interessen in der Industrialisierung gestärkt, und diese, nicht widerspruchslose Interessengemeinschaft, erwies sich für den weiteren Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung Ungarns als ausschlaggebend.

Mit den 50er Jahren des 19. Jahrhunderts setzt dann in Ungarn die industrielle Revolution ein[18]. Es muß wohl nicht besonders hervorgehoben werden, daß trotz der erzielten Fortschritte die ungarländische Industrie wesentlich hinter jener der Erbländer zurückgeblieben ist. Der Gesamtwert der Produkte der sogenannten „Fabrikindustrie" in Ungarn betrug 1841 etwa 60 Millionen Gulden, d. h. etwa 7,5 % jener der Gesamtmonarchie. Während in Ungarn pro Kopf der Bevölkerung Industrieprodukte im Werte von etwa 5 Gulden zufielen, belief sich der entsprechende Wert in den Erbländern auf mehr als 23 Gulden[19]. An dem Agrarcharakter Ungarns hat sich so gut wie nichts verändert, und wenn es auch durchaus berechtigt ist, im besagten Zeitraum von 1780—1850 über Fortschritte der Industrialisierung in Ungarn zu sprechen, darf man nicht vergessen, den ungarischen Maßstab zu gebrauchen[20].

Und nun zu dem Problem der Betriebsform in dem Eisenhüttenwesen zur Zeit der frühen Industrialisierung, d. h. vor seinem Übergang zum fabrikmäßigen Großbetrieb. Unter Eisenhüttenwesen verstehe ich die

---

[17] Über die Unternehmungen Ullmanns und Wodianers s. *Mérei* — I., S. 170 ff., über den steigenden Anteil des Handelskapitals; ebenda, S. 174 ff.; *Gyömrei, Sándor,* a. a. O., in: Tanulmányok Budapest Multjából XII (Budapest 1957) S. 249 ff. Gyömrei betont anderseits die Tatsache, daß viele große Handelshäuser lieber das Geschäft mit Wertpapieren bevorzugt haben — ebenda, S. 254 ff.

[18] Für die weitere Entwicklung der Industrie in Ungarn: *Sándor, Vilmos,* Die Hauptmerkmale der industriellen Entwicklung in Ungarn zur Zeit des Absolutismus 1848—1867, Studia Historica Academiae Scientiarum Hungaricae, 28., Budapest 1960, dasselbe in: Etudes Historiques, Bd. II., Budapest 1960; derselbe, La rivoluzione industriale in Ungheria, in: Studi storici, Jg. II. Roma 1961, 768 ff., *Lederer, Emma,* Az ipari kapitalizmus kezdetei Magyarországon (Die Anfänge des industriellen Kapitalismus in Ungarn) Budapest 1952.

[19] *Mérei* — I., S. 261; *Mérei* — II., S. 741, *Futó, Mihály,* a. a. O., 178 f. Die Berechnungen fußen auf den Angaben der Tafeln zur Statistik der Österreichischen Monarchie für das Jahr 1842, Wien 1846, Teil: Industrie im Jahre 1841, I. Zahl und Einteilung der Fabriken; XIX. Übersicht.

[20] Die erste, sehr grobe Schätzung der Struktur des Nationaleinkommens in Ungarn für die Zeit um 1867 berechnet den Anteil der gewerblichen Produktion mit etwa 15 % (davon 7 % aus der Fabrikindustrie, 6 % aus dem Kleingewerbe und 2 % aus dem Bergbau und Hüttenwesen. — S. *Berend, T. Iván — Ránki, György,* Nemzeti jövedelem és tökefelhalmozás Magyarországon 1867 bis 1914 (Nationaleinkommen und Kapitalakkumulation in Ungarn 1867—1914) in: Történelmi Szemle, Jg. IX (Budapest 1966), S. 189, jetzt auch deutsch in: Social-Economic Researches on the History of East-Central Europe, Studia Historica Academiae Scientiarum Hungaricae, No 62, Budapest 1970.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Verhüttung der Erze und die Weiterverarbeitung des erschmolzenen Eisens zu Halb- und Fertigprodukten des Hüttengewerbes, d. h. zu verschiedenen Sorten von Streckeisen — wie man es damals nannte — oder Profileisen, Profilstahl wie es später bezeichnet wurde. Meine Ausführungen beruhen überwiegend auf eigenen technik- und wirtschaftsgeschichtlichen Forschungen über die Entwicklung des Eisenhüttenwesens im Zeitraum etwa von 1680—1870 im Eisenhüttenzentrum des damaligen Ungarn, d. h. in der heutigen Mittelslowakei. Dieses, räumlich sicher sehr beschränkte Forschungsfeld hat, bei der Gefahr des viel zu engen Horizontes, doch einen wesentlichen Vorteil geboten: Die Möglichkeit der gründlichen Analyse einer fast 200jährigen Entwicklung auf Grund sehr ausführlicher Archivquellen[21].

Obwohl ich auf das Problem der Betriebsform eben nur im Zusammenhang mit der Untersuchung des Eisenhüttenwesens im besagten Raum gestoßen bin, liegt nun der Anlaß zur Erörterung dieser Frage nicht so sehr in der Einschätzung meiner Forschungsergebnisse, sondern vielmehr in der Tatsache, daß die meisten mir bekannten Untersuchungen über die frühe Industrialisierung und insbesondere jene über das Problem der Manufaktur die Rolle des Eisenhüttenwesens weitgehend außer Acht lassen. Betrachten wir die einschlägigen Darstellungen für österreichische und deutsche Gebiete, ergibt sich etwa folgendes Bild. In den Darstellungen der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung, bzw. der frühen Industrialisierung zwischen ca. 1750 und 1850 findet sich für das Hüttenwesen, je nach seinem Stellenwert im gegebenen Raum, immerhin eine Beschreibung und Würdigung. Anders sieht die Lage allerdings aus, wenn wir versuchen, uns über die Entwicklung z. B. des Eisenhüttenwesens vor der industriellen Revolution aufgrund derjenigen Forschungsergebnisse ins Bild zu setzen, welche sich schon dem Titel nach mit der Bestandaufnahme oder Entwicklung der Manufakturen beschäftigen. In diesen, in den letzten 15 Jahren nicht unzahlreichen Studien und Monographien ist, ziemlich einheitlich und ohne Rücksicht darauf, ob sich die Verfasser zu dem Marx'schen oder zu einem anderen Manufakturbegriff bekannten, die Erörterung des Eisenhüttenwesens in seiner, meistens er- und anerkannten Form des vorindustriellen Großbetriebes ausgeklammert worden. Dieser Vorgang führt, ohne Rücksicht auf die Gründe der Ausklammerung, notgedrungen dazu, daß: 1. die Existenz des manufakturmäßigen Großbetriebes im Hüttenwesen ent-

[21] Die diesbezüglichen Ergebnisse sind dargelegt in: *Paulinyi, Ákoš,* Železiarstvo na Pohroní..., Bratislava 1966; Eine deutsche Kurzfassung einiger Probleme: Ders., Zum Problem der Manufaktur und des sozial-ökonomischen Charakters der Produktionsverhältnisse im Eisenhüttenwesen der Slowakei, in: Sbornik Filozofickej fakulty Univerzity Komenského, Jg. XVI, Historica (Bratislava 1965), S. 31—44. Soweit nicht anders angeführt, fußen meine Ausführungen auf den dort angeführten Quellen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

weder überhaupt in Frage gestellt wird oder aber, falls er anerkannt wird, seine Existenz nicht bewiesen, sondern nur behauptet wird und 2. bei der Feststellung des Stellenwertes der Manufaktur im Gesamtgefüge der gewerblichen Produktion angesichts der Ausklammerung mehrerer Industriesparten ein mehr oder weniger verzerrtes Bild entsteht.

Das Ausklammern des Hüttenwesens versuchten die Verfasser verschiedentlich zu begründen oder wenigstens zu rechtfertigen[22]. Auf welche Schwierigkeiten die logische Begründung der Ausklammerung stößt, ist am Besten in dem Falle zu sehen, wo sich die Verfasser die Mühe gegeben haben, den Begriff der Manufaktur klarzustellen.

Als Beispiel nehme ich G. Slawingers Ausführungen. Seiner Auffassung nach konstituieren den Begriff Manufaktur zwei Elemente: „die innerbetriebliche Arbeitsteilung und das Vorherrschen der Handarbeit"[23]. Und Slawinger setzt fort:

„Nach dieser Definition umfaßt die Manufaktur auch jene Betriebe, die im Gegensatz zum Handwerk aus technischen Gründen seit jeher eine ausgeprägte Arbeitsteilung aufwiesen. Zu diesen primären Großbetrieben gehören vor allem die Betriebe des Bergbaus, die Salinen, die Hütten- und Hammerwerke, die Münzstätten und vielfach die Glashütten und die keramischen Manufakturen sowie teilweise die Papiermühlen, die Getreidemühlen und die Druckereien. Das Charakteristische für die großgewerbliche Entwicklung des 17. und 18. Jahrhunderts — und in Kurbayern noch am Anfang des 19. Jahrhunderts — bestand aber gerade darin, daß sich neben diesen primären Formen des Großbetriebes sekundäre Formen vorindustrieller großbetrieblicher Produktion in alten und neu entstehenden Produktionszweigen entwickelten.

Soll der Betrieb der Manufaktur den typischen Erscheinungen Rechnung tragen, muß er den sekundären Formen des vorindustriellen Großbetriebes vorbehalten bleiben. Daher wurden in diese Untersuchung die primären Formen nicht aufgenommen, mit Ausnahme der Glashütten und der feinkeramischen Manufakturen[24]."

---

[22] Nicht selten wird es für selbstverständlich gehalten, daß das Eisenhüttenwesen nicht in den Bereich der Manufakturen gehört. Zum Beispiel H. Hassinger begründet das Ausklammern der Eisenwerke überhaupt nicht, sondern behauptet bloß: „In der Metallverarbeitung sind auch hier Manufakturen selten, denn Hütten und Hämmer scheiden grundsätzlich aus . . .", *Hassinger, Herbert,* Der Stand der Manufakturen . . ., in: Die wirtschaftliche Situation in Deutschland und Österreich um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert, Stuttgart 1964, S. 125. H. Hausherr begnügt sich mit der Behauptung: „Unter den Begriff der Manufaktur fallen nicht diejenigen Zweige des Gewerbes, bei denen doch der Kleinbetrieb die Ausnahme und der Großbetrieb die Regel war, nämlich das Bergwerks- und Hüttenwesen". *Hausherr, Hans,* Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit, Weimar 1955, S. 170.

[23] *Slawinger, Gerhard,* Die Manufaktur in Kurbayern, Stuttgart 1966, S. XVII.

[24] Ebenda.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Demnach bezweifelt also G. Slawinger den Manufakturcharakter, u. a. der Hütten- und Hammerwerke nicht, läßt sie aber aus seiner Untersuchung der Manufakturen nur deshalb ausscheiden, weil sie im sog. primären Bereich schon früher erschienen sind als im sog. sekundären. Mit diesem Maßstab ist allerdings eine Klarstellung des Manufakturbegriffes aufgrund des Grades der Arbeitsteilung bei dem Vorherrschen der Handarbeit nicht zu vereinbaren. Die Fragwürdigkeit einer solchen Begründung beweist dann die Tatsache, daß Slawinger die Glashütten und feinkeramische Manufakturen doch in seine Untersuchung aufnimmt, diesmal mit der Begründung: „Ihnen kam damals besondere Bedeutung zu und ihre wichtigsten Produktionsprozesse beruhten bis über die Mitte des 19. Jahrhunderts hinaus auf der handwerklichen Geschicklichkeit der Arbeiter[25]." Aus der Betonung der handwerklichen Geschicklichkeit in diesen Zweigen könnte man vermuten — expressis verbis sagt das Slawinger nicht —, daß Slawinger andere sog. primäre Großbetriebe auch deshalb ausscheiden ließ, weil er in diesen der handwerklichen Geschicklichkeit der Arbeiter im Verfertigungsverfahren keine so große Bedeutung zumißt.

In anderen Monographien zum Problem der Manufaktur ist dem Eisenhüttenwesen ebenfalls sehr wenig Aufmerksamkeit gewidmet worden. So z. B. zählt H. Krüger die Eisenhüttenwerke offensichtlich zu den Manufakturen, betont öfter ihre Bedeutung, geht aber weder auf die Schilderung ihrer Entwicklung, noch auf die Beweisung des Manufakturcharakters dieser Betriebe ein[26]. R. Forberger, in seinem Werk über die Manufaktur in Sachsen, erwähnt die Schmelzhütten- und Hammerwerke in der Gruppe der sogenannten Bergfabriken, unterläßt aber ihre Aufnahme in seine Darstellung[27]. In diesem Werk bezeichnete Forberger die Gruppe der Bergfabriken entweder als arbeitsteilige Kooperationen, Manufakturen oder aber als Mischform zwischen Manufaktur

---

[25] Ebenda. Bei *Reuter, Ortulf,* Die Manufaktur im Fränkischen Raum, Stuttgart 1961, S. 4 wird ebenfalls empfohlen, die Bezeichnung Manufaktur „als Oberbegriff für weiterverarbeitende vorindustrielle Großbetriebe — unter Ausklammerung des Bergbaus, der Hütten- und Hammerwerke, Mühlen und chemischen Betriebe — zu verwenden". Die Hütten- und Hammerwerke behandelt er zwar nicht, allerdings nicht aus diesem Grunde, sondern deshalb, weil die Vermutung „hier vorindustrielle Großbetriebe zu finden, wurde nicht bestätigt", ebenda, S. 54.

[26] *Krüger, Horst,* Zur Geschichte der Manufakturen und der Manufakturarbeiter in Preußen, Berlin 1958; bes. S. 43 ff., 165, 209, 234. In anderen, überwiegend marxistischen Darstellungen der Manufakturen oder der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung werden Eisenhütten- und Hammerwerke ebenfalls selbstverständlich als Manufakturen hingestellt, z. B. *Klima, Arnost,* Die Textilmanufaktur im Böhmen des 18. Jahrhunderts, in: Historica XV, Praha 1967, S. 124; *Mottek, Hans,* Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd. I, Berlin 1957, S. 216 f., 311.

[27] *Forberger, Rudolf,* Die Manufaktur in Sachsen, Berlin, S. 178.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

und Fabrik[28] — wobei er beide diese Begriffe im exakt wissenschaftlichen Sinne verwendet. Später hat dann Forberger die verschiedenen, im Sprachgebrauch der Kameralisten als Bergfabriken bezeichnete Werkstätten (also ohne den Bergbau) nurmehr als Mischform zwischen Manufaktur und Fabrik eingereiht. R. Forberger bringt für seine Behauptung auch eine sehr exakte und seriöse Beweisführung, die ich — quasi als Ausgangspunkt zu meinen Ausführungen — lieber wortgetreu bringe:

„Wenn auch nicht wie in der reinen Manufaktur ausschließlich, so lief doch auch bei den ... als ‚Bergfabriken' bezeichneten Werkstätten der überwiegende Teil der Fertigungsprozesse in der Form von arbeitsteiliger Handarbeit ab. Einige Teilverrichtungen jedoch bedurften, wenn sie überhaupt ausführbar sein sollten, von Anfang an des Einsatzes thermo- und chemotechnischer Verfahren wie auch der Mechanisierung und Motorisierung, so daß bei den Bergfabriken auch schon menschliche Arbeitskraft und vor allem menschliche Antriebskraft ersetzt wurde. Dadurch erhielten die Bergfabriken ihren Charakter als Mischform zwischen Manufaktur und Fabrik, bei denen ganz im Gegensatz zum Textilgewerbe der Prozeß zunehmender Mechanisierung und verstärkter Anwendung der vorgenannten Verfahrensarten nicht selten kurz nach ihrer Gründung einsetzte, um sich mit steigender Intensität über mehrere Jahrhunderte zu erstrecken, bis die weitere Zunahme ihrer Ertragsfähigkeit die Zuordnung zur reinen Fabrik auch wissenschaftlich ohne weiteres rechtfertigte. Infolge seines langsamen Verlaufs entbehrte der Mechanisierungsprozeß bei den Bergfabriken aber aller konzentriert revolutionären Begleiterscheinungen (wie bei der Baumwolle) ... Insbesondere fehlten ihm die sprungartige und massenhafte Erhöhung der Arbeitsproduktivität ... Dies galt insbesondere auch für den Teil der Bergfabriken, den wir heute als Schwerindustrie bezeichnen[29]."

Bevor ich versuche mich mit dieser sehr genauen und unzweideutigen Definition und Begründung anhand der Schlußfolgerungen aus der konkreten Entwicklung des Eisenhüttenwesens in der Slowakei auseinanderzusetzen, möchte ich unzweideutig festhalten, daß ich die Forberger'sche These der Bergfabrik als Zwischenform keineswegs deshalb als Ausgangspunkt gewählt habe, weil ich diese vielleicht für die schlechteste halte, sondern eben umgekehrt: es ist nämlich meines Wissens die einzige, argumentierende Beweisführung zu diesem Problem. Und mit und gegen konkrete Argumente ist es zwar nicht leichter, sicher aber erfreulicher und sinnvoller zu diskutieren, als gegen Gemeinplätze. Außerdem geht es mir nicht um die Beurteilung dessen, ob diese Forberger'sche These auf Sachsen bezogen stichhaltig ist. Vielmehr geht es mir um den Versuch, einen Beweis zu bringen daß: *Erstens* der Begriff der Manufaktur als „arbeitsteiliger, geschlossener Großbetrieb ohne oder ohne wesent-

---

[28] Ebenda.

[29] *Forberger, Rudolf*, Zur Auseinandersetzung über das Problem des Übergangs von der Manufaktur zur Fabrik, in: Beiträge zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, Berlin 1962, S. 184.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

liche Maschinerie“[30] oder als „arbeitsteilige, auf Handarbeit beruhende gewerbliche Kooperation“[31] auch für ein, verhältnismäßig sehr langes Stadium der Entwicklung des Eisenhüttenwesens angewendet werden kann und auch anzuwenden ist, und *zweitens*, daß auch im Eisenhüttenwesen insbesondere aus der Sicht der Produktionstechnik eine sehr klare, meistens allerdings eher nur „ideal-typische“ Trennungslinie zwischen Manufaktur und Fabrik festzustellen ist.

Wie schon erwähnt, verstehe ich unter Eisenhüttenwesen den Produktionsprozeß vom Erzschmelzen bis zum Profileisen, bzw. zum Endprodukt der Gießerei. Im Grunde genommen ist diese Produktion eine Kombination von thermochemischen und mechanischen (technischen) Prozessen. Die ersteren überwiegen bei der Verhüttung des Erzes, die zweitgenannten bei der Weiterverarbeitung des Schmelzgutes. Diese technologische Grundlage der Eisenerzeugung stellt selbstverständlich auch gewisse Ansprüche an die Einrichtung der Produktionsstätten (Herd oder Ofen, Blasbalg, Amboss, Hammer usw.), deren Anschaffungskosten meist höher lagen, als in anderen Bereichen. Andererseits wirkt sich die technologische Grundlage weitgehend auf die Art der Arbeitsteilung aus.

Wollen wir nun im Bezug auf das Problem der Manufaktur die Fragen der Betriebseinrichtung und Arbeitsteilung im Produktionsprozeß untersuchen, so genügt es die Schilderung mit dem Zeitpunkt anzusetzen, zu welchem im Zusammenhang mit der Eisenerzeugung das Wasserrad, die Mühle („molendinum ferri vulgo hamor dictum“) auftaucht. Im Bereich des ehemaligen Ungarns war dies schon in den 40er Jahren des 14. Jahr-

---

[30] *Fischer, Wolfram,* Der Staat und die Anfänge der Industrialisierung in Baden 1800—1850, I. Bd., Berlin 1962, S. 31 definiert den Begriff im Unterschied zur Fabrik: „Wenn wir heute in der Arbeitsteilung, der Mechanisierung und Motorisierung die entscheidenden Kriterien der Fabrik sehen, so können wir sie von der Manufaktur theoretisch sehr sauber unterscheiden, indem wir der Manufaktur nur die Arbeitsteilung zubilligen und sie als (meist zunftfreien) geschlossenen Großbetrieb ohne oder ohne wesentliche Maschinerie definieren. In der Praxis der Wirtschaftsgeschichte läßt sich eine Unterscheidung zwischen beiden jedoch nicht immer so sauber durchführen, denn es ist durchaus nicht in jedem Gewerbezweig gleich sicher, wo die Mechanisierung, wo die Motorisierung beginnt.“ — In diesem Zusammenhang möchte ich betonen, daß ich es für einen Schritt zurück finde, wenn wir nun wieder anstatt des Begriffs „Manufaktur“ andere herausfinden wollen, wie dies zuletzt H. Freudenberger, aus mehr oder weniger ethymologischen Gründen, in seinem sonst sehr anregenden Aufsatz, mit dem Begriff „protofactory“ versuchte. *Freudenberger, Herman — Redlich, Fritz,* The Industrial Development of Europe: Reality, Symbols, Images, in: Kyklos, Jg. 17 (1964), 372 ff., weiter *Freudenberger, Herman,* Die Struktur der frühindustriellen Fabrik im Umriß (mit besonderer Berücksichtigung Böhmens), in: Wirtschafts- und Sozialgeschichtliche Probleme der frühen Industrialisierung (Herausgegeben von W. Fischer), Berlin 1968, bes. 413 ff.

[31] *Forberger, Rudolf,* Zur Auseinandersetzung . . ., in: Beiträge zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, Berlin 1962, 174.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

hunderts[32]. Die Anwendung der Wasserkraft ist ein Zeichen dessen, daß an die Stelle des Erzschmelzens in Gruben oder Herden das Schmelzen in mehr oder weniger hohen Schachtöfen (sog. Blau- oder Stückofen, Plahöfen, sehr oft auch Blaufeueröfen), getreten war. Um dem Schmelzprozeß regelmäßig genügende Luft zuzuführen und das nun viel größere Schmelzprodukt (die schmiedbare Eisenluppe, Massel, Roh- oder Rauchmassel) entsprechend bearbeiten zu können, mußte man sich für den Antrieb der größeren oder mehrerer Blasbälge und der schwereren Hämmer der Wasserkraft bedienen. Seitdem diese Stufe in der technischen Entwicklung erreicht wurde, unterschied sich die Werkstatt des Hüttenmeisters oder des Hammerschmiedes schon wesentlich von jener des Dorf- oder Kunstschmiedes. Die Errichtung der Betriebsanlagen und die laufenden Betriebskosten (Ankauf der Rohstoffe, Transportkosten, Lohnkosten) haben die Möglichkeiten des einzelnen Handwerkers überschritten, und er mußte sich entweder mit anderen zu Genossenschaften zusammenschließen oder aber die Rolle des Unternehmers (oder nur des Bauherrn) anderen, kapitalkräftigeren Personen überlassen. Auf diese Frage werde ich noch zurückkommen, nun aber möchte ich auf den Einfluß des erwähnten technischen Wandels auf die Entwicklung der Arbeitsteilung hinweisen.

Die Steigerung der Produktion erforderte größere Mengen an Rohstoffen, also an Erz und an Holzkohle, die Entfernung zwischen den Betriebsanlagen (Hütten- und Hammerwerke) und der Rohstoffbasis wurde größer, da die Anwendung der Wasserkraft die Verlagerung der Produktionsstätten zum Wasserfluß erzwungen hat. Beide diese Tatsachen verursachten, daß die bis in das 17. Jahrhundert auch in der Slowakei nachgewiesene, abwechselnde Ausübung der Tätigkeit des Bergmanns, des Köhlers und dann des Hüttenmanns durch ein- und dieselben Arbeitskräfte in verschiedener Reihenfolge nicht mehr ergiebig war[33]. Mit der steigenden Produktion trennten sich allmählich die Berufe der Bergleute,

---

[32] Dazu s. *Heckenast, Gusztáv,* Die Verbreitung des Wasserradantriebes im Eisenhüttenwesen in Ungarn, in: Nouvelles Etudes Historiques, Bd. I, Budapest 1965, S. 159—179, bes. S. 172, 174 f., über die Verbreitung des Wasserantriebes in anderen Bereichen Europas s. *Sprandel, Rolf,* Das Eisengewerbe im Mittelalter, Stuttgart 1968, S. 221 ff.

[33] Vgl. dazu *Schmitt, Robert,* Geschichte der Rheinböllerhütte, Schriften zur rheinisch-westfälischen Wirtschaftsgeschichte, Bd. 6, Köln 1961, S. 14 f. Er betont, daß im Unterschied zu den Hütten in der Eifel, wo die Hüttenarbeiter im 17. Jahrhundert „stets dieselbe Arbeit verrichteten — herrschte im Hunsrück das System der ‚Hüttenreise' vor. Die eigentliche Hüttenbetriebskampagne war hier bis in den Anfang des vorigen Jahrhunderts hinein gewöhnlich auf fünf bis acht Monate im Jahre beschränkt, während die übrige Zeit mit Erzgrabungs-, Holzfällungs- und Holzverkohlungskampagnen ausgefüllt war. Je nach der Jahreszeit und Bedarf wurde dann die Masse der Arbeiter unterschiedslos an der jeweils erforderlichen Stelle eingesetzt und notwendigenfalls verstärkt".

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der Köhler und der Hüttenleute. Für die Beurteilung der Betriebsform ist es aber, meiner Meinung nach, viel wichtiger, die Arbeitsteilung direkt im Produktionsprozeß, vom Erz zum Eisen, festzuhalten. Während bei der Verhüttung des Erzes in Gruben oder Herden ein- und dieselben Leute zuerst das Erz schmolzen und dann das Schmelzprodukt zu verschiedenen Eisensorten mit dem Handhammer ausschmiedeten, teilten sich die Hüttenarbeiter beim Schachtofenbetrieb und Hammerwerk mit Wasserantrieb in zwei Professionen: in jene der Schmelzer und jene der Hammerschmiede. Die Schmelzer befaßten sich ausschließlich mit der Aufbereitung der Erze, dem Schmelzen und dem ersten Ausschmieden des Eisenklumpens zur Luppe und die Hammerschmiede, mit dem Ausschmieden der zerkleinerten Luppe zu der läufigen Handelsware. In beiden dieser Gruppen finden wir schon mehrere Kategorien von Arbeitern vor, die sich untereinander nicht nur durch die Stufe der Fachkenntnisse, sondern auch durch ihr Arbeitsfeld unterschieden. Bei der, im Prinzip gleichbleibenden technischen Grundlage, entfaltet sich die Arbeitsteilung mit der steigenden Produktion nur in der 2. Gruppe, in jener der Hammerschmiede. Ist infolge der Nachfrage die Produktion ständig gestiegen, so spezialisierten sich die Hammerwerke auf die Erzeugung von nur bestimmten Sorten des Streckeisens, wobei die technische Einrichtung, hauptsächlich der Hammer dem Fertigungsverfahren angepaßt wurde (Grobhammer, Streckhammer, Zainhammer). Die Schmelzanlagen wurden vorerst nur vermehrt, aber man war auch bemüht, die Produktion eines Ofens zu erhöhen.

Mit diesem Bestreben hängt dann auch der weitere Werdegang, so der technischen Entwicklung, wie auch der Arbeitsteilung zusammen. Indem man den Ofen erhöhte und die Windzufuhr verstärkte, veränderten sich ganz ungewollt die Temperaturverhältnisse und das ganze Reduktionsverfahren im Ofen. Das Endprodukt des Schmelzprozesses war keine schmiedbare Luppe mehr, sondern flüssiges Roheisen. Um dieses Roheisen schmiedbar zu machen, mußte es entkohlt werden, was in einer neuen Produktionsphase, bei dem sog. Eisenfrischen durchgeführt wurde. Ohne auf technische Details eingehen zu wollen, muß man jedoch unterstreichen, daß die Weiterentwicklung der Arbeitsteilung beim Hochofenbetrieb in der völligen zeitlichen und räumlichen Trennung der Roheisenerzeugung von der weiteren Verarbeitung des Roheisens bestand. Im Unterschied zu dem Betrieb in Stücköfen war hier allerdings diese Arbeitsteilung unumgänglich. Die erste Phase der Verarbeitung des Schmelzproduktes (wenn wir hier die Gießerei ausklammern), das Eisenfrischen in sog. Frischhütten (abgesehen von der Bauart des Herdes war ihre technische Einrichtung dieselbe wie bei den Hammerwerken) wurde zu einem der schwersten und auf Erfahrung und Handgriffe anspruchsvollsten Berufen im Hüttenwesen, der Frischer zu dem hoch-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

spezialisierten Facharbeiter. Die Grundlagen der Verarbeitung des Frischeisens blieben auch weiterhin dieselben, eine Spezialisierung unter den Streckern war auch weiterhin, dem Ausmaß der Produktion nach möglich, aber nicht unbedingt notwendig.

Zusammenfassend kann man über das Problem der Arbeitsteilung aus dem Gesagten folgende Schlüsse ziehen: Seit der Einführung des Wasserantriebes vollzieht sich die Arbeitsteilung — abgesehen von der Trennung der Erzförderung und Brennstofferzeugung — bei der Eisenproduktion selbst in kleinerem Ausmaß beim Schmelzprozeß (Erzröster, Möller, Schmelzer und Hilfsarbeiter, wie z. B. der Schlackenläufer) und im breiteren Ausmaß beim Verarbeiten des Schmelzgutes (Hammermeister, Strecker, Ausheizer, Wassergeber und andere Hilfsarbeiter, und eventuell auch eine weitere Spezialisierung der Strecker). Durch die Roheisenerzeugung im Hochofen vertieft sich bei gleichbleibender technologischer Basis (Holzkohle als Brennstoff und Wasserantrieb der mechanischen Einrichtungen) hauptsächlich die Arbeitsteilung im Verarbeitungsverfahren des Roheisens, wo (außer der Gießerei) vor dem Formgeben das Roheisenfrischen in sog. Frischwerken oder Frischhämmern eingefügt werden mußte. In den Frischwerken finden wir ebenfalls eine Arbeitsteilung vor (Frischmeister, Ausheizer, Wassergeber, Hilfsarbeiter). Der Verarbeitungsprozeß in den Hammerwerken ändert sich nicht. Es ist noch zu betonen, daß im Unterschied zu der Eisenerzeugung in Stücköfen, wo das Schmelzgut schmiedbar war, die angeführte Arbeitsteilung beim Hochofenbetrieb unumgänglich ist. Den Meistern fällt in jeder Produktionsphase außer der Ausübung der Arbeit auch eine Aufsichtsfunktion zu. Was den Charakter des Arbeitsvorganges betrifft, und dies bezieht sich teilweise auch auf das Frischen, ist das Schmelzen ein thermochemischer Prozeß, bei dem die Handarbeit zwar nur den Charakter einer Hilfsarbeit hat, die durch langjährige Erfahrung erworbenen Fachkenntnisse jedoch eine ausschlaggebende Rolle für das Resultat der Produktion hatten.

Die Verarbeitung des Schmelzproduktes bzw. des Frischeisens in den Hammerwerken wird mit Hilfe einer durch Wasserantrieb bewegten Einrichtung, mit Hilfe der Hämmer durch abwechselndes Ausheizen und Schmieden durchgeführt. Trotz dieser, den Aufwand menschlicher physischer Kraft teilweise ersetzenden Rolle des Hammers mit Wasserantrieb bleibt aber die Arbeit des Hammerschmiedes, des Streckers eine Handarbeit, der Wasserhammer ein Werkzeug und keine Arbeitsmaschine. Bei diesem Produktionsverfahren hängt nämlich das Ergebnis der Arbeit, die Form und Qualität des Produktes überwiegend von der handwerksmäßigen Geschicklichkeit der Facharbeiter, der Strecker ab und was bei dieser Produktionsweise ohne Beeinträchtigung des Endproduktes (nicht aber ohne negativen Einfluß auf die Produktivität und

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Rentabilität) hätte ersetzt werden können, war der mechanische Hammer (durch den Handhammer) keineswegs aber die Handarbeit, die handwerksmäßige Geschicklichkeit des Streckmeisters. Ist also auch im Sinne der Forbergerschen Definition[34] das wassergetriebene Hammerwerk ein Werkzeug, oder um es genauer zu definieren ein mechanisiertes Werkzeug, da es die manuelle Arbeit nur unterstützt und erleichtert, nicht aber im wesentlichen ersetzt, wie es von der Maschine verlangt wird.

Soviel zum Problem der Arbeitsteilung und der Handarbeit im Eisenhüttenwesen. Darf ich jetzt noch kurz etwas über die Frage des steigenden Kapitalaufwandes bei den erwähnten Veränderungen der Produktionstechnik sagen. Über die Baukosten einer primitiven Eisenhütte mit Schmelzgrube oder Schmelzherd verfüge ich über keine konkreten Angaben, man kann aber annehmen, daß sich diese nicht viel höher beliefen, als die Einrichtung einer Dorfschmiede. Beim Hüttenwerk mit Schachtofen, Ausheizfeuer und Hammerwerk mit Amboß, und den nötigen Wasseranlagen und Antriebssystem, beliefen sich die Baukosten im Laufe des 18. Jahrhunderts, nach Angaben aus den mittelslowakischen Eisenhüttengebieten, auf etwa 4000 Fl. Demnach dürfte eine Schmiede (also nur der Herd, Blasbalg, Amboß und Handhammer) nicht mehr als 1/5, d. h. etwa 800 Fl. gekostet haben. Die Betriebskosten (Ausgaben für Lohn, Rohstoffe, Transport, Verwaltung) beliefen sich bei nur etwa 10 ständigen Arbeitern in der Hütte und einem 35wöchentlichen Betriebsjahr auf etwa 4800 Fl. Die Produktion betrug in diesen Hüttenbetrieben jährlich etwa 600—900 dz. Bei den Hochofenbetrieben, diese erscheinen im besagten Raum zwar schon an der Wende vom 17. zum 18. Jahrhundert, kamen aber im breiteren Ausmaß erst in den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts zur Geltung, steigen die Baukosten und die Betriebskosten selbstverständlich viel höher. So z. B. beliefen sich die Baukosten eines Hüttenbetriebes (mit 2 Hochöfen, 2 Frischhammern und Kohlenschuppen) in Rohnitz (Hronec/ČSSR) im Jahre 1739 auf 20 000 Fl., die Betriebskosten für ein 32-Wochen-Jahr auf 11 800 Fl. Die Zahl der Arbeiter nur direkt bei der Eisenproduktion von etwa 2 500 dz betrug bei einem Hochofen, einem Stückofen mit Hammer und insgesamt 4 Frisch- und Streckkammern etwa 35 Mann, mit den Bergleuten und Köhlern, dem Hilfspersonal und den Beamten insgesamt 97. Die Mindestzahl der Arbeiter in einem Hochofenwerk mit Frisch- und Streckhammer kann man mit 25 Arbeitern ansetzen (bei einem Hochofen minimal 10, davon 6—8 Facharbeiter). In Verhältniszahlen ausgedrückt verhielten

[34] „Werkzeug ist jedes Produktionsinstrument, das die manuelle Arbeit erleichtert und die Maschine dasjenige, das sie ersetzt" — *Forberger, Rudolf,* Zur Auseinandersetzung..., in: Beiträge zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, Berlin 1962, S. 175; derselbe, Zur Rolle und Bedeutung der Bergfabriken in Sachsen, in: Freiberger Forschungshefte (im weiteren nur FFH), D 48, Leipzig 1965, S. 64.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sich die Baukosten einer primitiven Schmelzhütte ohne Wasserantrieb zu denen einer Hütte mit Stückofen und Hammerwerk mit Wasserantrieb etwa wie 1 : 5, und die Baukosten dieser zu einem Hochofenwerk mit Frisch- und Streckhammer mindestens wie 1:4, bei dem Bau der Anlage in ganz neuem Gelände, wo also die ganze Wasserführung neu angelegt werden mußte, sogar wie 1:6 bis 1:8[35].

Die als Betriebskosten bezeichneten laufenden Ausgaben für Rohstoffe, Löhne, Transport und Verwaltung zeigen eine steigende Tendenz, die selbstverständlich vor allem von dem Bestreben nach Erhöhung der Produktion abhängig war. Im Unterschied von der Produktion in Stücköfen, wo bei schrumpfendem Absatz die Produktion ohne größere Verluste zu jeder Zeit unterbrochen werden konnte, war bei dem Hochofenbetrieb diese Lösung schon aus technischen Gründen nicht möglich. Hier war die Grundbedingung eines einigermaßen rentablen Betriebes eben die kontinuierliche Erzeugung, in Tag- und Nachtschichten und langen „Ofenreisen", das Ausblasen des Hochofens — aus welchen Gründen auch immer — eine höchst unerwünschte und sehr kostspielige Sache. Deshalb war man auch bemüht, mit dem Übergang zum Hochofenbetrieb, die hauptsächlich technisch, durch den Wassermangel, aber nicht selten auch durch den zu engen Absatzmarkt bedingte etwa 30—35wöchentliche Jahresbetriebszeit über das ganze Jahr hinweg auszudehnen. Dies setzte selbstverständlich, außer einem mehr oder weniger gesicherten Absatzmarkt, beim Unternehmer viel größere Mittel für die Deckung der Produktionskosten voraus. Genügte es dem Unternehmer mit einem Stückofen und Hammerwerk oder nur mit einem Hochofen mit Frischwerk, also ohne Stabeisenproduktion, für die Löhne nur im Hüttenbetrieb wöchentlich etwa 20 Fl. aufzubringen, so stiegen diese Kosten in einem Hüttenwerk mit 6 Hochöfen und etwa 10 Frisch- und Streckwerken auf wöchentlich 720 Fl. Die erstere Summe entsprach etwa dem Verkaufspreis einer Tagesproduktion, d. h. etwa 3 dz Stabeisen, die letztere dem Verkaufspreis von zwar nur $^2/_3$ einer Tagesproduktion, was immerhin etwa 40 dz Streckeisen entsprach.

Aufgrund dieser Analyse der wichtigsten Merkmale des Produktionsprozesses im Eisenhüttenwesen, der Arbeitsteilung, des Charakters der Arbeit und der technischen Basis sowie des Problems des Kapitalaufwandes können wir folgendes feststellen:

---

[35] Es ist deshalb kein Zufall, daß das Erscheinen der Hochöfen nicht selten auch mit dem Verdrängen der alten Unternehmer verbunden war. In dem besagten Gebiet des slowakischen Erzgebirges wurden die kapitalarmen Pächter grundherrlicher Eisenhämmer seit der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts meistens durch die adligen Grundherrn selbst verdrängt, da nur diese die erheblichen Bau- und Betriebskosten tragen konnten. Vgl. dazu *Hapák, Pavel,* a. a. O., Bratislava 1962, bes. S. 13 ff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

1. Seit dem Übergang zum Wasserantrieb für die Blasbälge und Hammer und des Schmelzens in Schachtöfen setzt sich in der Eisenproduktion allmählich eine Arbeitsteilung durch. Die Vertiefung der Arbeitsteilung ist seit dieser Zeit nicht so sehr von technischen Erfindungen, sondern vielmehr von dem Ausmaß der Produktion abhängig gewesen und vollzog sich einerseits zwischen dem Schmelzen und Verarbeiten des Schmelzproduktes und andererseits binnen dieser beiden Gruppen.

2. Zu den charakteristischen Merkmalen der technischen und energetischen Basis der Eisenproduktion zählten auf dieser Stufe der Entwicklung: Das Schmelzen der Erze in Schachtöfen (Stücköfen bzw. Hochöfen) mit Holzkohle, d. h. mit vegetabilem Brennstoff; die Weiterverarbeitung des Schmelzgutes durch das Frischen in Herden und die anschließende Formgebung ebenfalls mit vegetabilem Brennstoff und durch den Hammer, sowie die Anwendung der Wasserkraft zum Antrieb aller wichtigeren mechanischen Einrichtungen (Blasbalg, Hammer, Pochwerk). Formelmäßig könnte man die technische Basis mit dem Schlagwort Holzkohle-Wasserantrieb-Hammer kennzeichnen.

3. Was den Charakter der Arbeit betrifft, ist hauptsächlich der Verarbeitungsprozeß des Schmelzproduktes zu beachten. Wie schon erwähnt, betrachte ich die Weiterverarbeitung beim Herdfrischen und beim Strecken unter dem Hammer als Handarbeit und die wichtigste mechanische Einrichtung bei diesem Prozeß, den Hammer mit Wasserantrieb nur als mechanisiertes Werkzeug, welches die Handarbeit erleichtert. Entscheidend für die Qualität des Produktes bleibt auch hier die handwerkmäßige Geschicklichkeit des Arbeiters, das Handhaben aller anderen Werkzeuge beim Schmieden.

4. Trotz der gegebenenfalls geringen Arbeiterzahl im Verfertigungsverfahren selbst, der Betrieb eines Hüttenwerkes mit Stückofen und Hammer ist schon mit 8 Arbeitern möglich, überschreitet der Hüttenbetrieb angesichts der hohen Baukosten, aber auch des Aufwandes für laufende Betriebskosten die Möglichkeiten des handwerkmäßigen Kleinbetriebes.

Dies sind die Beweggründe, aus welchen ich die Eisenhüttenwerke auf dieser Stufe zu den gewerblichen Großbetrieben zähle und sie als Manufaktur bezeichne.

Selbstverständlich bin ich mir dessen bewußt, daß die Manufaktur in dieser Sparte, wie allerdings auch in anderen, gewisse Eigentümlichkeiten aufweist und deshalb die Schlußfolgerungen aus der Entwicklung in einem begrenzten Raum nur sehr vorsichtig auf andere Gebiete zu

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

übertragen sind. Was mir problematisch erscheint, ist erstens die untere Grenze, d. h. wo fängt die Manufaktur an. Es war ja möglich und war auch sehr oft der Fall, daß man ein Hüttenwerk des Grundherrn nur pachtete oder sich die Hüttenleute zu Genossenschaften zusammenschlossen, oder einfach vom Kaufmann verlegt wurden. Die untere Grenze, der Ausgangspunkt der Manufaktur, ist aber nicht nur im Hüttenwesen problematisch und die Lösung dieser Frage bietet sich immer nur durch konkrete Analyse des Produktionsverfahrens und der innerbetrieblichen Verhältnisse. Meines Erachtens kann man auch in dem Falle, wo mehrere kleinere Betriebseinheiten, also Hammer und Hütten (auch ohne Hochöfen) durch den Unternehmer zu einer zentral verwalteten Betriebseinheit zusammengefaßt wurden, mit vollem Recht den Begriff der Manufaktur anwenden. Die Zahl der Hütten- und Hammerwerke, die schon unzweifelhaft eine Manufaktur darstellen, ist schwer vorzuschreiben, sehr oft war es schon eine Hütte mit Hochofenbetrieb und Gießerei, oder nur mehrere Hütten und Hammerwerke. Die in der Quelle vorkommende Bezeichnung des Werkes als Hütte, Hammer usw. kann hier ebensowenig eine Antwort geben, wie die zeitgenössische Bezeichnung Manufaktur oder Fabrik in anderen Bereichen.

In diesem Zusammenhang möchte ich aber eine Eigentümlichkeit des manufakturmäßigen Großbetriebes im Hüttenwesen unterstreichen. Wie schon vermerkt, ist die Steigerung der Produktion bei praktisch gleichbleibender technischer Basis und einem sehr kleinen Spielraum für die Steigerung der Produktivität eigentlich nur durch das Multiplizieren der Produktionseinrichtungen möglich. Auf einer gewissen Stufe führte das zu einer Verlagerung, zu einer Dezentralisierung der einzelnen Produktionsstätten. Diese Verlagerung war nicht nur, aber überwiegend — hauptsächlich im Falle der räumlichen Trennung der einzelnen Phasen der Verarbeitung des Schmelzproduktes — durch die nicht ausreichende Wasserkraft, also durch die Unmöglichkeit einer beliebigen Vermehrung der Energiequelle verursacht. Deshalb finden wir die Hochöfen, Frischwerke, Streckhammer und Zainhammer eines Großbetriebes, der im Besitz eines Unternehmers oder einer Gewerkschaft ist, mit einer einheitlichen Betriebsrechnung und mit zentraler Verwaltung je nach der Zahl der Produktionsstätten oft in einem Raum von 25 oder auch mehr km² zerstreut. Das sich diese Tatsache keineswegs günstig auf die Gestaltung der Produktionskosten auswirkte, daß diese durch die hohen Transportkosten, aber auch durch den erhöhten Brennstoffverbrauch nicht selten bis an die Grenze der Rentabilität gestiegen sind, steht ebenfalls fest. Diese, hauptsächlich durch die technische Unvollkommenheit, aber nicht selten auch durch die Besitztumsverhältnisse bedingte Dezentralisierung der einzelnen Produktionsphasen berechtigt aber, meiner Meinung nach, keineswegs dazu, einen solchen Betrieb nicht als einen, eine Einheit

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

bildenden Großbetrieb zu betrachten. Es ist wohl angebracht, bei der Beurteilung dieser Sachverhältnisse einen anderen Maßstab, einen von anderen Produktionszweigen, wie etwa des Textilgewerbes, differenzierten Zugang zu wählen.

Am Ende möchte ich noch auf die eingangs erwähnte Darstellung Forbergers, der unter anderen Bergfabriken die Hütten- und Hammerwerke als Zwischenform zwischen Manufaktur und Fabrik betrachtet, zurückkommen. Vorerst möchte ich unterstreichen, daß man bei Untersuchungen der Betriebsform kaum zum Ziele kommt, wenn man so verschiedene Produktionsverfahren, wie sie der Begriff der Bergfabriken, auch in seiner Einschränkung auf Werkstätten zur Weiterverarbeitung von Bergbauprodukten zusammenfaßt[36] versucht als Einheit zu untersuchen und einzureihen.

Soweit es nun um die Eisenhütten und Hammerwerke geht, fußt die Forbergersche Einordnung hauptsächlich der Hammerwerke zu den Mischformen auf der Fehleinschätzung des wassergetriebenen Hammerwerkes und der Rolle der Handarbeit. Forberger meint nämlich, das Hammerwerk ersetze die Handarbeit bei der Verarbeitung des Eisens, sei also folglich eine Maschine, was meiner Meinung nach aufgrund der Analyse dieses Verarbeitungsverfahrens den Tatsachen keineswegs entspricht. Dieser Fehleinschätzung des Hammerwerkes mit Wasserantrieb im Verarbeitungsprozeß des Eisens entspricht dann auch die technologische Gleichstellung des Walzwerkes mit dem Hammerwerk und die viel zu wenig differenzierte Einschätzung des Dampfantriebes einerseits und des Wasserantriebes andererseits. Bei dem sonst sehr konsequent logischen Vorgang Forbergers ist es dann selbstverständlich, daß unter diesen Voraussetzungen eine evidente Trennungslinie zwischen Manufaktur und Fabrik in der Eisenverarbeitung auch verschwinden mußte, daß es hier, wie Forberger meint, keine „prinzipielle qualitative Sprünge", sondern „lediglich *quantitative, graduelle* — wenn auch sehr bedeutende — *Fortschritte*" gegeben hat[37]. Diese Fehleinschätzung ist

---

[36] „Mit Manufaktur jedoch wird schlechthin das Moment der *Weiterverarbeitung* verbunden: *Manufakturen sind mithin Werkstätten zur Weiterverarbeitung von in der Land- und Forstwirtschaft sowie beim Fischfang gewonnenen Erstprodukten und Bergfabriken solche zur Weiterverarbeitung von Bergbauprodukten.*" — s. *Forberger, Rudolf,* Zur Rolle und Bedeutung der Bergfabriken in Sachsen, in: FFH D 48, Leipzig 1965, S. 70. — Diese Definition ist hauptsächlich darauf bedacht, aus dem Begriff der Bergfabriken die Bergwerke als Urproduktion auszuscheiden. Wörtlich genommen müßte man dann aber im Eisenhüttenwesen als Bergfabriken nur die Schmelzwerke bezeichnen, weil ja nur diese Bergbauprodukte verarbeiten, während Hammerwerke, nach der Einführung des Hochofens unbedingt, schon Produkte der Eisenhütten verarbeiten.

[37] Für Forberger sind das Hammerwerk mit Wasserantrieb und das Walzwerk nur zwei Etappen eines Mechanisierungsprozesses und dementsprechend

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wahrscheinlich auf den indirekten Einfluß jener Aussage von J. Kuczynski zurückzuführen, welche behauptete: „Keine Werkzeugmaschinen von Bedeutung wurden in der Schwerindustrie eingestellt[38]." Ohne dieses Problem hier in ganzer Breite aufrollen zu wollen, möchte ich darauf hinweisen, daß in einem Teil der Schwerindustrie, und zwar bei der Verarbeitung des Frischeisens, diese Arbeitsmaschine nicht zu übersehen ist. Es ist eben das Walzwerk. Dies ist die Maschine, welche beim Formgeben, bei der Gestaltung des Eisens von der schmiedbaren Luppe oder vom Flußstahl zum Profileisen, Eisenrohr, Blech oder Draht die Handarbeit ersetzt hat[39]. Im Unterschied zum Hammerwerk war das Ergebnis des Produktionsprozesses hier nicht mehr primär und überwiegend von der handwerklichen Geschicklichkeit des Arbeiters, sondern vielmehr von der Konstruktion und genauen Einstellung der Walzen abhängig. Das Walzwerk bringt auch eine wesentliche Steigerung der Produktivität, öffnet den Weg zur Vervielfachung der Kapazität einer Betriebseinrichtung und bei der Anwendung des Dampfantriebes auch die Möglichkeit der, von Jahreszeiten und Witterung unabhängigen Steigerung der Produktion, sowie ihre Zentralisierung an einer Stelle im kontinuierlichen Verlauf vom Schmelzen bis zum Profileisen oder Blech, kurz zum Fertigprodukt der Hüttenindustrie. Zu diesem Problem liegen noch sehr wenige Arbeiten vor, hier möchte ich nur darauf hinweisen, daß z. B. bei einem technisch noch sehr mangelhaften und nur mit Wasserantrieb bewegten Walzwerk die Produktivität im Vergleich mit dem höchsten Stadium der hammerwerklichen Technik mindestens um etwa 70 % höher lag. Wollen wir die technische Basis der Entstehung des fabrikmäßigen maschinellen Betriebes in dem Eisenhüttenwesen wieder formelmäßig in Schlagwörtern ausdrücken, so stünde der für die Manufaktur typischen Formel: Holzkohle—Wasserantrieb—Hammer für die Fabrik die

---

gab es für ihn auch keine „große Stufe" in der Steigerung der Arbeitsproduktivität, sondern nur zwei „kleinere Stufen, s. *Forberger Rudolf,* a. a. O., FFH D 48, Leipzig 1965, S. 68 f., 70 f.

[38] *Kuczynski Jürgen,* Zum Problem der industriellen Revolution, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Jg. IV, Berlin 1956, S. 504.

[39] G. Jahn bestreitet zwar die Existenz der Manufaktur überhaupt, im Eisenhüttenwesen spricht er nur vom arbeitsteiligen Hüttenbetrieb, verweist aber sehr nachdrücklich darauf, daß „der Ersatz des mechanischen Schmiedens durch das Walzen" den entscheidenden Fortschritt zur „Industrie" bildete. S. *Jahn, Georg,* Die Entstehung der Fabrik, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, Jg. 69 (1949), 97. Darf ich noch bemerken, daß ich es nicht für nötig gehalten habe, eine eingehende Beschreibung des Fertigungsprozesses beim Eisenschmieden in Hammerwerken zu bringen. Hauptsächlich die Beschreibung des Schmiedens und Streckens würde viel Platz erfordern, ich verweise hier auf zeitgenössische „Eisenhüttenkunden" der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts, in welchen die altherkömmlichen wie auch die modernen Produktionsmethoden ausführlich beschrieben sind, so z. B. *Saint-Ange, Walter de,* Practische Eisenhüttenkunde, oder systematische Beschreibung des Verfahrens bei der Roheisenerzeugung und der Stabeisenfabrication, II. Teil, Weimar 1839, bes. S. 46 ff., 67 f., 85.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Formel: Mineralkohle—Dampfkraft—Walzwerk gegenüber. In traditionellen, altherkömmlichen Eisenhüttengebieten wie z. B. auch im slowakischen Erzgebirge, aber auch in vielen anderen finden wir diesen Idealtyp selten vor, und zwar einfach deshalb nicht, weil es in diesen Gebieten meistens keine Mineralkohle gab und der Ausbau einer modernen Eisenindustrie mit allen drei neuen Komponenten notgedrungen mit einer Standortverlagerung verbunden war. In traditionellen alten Eisenhüttengebieten kommt es in der Zeit der frühen Industrialisierung, hauptsächlich vor dem Ausbau des Eisenbahnnetzes, nur zu der Modernisierung einer der Produktionsphasen, wie z. B. zu der Einführung des Walzverfahrens mit Dampf- oder nur Wasserantrieb bei Aufrechterhaltung des vegetabilen Brennstoffes. Oder aber entstand eine Arbeitsteilung zwischen verschiedenen Gebieten, indem man sich im traditionellen Gebiet angesichts der rapid schwindenden Holzvorräte nur auf die Verhüttung der Erze spezialisierte und das Roheisen entweder verkaufte, oder in eigenen, aber anderswo, hauptsächlich bei Braunkohlenlagerstätten situierten Puddel- und Walzwerken, verarbeitete. Diese, sicher nicht formelhaft einfache konkrete Erscheinungsform darf aber den Unterschied zwischen der Manufaktur und der Fabrik im Eisenhüttenwesen nicht verschwinden lassen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Industrial Development and Foreign Trade in the Nordic Countries 1870—1914

By *Lennart Jörberg*, Lund

I.

At the middle of the nineteenth century, the Scandinavian countries were predominantly agrarian in structure, and industry played little role for the population. Of the Nordic countries, only Sweden had established an industrial sector: iron and steel. During the eighteenth century, Sweden and Russia dominated the European iron market. Sweden, however, had become considerably less important as the European iron source. The Swedish iron industry, despite considerable raw material assets in the form of iron ore, found that lack of resources of coal and the production costs of charcoal pig iron made it impossible to compete with the cheaper coke pig iron.

In Norway, the timber industry was the leading sector in the industrial sphere, its export of timber providing the primary source of income in foreign exchange. The Finnish timber export was insignificant, and Denmark lacked industrial raw material resources that could be exported.

However, the Scandinavian countries were on different income levels. Denmark and Norway had a national income *per capita* that was perhaps one-third higher than that of Sweden, and Sweden's was higher than that of Finland. Before the First World War, Sweden had achieved about the same level as Denmark and Norway, whereas Finland's income level had scarcely changed in relation to that of the other countries.

Between 1870 and 1913, the total annual product (in constant prices) increased by 3.7 % in Denmark, 2.4 % in Norway, and 3.4 % in Sweden. Because Sweden had a considerably lower population increase than Denmark and somewhat lower than Norway (1.1, 0.8, and 0.7 % per annum for Denmark, Norway, and Sweden, respectively) the product *per capita* per annum rose quickest in Sweden (about 2,5%) whereas in Denmark it was 2.3 % and in Norway 1.4 % (Kuznets 1966, Table 6.6). No national income calculations exist for Finland, but a rough approximation by a Finnish author sets the annual increase at 2.3 % per capita. This means that because the annual increase in population was almost 1.2 % (Björkvist 1958, p. 21) the total product rose more rapidly in Finland than in any of the other countries.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Table 1

Percentage increase in population national product and product per capita 1866—1910

	Population			National Product						Product / capital					
	D	N	S	D	N	S	D	N	S	D	N	S	D	N	S
				current prices			constant prices			current prices			constant prices		
1866/70															
71/75	4.6	3.0	2.6	(20.8)	33.7	40.0		13.7	29.4	(15.7)	29.6	36.2		10.6	25.3
76/80	5.3	5.9	4.1	2.9	5.6	9.4	7.7	9.4	10.0	—2.3	—0.3	4.2	2.2	3.2	5.2
81/85	4.9	2.8	3.5	11.5	—1.1	3.1	19.9	3.2	8.5	6.2	—3.8	0.7	14.3	0.5	5.9
86/90	5.4	2.6	3.0	3.7	—1.6	—1.2	12.4	8.5	9.5	—4.7	—4.0	—4.0	6.9	5.7	6.4
91/95	4.2	3.3	1.9	19.5	13.2	16.5	18.6	11.6	13.9	14.8	9.4	14.2	13.8	8.1	11.8
96/00	6.2	6.3	4.1	16.8	22.4	26.5	21.7	12.4	22.7	9.8	15.4	21.3	14.5	5.6	17.7
01/05	6.2	5.2	3.6	22.3	9.8	19.1	17.3	7.9	13.8	15.1	4.1	15.0	10.4	2.6	9.8
06/10	6.0	2.8	3.7	18.4	19.2	30.7	14.1	12.7	21.0	11.8	15.9	26.1	7.6	9.6	16.7
1866/70—1896/00	34.8	26.3	20.8	101.7	90.4	129.8		74.7	136.6	49.7	50.6	90.0		38.3	95.5
1866/70—1906/10	51.8	36.6	29.8	192.2	149.0	257.7		112.3	225.7	92.7	81.9	175.7		55.4	150.6

Denmark: NDP, Sweden and Norway: GDP

Sources:
Denmark: Population: Statistik Aarbog 1920. NDP 1866/70: Cohn E. 1953, p. 109. NDP 1871—1910: Bjerke — Ussing 1958, Table II.

Norway: Population: Statistiske oversikter 1948, Table 14. GDP: Bjerke 1966, pp. 97, 130, 151.

Sweden: Johansson 1967, Tables 55, 58, 59.

The calculations in fixed prices are not uniformly made in the countries. Bjerke—Ussing have converted 1913 data into 1929 prices via a cost of living index. Thereafter, the prices were adjusted for 1870—1913 to the relation they had between 1913 and 1929, i.e. data for 1870—1913 still reflect all the price fluctuations during this period (Bjerke—Ussing, *op. cit.*, p. 126 f.). Further, the national income up to 1920 is based on income tax returns, adjusted for tax exempt incomes. The Swedish series are based on production statistics and are deflated with different indices for the various sectors, which makes them more reliable, although a better price material could change the relations somewhat. Because statistics for agriculture are most unreliable and overestimate the upward trend after 1870, a revision will lead to some reduction in the growth.

The Norwegian material is based on „index numbers calculated with the aid of prices for a specific year" (Bjerke 1966, p. 22). Different weighing methods with weights for 1865, 75, 85, and 1900 show no great variation in the growth. The annual information, however, is based on interpolation between a number of interjacent years when production statistics are found.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

This indicates that the total product in current prices had increased 200 % in Denmark, by 150 % in Norway, and by 250 % in Sweden during the four decades prior to the First World War. From an international standpoint, this means that of the industrially developed countries at the beginning of the twentieth century, the Scandinavian countries ranked among those with the most rapid growth.

The question is how the development depended on the same factors in all countries, or whether the different degree of development of the countries around 1870 affected their expansion.

Some mutual features are easily discernible. All countries had considerable foreign trade in relation to their national income, and this increased during the period. They all depended on a few products for export: Denmark, primarliy agricultural; Norway, timber and shipping services; Sweden, timber and iron. In all countries, agricultural productivity increased: most in Denmark, least in Norway.

On the other hand, industry played a smaller role as a driving force for the economic development in Denmark and Norway than it did in Sweden; Finland's industrial development was concentrated to the sawmill industry. In Denmark, the consumer goods industry dominated, whereas in Sweden, the capital goods industry led the development.

For Norway and Sweden, emigration played a significant role for the extensive growth, whereas emigration from Denmark was small. Emigration absorbed approximately half of the natural increase in Norway's population. Norway, Sweden, and Finland had considerably less increase in population than the relation between birth rate and death rate would lead one to expect.

The growth rate was irregular; growth periods and stagnation periods did not conform until the 1890s, when all countries showed as big an increase in total products as in investment activity.

In conclusion, it can be established that the rapid growth in the Scandinavian countries was largely due to exogenous factors, i.e. the increased demand abroad for the products of the Nordic countries, although these products were completely different: in Denmark, agriculture prevailed; in Norway, the service industries, i.e. shipping; in Sweden, mainly industry; in Finland, chiefly timber and butter. This development was none the less in total rather uniform and led to a large industrial expansion. It came into being from various starting points and with various sectors in industry dominating.

II.

In all countries, a rise in income took place outside the industrial sector before or at the same time as the industrial expansion. In Denmark, the

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

exports of agricultural products dominated the economic development largely during the entire period. These exports contributed considerably to the rise in income that helped the industrial expansion. In Norway, the exports of fish and of services were the primary sources of income; in Sweden, agricultural exports constituted an important part of the total export incomes up to the 1890s. In Finland, too, the exports of agricultural products, mainly butter, were an important source of income. In all countries except Denmark, the timber exports were a contributory reason for the industrial conversion.

During all the upswing periods, agricultural exports from Denmark were strongly correlated with the rise in income; in Finland, timber exports were dominant in all the upswing periods; Norway's upswing in the 1850s was dominated by timber exports and increased proceeds from shipping, and the same conditions prevailed in the 1870s, whereas the 1890s saw the growth also in the paper pulp exports and beginning exports from the electro-chemical industry. In Sweden the agricultural and timber exports dominated the 1850s. These sectors were also predominant in the 1870s. On the other hand, the 1890s showed a relatively stagnant timber export, which was compensated by an increased pulp export and by the export of engineering products and iron ore.

The Nordic countries, thus depended to a considerable extent on their export incomes. This led to the industrial expansion taking place during periods of increased international demand. Thus, the 1850s, 1870s, and 1890s are the decades when industry expanded strongly in all countries.

In Denmark, Finland, and Sweden, the commodity exports were thus decisive, whereas in Norway, a large part of the export incomes came

Table 2

The percentage share of commodity exports and imports of the gross domenstic product

	Denmark		Norway		Sweden	
	Exports	Imports	Exports	Imports	Exports	Imports
1865—69	..	..	14	19	15	15
1875—79	23	31	14	22	18	19
1885—89	20	32	16	22	21	22
1895—99	23	34	16	28	21	22
1905—09	28	37	17	28	18	23

Sources: Denmark: Bjerke—Ussing 1958, p. 92.

Norway: Exports: Statistik Oversikt 1948, Table 112. Imports: Statistik Oversikt 1948, Table 110. GDP: Bjerke 1966, p. 97; Stoltz 1954, p. 58.

Sweden: Johansson 1967, Table 49, 51, 55.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

from shipping: averaging 40 % of the total exports of commodities and services.

There is thus no doubt that the economic development of the Nordic countries depended to a large extent on the general European expansion and primarily on England's industrial expansion.

The introduction of free trade in England in the 1840s, and later in more and more European countries, created an important market for the exports from the Nordic countries. The progressing growth in population increased the market for agricultural products, and the rising incomes in western Europe led to increased demand for raw materials for industry and housing construction. The income elasticity for imports of commodities for these purposes, from the Nordic countries, was relatively high, the demand was quite elastic, whereas the supply elasticity in the Nordic countries was also relatively high, which combined meant an improvement in the terms of trade for the Nordic countries. This facilitated their imports and at the same time increased their income level.

At the industrial breakthrough, the Nordic countries already had relatively modern sectors with international contacts. There were entrepreneurs—in Denmark, primarily in trade, and in Norway and Sweden, in iron industry and trade—who to a varying extent had an international outlook. In Norway, the merchants in the coastal towns were clearly conscious of the requirements in the international market, as were the iron exporters and commercial houses in Sweden. Denmark's international contacts were facilitated by the proximity of Hamburg and the English market, and the merchants were also capable of appraising the increased possibilites for exports of domestic products. Before the communication networks had expanded in the Nordic countries, it was also often easier to find a foreign market than to try to find a demand in the often strongly regionalized markets in the home country. This concerns mainly Finland, Norway, and Sweden.

The agricultural reforms in Denmark and Sweden, during the latter half of the eighteenth century and later, facilitated the commercialization of agriculture; moreover, the improved terms of trade for agricultural commodities, which occurred before the 1870, contributed to the rises in income. The rise in income, primarily in Denmark, was a contributory cause of the industrial expansion which had a pronounced home-market orientation. In Sweden, the agricultural upswing indicated that the necessary investments in agriculture were made before industrialization began; therefore the competition for the relatively scarce capital was less pronounced than if the modernization of the agricultural sector had taken place at the same time with the accompanying investment requirements of industry.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

In Norway, agriculture remained of little importance for the rise in income, whereas fishing and proceeds from shipping created a basis for an economic development outside industry. However, fishing had relatively weak linkage effects on other sectors before the modernization of the fishing fleets began around 1900; the effects were also weaker because of the strong regionalization of the economic system.

Denmark and Sweden could more easily finance their infrastructure by the increased incomes from agriculture. In Denmark, the financing could depend on domestic savings up to the mid-1870s. This also meant that the Danish banks, primarily *Privatbanken* (The Private Bank) could take an active part in enterprise foundings in the communication sector and also in industry. In Norway, the proceeds from shipping played the same role, whereas Finland's position was less satisfactory, partly because of industrial relations with Russia with its slowly growing market and partly because the economic level in Finland was even more backward than in the other Nordic countries. But in Finland, too, shipping played a role for the rise in income up to the 1870s, when falling freight rates and the change-over to steamships, for which the purchase costs were too high for Finnish ship-owners, contributed to the regression of the shipping industry.

Table 3

The size of the merchant navies (1000 net tons)

	Denmark		Finland		Norway		Sweden	
	Steam-ships	Total	Steam-ships	Total	Steam-ships	Total	Steam-ships	Total
1852	2	103	..	..	—	320	..	204
1870	10	178	4	209	13	974	27	346
1889	94	271	6	257	168	1611	135	504
1900	247	394	54	340	505	1508	325	614
1914	434	520	86	478	1214	1784	750	901

Sources: Denmark: Warming 1913, p. 400; Nielsen 1933, p. 548.
Finland: Översikt 1890, p. 98. Statistik Årsbok För Finland 1920, p. 170.
Norway: Statistiske Oversikter 1948, Table 126.
Sweden: Statistik Översikt 1919, p. 72.

The industrial financing during the breakthrough period seems to have occurred with little foreign capital. The reasons for this were, *inter alia,* the realtively small amount of capital needed to start, for instance, a sawmill; the high profits that the enterprises made chiefly during the boom period in the 1870s, which in turn were reinvested in the enterprises; the possibilites for obtaining short-term loans from the foreign importers; a distorted income distribution, which also facilitated the

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

accumulation of capital; the rise in income in agriculture, which made it increasingly independent of the domestic capital market; a moderate growth in population, which demanded relatively limited investments in the infrastructure and for housing construction; and a powerful economic expansion. In addition, the wages in both the import countries and the Nordic countries not being stable led to the profits not being pressed specially hard in periods of business contraction; this also meant that the import countries did not need to compensate themselves at the expence of the Nordic enterprises. The taxes, moreover, were low, which facilitated the growth of private capital.

It seems quite clear that the rapid expansion of the economy in the Nordic countries was generated via the export sector. During the latter half of the nineteenth century, the demand for export goods from the Nordic countries was big, i.e. the exports expanded quickly. The countries had a sufficiently high adaptation capacity to utilize the good opportunities. The income elasticity was high for most Scandinavian commodities, for instance, in England. The larger the export share became in the Nordic countries, with retained or increased income elasticity for import goods in, for instance, England, the better became the terms of trade in Scandinavia and the more rapid was the growth of national income. How rapid, depended on the supply and demand elasticity. The rapid economic development of the European countries led to greater expansion possibilities in the Nordic countries. Moreover, there were hardly any monopoly enterprises in England, and monopoly in the export enterprises in Scandinavia was out of the question because of the many and small enterprise units and their very restricted share of the market, which means that the demand expanded more rapidly than it would have done had a monopoly situation existed. The growth of demand for import goods on the continent of Europe and in England was a function of the rising incomes in these countries. Because the incomes rose relatively quickly and marginal propensity to import was relatively high, this resulted in the new industries in the Nordic countries being able to maintain a high growth rate, *inter alia*, because of this, but also because the demand elasticity was high enough to allow the Nordic countries to increase their export volume by reducing prices.

The technical innovations in the export sector can lead to a deterioration of terms of trade. But at this time, the technical innovations occurred relatively slowly. The enterprises had time to readjust their production. The technical progress naturally lowered the costs at a stable production and increased the profits at an increased production because no monopoly situation existed. This also meant that the Nordic countries had a comparative advantage at every given time point: first, concerning timber and grain; later, concerning pulp and animal and dairy products.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Because the development was, moreover, sufficiently slow for the need of the import countries for raw material to remain stable over a long period, the situation had prolonged comparative advantages. These advantages were not, as nowadays, predominantly based on a superior technology, which rapidly changes these comparative advantages. The relatively slow change in technology that occurred gave the Nordic countries time to absorb the new techniques and to take advantage of them. Those sectors of industry in the Nordic countries that were exposed to international competition—either this competition took place in the export sector or via the imports—were compelled to adjust their prices to the world market. This led to the productivity development in these sectors being stronger than in other sectors. It is obvious that the strong position of handicrafts in Denmark, for instance, is partly explained by industry being home-market oriented and therefore to some extent protected from foreign competition. Thus, the productivity development was less marked than in the other Nordic countries, owing to the fact that export enterprises led in wage development.

In Finland, the home-market industry showed less resistance to imports than in other Nordic countries. During the upswing periods, the country had increased incomes which were to some extent used for increased consumption. The consumer goods industry, however, could not satisfy this demand and imports rose strongly, which led to the consumer goods industry stagnating before the export cycle reached its peak. The productivity in the consumer goods industry did not follow the development. The export industry in Finland—distinct from that in Sweden—was an enclave in the economy which had less influence on the economic development as a whole. This was partly due to the relative low economic level in the country that largely owned its origin to a big reserve of labour caused by the low productivity of Finnish agriculture with hidden unemployment. The competition between the export sector and the consumer goods sector did not result in the wage development becoming uniform in the two sectors, as was the case in the other Nordic countries. The export of agricultural products was not large enough for the income increase in the agricultural sector to lead to the consumer goods industry having a stabilized influence on the economic situation. In Norway, Sweden, and Denmark, the consumer goods industry was usually later in its upswing during the business cycle; however, its resistance to depressive tendencies was more obvious than in the export sector, because the competition between the sectors forced the consumer goods industry into productivity improvements; thus, imports could be substituted to a considerable extent.

The price development on the world market and the productivity development in the export enterprises therefore gave increased scope for

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

rises in income, which was divided between wages and profits. Before 1914, however, the enterprises had stronger bargaining power than labour had, and a bigger proportion of the income increases went to the enterprises. This led to ploughing back the profit and to capital accumulation.

During the 1890s, with its rapid technical innovations, a change occurred to the advantage of capital. The capital that represented the best-used techniques got an "economic rent" in relation to the worst-used techniques, and because an increasing number of workers in the industrial sectors used modern techniques, the labour share was reduced in the community. At the same time, the price level was rising. The expanding demand also affected the possibilities of the enterprises carrying through competition limiting measures, and in Sweden during the 1890s, a number of cartel and price agreements were introduced into the home-market industry. However, this led to a number of enterprises with relatively ineffective production methods being able to run without loss.

A close relation exists between productivity development and the pressure of demand in the community. If the demand is low, it can lead to a delayed productivity improvement, which means that the rise in income is less, thus leading to a reduced improvement of productivity. As already pointed out, the pressure of demand was relatively strong in the Nordic countries, with one certain exception in Finland, which had the opposite effect.

During the 1890s, mainly in Sweden but to some extent also in the other Nordic countries, technical progress was made in those sectors of industry that competed with foreign imports. This limited the possibilities of the enterprises for taking high profits. The innovations that were made in the export sector increased both the marginal productivity of the workers and the demand for manpower. These factors led to increased incomes for the employees, which caused a rise in the demand for commodities and services, i.e. increased the national income.

III.

Of the Nordic countries, Denmark depended most on foreign trade if the foreign trade share of GDP is taken into account. (No GDP calculations exists for Finland; it is probable, however, that the foreign trade share was lower.) Denmark's export share rose from slightly more than 20 % during the 1870s to 28 % during the first decade of the twentieth century. Also in the other countries, an increase in the export share occurred, although in Sweden, the increase stopped and changed into a decrease in the dependence on exports during the first decade of the 20th century, owing to, *inter alia*, the fact that industry became more competi-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tive and could substitute the imports. The very big discrepancy between Norwegian imports and exports is explained by the services occupying a large part of the exports. Without the proceeds from shipping, the expansion of the Norwegian economy would have been considerably obstructed.

Table 4

The export development 1870—1909 (m. kr.)

	Denmark	Finland	Norway		Sweden
			Commodities	C+services	
1870/79	149[a)]	60	102	202	181
1880/89	157	68	114	217	251
1890/99	202	99	130	258	329
1900/09	369	167	205	354	443

a) 1874/79.

Sources: Denmark: Bjerke—Ussing 1958, p. 154.

Finland: Statistisk Årsbok för Finland 1920, Table 103. Converted into kronor with the aid of the exchange rate in Björkqvist 1953, Table 3.

Norway: Statistik Oversikt 1948, Table 109.

Sweden: Fridlizius 1963, Appendix A.

Table 5

Export volume changes 1865—1910 (m. kr.) and index (1910 = 100)

	Denmark		Norway		Sweden	
	1912/13 prices	index	1910 prices	index	1913 prices	index
1865	..	..	133	28	139	22
1870	..	..	157	33	200	31
1875	157	30	175	37	199	31
1880	219	42	210	45	278	44
1885	182	35	216	46	326	51
1890	204	39	274	58	374	58
1895	329	62	268	57	438	69
1900	353	67	297	63	470	74
1905	465	88	371	79	557	87
1910	527	100	470	100	637	100

Sources: Denmark: Henrikson—Ølgaard 1960, p. 40, divided by the export price index in Ølgaard 1966, p. 242.

Norway: Bjerke 1966, p. 130.

Sweden: Fridlizius 1963, Appendix A.

In all Scandinavian countries the export volume was trebled during the period 1870—1910. There was, however, a stagnation in the development in Denmark in the 1880s and a slight increase in Norway in the 1890s. In Sweden, the growth of the export volume was relatively smooth during the period 1870—1909, whereas an acceleration occurred

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Table 6

Commodity terms of trade 1865—1910 (1880/84 = 100)

	Denmark	Norway	Sweden
1865	..	66	61
1870	..	76	85
1875	92	85	113
1880	96	87	103
1885	101	103	106
1890	93	97	97
1895	103	115	104
1900	100	115	110
1905	115	..	110
1910	119	127	122

Sources: Denmark: Ølgaard 1966, p. 242.
Norway: Bjerke 1966, p. 142 f.
Sweden: Fridlizius 1963, Appendix A.

in Denmark in the 1890s and in Norway during the first decade of the twentieth century. A considerable improvement in commodity terms of trade took place in all the countries, which explains, to some extent, the differences in volume and the then current prices.

The export development of timber goods shows clearly the change that took place in the industrial structure of Norway and Sweden at the end of the nineteenth century. The Norwegian and Swedish industry changed in structure when the competition from Finland and Russia became strong. These countries had large, unused forest resources, whereas in the 1870s, Norway was already experiencing a stagnation. This occurred in Sweden at the end of the 1890s.

Table 7

Exports of timber goods 1870—1910 (1000 standards)

	Finland	Norway	Sweden	Russia
1870	85	447	435	(30)
1890	230	397	875	330
1910	585	267	930	1300

Sources: Norway: Statistiske Oversikter 1948, Table 121, 122. One standard has been calculated at 4. 7. cu. m.
Others: Jörberg 1961, p. 82.

Instead, Norway and Sweden compensated themselves by increasingly transferring to paper pulp production; in Sweden, the change-over was most extensive by the Swedish pulp industry concentrating on chemical wood pulp, which required both greater capital and commanded consider-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Table 8

Exports of paper pulp 1880—1910 (1000 tons dry weight)

	Finland		Norway		Sweden	
	Mechanical wood pulp	Chemical wood pulp	Mechanical wood pulp	Chemical wood pulp	Mechanical wood pulp	Chemical wood pulp
1880	6		13		10	
1890	13	—	91	21	38[a)]	35[a)]
1900	20	5	154	84	67	138
1910	38	50	242	165	141	510

a) 1892.
Where mechanical wood pulp is given in wet weight, this weight has been reduced to half (cf. Statistisk Översikt 1919, p. 209).

Sources: Finland: Halme 1955, pp. 96, 111, 128 f.

Norway: Statistiske Oversikter 1948, Table 121, 122.

Sweden: Den svenska cellulosaindustrins nationalekonomiska betydelse 1918, p. 77.

ably higher prices on the world market. The large demand for pulp meant that, despite the prices for mechanical wood pulp falling from approximately 400 kronor per ton in the 1870s to between 50 and 60 kronor per ton in the 1890s (the chemical wood pulp commanded approximately twice the price), the export volume could increase so much that the export incomes rose from approximately 1.5-m. kr. in the 1870s to more than 60-m. kr. during the first decade of the twentieth century. However, some market problems arose, and the Swedish pulp industry tried to solve them by integrating the paper manufacturing in the production in order to process further the wood products and obtain higher prices. In Norway, the exports were dominated by mechanical wood pulp up to the First World War, whereas in Sweden, exports of chemical wood pulp were three times as large as that of mechanical wood pulp. In Finland, the pulp industry did not play the same role, partly because of lack of capital resources and partly because the supply of sawn timber was greater than in Norway and Sweden, and the comparative advantages for a change-over to pulp manufacture were obviously not so pronounced.

A similar change in the production, which the change-over from timber exports to pulp exports created, is found in Denmark, where butter exports played an increasingly larger role. The grain exports gradually lessened; Denmark even became a net importer of grain at the mid-1880s. The reason was the changed terms of trade in agriculture. Grain prices fell, whereas the prices for animal and dairy products were fairly well maintained. This concerns especially the butter prices which rose

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

from the mid-1880s to the end of the period. Butter exports were 47 % of the total exports of agricultural commodities during 1901/05 (Henriksen — Ølgaard 1960, p. 47). This reorganization resulted in considerably increased incomes for Danish agriculture.

Even the exports of butter from Finland and Sweden increased significantly. From the standpoint of income, this primarily meant less to Finland because the prices Finland obtained were considerably lower than those the Danish farmers could get: Finnish butter was poorer as well as uneven in quality.

The Danish co-operative dairies, which developed during the 1880s, were able to standardize their products. This was not the case in Finland, where butter was produced by the farmers themselves.

A large Finnish export, however, went to Denmark, where it was partly used for domestic consumption and partly repacked and re-exported to England (however, the main part of the Finnish butter was exported to Russia). With the development of the margarine industry in Denmark during the 1890s, the Finnish butter exports to Denmark ceased, and by the upswing of the dairy industry in Finland, the Finns could now export directly to the English market with a considerable profit for Finnish agriculture as a result.

Table 9

Butter exports 1870—1910 (1000 tons and m. kr.)

	Denmark		Finland		Sweden	
	Ton	kr.	Ton	kr.	Ton	kr.
1870	15[a]	36	4	6	2	5
1880	12	26	6	8	5	11
1890	43	74	7	10	15	26
1895	52	93	12	18	24	43
1900	61	120	10	16	19	37
1905	80	156	16	27	18	36
1910	89	182	12[b]	21	22	44

a) 1874. b) 1909.

Sources: Denmark: Henriksen—Ølgaard 1960, p. 58.

Finland: Mannelin 1912, p. 31. Finnish marks converted to kronor according to the rate of exchange.

Sweden: Statistisk Översikt 1919, p. 105 f.

If the growth of the export volume is compared with the increase rate of gross domestic capital formation, obvious discrepancies are found. In Denmark, GDCF increased similar to the export volume, i.e. approximately threefold during the period 1870—1910. In Norway and Sweden, on the other hand, GDCF increased about fourfold compared with threefold

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

for the export volume. The export volume grew relatively evenly, whereas the increase in GDCF was concentrated to two or three distinct periods with slow increase or stagnation intervening, i.e. primarily in the first half of the 1870s and in the latter half of the 1890s. Denmark was an exception in that it had a strong increase in GDCF during the period 1878—1882. The reason for this was possibly the reorganization of the Danish agriculture, which occurred during this period. From the 1890s, the development of GDCF was unusually harmonious in Denmark and Sweden, whereas the investments in Norway remained on a lower level and accelerated after 1905 with the big investments in the hydro-electric industry whose results for the exports, however, did not make themselves felt to any great extent before 1914.

Table 10

Gross domestic capital formation 1870—1913. Constant prices 1900 = 100

	Denmark	Norway	Sweden
1870	34	40	36
1880	37	57	50
1890	49	74	63
1900	100	100	100
1913	113	171	153

Sources: Denmark: Bjerke—Ussing 1958, p. 150.
Norway: Bjerke 1966, pp. 130, 150.
Sweden: Johansson 1967, p. 136 f.

Table 11

Gross domestic capital formation as a percentage of GDP

	Denmark	Norway	Sweden
1866/70	..	12.7	11.0
1871/75	12.2	14.7	14.2
1876/80	10.3	15.0	13.2
1881/85	12.1	14.9	11.7
1886/90	7.8	15.0	9.9
1891/95	8.4	16.2	10.1
1896/00	13.8	18.0	12.7
1901/05	14.5	16.2	13.0
1906/10	11.5	17.6	12.0

Sources: calculated from the same sources as Table 10.

The relation between the changes in the export volume and the rate of investments is thus not straightforward. In Sweden, the agricultural exports constituted a countercyclical element from the 1870s to the end of the 1890s, whereafter there occurred an increasingly stronger syn-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

chronization between total exports and the export of industrial commodities.

The variations of the exports naturally affected the economic situation in the Nordic countries and partly explain the differences in GDCF, as has already been pointed out. Improved export prospects resulted in a greater impulse to buy, not only in the industrial sectors immediately affected, but also in other sectors of the economy. Increased prices were understood as indications of improvements in business conditions. It is possible already on account of the scope of the variations in the exports to detect a considerable influence on incomes, employment, and industrial activity. Replacements of machinery and transports, as well as the enlargement of factories and plants, depended equally on the changes in the export volume. When the capacity limit of various plants was reached, extensions were necessary. On the other hand, a cessation of the volume increase had the opposite effect. Even a slowing down of the increased rate resulted in a fall in the investment rate. The price prospects also played an important role. The fall of prices in the 1880s suggested the likelihood of a continued fall and lower costs for the future. This caused a postponement of the investments. The need for investments accumulated, and the price increase and export volume increase in the 1890s resulted in a considerably stronger investment increase.

However, profits, production volume, and price are interwoven; therefore it is difficult, if not impossible, to appraise their influence on the fluctuations of investments. Because many of the industrial branches of the Nordic countries had a high export quota, it is obvious that a close relation existed between exports and investments.

Against this predominantly common background to the economic development in the Nordic countries, the differences that can be distinguished are less prominent.

Finland's position was unique. It was politically associated with Russia and also economically dependent on it for, e.g., the exports of textiles, iron, and paper. Because of the absence of trade barriers to 1885, large parts of the Finnish exports were directed to Russia. This gave rise to a specialized Finnish industry, which exported low quality commodities, whereas the country's own need was in part satified by imports. The slow growth of the Russian market before 1890, however, prevented rapid Finnish expansion and delayed the reorganization to more modern production, which had to be carried out to enable Finnish industry to compete on the world market. The Finnish iron industry failed to accomplish this conversion, as did the Norwegian earlier. The textile industry, on the other hand, became home-market oriented, and by import substitution, it met a large part of the market demand. The

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

reason was, *inter alia*, that the textile enterprises were few, relatively large, and technically quite advanced.

Finland's lower economic level, probably considerably lower than that that of the other Nordic countries, was naturally also a contributory cause of the structure of the Finnish industry being changed comparatively slowly. The timber industry increased its importance in Finland, whereas its role gradually ceased in Norway and Sweden because of, *inter alia*, the introduction of the pulp industry. The industrial financing, moreover, took place without help from a developed banking system. The fluctuations of Finnish currency before the introduction of the gold standard in 1878 also contributed to the difficulties of the export enterprises, just as the exporters to Russia often had to give relatively long credit, which tied capital that could otherwise have been invested.

The Danish orientation on predominantly agricultural exports, with varying contents—at first grain, later animal and dairy products—contributed to the industrial development in Denmark being given another character than in the other Nordic countries. The foodstuff industry had a considerably stronger position in Denmark, with more than a fifth of the number of workers in this sector. The clay and stone industry too was given a more dominant position, based on the supply of domestic raw materials such as limestone, which led to a rapid expansion of the cement industry. The third more important sector was the engineering industry, which supplied the Danish agriculture with machinery.

The position of the engineering industry was relatively similar in the Nordic countries, if the number of employed are considered in relation to the total number employed in industry. The Swedish engineering industry, however, was more export oriented from the 1890s and had obviously a more advanced production than its counterparts had in Finland, Norway, and Denmark, where they supplied the home market with relatively uncomplicated products from slightly specialized enterprises, the technically more advanced products being imported. The Norwegian expansion in the hydro-electric industry around the turn of the century could not be utilized by the Norwegian engineering industry, and the main part of the electrical equipment had to be imported from, for instance, Sweden. In the Nordic countries, important innovation enterprises in the engineering industry hardly existed outside Sweden, except for the development of a marine-engine industry in Denmark.

The reason for this was that each of the markets in the Nordic countries was by itself too small to be profitable for an enterprise to introduce a radical innovation. Not until the 1890s was the market sufficiently large in Sweden for an enterprise in the engineering sector to market specialized products. Despite this, the profits of many Swedish enter-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

prises were low, and the risks of faulty investments were obvious. By aiming at exports or by creating subsidiary enterprises that used the machines in their production, the problems of imbalance in the development could be solved. Certain combinations of development and of technical progress were required for the expansion to be able to start; thus, the enterprises often had difficulties during an introductory period. The development went slowly as long as a technical link was missing, but when the development block was completed, a cumulative expansion was possible. In Sweden, these conditions were created more quickly than in the other countries. The result was a rapid expansion of the engineering industry during the 1890s. This cumulative process also explains to some extent the differences in GDCF and in the export volume.

Table 12

The industrial structure in 1900
Percentage distribution of workers in different sectors

	Denmark[a)]	Finland	Norway	Sweden
Food, beverage &c.	22.5	11.8	12.5	10.1[f)]
Textiles, clothing	18.5[b)]	12.2[d)]	13.2	12.7
Wood	..	27.1	21.3	18.9
Pulp, paper	2.7	7.4	8.6	5.2
Printing &c.	4.9	2.6	2.9	2.3
Chemicals &c.	6.0	2.4	2.2	6.1
Stone, clay, glass, &c.	15.1	8.0	8.2	12.4
Leather, shoe, rubber	1.2	3.7	3.2	2.6
Metal engineering	23.0	19.1[e)]	21.2	24.6
Mining	—	..	3.7	3.9
Others	6.1[c)]	5.6	3.0	1.2
Total number of workers	73,200	95,100	79,300	293,500

a) 1897.
b) includes shoe industries.
c) includes wood and building industries.
d) excludes clothing.
e) includes mining.
f) excludes dairies.

By regroupings of the industrial statistics of the countries, the series are made as homogeneous as possible. For Finland, Norway, and Sweden, the agreement is good, although incomplete. The Danish statistics have an arrangement that makes it difficult to compare them with the statistics of the other three countries: for instance, parts of the building industry—which is excluded from the statistics of the other countries—are included. The percentage figures for „other sectors" in the Danish statistics should, if the comparison is to be reasonably accurate, be reduced and the parts of the earlier sectors be increased correspondingly.

Sources: Denmark: Willerslev 1954, p. 255.

Finland: Översikt 1904, p. 135.

Norway: Statistiske Oversikter 1948, Table 89, 92.

Sweden: Jörberg 1961, Appendix II.

Another condition for the development of innovation enterprises was the presence of risk-bearing capital. A considerable import of capital

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

took place in Norway and the hydro-electric industry was financed largely by foreign capital. In Denmark, the banks were highly developed and throughout the entire period took an active part in enterprise formation. Their main interest, however, was to bring about profitable fusions of existing enterprises. In Sweden, too, the banks were active, but not until the 1890s had they reached such a position that they could support the change in the structure demanded by the competition in the world market. The pulp factories had some difficulties with a too-large production in relation to demand, but the problems were solved by an attempt to integrate with paper-mills, and the engineering industry was actively supported by the banks when new inventions were to be exploited. In Finland, on the other hand, scarcity of capital was one of the reasons for the structure slowly changing during the industrialization. The timber industry continued to dominate employment and exports. No import of capital of any importance occurred. A further reason for the continued dominance of the timber industry can have been that its productivity continued to rise during the 1890s when the Swedish timber industry stagnated. The prices for timber goods were rising, but falling for paper and pulp. Because both these branches competed for mutual production factors at the same time as the productivity of the Swedish timber industry stagnated, this led to similar factorial terms of trade. This competition between the branches was less in Finnland, where the forests were not utilized to the same extent and the techniques not so advanced up to the 1890s. Productivity improvements were thus possible with relatively small capital investment, whereas a change-over to pulp manufacturing required larger amounts of capital.

A common feature in the development in Denmark, Norway, and Sweden was finally that both the streams of commodities and of gold flowed in the same direction, i.e. there was a continouos deficit in the balance of payments and a gold import. According to the rules for the gold standard, the countries should have pursued a deflationary policy and exported gold. The opposite occurred. An expansive policy could be pursued without being disturbed by the problems in the balance of payments, and the extensive capital movements that characterized the period before 1914 could be relied upon.

As is known, there is no mono causal explanation of economic development. It is just as well known that causal explanations in the social sciences are difficult to produce, because the variables that are studied are interrelated and changes in these lead to complicated reactions.

However, it seems obvious that from the latter half of the nineteenth century up to the First World War the economic variables were combined in a manner favourable to the Nordic countries, but that this was largely

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

due to factors outside their control. Put simply: It is easier for small countries to make progress if all others do so too. But it is necessary for a small country to have a large foreign trade during a time when world trade functions in the particular way it did during the nineteenth century and up to the First World War.

Literaturverzeichnis

Adamson, O. J. (ed.): 1952, Industries of Norway, Oslo.

Bagge, G., *Lundberg*, E., *Svennilsson*, I.: 1935, Wages of Sweden 1860—1930, Stockholm.

Bjerke, *J.*: 1966, Langtidslinjer i norsk økonomi 1865—1960 (Trends in Norwegian Economy 1865—1960), Samfunnsøkonomiske studier, 16., Oslo.

Bjerke, K., *Ussing*, N.: 1958, Studier over Danmarks nationalprodukt 1870 — 1950, Copenhagen.

Björkqvist, H.; 1958, Prisrörelser och penningvärde i Finland under guldmyntfotperioden 1878—1913, Helsingfors.

Boserup, E.: 1965, The Condition of Agricultural Growth, London.

Bosse, E.: 1916, Norwegens Volkswirtschaft vom Ausgang der Hansaperiode bis zur Gegenwart, Probleme der Weltwirtschaft, 22. Jena.

Cohn, E.: 1953, „Håndvaerk og industri vid midten af det 19. Årh.", Nationaløkonomisk Tidskrift, 91, Copenhagen.
1957, Privatbanken i Kjøbenhavn gennem hundrede aar. Copenhagen.
1967, Økonomi og politik i Danmark 1849—1875, Copenhagen.

Den svenska cellulosaindustrins utveckling och nationalekonomiska betydelse, 1918, Stockholm.

Derry, T. K.: 1960, A Short History of Norway, London.

Fleetwood, E. E.: 1947, Sweden's Capital Imports and Exports, Geneva.

Flinn, M.: 1954, "Scandinavian iron ore mining and the British steel industry", The Scandinavian Economic History Review, vol. II, No. 1.

Fridlizius, G.: 1963, „Sweden's Exports 1850—1960", Economy and History, vol. IV.

Gårdlund, T., 1942, Industrialismens samhälle, Stockholm.

Gasslander, O.: 1955, History of Stockholm's Enskilda Bank to 1914, Stockholm.

Grotenfelt, G.: 1896, Landtbruket i Finland, Helsingfors.

Halme, V.: 1955, Vienti suomen suhdannetekijänä vousina 1870—1913, Helsinki.

Hansen, K.: 1932, Det danske lantbrugs historie, vol. III, Copenhagen.

Heckscher, E.: 1954, An Economic History of Sweden, Stockholm.

Henriksen, O. B., *Ølgaard*, A., 1960, Danmarks udenrigshandel 1874—1958, Studier fra Københavns Universitets Økonomiske Institut, No. 2, Copenhagen.

Historisk Statistik för Sverige (Historical Statistics of Sweden) I—III, 1955 — 1960, Stockholm.

Johansen, H. R.: 1962, Den økonomiske og sociale udvikling i Danmark 1864 — 1901, Copenhagen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Holt, W., *Strömme Svendsen,* A., *Wasberg,* G.: 1963, „Industrins gjennombrudd", Dette er Norge 1814—1964, Vol. II, Oslo.

Jensen, E.: 1937, Danish Agriculture, Its Economic Development, Copenhagen.

Johansson, Ö.: 1967, The Gross Domestic Product of Sweden and its Composition 1861—1955, Stockholm Economic Studies, New Series, VIII. Stockholm.

Johnson, O.: 1939, Norwegische Wirtschaftsgeschichte, Jena.

Jörberg, L.: 1961, Growth and Fluctuations of Swedish Industry 1869—1912, Lund.

1965, „Structural change and economic growth: Sweden in the 19th century", Economy and History, vol. VIII.

Korpelainen, L.: 1957, "Trends and cyclical movements in industrial employment in Finland 1885—1952", The Scandinavian Economic History Review, vol. V, no. 1.

Kuznets, S.: 1966, Modern Economic Growth, New Haven and London.

Lindahl, E., *Dahlgren,* E., *Kock,* K.: 1937, The National Income of Sweden 1861—1930, Stockholm.

Lyle, A.: 1939, Die Industrialisierung Norwegens, Probleme der Weltwirtschaft, 65. Jena.

Maddison, A.: 1964, Economic Growth in the West, New York.

Mannelin, K.: 1912, Finlands smörexport, Helsingfors.

Montgomery, A.: 1939, The Rise of Modern Industry in Sweden, Stockholm.

Munch, P.: 1942, „Det danske folks livsvilkaar 1864—1914", Schultz Danmarkshistorie, vol. V. Copenhagen.

Nasjonalregnskap 1900—1929, 1953, Central Bureau of Statistics, Oslo.

Nielsen, A.: 1933, Dänische Wirtschaftsgeschichte, Jena.

Nilsson, C. A.: 1959, „Business incorporation in Sweden 1849—1896", Economy and History, vol. II.

Ølgaard, A.; 1966, Growth, Productivity and Relative Prices, Studier fra Københavns Universitets Økonomiske Institut, No. 10, Copenhagen.

Olsen, E.: 1962, Danmarks Økonomiske historie siden 1750, Copenhagen.

Olsen, K. A.: 1955, Norsk Hydro, Oslo.

Översikt av Finlands ekonomiska tillstånd: Bidrag till Finlands officiella statistik, II. Helsingfors 1879, 1884, 1890, 1894, 1899 and 1904.

Pihkala, E.: 1964, „Finnish iron and the Russian market 1880—1913" The Scandinavian Economic History Review, vol. XII, no. 2.

Rinne, H. A.: 1952, Trävaruproduktion och trävaruhandel i Björneborgs distrikt 1856—1900, Vammala.

Samsøe, J.: 1928, Die Industrialisierung Dänemarks, Probleme der Weltwirtschaft, 44. Jena.

Skrubbeltrang, F., *Hansen,* K.: 1945, Det danske lantbrugs historie, Copenhagen.

Skrubbeltrang, F.: 1953, „Agricultural development and rural reform in Denmark", Agricultural Studies, No. 22, (FAO), Rome.

Söderlund, E.: 1951, Svensk trävaruexport under hundra år. (Swedish Timber Exports 1850—1950, Stockholm 1952), Stockholm.

Statistisk Aarbog (Statistical Yearbook), Denmark.

Statistisk Årsbok för Finland (Statistical Yearbook).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Statistisk Aarbok (Statistical Yearbook), Norway.

Statistisk Årsbok (Statistical Yearbook), Sweden.

Statistisk översikt av det svenska näringslivets utveckling åren 1870—1915. (Statistiska Meddelanden, Serie A, Vol. III, No. 1, Stockholm 1919.)

Statistiske Oversikter: 1948 (Statistical Survey), Central Bureau of Statistics, Oslo.

Stoltz, G.: 1955, Økonomisk utsyn 1800—1950 (Economic survey 1900—1950), Samfunnsøkonomiske Studier, 3. Oslo.

Stonehill, A.: 1965, Foreign ownership in Norwegian enterprices, Samfunnsøkonomiske studier, 14. Oslo.

Sundbärg, G.: 1908, Aperçus statistique internationaux, Stockholm.

Thomsen, B. N., *Oldam,* J. W., *Brinley* Thomas: 1966, Dansk-engelsk samhandel 1661—1963, Erhvervshistorisk Årbog 1965, Aarhus.

Warming, J.: 1913, Haandboog i Danmarks statistik, Copenhagen.

Viita, P.: 1965, Maataloustuotanto Suomessa 1860—1960. Helsinki.

Willerslev, R.: 1952, Studier i dansk industrihistorie 1850—1880, Copenhagen. 1954, „Traek af den industrielle udvikling 1850—1914", Nationaløkonomisk Tidskrift, 92. Copenhagen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Entwicklung der regionalen Einkommensdifferenzen im Wachstumsprozeß der deutschen Wirtschaft vor 1913*

Von *Helmut Hesse*, Göttingen

1. Das Anliegen der Arbeit

1. Bei der Beschäftigung mit der Regionaltheorie und -politik stößt man häufig auf zwei zusammenhängende Fragen:

a) Vergrößern oder verkleinern sich im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes die regionalen Einkommensdifferenzen[1]?

b) Welches sind die Bestimmungsfaktoren für eine Veränderung der regionalen Einkommensunterschiede?

2. Diese Fragen werden nicht allein in der Absicht gestellt, den Entwicklungsprozeß eines Landes auch in dieser Weise darlegen und erklären zu können. Sie haben in gleicher Weise normative Aspekte, denn sie entspringen der Überzeugung, daß eine sinnvolle Entwicklungspolitik oder eine auf die Beseitigung ökonomischer Ungleichheiten ausgerichtete Wirtschaftspolitik zugleich Regionalpolitik sein muß[2]. Um diese Regionalpolitik vernünftig konzipieren zu können, bedarf es einer Beantwortung der beiden gestellten Fragen.

---

* Text eines Referates, das der Verfasser auf einer Sitzung des Wirtschaftshistorischen Ausschusses des Vereins für Socialpolitik gehalten hat.
Die Anregung zur Beschäftigung mit diesem Thema verdankt der Verfasser einem Aufsatz von Borchardt. *Knut Borchardt*, Regionale Wachstumsdifferenzen in Deutschland im 19. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung des West-Ost-Gefälles. In: Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte, Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedrich Lütge. Herausgegeben von W. Abel, K. Borchardt, H. Kellenbenz, W. Zorn, Stuttgart 1966, S. 325—339.

[1] In der Regel wird diese Frage so formuliert, wie es beispielsweise Easterlin getan hat: „Was the average tendency towards convergence or divergence of per capita income levels?" *Richard A. Easterlin*, Interregional Differences in Per Capita Income, Population, and Total Income, 1840—1950. In: Trends in the American Economy in the Nineteenth Century. Studies in Income and Wealth. Volume Twenty-Four By the Conference on Research in Income and Wealth. A Report of the National Bureau of Economic Research, New York, Princeton University Press, Princeton, 1960, S. 93.

[2] So versucht Ritter in einer noch nicht veröffentlichten Arbeit nachzuweisen, daß der Erfolg einer Entwicklungspolitik zu einem nicht unbeträchtlichen Teil davon abhängt, ob sie zugleich Siedlungsstrukturpolitik ist. *Ulrich-Peter Ritter*, Siedlungsstruktur und wirtschaftliche Entwicklung. Ein Beitrag zum Problem der innervolkswirtschaftlichen Integration in Entwicklungsländern. Göttinger Habilitationsschrift 1969.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

3. Es ist nicht das Ziel der folgenden Ausführungen, diese Antwort zu finden. Es sollen lediglich einige Überlegungen in der Absicht vorgetragen werden, die beiden Fragen spezifizierter als bisher stellen zu können und den Wirtschaftshistorikern für ihre Arbeit, die allein zu einer überzeugenden und auf die deutschen Verhältnisse vor 1913 zutreffenden, endgültigen Antwort führen wird, Anregungen zu liefern.

Ein solches Vorgehen ist zwar in der Wissenschaft nicht gerade ungewöhnlich, bedarf hier jedoch besonderer Rechtfertigung. Diese läßt sich mit zwei Hinweisen geben. Einmal gehört es zum Charakter der Ausschußsitzungen des Vereins für Socialpolitik, nicht endgültige wissenschaftliche Ergebnisse den Kollegen zur Kenntnis zu bringen, sondern offene Probleme zur Diskussion zu stellen und gemeinsam nach Antworten zu suchen. Zum anderen kann von einem historisch interessierten Wirtschaftstheoretiker, der als Gast von Wirtschaftshistorikern geladen wird, nicht erwartet werden, daß er eine wirtschaftshistorisch interessante Frage, die er aufgreift, zugleich voll und wirtschaftshistorisch sauber behandelt.

2. Die Antworten der regionalwirtschaftlichen Literatur

2.1. Die Export-Basis-Theorie

4. Als erster Weg zur Spezifizierung der beiden aufgeworfenen Fragen soll hier derjenige der Befragung der regionaltheoretischen Literatur beschritten werden. Dieser theoretische Start erscheint deshalb angemessen, weil auf solche Weise die wesentlichen Zusammenhänge, die es später im einzelnen nachzuweisen gilt, herausgearbeitet werden können. Zudem scheint ein solcher Beginn der Arbeitsweise der modernen Wirtschaftshistoriker zu entsprechen[3].

5. Im Mittelpunkt der Diskussion, die zu den beiden aufgeworfenen Fragen in der regionalwissenschaftlichen Literatur[4] geführt wird, stehen

[3] Siehe hierzu *Douglass C. North,* A New Economic History for Europe. In: H. Giersch und H. Sauermann (Hrsg.), Quantitative Aspekte der Wirtschaftsgeschichte. Walter G. Hoffmann zum 65. Geburtstag. Gleichzeitig als 124. Band, 1. Heft, der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft erschienen; Tübingen 1968, S. 139 ff. Dieser Hinweis auf North bedeutet keineswegs, daß ich hier seine Kritik an den europäischen Wirtschaftshistorikern übernehme, von denen er sagt „... economic historians are trained as historians and not as economists. ... It is little wonder that throughout Europe economists and economic historians appear to have almost no intellectual intercourse. Ebenda, S. 140.

[4] Siehe hierzu beispielsweise das grundlegende Buch von *Harvey S. Perloff, Edgar S. Dunn, Jr., Eric E. Lampard, Richard F. Muth,* Regions, Resources, and Economic Growth, Baltimore, Second Printing 1961. Hier werden im Einführungskapitel „A Framework for Analysis" sofort die „Theories of regional economic growth" dargestellt. Das entsprechende Kapitel beginnt mit den Worten (S. 57): „These major theories have been advanced in recent years to explain subnational growth phenomena ... These are the „export-base" concept and the „sector concept".

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zwei gegensätzliche Thesen, die Export-Basis-These und die Sektor-These. Die Export-Basis-These geht auf North[5] zurück, nach dem das wirtschaftliche Wachstum einzelner Regionen und damit deren Pro-Kopf-Einkommen von den Exporten, d. h. von den Verkäufen an andere Regionen abhängen. „... the export base plays a vital role in determining the level of absolute and per capita income of a region[6]." „Since the growth of a region is tied to the success of its export base, we must examine in more detail the reasons for the growth, decline, and change in the export base[7]."

6. Die Entwicklung der Exportbasen wird zunächst von örtlichen Faktoren bestimmt: von der geographischen Lage, von vorhandenen Bodenschätzen und von der Ausstattung mit Produktionsfaktoren. Damit wird bereits früh eine unterschiedlich schnelle Entwicklung der einzelnen Regionen eingeleitet[8]. Ein historisch bedeutsamer Anlaß für das Entstehen oder schnelle Wachstum von Exportbasen sind auch der Ausbau eines Straßen-, Schienen- oder Wassernetzes und die damit häufig verbundene Senkung der Transportkosten. Exportbasen mit schnell wachsender Produktion verzeichnen meist einen Zustrom von auswärtigem Kapital und fremder Arbeitskraft[9]. Da sich die tertiären Bereiche zugleich mit ausdehnen und die Infrastruktur ausgebaut wird, werden Agglomerationsvorteile geschaffen, die nicht nur den bestehenden Produzenten zugute kommen, sondern neue anlocken. Damit wird die Produktion ausgeweitet und die Exportbasis verbreitert.

7. Zu den wichtigsten Gründen für den Rückgang der Exporte einer Region gehören Nachfrageänderungen außerhalb der Region, die Erschöpfung der vorhandenen Ressourcen, der Anstieg der Preise der Produktionsfaktoren Arbeit und Boden mit sich ausdehnender Produktion relativ zu den entsprechenden Preisen konkurrierender Gebiete, technologische Änderungen und später auch auftretende Agglomerationsnachteile.

---

[5] *Douglass C. North,* Location Theory and Regional Economic Growth. „The Journal of Political Economy", Bd. 63 (1955), S. 243—258.

[6] Ebenda S. 250.

[7] Ebenda S. 254.

[8] Die gleiche These vertritt Hicks: „... particular places within a country where wealth can grow most easily are marked out by geographical advantages, proximity to minerals or sources of power, or to areas particularly suitable for specialized crops; alternatively they may have naturally good communication, so that though their sources of supply are at a distance, they can be supplied from many sources rather easily". *J. R. Hicks,* Essays in World Economics, Oxford/At the Clarendon Press, 1959, S. 163.

[9] Im einzelnen ist dieser Prozeß für die kanadische Wirtschaft von Meier aufgezeigt worden. *G. M. Meier,* Economic Development and the Transfer Mechanism. „The Canadian Journal of Economics and Political Science", Vol. XIX (1953), S. 1—19.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

8. Als Verdienst der Export-Basis-These muß anerkannt werden, daß sie die Abhängigkeit einer Region von den anderen Regionen eines Landes oder von anderen Ländern zum Ausdruck bringt und den Wirtschaftshistoriker zur Beachtung der Entwicklung der Exportbasen nötigt. Man darf auch vermuten, daß „the growth of regions has tended to be uneven"[10], weitere Hilfen im Hinblick auf die beiden gestellten Fragen liefert sie nicht. Das hat seinen Grund vornehmlich darin, daß die Exportnachfrage als vorgegeben betrachtet und die Außenwelt einer Region als Ganzes gesehen wird, so daß die vielfältigen Beziehungen zwischen den einzelnen Regionen nicht beachtet werden können.

2.2. Die Stufentheorie oder Sektor-These

9. Die Sektor-These, häufig spricht man auch von Stufentheorie, geht auf Colin Clark[11] und Allan G. B. Fisher[12] zurück. Sie basiert auf der Beobachtung, daß der Anstieg des Pro-Kopf-Einkommens im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung in der Regel mit einem Rückgang des Beschäftigungsanteils der Landwirtschaft und einem Anstieg zunächst des Teils der im sekundären Sektor Beschäftigten an der Gesamtbeschäftigung, dann auch des auf den tertiären Sektor entfallenden Teils einhergeht. Regionale Einkommensdifferenzen werden auf der Grundlage dieser Beobachtung mit Unterschieden landwirtschaftlichen Anteils an der Gesamtbeschäftigung einzelner Regionen erklärt[13]. Eine Divergenz der Einkommen wird sich ergeben, wenn die zunächst gleichen Agraranteile einzelner Regionen allein oder überproportional zurückgehen, eine Konvergenz, wenn der Anteil der in der Landwirtschaft tätigen Erwerbspersonen in zurückgebliebenen Teilen des Landes relativ stark fällt[14]. Da beobachtet werden kann, daß die Industrialisierung häufig nur oder relativ stark in *einzelnen* Regionen einer Volkswirtschaft einsetzt und in späten Phasen der Industrialisierung in diesen Zonen kein großer Spielraum mehr für eine Reduktion des Anteilwertes vorhanden ist, wird von einigen Autoren gefolgert, daß die regionalen Einkommensdifferenzen im Zuge des Entwicklungsprozesses zunächst zu-, dann abnehmen.

---

[10] *Douglass C. North,* Location Theory, a. a. O., S. 258.

[11] *Colin Clark,* The Conditions of Economic Progress, London 1940.

[12] *Allan G. B. Fisher,* Production, Primary, Secondary and Tertiary. „Economic Record", Vol. 15 (1939), S. 24—38.

[13] Vgl. dazu die Ausführungen von *R. A. Easterlin,* a. a. O., S. 80.

[14] So gelangen *Perloff, Dunn, Lampard und Muth,* a. a. O., S. 98 f. aufgrund empirischer Untersuchungen über die Vereinigten Staaten von Amerika zu dem Ergebnis: "For both periods (1880—1920 and 1920—1950) there were significant and rather large correlations between differential changes in per capita income (welfare) and the changes in the relative importance of agricultural and manufacturing employment by states". Und auf S. 518 f. heißt es: „... the strongest force for reduction in inter-state income differentials as between 1920 and 1950 was differential change among the states in the proportion of the labor force employed in agriculture".

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

10. Bei oberflächlicher Betrachtung liefert die Sektor-These Antworten auf die anfangs gestellten Fragen. Tatsächlich ist ihre Hilfe, die sie zur Lösung des aufgeworfenen Problems beisteuert, gering. Einmal bleibt verborgen, *warum* sich die Beschäftigungsanteile in den einzelnen Regionen in bestimmter Weise entwickeln. Zum anderen bleiben die ökonomischen Verflechtungen der Gebiete unberücksichtigt: die regionalen Faktorwanderungen, die Austauschbeziehungen und ausstrahlenden Wachstumsimpulse. Weiter werden die Differenzen im Pro-Kopf-Einkommen vornehmlich mit unterschiedlichen Gewichten für die relativ niedrigen Agrareinkommen erklärt, nicht auch mit regionalen Unterschieden in der Entlohnung von Produktionsfaktoren vergleichbarer Qualität in ein und derselben Branche. Schließlich beruht die These offenbar auf der Unterstellung, daß der Übergang von landwirtschaftlicher zu industrieller Produktion conditio sine qua non für ein rasches Wachstum der Region ist. Diese Annahme ist generell jedoch nicht haltbar[15].

11. Damit erweisen sich die beiden wichtigsten in der regionalwirtschaftlichen Literatur vorgetragenen „Theorien" über das Wachstum einzelner Regionen eines Landes als wenig ergiebig für die Lösung des aufgeworfenen Problems. Das bedeutet allerdings nicht, daß man ohne Unterstützung der Theorie auskommen muß. Denn teilweise auf der Grundlage der beiden genannten „Theorien" basieren zwei Thesen zur Entwicklung regionaler Einkommensdifferenzen, die unmittelbar weiterhelfen.

2.3. Die Myrdal-These

12. Die erste von ihnen ist die Myrdal-These[16]. Danach besteht „normalerweise eine Tendenz in Richtung auf eine automatische Stabilisierung in einem sozialen System ... nicht"[17]; „das freie Spiel der Kräfte (führt) gewöhnlich eher zu einer Vergrößerung als zu einer Verkleinerung der Ungleichheiten zwischen verschiedenen Regionen"[18]. „Grob gesagt läßt sich die Anziehungskraft eines bestehenden Wirtschaftszentrums meist auf den historischen Zufall zurückführen, daß man hier und nicht an verschiedenen anderen Orten, wo man ebenso gut hätte anfangen können, seinen Aufbau begann und daß dieser erfolgreich war. Nachdem der erfolgreiche Anfang einmal gemacht war, trugen direkte und

[15] So schreibt beispielsweise *D. C. North,* Location Theory and Regional Economic Growth, a. a. O., S. 257: „There is nothing to prevent population and per capita income from growing in a region whose export base is agricultural".

[16] *Gunnar Myrdal,* Ökonomische Theorie und unterentwickelte Regionen. Stuttgart 1959, S. 21 ff.

[17] Ebenda S. 11.

[18] Ebenda S. 24.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

indirekte wirtschaftliche Vorteile, wie z. B. eine qualifizierte Arbeiterschaft, gutes Verkehrs- und Fernmeldewesen und der psychologische Effekt des Aufbaus und Unternehmungsgeistes, zum weiteren Wachstum dieses Zentrums auf Kosten anderer Gebiete bei, die in relativer Stagnation verharrten oder sich gar rückläufig entwickelten[19]."

13. Dieser Prozeß der Verstärkung regionaler Ungleichheiten wird vornehmlich mit den im folgenden kurz skizzierten fünf Argumenten begründet, deren „historische Gültigkeit" im einzelnen nachzuprüfen sein wird.

a) Wenn sich aus irgendwelchen Gründen Industrien in einer Region ansiedeln und damit hier der Entwicklungsprozeß einsetzt, werden häufig auf Grund von external economies, der Nähe zu den meisten oder wichtigsten Abnehmern und anderen Agglomerationsvorteilen weitere Investitionen in diesem Gebiet lohnender als in anderen[20]. Das bewirkt eine relativ starke Investitionstätigkeit in diesem Gebiet, die über die mit ihr verbundene multiplikative Wirkung ein relativ starkes Einkommenswachstum bewirkt und neue Investitionschancen schafft. Auf solche Weise vergrößern sich die Differenzen in den regionalen Wachstumsraten der Einkommen.

b) Wegen der vergleichsweise guten Investitionschancen in den Wachstumsgebieten werden Unternehmen, und häufig die dynamischsten, aus den Rückstandszonen abwandern, so daß deren Entwicklungschancen geschmälert werden und sich die Kluft zwischen Armen und Reichen vergrößert. Gleichzeitig setzt eine Kapitalbewegung ein, die zu einer Erleichterung der Investitionsfinanzierung in den Fortschrittsregionen und zu einer Erschwerung in den Stagnationsräumen führt.

c) Bessere Berufschancen und höhere Pro-Kopf-Einkommen in den Wachstumsgebieten führen zu Wanderungen. Da die Migration meist selektiv in dem Sinne ist, daß vornehmlich die jüngeren und besser ausgebildeten Arbeitskräfte ihren Berufsort wechseln, werden die regionalen Ungleichheiten auch hierdurch verstärkt[21].

---

[19] Ebenda S. 25.

[20] Siehe dazu beispielsweise *Werner Baer,* Industrialization and Economic Development in Brazil. A Publication of The Economic Growth Center Yale University. Homewood, Illinois, S. 164; und *J. R. Hicks,* a. a. O., S. 163.

[21] Siehe zu diesem Gesichtspunkt u. a. *A. O. Hirschman,* Die Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung. Vom Verfasser autorisierte Übersetzung der revidierten, dritten amerikanischen Ausgabe von H. Körner und Ch. Uhlig. Ökonomische Studien, Band 13, Stuttgart 1967, S. 176 f.
Siehe auch dazu *Bernhard Okun and Richard W. Richardson,* Regional Income Inequality and Internal Population Migration. „Economic Development and Cultural Change", Vol. IX, Jan. 1961.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

d) Da die Sparquote erfahrungsgemäß mit wachsenden Pro-Kopf-Einkommen ansteigt, werden die reicheren Regionen vergleichsweise viel sparen und damit das Vermögen und das Besitzeinkommen relativ stark steigern[22].

e) Relativ zunehmende Einkommen in den Wachstumszentren führen hier zu relativ steigenden Steuereinnahmen. Solange diese nicht bei Zentralregierungen anfallen, die eine regionale Redistributionspolitik betreiben, ist eine relativ gute Versorgung der sich vergleichsweise rasch entwickelnden Regionen die Folge, insbesondere ein entsprechender Ausbau der Infrastruktur. Wegen der großen Bedeutung des „social overhead capital" für die Entwicklung einzelner Regionen[23] bedeutet das eine abermalige Verstärkung der Ungleichheiten.

14. Diesen zentripetalen „Konter- oder Polarisationseffekten" (backwash-effects) wirken die zentrifugalen „Ausbreitungseffekte" (spread-effects) entgegen, die sich von den Wachstumsregionen zu anderen Gebieten hin ausbreiten. „Natürlich muß eine Region um ein Kerngebiet der Expansion herum von den Vorteilen, die wachsende Märkte für die landwirtschaftliche Produktion bringen, zu technischem Fortschritt und Verbesserungen auf der ganzen Linie stimuliert werden. Es gibt auch eine weitere Art der zentrifugalen Ausbreitungseffekte zu weiter entfernten Gebieten hin, in denen günstige Bedingungen für die Produktion von Rohmaterialen für die wachsenden Industrien der Zentren bestehen[24]." Die oben zitierte Myrdal-These impliziert, daß diese Ausbreitungseffekte die Kontereffekte nicht übersteigen. So behauptet Myrdal auch, daß sich lediglich im Grenzfall beide Effekte ausgleichen[25].

15. Diese Feststellung wird offenbar durch die Realität widerlegt, denn in einigen Ländern hat sich gezeigt, daß die regionalen Pro-Kopf-Einkommen in bestimmten Perioden, meist den Spätphasen der Industrialisierung, konvergieren. Myrdal versucht diesen für ihn nur scheinbaren Widerspruch dadurch aufzuheben, daß er die Wirtschaftspolitik der Staaten in die Diskussion einführt: „In diesen Ländern hat man begonnen, eine Politik zu treiben, die auf größere regionale Gleichheit zielt. Die

---

[22] Kuznets diskutiert die praktische Relevanz dieses Argumentes für die Zunahme der Ungleichheit der Einkommensverteilung. Allerdings behandelt er nicht die regionale, sondern die personelle Einkommensverteilung. *Simon Kuznets*, „Economic Review", Vol. XLV, March 1955, S. 7.

[23] „The stock of social overhead capital available to a region is regarded in current development literature as one of the most important determinants of the growth potentials of a region". *Richard S. Eckaus*, The North-South Differential in Italian Economic Development. „The Journal of Economic History", Vol. XX, Sept. 1961, No. 3, S. 288.

[24] *G. Myrdal*, a. a. O., S. 29 f.

[25] Ebenda, S. 30.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Kräfte des freien Marktes, die Konter-Effekte bewirken, wurden eingedämmt, während jene, die Ausbreitungseffekte zur Folge haben, nach Möglichkeit verstärkt wurden[26]."

16. Damit ist die Myrdal-These kurz beschrieben. Aus ihr sind im Hinblick auf das Thema drei Fragen an die Wirtschaftshistoriker abzuleiten und als Spezifizierung der beiden zu Anfang formulierten Hauptfragen anzusehen:

a) Ist es richtig, daß der Industrialisierungsprozeß auf Grund eines „historischen Zufalls" nur in einzelnen Regionen beginnt und damit regionale Ungleichheiten schafft? Für Deutschland ist diese Frage deshalb etwas anders zu stellen, weil Borchardt nachgewiesen hat, „daß im Königreich Preußen das West-Ost-Gefälle bereits vor der industriellen Revolution bestanden hat"[27]. Sie lautet dann: Hat der Industrialisierungsprozeß vornehmlich in den Regionen eingesetzt, die bereits relativ reich waren, und zwar, weil sie relativ reich waren, bzw. wegen der Faktoren, die ihr vergleichsweise hohes Einkommensniveau bedingten?

b) Haben im Entwicklungsprozeß die Kräfte des freien Marktes zu einer Verstärkung der regionalen Ungleichheiten geführt? Und weiter: Welche Faktoren waren dafür im einzelnen verantwortlich? Ist Borchardt zuzustimmen, der sehr vorsichtig formuliert und *vermutet*, daß sich das Gefälle vergrößert hat[28], und der als „Grundkonzept der Erklärung" eine „Verschmelzung ... der Exporthypothese und der Strukturhypothese"[29] anbietet?

c) Sollte sich herausstellen, daß einer anfänglichen Divergenz der Pro-Kopf-Einkommen eine spätere Konvergenz folgt, muß die weitergehende Frage beantwortet werden, ob dafür ausschließlich oder vornehmlich die staatliche Wirtschaftspolitik verantwortlich ist. Dabei wäre u. a. zu prüfen, ob das Ost-West-Gefälle durch eine entsprechende Eisenbahnbaupolitik der öffentlichen Hand, die Sozialgesetzgebung oder eine Zollpolitik (Kornzölle) hat gemildert werden können.

2.4. Die Williamson-These

17. Der Myrdal-These entgegengesetzt werden kann die Williamson-These[30]. Sie besagt, „that the early stages of national development

---

[26] *G. Myrdal*, a. a. O., S. 38.
[27] *K. Borchardt*, a. a. O., S. 336. Im Original z. T. gesperrt gedruckt.
[28] Ebenda, S. 326 und 338.
[29] *K. Borchardt*, a. a. O., S. 338.
[30] *Jeffrey G. Williamson*, Regional Inequality and the Process of National Development: A Description of the Patterns. „Economic Development and Cultural Change", Vol. XIII, Number 4, Part II, July 1965, S. 1—84; das Zitat S. 9 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

generate increasingly large North-South income differential. Somewhere during the course of development, some or all of the disequilibrating tendencies diminish, causing a reversal in the pattern of interregional inequality. Instead of divergence in interregional levels of development, convergence becomes the rule, with the backward regions closing the development gap between themselves and the already industrialized areas. The expected result is that a statistic describing regional inequality will trace out an inverted ‚U' over the national growth path".

18. Die anfängliche Divergenz wird mit den gleichen Argumenten begründet wie die Myrdal-These. So bleibt die Erklärung des Umschlags in die Konvergenz nachzutragen, wie sie sich bei Williamson und anderen Autoren findet.

a) Erstens wird behauptet, daß neue Industrien in den relativ fortgeschrittenen Regionen kaum noch externe Netto-Ersparnisse haben und die Agglomerationsvorteile die -nachteile immer weniger übersteigen[31]. Gleichzeitig strahlt die Wachstumszone, wenn sie nicht Selbstversorger ist, über Einkäufe in anderen Gebieten und die Weitergabe des erworbenen technischen Wissens Wachstumsimpulse aus, die in anderen Regionen gewinnbringende Investitionschancen eröffnen[32]. Unternehmerwanderungen und Kapitalbewegungen werden geringer. Mit der einsetzenden Entwicklung in anderen Gebieten werden in diesen externe Effekte auftreten und andere Agglomerationsvorteile geschaffen, die zur Verstärkung der Investitionstätigkeit führen und ein „self-sustained growth" ermöglichen.

   Mit Rückgang der Agglomerationsvorteile und mit Absinken der Transportkosten im Zuge des Ausbaus des Verkehrsnetzes und des technischen Fortschritts des Transportwesens wird die Wahrscheinlichkeit größer, daß sich einige Unternehmer in den Gebieten mit relativ niedrigen Faktorpreisen niederlassen. Denn dann werden die wegen niedriger Faktorentgelte erzielten „Ersparnisse" die entgangenen Vorteile und höheren Transportkosten eher übersteigen können. Wird auf solche Weise die Produktion in den ärmeren Gebieten erweitert, ist eine Verringerung regionaler Ungleichheiten möglich.

b) Es wird zweitens argumentiert[33], daß die Migration weniger selektiv wird. Dadurch nämlich, daß bereits eine gewisse Einkommensanhebung in den Rückstandsgebieten stattgefunden hat und die wirtschaftliche Entwicklung sich auch in einem verbesserten Verkehrssystem und niedrigen Translokationskosten zeigt, sind die mit der Wanderung verbundenen Kosten für die breite Masse nicht mehr prohibitiv,

---

[31] Ebenda, S. 9.
[32] *W. Baer*, a. a. O., S. 165.
[33] *s. z. B. J. G. Williamson*, a. a. O., S. 8.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

so daß auch Hilfsarbeiter auswandern können. Zudem finden auch die besser ausgebildeten Erwerbspersonen eine größere Chance, ihrer Fähigkeit entsprechend in den ärmeren Gebieten eingesetzt zu werden.

c) Drittens wird auf die Konkurrenzwirkungen der Faktorbewegungen hingewiesen. Diese führen zu einer Reduktion des Faktorangebots mit preissteigernder Tendenz in den relativ armen Regionen und einer Angebotserhöhung und damit einem Preisdruck in den Wachstumszonen. Wenn die Produktionsfaktoren stets zum Ort der höchsten Entlohnung ziehen, wird der Konkurrenzmechanismus auf eine Angleichung der Einkommen hinwirken. Je mehr die Mobilität der Produktionsfaktoren durch den Ausbau des Verkehrsnetzes und der Infrastruktur gesteigert wird, desto wahrscheinlicher wird dieser Ausgleichungseffekt angesehen[34]. Dieses Argument bedarf jedoch einer Modifizierung. Wegen der geringen Einkommenselastizität der Nachfrage nach Agrargütern[35] und der einigermaßen raschen Erhöhung der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft[36] muß der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten an der Gesamtbeschäftigung sinken. Da außerdem in der Regel die Geburtsrate in Agrarregionen größer als in Industriegebieten ist, ist eine bestimmte Abwanderung aus Agrarräumen allein schon zur Verhinderung einer Vergrößerung der regionalen Einkommensdifferenzen notwendig.

---

[34] *Perloff, Dunn, Lampard und Muth,* a. a. O., betonen die Bedeutung der Migration für den Faktorpreisausgleich: „To the extent that workers migrate over time from low-wage areas to higher-wage areas, wage levels in the different regions will tend to converge" (S. 101). Die Autoren stellen aufgrund ihrer empirischen Untersuchung für die USA in der Periode 1910—1950 fest: „The gradual decline of regional interest and wage differentials during the present century reflects this greater effective mobility of capital and labor" (S. 263).
Ein ähnliches Ergebnis ist auch für andere Länder gefunden worden. So kommt Tachi für Japan zu dem Schluß „... the mechanism of population migration is a movement to balance the distribution of population against the regional distribution of income". *Minoru Tachi,* Regional Income Disparity and Internal Migration of Population in Japan. „Economic Development and Cultural Change", Vol. XII, No. 2, Jan. 1964, S. 194.

[35] So stieg die Wertschöpfung der Landwirtschaft Deutschlands in Preisen von 1913 in den Jahren 1850—1913 nur mit einer mittleren jährlichen Zuwachsrate von 1,6 % gegenüber einem Wert von 2,6 % für das gesamte Nettoinlandsprodukt. In der Periode 1950—1959 waren die entsprechenden Werte 2,6 % und 6,6 %.
W. G. Hoffmann unter Mitarbeit von *F. Grumbach* und *H. Hesse,* Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin, Heidelberg, New York 1965, S. 20 und S. 37.

[36] So betrug beispielsweise die mittlere jährliche Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität in der Zeit von 1850—1913 für die gesamte Wirtschaft 1,5 % und für die Landwirtschaft 1,2 % und in der Periode 1950—1959 4,0 % (Gesamtwirtschaft) und 5,6 %. *W. G. Hoffmann* unter Mitarbeit von *F. Grumbach* und *H. Hesse,* a. a. O., S. 20 und S. 37.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

19. Williamson hat zur Überprüfung seiner These das vorhandene statistische Material einer großen Reihe von Ländern ausgewertet und ist dabei zu dem Resultat gelangt: „... rising regional income disparities and increasing North-South dualism is typical of early development stages, while regional convergence and a disappearance of severe North-South problems is typical of the more mature stages of national growth and development[37]."

Auf der Grundlage dieser These und dieses Resultates können die anfangs formulierten Fragen auch wie folgt gestellt werden:

a) Zeigt sich auch in Deutschland im Zuge des Entwicklungsprozesses eine anfängliche Vergrößerung und spätere Verringerung regionaler Einkommensdifferenzen?

b) Wenn ja, wann geht die Divergenz in eine Konvergenz über?

c) Wird die Konvergenz durch den Marktmechanismus bewirkt und nicht, wie es der Myrdal-Position entspricht, durch die Wirtschaftspolitik des Zentralstaates?

d) Welches sind im einzelnen die eine Konvergenz bewirkenden Kräfte? Hat insbesondere die Binnenwanderung zur Angleichung der Löhne geführt? Bei der Beantwortung dieser Frage darf man sich beispielsweise nicht mit Hinweisen darauf begnügen, daß im Jahre 1880 jeder 16. der bis dahin in Ostdeutschland (Ostpreußen, Westpreußen, Posen, Schlesien, Pommern, Mecklenburg) Geborene und noch in Deutschland Lebende in andere Gebiete des Deutschen Reiches ausgewandert (1890 jeder Zehnte, 1900 jeder Siebte, 1906 jeder Sechste) und daß im gleichen Jahr jeder 24. in Westdeutschland (Hessen-Nassau, Waldeck, Westfalen, Rheinland) Lebende aus anderen Regionen zugewandert war (1890 jeder 16., 1900 jeder Zehnte, 1907 jeder Zehnte). Man hat auch zu berücksichtigen, daß in Ostdeutschland im Jahr 1880 jeder 62. dort lebende Bürger zugezogen war (1890 jeder 48., 1900 jeder 36. und 1907 jeder 33.) und daß von den in Westdeutschland bis 1880 Geborenen jeder 31. in anderen Ländern Deutschlands wohnte (1890 jeder 24., 1900 jeder 22., 1907 jeder 21.)[38]. Man hat weiter zu fragen, welche berufliche Qualifikation die Zu- und Abgewanderten aufwiesen und welches Alter sie beim Wohnungswechsel hatten. Schließlich ist statistisch nachzuweisen, ob die Ost-West-Wanderung wirklich zu einer Verringerung des West-Ost-Einkommensgefälles führte.

---

[37] *J. G. Williamson*, a. a. O., S. 44.

[38] Alle Zahlenangaben berechnet nach *Hoffmann, Grumbach, Hesse*, a. a. O., S. 179 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

3. Statistische Berechnungen

20. Nachdem die theoretische Literatur auf mögliche Antworten hin befragt worden ist und die anfangs gestellten Fragen mit Hilfe der verschiedenen Hypothesen spezifiziert worden sind, sollen im folgenden die in der Literatur zu dem aufgeworfenen Problem vorgetragenen statistischen Ergebnisse für Deutschland referiert und einige eigene Berechnungen vorgeführt werden.

3.1. Literaturübersicht

21. Für Deutschland steht ausreichendes statistisches Material nicht zur Verfügung[39]. So gibt es nur drei Versuche, regionale Einkommensdifferenzen festzustellen.

a) Borchardt wertet die Einzelschrift Nr. 24 zur Statistik des Deutschen Reiches aus und berechnet als Hilfsmaß die Arztdichte, die „eine erstaunlich hohe Korrelation"[40] zur Höhe des Volkseinkommens je Kopf in den Provinzen des preußischen Staates hat. Mit Hilfe dieses Materials gelangt er zu dem Schluß, daß *vermutet* werden darf, daß sich das Einkommensgefälle nicht verringert hat.

b) Williamson zieht für seine Arbeit nur die Einzelschrift Nr. 24 heran und stellt für 1900 bis 1913 wachsende regionale Einkommensdifferenzen fest. Dieses Ergebnis hält er jedoch für ungesichert und wenig plausibel[41].

c) Orsagh[42] versucht wie Borchardt mit Hilfsgrößen auf die regionalen Einkommensunterschiede zu schließen. Er geht von der Sektorthese aus. Für das Jahr 1913 stellt er fest, daß die gesamten Einkommen einzelner Regionen statistisch relativ gut durch die im primären, sekundären und tertiären Sektor Beschäftigten erklärt werden können. Mit Hilfe der gefundenen Regressionsgleichung[43] und den für

---

[39] Es gibt nur zwei Quellen, die ausgewertet worden sind: a) Das deutsche Volkseinkommen vor und nach dem Kriege. Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reiches Nr. 24, Berlin 1932, mit regionalen Einkommensgrößen für die Jahre 1900, 1907 und 1913. b) *W. G. Hoffmann* und *J. H. Müller*, Das deutsche Volkseinkommen 1951—1957, Tübingen 1959. Einige weitere Angaben sind enthalten in *N. S. Procopovitch*, The Distribution of National Income. „The Economic Journal", Vol. XXXVI, March 1926, S. 69—82.

[40] *K. Borchardt*, a. a. O., S. 333.

[41] *J. G. Williamson*, a. a. O., S. 30.

[42] *Thomas J. Orsagh*, The Probable Geographical Distribution of German Income, 1882—1963. „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft", 124. Band (1968), S. 280—311.

[43] Die gefundene Regressionsgleichung lautet (ebenda S. 282)

$$Y = 0{,}160 - 19{,}0\,A + 64{,}3\,M + 102{,}6\,S$$
$$\qquad\qquad (9{,}7) \qquad (15{,}2) \qquad + (29{,}2)$$

$R^2 = 0{,}962$, $\sigma = 0{,}33$

Dabei bedeuten Y das „aggregate income in billion of marks in 1913", und A (Agriculture), M (Manufacturing) und S (Services) die Beschäftigten.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

1882, 1895 und 1907 vorliegenden Zensusdaten zur Beschäftigung ermittelt er nun relative Unterschiede in den Gesamt- und Pro-Kopf-Einkommen der einzelnen Regionen und gelangt zu folgenden Resultaten: „there was operative here a general tendency toward equalization of factor earnings . . .[44]." Und: „. . . it seems reasonable to assert that regional per capita incomes did indeed converge between 1882 and 1913, and that Germany, like the United States, was probably past the disequilibrating phase of economic development by the early eighties[45]."

22. Diese in der Literatur vorliegenden Berechnungen reichen nicht aus, um eine endgültige Antwort auf die erste anfangs gestellte Frage und eine Stellungnahme zu den Thesen von Myrdal und Williamson zu geben. So sollen einige weitere statistische Versuche unternommen werden.

3.2. Eigene Berechnungen

23. Diese Versuche bestehen darin, mit Hilfsgrößen und den Einkommen einzelner Berufsgruppen auf die Entwicklung der regionalen Differenzen zu schließen. Das regionale Gefälle soll dabei mit Hilfe einer einzigen Größe erfaßt werden. Zu diesem Zweck wird aus den für die einzelnen Regionen angegebenen Werten das ungewogene arithmetische Mittel gebildet und der Variationskoeffizient errechnet. Hohe Werte des Variationskoeffizienten zeigen starke Unterschiede in den zugrunde liegenden Werten der einzelnen Regionen und in der Regel ein großes West-Ost-Gefälle an, sehr niedrige Werte dagegen geben Zeichen von einer weitgehenden regionalen Gleichheit.

24. Die Wahl eines ungewogenen Streuungsmaßes stößt in der Literatur auf Kritik, läßt sich hier jedoch mit zwei Hinweisen rechtfertigen. Einmal ist die Zahl der Beschäftigten für einige Berufe, deren regionale Einkommensdifferenzen untersucht werden sollen, nicht bekannt. So fehlen die Gewichte, und es bleibt gar nichts anderes übrig, als ein ungewichtetes Maß zu wählen. Zum anderen scheint für den vorliegenden Zweck der ungewogene Variationskoeffizient durchaus geeignet, weil seine Veränderung ausschließlich durch die Entwicklung der Pro-Kopf-Einkommen bzw. der hierzu gewählten Hilfsmaße bestimmt wird, nicht aber auch durch Wandlungen in der Gewichtsstruktur. Das Argument kann an einem sehr vereinfachten Beispiel verdeutlicht werden, in dem zwei Regionen betrachtet werden. In der einen möge das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen 100 Mark betragen, in der anderen 200 Mark. Diese Einkommensverhältnisse mögen für zwei Perioden die gleichen

---

[44] *Thomas J. Orsagh*, a. a. O., S. 291.
[45] Ebenda, S. 293.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sein. Die beiden Perioden sollen sich dagegen durch die Bevölkerungsanteile der Regionen unterscheiden. Im ersten Jahr lebt in jeder Region je eine Hälfte der Bevölkerung, im zweiten Jahr beträgt der Bevölkerungsanteil des ärmeren Teils des Landes ein Drittel, des reicheren zwei Drittel. Der ungewogene Variationskoeffizient[46] beträgt in beiden Jahren $V_1 = 0{,}33$ und zeigt exakt an, daß sich die regionalen Einkommensunterschiede nicht verändert haben. Es bleibt verdeckt, daß im reicheren Gebiet mehr Menschen leben, hier ein höheres Einkommen erzielen und deshalb das nationale Pro-Kopf-Einkommen gewachsen ist. Der gewogene Variationskoeffizient[47] ändert sich. Von 0,33 im ersten sinkt er auf 0,28 im zweiten Jahr ab, und zwar ausschließlich wegen der veränderten Gewichte; die regionalen Pro-Kopf-Einkommen haben sich nicht geändert. Er vermittelt insofern im Hinblick auf den mit ihm beabsichtigten Zweck ein falsches Bild.

25. Im Anschluß an die von Borchardt[48] durchgeführten Überlegungen können die relativen regionalen Unterschiede in der Arztdichte als Indikator für die relativen Einkommensdifferenzen angesehen werden. Für die preußischen Provinzen[49] läßt sich für die Zeit von 1825 bis 1913 die Arztdichte bestimmen. Wie Tabelle 1 zeigt, nimmt der Variationskoeffizient ständig ab, wenn man von dem für 1876 errechneten Wert absieht. Wenn die Zahlen als aussagekräftig angesehen werden können, dann bedeuten sie eine fortwährende Verringerung regionaler Wachstumsdifferenzen.

26. Einen Hinweis auf die Veränderung in den relativen Einkommensunterschieden können die in den preußischen Provinzen gezahlten Einkommensteuerbeträge je Kopf der Bevölkerung geben, die sich für die Zeit von 1876 bis 1914 ermitteln lassen. Die zugehörigen Variationskoeffizienten (Tabelle 2) nehmen ohne Unterbrechung ab und bestärken damit die im Anschluß an Tabelle 1 ausgesprochene Vermutung einer Konvergenz der Pro-Kopf-Einkommen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

---

[46] $$V_1 = \frac{\sqrt{\frac{\sum_i (Y_i - \overline{Y})^2}{n}}}{\overline{Y}}$$ mit Y_i = Pro-Kopf-Einkommen der Region i; $\overline{Y}$ = nationales Pro-Kopf-Einkommen; n = Zahl der Regionen

[47] $$V_2 = \frac{\sqrt{\sum_i (Y_i - \overline{Y}) \frac{B_i}{B}}}{\overline{Y}}$$ mit B_i = Bevölkerung der Region i; B = Gesamtbevölkerung

[48] *K. Borchardt*, a. a. O., S. 333.

[49] Ostpreußen, Westpreußen, Stadtkreis Berlin, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen, Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen, Hessen-Nassau, Rheinland, Hohenzollern.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 1

Bevölkerung pro Arzt (Arztdichte) in den preußischen Provinzen (Variationskoeffizient) von 1825—1913

Jahr	1825	1849	1852	1861	1867	1876	1882	1887	1898	1903	1913
	0,437[a)]	0,404[a)]	0,378[a)] 0,402[b)]	0,339[a)] 0,369[b)]	0,369 0,336[a)]	0,374	0,345	0,315	0,285	0,273	0,264

a) ohne Schleswig-Holstein, Hannover, Hessen-Nassau und Hohenzollern.
b) wie a) aber mit Hohenzollern.

Quellen:
a) Statistisches Handbuch für den Preußischen Staat, Bd. III (1898), Bd. IV (1903).
b) Jahrbuch für die amtliche Statistik des Preußischen Staates 5. Jahrg., Berlin 1883.
c) Statistisches Jahrbuch für den Preußischen Staat, 2. Jahrg. 1904 (Berlin 1905; 12. Jahrg. 1914 (Berlin 1915).

Berechnung: Für 1825, 1849, 1852, 1861, 1867 und 1913 konnten die Anzahl der Ärzte sowie die Bevölkerungszahlen unmittelbar den angegebenen Quellen entnommen werden.
Für 1882, 1898 und 1903 lagen Werte für die Anzahl der Ärzte vor, während die zugehörigen Bevölkerungszahlen durch lineare Interpolation zwischen 1880 und 1885 bzw. 1895 und 1900 bzw. 1900 und 1905 gewonnen wurden.
Für 1876 und 1887 waren Zahlen für die Arztdichte bereits vorhanden (1876 und 1887 nach Provinzen).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 2

Betrag der Einkommensteuer pro Kopf in den Preußischen Provinzen (Variationskoeffizient) von 1876—1914

Jahr	1876	1885/6	1900	1905	1910	1914
V	0,754	0,708	0,707	0,620	0,546	0,495

Quellen:

a) Statistisches Handbuch für den Preußischen Staat. Band I, 1888, S. 532 ff.; Band IV, 1903, S. 592.

b) Statistisches Jahrbuch für den Preußischen Staat. 1905, Berlin 1906, S. 283; 1910, Berlin 1911, S. 299; 1914, Berlin 1915, S. 8 und S. 542.

27. In den vorangegangenen theoretischen Überlegungen war gezeigt worden, daß regionale Einkommensunterschiede nicht allein mit strukturellen Gegebenheiten erklärt werden können. Es darf somit nicht angenommen werden, daß arme Regionen nur deshalb ein niedriges Pro-Kopf-Einkommen aufweisen, weil in ihnen vornehmlich Tätigkeiten mit relativ geringer Produktivität ausgeübt werden. Hinzu kommt, daß innerhalb gleicher Berufsgruppen regionale Entlohnungsunterschiede bestehen. Zur Williamson-These gehörte, daß im Zuge des Entwicklungsprozesses, insbesondere unter dem Einfluß der Binnenwanderung, diese Unterschiede von einer gewissen Zeit an abnehmen. Dieser Behauptung kann mit Hilfe von regionalen Lohn- bzw. Gehaltsangaben nachgegangen werden.

28. Die folgende Tabelle 3 enthält Variationskoeffizienten als Maßstab für die regionale Streuung der Pro-Kopf-Einkommen der vollbeschäftigten Lehrer und Lehrerinnen der Volksschulen in den preußischen Provinzen. Die Berechnungen sind einmal einschließlich, zum anderen ausschließlich Berlin durchgeführt. Auch für die Stadt- und Landgemeinden sind getrennte Werte ermittelt. Im langfristigen Trend zeigt sich eine Konvergenz der Pro-Kopf-Einkommen. Dieser Trend wird allerdings 1886/91 zum Teil unterbrochen.

29. Für die Landdrostei-Bezirke und Regierungsbezirke Preußens liegen die Tagelohnsätze der bei der Staatsforstverwaltung Beschäftigten vor. Daraus lassen sich Werte für die Provinzen ermitteln. Wertet man diese Angaben in der geschilderten Weise aus, gelangt man zu Variationskoeffizienten (Tabelle 4), die sich von 1820/29 bis 1875/79 erhöht haben und später wieder gesunken sind. Hierauf darf man somit eine anfängliche Divergenz und spätere (leichte) Konvergenz der Entlohnungssätze vermuten.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 3

Die regionale Streuung der Einkommen je Kopf der vollbeschäftigten Lehrkräfte der Volksschulen in den preußischen Provinzen (Variationskoeffizient) 1821—1911

	1821	1861	1871		1874		1878	1886		1891		1896		1901		1906		1911
	a	a	a[c)]	a	a	b	a	a	b	a	b	a	b	a	b	a	b	a
Stadt und Land																		
mit Berlin		0,303	0,294	0,276	0,177	0,201	0,245	0,188	0,248	0,231	0,234	0,205	0,266	0,153	0,201	0,151	0,201	0,066
ohne Berlin	0,187	0,137	0,113	0,157	0,128	0,135	0,102	0,104	0,114	0,117	0,110	0,102	0,123	0,089	0,112	0,098	0,120	0,040
Nur Städte																		
mit Berlin		0,172	0,184	0,177	0,135	0,149	0,161	0,139	0,180	0,179	0,171	0,151	0,188	0,109	0,142	0,099	0,049	0,067
ohne Berlin	0,284	0,087	0,127	0,141	0,123	0,131	0,101	0,100	0,119	0,120	0,112	0,103	0,119	0,086	0,100	0,080	0,093	0,035
Nur Land-gemeinden	0,235	0,155	0,131	0,167	0,134	0,141	0,098	0,098	0,101	0,109	0,095	0,089	0,106	0,085	0,102	0,101	0,115	0,050

Für 1821: A. Petersilie, Preußens öffentliche Volksschulen. „Zeitschrift des Königlich Preußischen Statistischen Bureaus. 23. Jg. (1883), S. 78.
Für 1861: Centralblatt für die Unterrichtsverwaltung, 1864, Heft 8.
Für 1871: Jahrbuch für die amtliche Statistik des preußischen Staates, Jg. IV, 2.
Für 1874: Centralblatt für die gesammte Unterrichtsverwaltung in Preußen. Jg. 1875, S. 115 ff.
Für 1878: X. Ergänzungsheft zur Zeitschrift des Königlich preußischen statistischen Bureau's.
Für 1886: Preußische Statistik. Band 101. Das gesamte Volksschulwesen im preußischen Staate im Jahre 1886. Berlin 1889.
Für 1891: Preußische Statistik. Band 120. Das gesamte Volksschulwesen im preußischen Staate im Jahre 1891. Berlin 1893, I. Teil; und Berlin 1892, II. Teil.
Für 1896: Preußische Statistik. Band 151. Das gesamte niedere Schulwesen im preußischen Staate im Jahre 1896. I. Teil, Berlin, 1898.
Für 1901: Preußische Statistik. Band 176. Das gesamte niedere Schulwesen im preußischen Staate im Jahre 1901. II. Teil, Berlin 1903; und I. Teil, Berlin, 1905.
Für 1906: Preußische Statistik. Band 209. Das gesamte niedere Schulwesen im preußischen Staate im Jahre 1906. I. Teil, Berlin 1908; und II. Teil, Berlin 1908.
Für 1911: Preußische Statistik. Band 231. Das niedere Schulwesen in Preußen, 1911. I. Teil, Berlin 1913; II. Teil, Berlin 1912.
a) Vollbeschäftigte Lehrkräfte insgesamt
b) Nur männliche Lehrkräfte
c) alter Gebietsumfang

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tabelle 4

Tagelohnsätze bei der Staatsforstverwaltung in den preußischen Provinzen (Variationskoeffizient) von 1820/29 bis 1910

Jahr	1820/29	1830/39	1840/49	1850/59	1860/69	1870/74	1875/79	1910
V	0,093	0,115	0,158	0,149	0,175	0,201	0,271	0,163

Quellen:
Werte bis 1879: *K. Eggert,* Die Bewegung der Holzpreise und Tagelohnsätze in den preußischen Staatsforsten von 1800—1879. „Zeitschrift des Königlich Preußischen Statistischen Bureaus", Jg. 23, Berlin 1883, S. 7 ff.

30. Zu einem ähnlichen, allerdings für andere Regionen[50] geltenden Ergebnis gelangt man bei der Betrachtung der vorliegenden durchschnittlichen Maurerstundenlöhne. Hier ergibt sich von 1885—1905 im Trend keine Verringerung der regionalen Differenzen (Tabelle 5).

Tabelle 5

Die regionale Streuung der durchschnittlichen Maurerstundenlöhne in Deutschland (Variationskoeffizient) 1885—1905

Jahr	1885	1890	1895	1900	1905
V	0,162	0,188	0,179	0,161	0,170

Quellen: Für 1885—1900: *F. Paeplow* u. *T. Bömelburg,* Das Maurergewerbe in der Statistik, Hamburg 1902, S. 38.
Für 1905: *Gerhard Bry,* Wages in Germany 1871—1945, Princeton 1960, S. 71.

31. Es lassen sich für weitere Berufsgruppen Rechnungen dieser Art durchführen. Dabei sind allerdings statistische Schwierigkeiten zu überwinden, da die Zahl der Regionen entweder für eine Durchschnittsbildung zu klein ist oder aber die Zahl der Regionen, für die Angaben vorliegen, dauernd schwankt, so daß die Variationskoeffizienten der einzelnen Jahre nicht miteinander vergleichbar sind. Auf Grund solcher „defekten" statistischen Analysen kann man immerhin vermuten, daß sich die relativen regionalen Einkommensdifferenzen der Druckereiarbeiter in Deutschland zwischen 1830 und 1870 erhöhen, zwischen 1876 und 1900 dagegen sinken[51] und daß die entsprechenden Unterschiede der

[50] 1) Posen, Ost- und Westpreußen, 2) Schlesien, 3) Pommern, 4) Mecklenburg, 5) Brandenburg, 6) Königreich Sachsen, 7) Sachsen und Anhalt, 8) Hessen-Nassau und Hessen, 9) Thüringen, 10) Bayern ohne Pfalz, 11) Württemberg, 12) Baden, Elsaß-Lothringen und Pfalz, 13) Rheinland, 14) Westfalen, Lippe, 15) Schleswig-Holstein, Hamburg, Lübeck, 16) Hannover, Oldenburg, Bremen, Braunschweig.

[51] Zu dieser Vermutung führt die Auswertung der Angaben über die Löhne der Druckereiarbeiter bei Kuczynski.
Jürgen Kuczynski, Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis 1849, Band 1, Berlin 1961, S. 376; derselbe, Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1849 bis 1870, Berlin 1962, S. 225;
derselbe, Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1871 bis 1900, Berlin 1962, S. 423.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Schichtlohnsätze im Bergbau zwischen 1889 und 1913 zurückgehen[52].

32. Obwohl die statistischen Angaben unzureichend sind und vervollständigt werden müssen, lassen sie einige Mutmaßungen über die regionale Einkommensentwicklung in Deutschland zu und geben Anlaß zu folgenden Fragen, die hier zur Diskussion gestellt werden:

a) Ist es richtig zu behaupten, daß die These Myrdals von einer wachsenden regionalen Divergenz der Pro-Kopf-Einkommen für Deutschland in der Zeit von 1850 bis 1913 nicht akzeptiert werden kann?

b) Ist vielmehr wenigstens für die Zeit ab 1880/90 eine Konvergenz als sehr wahrscheinlich anzunehmen?

c) Muß die Williamson-These, daß sich die regionalen Einkommensdifferenzen im Zuge des Industrialisierungsprozesses Deutschlands zunächst erhöhen und dann reduzieren, als nicht verifizierbar, vielleicht sogar als nicht akzeptierbar betrachtet werden? Wenn diese Frage verneint werden sollte: Ist die Zeit, in der eine Divergenz in eine Konvergenz umschlägt, um 1880 anzusetzen?

d) Haben die Konkurrenz auf den Faktormärkten, erleichtert durch den Ausbau des Verkehrsnetzes und eine relativ günstige Siedlungsstruktur, und Ausbreitungseffekte der Wachstumszonen die Konvergenz der regionalen Pro-Kopf-Einkommen (nach 1880 etwa) bewirkt?

---

[52] Ausgewertet wurden die Angaben bei *Gerhard Bry,* Wages in Germany 1871—1945, Princeton 1960, Table A—7, S. 344;
Statistisches Handbuch für den Preußischen Staat, Band III, Berlin 1898, S. 292 f.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-42595-2 | Generated on 2025-06-10 01:14:58
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/